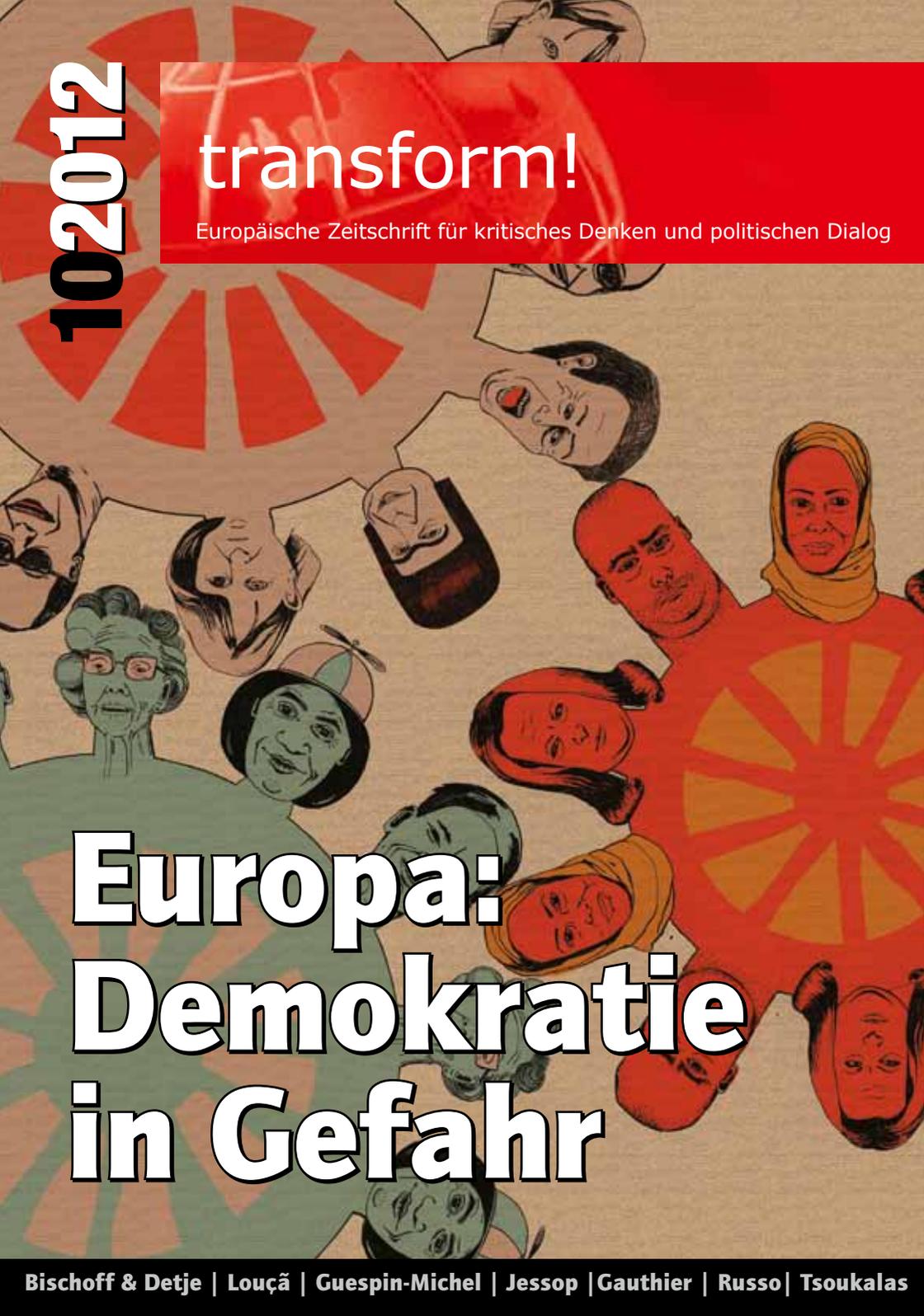


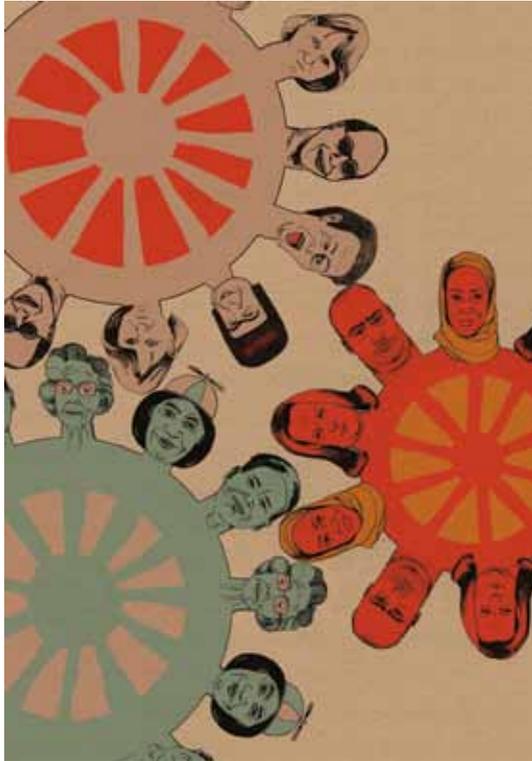
102012

transform!

Europäische Zeitschrift für kritisches Denken und politischen Dialog



**Europa:
Demokratie
in Gefahr**



Impressum

transform! Europäische Zeitschrift für kritisches Denken und politischen Dialog
Publiziert mit Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung
Heft 10-2012, erscheint halbjährig

Herausgegeben von transform! Europe, Brüssel
Redaktion: Walter Baier (Wien, V.i.S.d.P.), Erhard Crome (Berlin),
Lutz Holzinger (Wien), Ulrike Kruh (Wien), Bernhard Müller (Hamburg),
Norbert Schepers (Bremen) und Conrad Schuhler (München).
Die Bilder stammen von Malin & Freddy Wallin.

transform! 11 Rue Michel-Ange, 1000 Bruxelles, Belgique
Redaktion: Erhard Crome, Rosa-Luxemburg-Stiftung,
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
E-mail: crome@rosalux.de
Verlag und Vertrieb: VSA, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
E-mail: info@vsa-verlag.de
Layout: typothese.at
Satz und Druck: MediaService GmbH, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
Preis: 8 Euro, Abonnement: 15 Euro für 2 Hefte (einschl. Versand)
ISSN 1865-3480

Europa: Demokratie in Gefahr

transform!

Europäische Zeitschrift für kritisches Denken und politischen Dialog

10/2012

Inhalt

Editorial	5
Zehn Nummern, fünf Jahre Lutz Holzinger	
Über die Linke	
Linke Strategie	11
Bob Jessop	
Die Krise Europas: Elemente einer politischen Strategie	22
Francisco Louçã	
Die Unmöglichkeiten des Reformismus	34
CMS Stockholm	
Demokratie in Gefahr	
Die Oligarchie – Herausforderung für eine neue globale Politik	50
Hervé Kempf	
Demokratie in der Krise	60
Constantinos Tsoukalas	
Die Gefahr von Rechts	66
Walter Baier	
Die EU und die Flucht aus der Demokratie	76
Franco Russo	
Kämpfe für Demokratie	
Krisenmanagement in Permanenz	91
Wo steht das Projekt Europa?	
Joachim Bischoff, Richard Detje	
Was für eine Wissenschaft für welche Demokratie?	101
Janine Guespin-Michel	
Internationale Solidarität in Aktion	110
Christian Pilichowski	
Die Linke, die Jugend und das politische Projekt	117
Ein Interview mit Rena Dourou	

Europa: Krise und Alternativen

- Europa sozial und demokratisch neu gründen** 126
Auf dem Weg zu einem alternativen europäischen Gipfel
Walter Baier, Elisabeth Gauthier
- Die Krise, die Kürzungen und die Frauen** 132
Christiane Marty
- Einkommensunterschiede und Vermögenskonzentration
in Österreich wachsen** 141
Peter Fleissner
- Ein Europäischer New Deal für das 21. Jahrhundert** 146
Jacques Rigaudiat
- Eine Antwort des progressiven Europas auf die Krise im Euro-Raum** 155
Trevor Evans
- Plädoyer für einen europäischen Mindestlohn** 162
Stephen Bouquin
- Gegen Finanzdiktatur – für Demokratie und soziale Rechte!**
Politische Erklärung 169

Migration

- Die Migration der Roma in der Europäischen Union** 173
Eine ethnische Minderheit als Spielball europäischer Politik
Manuela Kropp, Anna Striethorst
- Migration ist schlecht, Migration ist gut, Migration IST** 186
Ein humanes Drama in drei Akten und ein paar Ideen
Ulrike Kruh
- Die europäische Migrationspolitik** 195
Zuviel vom immer Gleichen
Cornelia Ernst, Lorenz Krämer
- Einwanderungspolitik in Italien** 203
Rechte, Bewegungen und Inhaftierungen
Dario Stefano Dell'Aquila

Wahlen

- Keine Revolution, aber weiterhin Farbe** 212
Die Oppositionsbewegung in Russland
Tiina Fahrni, Wladimir Fomenko

Front de gauche im Spiegel von Syriza	217
Philippe Marlière	
Präsidentenwahlen in Ägypten	225
Mamdouh Habashi	
Länderberichte	
Sparpolitik in Ungarn	231
Tamás Morva	
Welche Demokratie?	243
Das neue Ägypten wieder im alten Trott?	
Gabriele Habashi	
China: Neue Perspektiven nach den großen Streiks des Jahres 2010	249
Dominique Bari	
Asbjørn Wahl über Aufstieg und Fall des Wohlfahrtsstaates	256
Lutz Brangsch	
AutorInnenverzeichnis	260

Editorial

Zehn Nummern, fünf Jahre

Lutz Holzinger

Die Zeitschrift *Transform!* existiert mit dem Erscheinen dieser Ausgabe fünf Jahre und erscheint zum zehnten Mal. Dieses Jubiläum ist erneut Anlass zu einer Positionsbestimmung.

Im Editorial der ersten Ausgabe hatten Michael Brie und Walter Baier den unter dem Gesichtspunkt der Diversität gebildeten Zusammenschluss linker Kräfte folgendermaßen skizziert: „Das europäische Netzwerk *Transform!* wurde im Jahre 2001 gegründet, um alternatives Denken und einen politischen Dialog anzuregen und zu fördern, die in Übereinstimmung mit sozialen, feministischen, ökologischen, demokratischen und pazifistischen Werten auf die Transformation der gegenwärtigen Gesellschaft gerichtet sind. Während der komplizierte und zugleich notwendige Prozess der ‚Europäisierung‘ der Linken unter den Bedingungen einer neoliberalen Dominanz in der Europäischen Union wie der Globalisierung erfolgen muss, wurde *Transform!* als Netzwerk europäischer Organisationen geschaffen, die vor allem auf den Gebieten der politischen Bildung und der kritischen Gesellschaftsanalyse tätig sind. *Transform! Europe* hat seit Anbeginn dafür gewirkt, eine neue gemeinsame politische Kultur der europäischen Linken zu schaffen.

Als eines der aktivsten europäischen Netzwerke im Rahmen des Europäischen Sozialforums und des Weltsozialforums wurde es Partner unterschiedlicher europäischer Initiativen, die auf sozialem, wirtschaftlichem und politischem Gebiet tätig sind, und arbeitet in sozialen Bewegungen und Netz-

werken mit, darunter an der *Charta für ein anderes Europa*. Mit hoher Flexibilität und sehr unterschiedlichen Formen, Partnern und Strukturen arbeitet *Transform! Europe* daran, einen Raum linker Synergien zu schaffen und initiiert und unterstützt Projekte anderer innovativer linker Kräfte.

Im Vergleich zu den meisten anderen linken Organisationen in Europa schließt *Transform! Europe* Organisationen mit sehr unterschiedlichem Charakter ein. Einige seiner Mitgliedsorganisationen definieren sich durch ihren Bezug auf die Parteien der Europäischen Linken (EL), andere fühlen sich den Parteien der Nordisch Grün-Linken Allianz (NGLA) nahe und wieder andere gehören zu keiner dieser Gruppierungen und nehmen eine völlig unabhängige Position ein. Dessen ungeachtet arbeitet *Transform! Europe* eng mit der Konföderalen Fraktion Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL) im Europäischen Parlament zusammen. Darüber hinaus ist es die politische Stiftung, die mit der Partei der Europäischen Linken verbunden ist. Ungeachtet ihrer Vielfalt sind sich alle Partner von *Transform!* einig in ihrer Grundhaltung, der neoliberalen Hegemonie auf dem Feld der Ideen und der Kultur entgegenzutreten, und in ihrem Streben, politische Alternativen zu entwickeln und die emanzipatorische Kraft der Linken zu vergrößern.“

Die Gründung der Zeitschrift *Transform!* als zusätzliche Aktivität des Netzwerks hatten die beiden Autoren damals so begründet: „Wir hoffen, mit der Zeitschrift *Transform!* einen neuen Raum für die politisch-intellektuelle Debatte und den Dialog in der europäischen Linken zu eröffnen. Es ist richtig, dass das Internet die grenzüberschreitende Kommunikation zwischen den Menschen erheblich intensiviert hat, und wir haben den Eindruck, dass die Linken dessen Möglichkeiten bisher ungenügend nutzen. Dennoch ist das gedruckte Wort, sind die Printmedien enorm wichtig, sowohl für die intellektuelle Debatte als auch für die einfache Kommunikation.

Unsere Zeitschrift erscheint halbjährlich in Englisch. Jede Ausgabe wird ein gemeinsam festgelegtes Thema haben, das für die weitere Arbeit des Transform-Netzwerkes bedeutsam ist. Die gegenwärtige Ausgabe beschäftigt sich mit der Zukunft Europas und den Möglichkeiten, es zu transformieren. Neben dem thematischen Schwerpunkt gibt es Beiträge zu gegenwärtigen Entwicklungen der Linken auf internationaler Ebene und in den verschiedenen Ländern. Zugleich wird unsere Zeitschrift über aktuelle Initiativen und Projekte des Transform-Netzwerkes berichten.

Jeder Versuch, ein transnationales Medium zu schaffen, stellt in gewisser Weise ein Experiment und ein Abenteuer dar. Das schließt nicht nur ein, neue Arbeitsweisen zu entwickeln und in einer Sprache zu kommunizieren, die für die meisten Teilnehmer nicht die Muttersprache ist, sondern die Grundlage für die Zusammenarbeit von Menschen zu schaffen, die unterschiedlichen politischen Kulturen zugehören. Mit dieser Zeitschrift wollen wir nicht nur gemeinsam

linke politische Projekte anregen und unterstützen, sondern zugleich zur Ausbildung einer neuen politischen Kultur der Linken beitragen. In diesem Sinne soll unsere Zeitschrift der Erneuerung der Europäischen Linken dienen.“

Inzwischen sind Ausgaben der Transform!-Zeitschrift regelmäßig in Englisch, Deutsch, Französisch, Griechisch und punktuell auch in Portugiesisch, Ungarisch, Türkisch und Italienisch erschienen. Für den Herbst 2012 sind zudem Ausgaben in Spanisch und Tschechisch vorgesehen. Weil Multilingualität eine Voraussetzung für eine gemeinsame politische Kultur der Linken in Europa ist, widmet *Transform!* der Schaffung multilingualer Medien große Aufmerksamkeit. Der monatliche Newsletter erscheint inzwischen in vier Sprachen, ein Erscheinen in Spanisch und Tschechisch werden vorbereitet. Auch die im Umbau befindliche Webseite wird in mehreren Sprachen zugänglich sein.

Ziel des Projekts war und ist es, Alternativen zum neoliberalen Kurs der EU-Spitze zu erarbeiten. Diese Absicht konnte durch die Mitarbeit zahlreicher namhafter linker Gesellschaftswissenschaftler und Publizisten ebenso wie führender Politiker linksgerichteter Parteien weitgehend realisiert werden. Dabei stehen die Analyse der Krisenprozesse und die damit verbundenen tiefgreifenden Veränderungen im Zentrum unseres Interesses und der Schwerpunkte der einzelnen Ausgaben der Zeitschrift: Herausbildung neuer gesellschaftlicher Widersprüche; Transformationen im ökonomischen, sozialen sowie staatlichen Bereich und insbesondere im europäischen Raum; Entwicklung von Bewusstsein und Ideen; Veränderung der politischen und ideologischen Konfrontationen; Interventionen der sozialen und politischen Akteure; neue Herausforderungen für die Linke.

Bereits die erste Nummer im Herbst 2007 hatte als Schwerpunktthema „Re-founding the European Union“ („Die Europäische Union neu gründen“), was eine gewisse Fähigkeit zur Antizipation zeigt. *Transform!* kann für sich in Anspruch nehmen als eines der ersten Medien bereits ab Frühjahr 2008 auf die Tiefe und den dramatischen und langfristigen Charakter der von der „Sub Prime-Krise“ in den USA ausgelösten Systemkrise des Kapitalismus aufmerksam gemacht zu haben (Jörg Huffschmid u. a.: „Finanzmärkte: Neue Akteure und Strategien und ihre Bedeutung für das *Europäische Sozialmodell*“ in Nummer 3/2008 oder Joachim Bischoff/Richard Detje: „Europa in der Krise. Auf dem Weg der Spaltung“ in Nummer 5/2009).

Drei Jahre später haben sich die Krisensymptome weiter verdichtet. Inzwischen steht die Konstruktion der Europäischen Integration vor einem Abgrund. Unter diesen Bedingungen entwickelt sich eine Grundsatzdiskussion über Alternativen zum neoliberalen Kapitalismus in Europa. In Gewerkschaften, sozialen Bewegungen, und in neuen Sektoren der politischen Linken gewinnt die Einsicht an Boden, dass der systemische Charakter der Krise eine

systemische Antwort erfordert und dass dazu eine Änderung der politischen Kräfteverhältnisse in Europa erforderlich ist. Euclid Tsakalotos schrieb zum Thema: „Die Agenda radikalisieren: Die Antwort der Linken auf die Krise“ (4/2009) und Elisabeth Gauthiers zu: „Die Krise Europas: Elemente einer politischen Strategie“ (9/2011).

Unsere Zeitschrift hat an dieser „Repolitisierung“ der Linken mitgewirkt. Seit den Anfängen vor fünf Jahren hat die politische Strategiedebatte in Europa an Breite und Tiefe gewonnen. Wir haben ihr im Rahmen unserer Zeitschrift, so gut wir konnten, Raum geschaffen. Nachzulesen ist dies etwa in Jean Luc Mélenchons – nur wenige Tage vor seinem Austritt aus der Sozialistischen Partei Frankreichs für *Transform!* verfassten – Beitrag: „Die Sozialdemokratie ist passé; Aufzubauen ist die ‚Nachfolge-Linke‘“ (3/2008).

Beiträge von Pierre Laurent, Lothar Bisky, Francis Wurtz, Gerassimos Moschonas sowie MEPs – Pervenche Beres, Liem Huang Ngoc, Marie Chritsine Vergiat, Jürgen Klute – und vielen anderen beleuchteten aus europäischer oder Länderperspektive diese Fragen. Die Europäische Sozialbewegung war Gegenstand von Artikeln unterschiedlicher Gewerkschafter, wie Hans-Jürgen Urban, Maryse Dumas, Pierre Khalfa. Die Sozialforen analysierten unter anderen Francine Mestrum, Judith Dellheim, Christoph Ventura, Franco Russo und Raffaella Bolini.

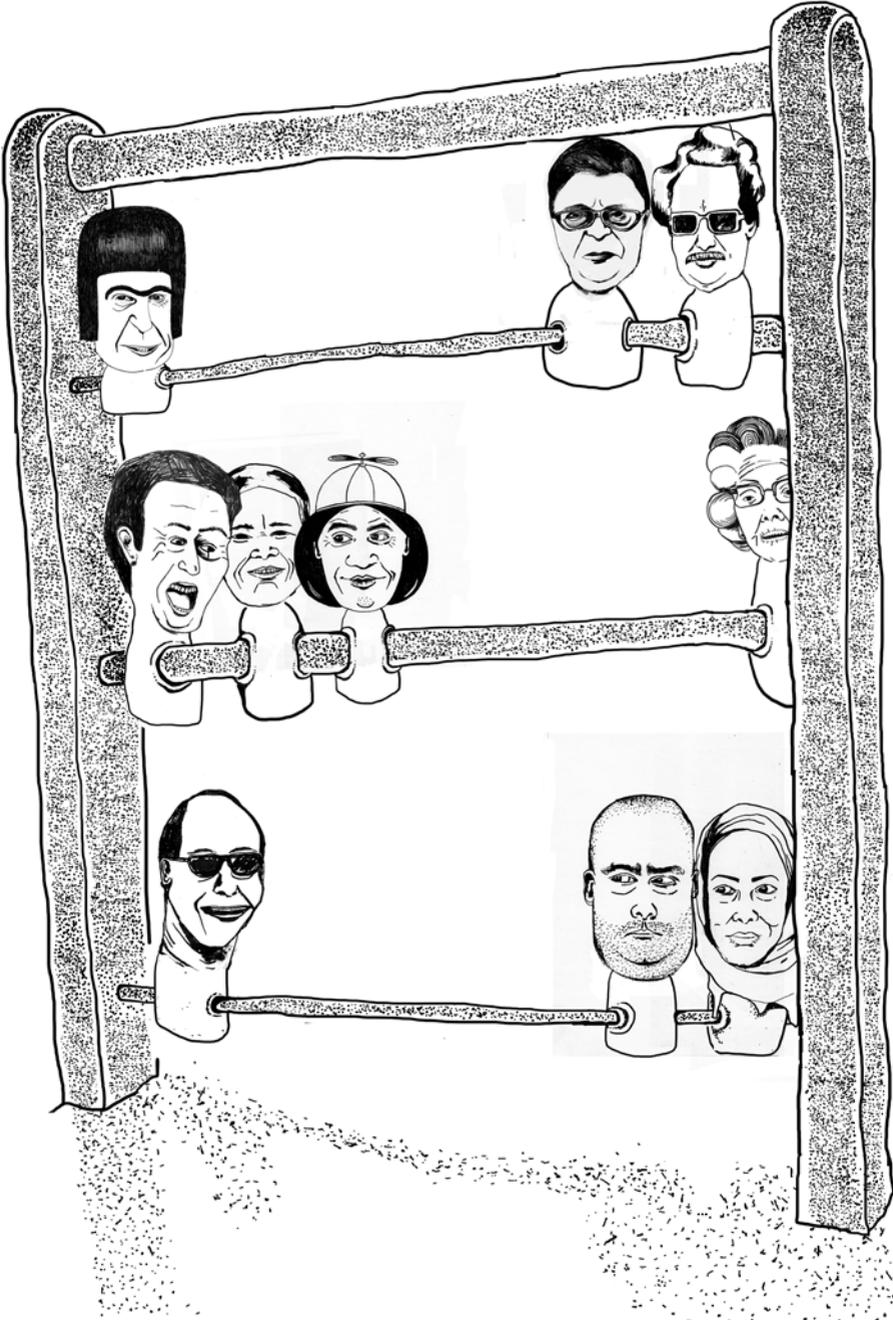
In den fünf Jahren entwickelte sich unsere Zeitschrift zu einer Art Beobachtungsstelle und damit auch zu einem Archiv wichtiger politischer Entwicklungen in einer größeren Zahl europäischer und einiger nicht-europäischer Länder. Reportagen und Einschätzungen erschienen aus: Österreich, Belgien, Brasilien, Kanada, Dänemark, Ägypten, Irland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Honduras, Indien, Iran, Island, Italien, Spanien, Niederlande, Norwegen, Polen, Portugal, Russland, Serbien, Slowenien, Schweden, Tschechien, der Türkei, Ungarn und den USA.

Erwähnenswert im Sinne der Verbindung von Analyse und Strategiebildung ist die Herausgabe der Druckversion des EuroMemorandums 2009/2010 bzw. 2011 in mehreren Sprachen, die uns von dem unabhängigen Zusammenschluss der „European Economists for an Alternative Economic Policy in Europe“ (EuroMemorandum Group) anvertraut wurde.

Sollte man aus dem Anlass einer Jubiläumsausgabe AutorInnen nennen, die in *Transform!* publiziert haben, so fällt die Auswahl schwer. Genannt seien Elmar Altvater, Judith Butler, Luciana Castellina, Frances Fox Piven, Michael Löwy, Francisco Louca, Gus Massiah, Pedro Páez Pérez, Moishe Postone, Gianni Rinaldini, Saskia Sassen, Armando F. Steinko, Marlene Streeruwitz, Gáspár M. Tamás, Immanuel Wallerstein und Francisco „Chico“ Whitaker. Wir versprechen, in der folgenden Nummer eine vollständige Liste unserer AutorInnen sowie der KünstlerInnen, die zur Gestaltung der Zeitschrift beigetragen haben, zu publizieren.

Die Zahl und die Vielfalt der AutorInnen steht nicht nur für sich, sondern auch für das Anliegen, das wir mit der Herausgabe unserer Zeitschrift verbinden: nämlich einen Raum des Austausches von Erfahrungen, einer freundschaftlich geführten Debatte und der Annäherung verschiedener Ansätze zu schaffen. Die Linke kann in Europa und darüber hinaus zu einer gestaltenden gesellschaftlichen Kraft werden, wenn es ihr gelingt, breite, demokratische und von Diversität getragene Prozesse zu organisieren. Daran werden wir in der Zeitschrift *Transform!* weiter arbeiten.

P.S. Die schwedischen Geschwister Malin und Freddy Wallin – unsere Illustratoren – aus Göteborg haben nicht nur eine Schwäche für Country-Musik und ausgefallene Saxophon-Soli. Sie teilen ihren Arbeitsplatz und investieren eine Menge Zeit für *Honky Tonk Illegal* – eine Flüchtlingsinitiative. Vor allem aber teilen sie ihre Leidenschaft, mit Tusche und Feder zu kritzeln, und manchmal teilen sie sogar dasselbe Blatt Papier. Diese Ausgabe von *Transform!* zeigt, wie die beiden zusammenarbeiten. Das Absurde und das Komische liegen oft eng beieinander, aber das ist nicht immer lustig.



Linke Strategie

Bob Jessop

Eine konjunkturelle Analyse ist in vielen Bereichen sinnvoll, sie hat jedoch für die kritische politische Ökonomie und die linke Strategie eine ganz besondere theoretische und praktische Bedeutung. Dies liegt daran, dass die Gestaltung von Politik als der „Kunst des Möglichen“ stark von einer korrekten Konjunkturanalyse abhängt, die von den erfolgreichsten politischen Kräften auch praktiziert wird. Ihre zentrale Rolle spiegelt sich in den Analysen von Marx und Engels, Lenin, Luxemburg, Trotzki, Otto Bauer, Gramsci, Mao Zedong, Althusser, Poulantzas, Stuart Hall und vielen anderen wider.

Für Lenin besteht der Kernpunkt der politischen Analyse und des Handelns in der konkreten Analyse einer konkreten Situation (1920: 154) im Hinblick auf das Kräfteverhältnis. Für Althusser wiederum ist die Konjunktur der Schlüsselbegriff einer marxistischen Politikwissenschaft als „das exakte Kräfteverhältnis, der Status der Überdeterminierung der Widersprüche zu einem bestimmten Zeitpunkt, auf den politische Taktik anzuwenden ist“ (1970: 311).

Grundlage einer soliden konjunkturellen Analyse sind die folgenden Punkte: 1) Aufstellung geeigneter Konzepte, mit denen anhand grundlegender struktureller Merkmale unmittelbare strategische Aussagen abgeleitet werden können; 2) die räumlichen und zeitlichen Aktionsradien, die die Konjunktur bestimmen; 3) eine klare Festlegung der mittel- und langfristigen Ziele, an denen sich die Strategie und Taktik zum aktuellen Zeitpunkt orientieren sollte und 4) ethisch-politische Verpflichtungen, durch die die in einem speziellen Kontext vertretbaren Handlungen insofern begrenzt sind, als der Zweck nicht

jedes Mittel heiligt. Hinzu kommt, dass die eigene Strategie von den wahrscheinlichen Reaktionen anderer wichtiger gesellschaftlicher Kräfte abhängt und deshalb deren konjunkturelle Analysen ebenfalls berücksichtigt werden müssen. Dabei gibt es Raum für unendliche wechselseitige Rückwirkungen, die jedoch in Zeiten relativer Stabilität, in denen sich stabile Erwartungen aufstellen lassen, geringer sind als angesichts akuter Krisen, die unverzügliches Handeln erfordern. Krisen mit vielseitigen Aspekten, die sich im Laufe der Zeit entwickeln und plötzliche, akute Phasen aufweisen, sind unübersichtlicher und stellen die höchsten Ansprüche an eine konjunkturelle Analyse.

Derartige Analysen werfen Probleme der Periodisierung auf, also der Identifizierung von Kontinuitäten und Diskontinuitäten in der Situation des Handelns, von Diskontinuitäten in der Kontinuität und Kontinuitäten in der Diskontinuität sowie von Wirkungen der Beendigung oder Fortführung von Handlungen, die sich aus strategischen Interventionen zur Veränderung des Kräfteverhältnisses und zur Durchsetzung von gesellschaftlichem Wandel ergeben. Die Zeit kann in die strategische Kalkulation in fünf hauptsächlichen Formen eingehen: Chronik, Schilderung, Genealogie, Chronologie und Periodisierung.

Eine *Chronik* ist eine einfache Auflistung von Ereignissen, die sich zur selben Zeit abspielen oder zeitlich aufeinander folgen. Sie zielt nur in geringem Maße auf eine Deutung oder Erklärung ab, abgesehen von dem, was durch die Kategorien impliziert wird, die zur Beschreibung des Ereignisses verwendet werden (z. B. Streik, Aufruhr, Marktzusammenbruch, Wahlniederlage). Der Vergleich von Analysen, die von verschiedenen gesellschaftlichen Kräften vorgenommen wurden, kann wichtige Aufschlüsse über deren selektive Wahrnehmung sowie darüber geben, welche Ereignisse sie für bedeutend halten und welche Kategorien sie zu deren Bezeichnung oder Klassifizierung nutzen. So geben Zeittafeln über die gegenwärtige Krise in den vorherrschenden Medien beispielsweise wirtschaftlichen Ereignissen, politischen Richtungsänderungen und Tendenzen in der öffentlichen Verschuldung den Vorzug und tendieren dazu, die breiteren gesellschaftlichen Auswirkungen außer Acht zu lassen. Sie können eine Grundlage für *Ideologiekritik* und zur Untersuchung der Zusammenhänge zwischen Macht und Wissen bieten.

Eine *Schilderung* stellt ausgewählte vergangene Ereignisse und Kräfte in Form einer zeitlichen Abfolge mit einem Anfang, einer Mitte und einem Ende in einer Erzählung dar, die kausale und moralische Schlussfolgerungen enthält. Die Neoliberalen schilderten zum Beispiel, wie die Macht der Gewerkschaften und der Wohlfahrtsstaat das wirtschaftliche Wachstum in den 1970er Jahren untergruben und forderten mehr Markt und weniger Staat. Die Bewegungen der „Tea Party“ und der „Occupy Wall Street“ bieten mitunter sich annähernde, viel öfter jedoch einander widersprechende Schilderungen der jüngsten Krise und kommen zu radikal unterschiedlichen Schlussfolgerungen

hinsichtlich der Frage, wie darauf zu reagieren sei. Ihre parallele Existenz ist ein wichtiger Indikator für das gegenwärtige Kräfteverhältnis. Schilderungen spielen eine Schlüsselrolle bei strategischen Handlungen, denn sie können komplizierte Probleme vereinfachen, einfache Lösungen aufzeigen, an den gesunden Menschenverstand appellieren und die Unterstützung der Bevölkerung mobilisieren. Schilderungen müssen keine wissenschaftliche Gültigkeit haben und schöpfen ihre Kraft oft mehr aus dem, was Spivak (1988) als strategischen Essentialismus bezeichnete, der die Bildung von Koalitionen ermöglicht (ein gutes Beispiel war das *Manifest der Kommunistischen Partei*).

Eine *Genealogie* verfolgt die heterogenen Ursprünge verschiedener Elemente zurück, die später in einer kohärenten Struktur zusammengeführt werden, die anschließend mehr oder weniger systematisch reproduziert wird. Ein Beispiel ist die Marxsche Darstellung der Entstehungsgeschichte der kapitalistischen Produktionsweise anhand vieler Einzelprozesse und -ereignisse, die schließlich dazu führten, dass Kapitalisten mit Kapital und Arbeiter aufeinandertrafen, die lediglich ihre Arbeitskraft besaßen. Genealogien sind

	Genealogie	Chronologie	Periodisierung
Zeit	Evolutionäre Zeit von Variation-Selektion-Retention und/oder Zeit aktiver Neugestaltung (Bricolage)	Zeit als neutrales Messinstrument, um die Abfolge von Ereignissen in Vergangenheit und Gegenwart zu untersuchen	Evolutionäre Zeit im Hinblick auf die Zeitabläufe unterschiedlicher Prozesse und sozialer Verhältnisse
Zeitskala	Kann ein- oder mehrdimensional sein, in Abhängigkeit vom Gegenstand der Genealogie	Ordnet Ereignisse und Handlungen einer linearen Zeitschiene zu; kalendrische oder geologische Zeit	Ordnet Ereignisse und Handlungen einer mehrdimensionalen Zeitskala im Sinne pluraler Zeithorizonte zu
Zeitrahmen	Ist wesentlich retrospektiv	Betont die einfache Übereinstimmung oder zeitliche Fortfolge	Kann mit zukünftigen Szenarios verbunden sein
Zeit-horizont	Verfolgt die Ursachen zeitlich zurück und erfordert die Sicht darauf, wie unbegrenzter Rückschritt zu vermeiden ist	Fortsetzung der „gegenwärtigen“ Zeiten in Realzeit oder Rekonstruktion der Vergangenheit unter der Perspektive der Gegenwart	Unterschiedliche Gemengelage von Begrenzungen und Möglichkeiten für die sozialen Kräfte mit unterschiedlichen Zeithorizonten und auf unterschiedlichen Kampfplätzen
Erklärungs-typ	Variation-Selektion-Retention; Entdeckung und Nutzung von Chancen. Zusammenfinden, Neugestaltung	Einfaches Erzählen mit Anfang, Mitte und Schluss. Orientiert auf kausale Zusammenhänge und/oder moralische Lehren	Komplexe Erzählungen oder Erklärungen auf der Grundlage von kontingenten Notwendigkeiten und einer Dialektik von Pfadabhängigkeit und Pfadgestaltung

Genealogie, Chronologie und Periodisierung und die konjunkturelle Analyse

wichtig für die Rückverfolgung der zahlreichen Gründe von Krisen und bei der Ermittlung potenzieller Momente des Bruchs und der Dekonstruktion.

Eine *Chronologie* beschreibt die Entwicklung oder Abfolge einer komplexen Reihe einzelner Ereignisse und Prozesse und stellt diese in einem unilinearen Zeitmaß dar, das als neutrale Metrik dient (z. B. Uhrzeit, geologische Zeit oder auch gesellschaftlich relevante Markierungspunkte wie Geschäftszyklen oder Wahlperioden). Während eine Chronik empirische Ereignisse auflistet – oft ohne auf deren konjunkturelle Bedeutung einzugehen – verbindet eine Chronologie Ereignisse und Prozesse *post hoc bzw. propter hoc*, wobei die Vergangenheit die Gegenwart anhand von Handlungs- und Reaktionsketten mit unterschiedlicher Komplexität „erklärt“. Chronologien sind oft der erste Schritt bei der Aufstellung von Periodisierungen, können jedoch nie als Ersatz für eine korrekte Periodisierung dienen.

Eine *Periodisierung* ordnet Handlungen, Ereignisse oder Perioden nach mehreren Zeithorizonten (z. B. Ereignis, Tendenzen, *Longue durée*; Zeitrahmen der wirtschaftlichen Kalkulation gegenüber dem der politischen Zyklen) und konzentriert sich auf deren konjunkturelle Bedeutungen (als spezifische Mischung von Beschränkungen und Möglichkeiten) für verschiedene gesellschaftliche Kräfte über verschiedene Zeithorizonte bzw. verschiedene Orte gesellschaftlichen Handelns. Sie verbindet eine oder mehrere komplexe Reihen von historischen Ereignissen und Prozessen und untersucht deren ungleiche Entwicklung in verschiedenen Bereichen gesellschaftlichen Handelns, wobei sie selbige anhand der Verbindungen zwischen den zu Grunde liegenden kausalen Mechanismen erklärt. Mit ihrer erläuternden Struktur lassen sich eine komplexe Schilderung untermauern und die Knotenpunkte einer strategischen Intervention – die Schnittpunkte, wo entschiedenes Handeln einen Unterschied ausmachen kann – herausarbeiten. Es gibt kein Musterbeispiel einer Periodisierung, sondern sie wird jeweils für spezifische Zwecke entworfen und variiert mit der strategischen Position und den Interessen derjenigen, die sie entwerfen. Die meisten marxistischen konjunkturellen Analysen berücksichtigen Etappen und Schritte des Klassenkampfes, während bei anderen Ansätzen oft andere Zusammenstellungen gesellschaftlicher Kräfte im Mittelpunkt stehen.

Ein strategisch-relationaler Ansatz

Konjunkturelle Analysen sind eine allgemein übliche Praxis im Unternehmens- und Wirtschaftsbereich. Sie werden für Investitionsentscheidungen, die Wirtschaftspolitik, zum Krisenmanagement und für historische Interpretationen herangezogen. Die Analyse kann in Form einer relativ mechanischen Übung anhand der Überschneidungen von Prozessen mit unterschiedlichen Rhythmen erfolgen, z. B. Inventurzyklen, feste Investitionszyklen, Infrastruk-

turinventionszyklen und längere Phasen technischer Innovation und Erschöpfung. Dies führt zu einem Verständnis der Konjunkturen anhand der mechanischen Interaktion gesetzesähnlicher Zyklen. Von dieser Perspektive aus haben die Konjunkturen vielmehr einen Einfluss auf den Zeitpunkt der Entscheidungen bzw. die Auswahl routinemäßiger Abläufe (einschließlich Krisenmanagement), als dass sie eine flexible Auswahl von Strategie und Taktik erfordern.

Dieser strukturell orientierte Ansatz kann durch die Einbeziehung von Zyklen aus anderen Analysebereichen erweitert werden, wie beispielsweise Wahlzyklen, langfristiger Umschwung der öffentlichen Stimmung, der Aufstieg und Niedergang von Großmächten aufgrund imperialer Überforderung usw. Je mehr Zyklen einbezogen werden, desto überdeterminierter ist die Konjunktur. Dies ist insbesondere der Fall, wenn die Zyklen nicht einfach mechanisch aneinander gereiht werden, sondern sich durch ihre Interaktion in oft unvorhersehbarer Weise gegenseitig verändern.

Während der vorhergehende analytische Ansatz in erster Linie auf die Beobachtung historischer Tendenzen abzielt, die zur Bestimmung des Zeitpunktes von Entscheidungen oder zur Auswahl bereits gegebener politischer Handlungskonstellationen (z. B. keynesianische antizyklische Nachfragesteuerung) herangezogen werden, ermöglicht die strategisch orientierte konjunkturelle Analyse sowohl die Gestaltung eines Entwicklungspfades als auch die Pfadabhängigkeit. Letztere orientiert sich in der Gegenwart an der Vergangenheit, d. h. daran, wie vorangegangene Ereignisse zukünftige Entwicklungsbahnen bestimmen. Die Gestaltung eines Entwicklungspfades geht von der aktuellen Situation und der Annahme einer mehr oder weniger offenen Zukunft aus. Sie impliziert, dass gesellschaftliche Kräfte in aktuelle Konjunkturen eingreifen und diese zwecks Schaffung neuer Möglichkeiten aktiv neu artikulieren können. Dies bedeutet auf den Punkt gebracht, dass gesellschaftliche Kräfte ihre eigene Geschichte machen, aber nicht unter von ihnen selbst gewählten Umständen. Deshalb ist eine korrekte konjunkturelle Analyse so wichtig (siehe unten).

Eine vollständige konjunkturelle Analyse geht über eine Betrachtung des Zusammentreffens bzw. der Aufeinanderfolge von Ereignissen und Prozessen hinaus und untersucht die ungleichen, charakteristischen strategischen Implikationen dieses Aufeinander- bzw. Zusammentreffens mehrerer Prozesse, Handlungen und Ereignisse. Ein wesentliches Merkmal eines solchen strategisch-relationalen Ansatzes ist die Betrachtung strategischer Möglichkeiten, die sich in einem spezifischen Zeitraum für verschiedene Akteure, verschiedene Identitäten, verschiedene Interessen, verschiedene Koalitionsmöglichkeiten, verschiedene Handlungshorizonte, verschiedene Strategien und verschiedene Taktiken bieten. Kein Zeitraum bietet die gleichen Möglichkeiten für alle Akteure, Identitäten, Interessen, Koalitionen, Handlungshorizonte, Strategien und Taktiken, woraus folgt, dass möglicherweise mehrere Periodisierungen not-

wendig sind, auch wenn es nur um ein einziges Analyseobjekt geht. Dies setzt eher Engagement für politische Aktion als unbeteiligte Beobachtung voraus oder erfordert zumindest vom Beobachter ein Umschalten zwischen den strategischen Perspektiven spezifischer gesellschaftlicher Kräfte mit spezifischen Identitäten, Interessen und politischen Zielen. Daraus folgt, dass Konzepte der Strategie und Taktik in den Mittelpunkt einer strategisch-relationalen Analyse von Perioden und insbesondere Konjunkturen gestellt werden müssen.

Eine konjunkturelle Analyse kann auch anhand der üblichen Kanons der *wissenschaftlichen Gültigkeit* bewertet werden. Dies ist jedoch ein unzureichender Test für deren Richtigkeit, nicht nur wegen der üblichen Tendenzen zur Kontaminierung wissenschaftlicher Untersuchungen durch außerwissenschaftliche Überlegungen, die an sich zu kritisieren sind, sondern auch, weil von einer konjunkturellen Analyse etwas mehr erwartet wird. Auf dem Spiel steht ihre Richtigkeit, d. h., ob sie aufzeigen kann, was potenziell in einer gegebenen Konjunktur existiert, und ob solide Richtlinien herausgearbeitet werden können, um diese Potenziale durch transformative Aktion zu verwirklichen. Somit ist die Richtigkeit von den Grenzen abhängig, die durch die objektive Natur von Konjunkturen und die Kraft strategischer Perspektiven gesetzt sind. Was „korrekt“ im logischen (bei der Deutung einer Konjunktur) und im chronologischen Sinne (bezüglich der Vorwegnahme oder Auferlegung einer Deutung) ist, ist wichtiger als das, was „wahr“ ist. Eine „korrekte“ Deutung kann ihre eigenen „Wahrheitsauswirkungen“ hervorbringen. Wenn man es also mit Gramsci umschreibt, „gibt es einen riesigen Unterschied zwischen konjunkturellen Analysen [er spricht von Ideologien], die willkürlich, rationalistisch und gewollt sind sowie jenen, die organisch sind, d. h. eine solide objektive Analyse anhand des Kräfteverhältnisses und der strategischen Aktionshorizonte der sozialen Kräfte bieten, deren ideelle und materielle Interessen sie repräsentieren“ (siehe auch Lecercle 2006: 40–41).

Die konjunkturellen Analytiker

Ein bedeutender und innovativer Analytiker von Konjunkturen war Antonio Gramsci (1891–1937), insbesondere mit den in seinen Gefängnisheften erarbeiteten Konzepten. Er inspirierte viele andere, u. a. den griechischen kommunistischen Denker Nicos Poulantzas (1936–1979), der weitere wichtige Einblicke zur konjunkturellen Analyse liefert. In vielen der Analysen von Gramsci geht es um Konjunkturen, deren strategische Implikationen und die geeigneten strategischen Aktionslinien. Er zeigte zum Beispiel einen starken Kontrast zwischen den revolutionären Strategien auf, die für den „Osten“ (wo der Staat despotisch und die Zivilgesellschaft diffus war) und für den „Westen“ (wo die staatliche Macht auf zwangsweise durchgesetzter Hegemonie beruhte und gleichzeitig eine Zivil- und eine Politikgesellschaft existierte) geeignet waren.

Zu seinen wichtigsten konjunkturellen und strategischen Konzepten gehörten Stellungskrieg, Bewegungskrieg, instabiles Kräftegleichgewicht, verschiedene Ebenen der Analyse des Kräfteausgleichs, der Intellektuellen, der Parteien, des Machtblocks, der Klassenbündnisse und der internationalen Konjunktur.

Poulantzas baute auf den Analysen von Marx, Engels, Lenin und insbesondere Gramsci auf, entwickelte diese jedoch in seiner Darstellung des Aufstiegs des Faschismus und später des Scheiterns der militärischen Diktaturen in Griechenland, Portugal und Spanien weiter. Ein Schlüsselargument war, dass Interessen nicht außerhalb eines spezifischen *Aktionshorizontes*, d. h. der Reichweite gangbarer Alternativen in einem gegebenen räumlichen und zeitlichen Kontext definiert werden können. Dies erfordert eine Analyse der objektiven Situation *und* des Kräfteverhältnisses, einschließlich möglicher Bündnisse zwischen relevanten Kräften in unterschiedlichen Phasen einer entstehenden Situation. Eine solche Analyse sollte bewerten, was in einem gegebenen räumlichen und zeitlichen Aktionsradius möglich ist, und Strategien aufzeigen, mit denen das innerhalb dieses Horizontes maximal Mögliche erreicht werden kann, ohne in Form eines revolutionären Maximalismus zu weit zu gehen oder in einen defätistischen Fatalismus oder eine passive Unterstützung für das „kleinere Übel“ zurückzufallen, sondern stattdessen die Aussichten eines zukünftigen Fortschritts voranzubringen. Während Maximalismus katastrophale Misserfolge bewirken kann, können Defätismus und Streben nach dem geringeren Übel zur Demobilisierung und Demoralisierung der Bevölkerung und zu individualistischen privaten Lösungsbemühungen führen.

In Poulantzas' Werk *Faschismus und Diktatur* (1974) wurden diese Aussagen auf den Aufstieg des Faschismus als Prozess mit aufeinanderfolgenden Schritten in einem komplexen Stellungs- und Bewegungskrieg angewandt. Poulantzas unterschied Perioden danach, ob die Bourgeoisie oder die Arbeiterklasse die politisch vorherrschende Kraft war (oder es ein instabiles Gleichgewicht von Kompromissen gab) sowie nach der Art ihrer Verbindungen zu potenziellen Verbündeten in anderen Klassen und innerhalb des Staatsapparates im weiteren Sinne. Hier und in seiner Analyse der Krise der Diktaturen bezog er die Auswirkungen der internationalen Situation auf die wirtschaftliche Konjunktur, die Klassenbeziehungen und die Risiken ausländischer Intervention mit ein. So unterschied er Perioden und Konjunkturen danach, ob sich die Bourgeoisie oder die Arbeiterklasse in einer strategischen Offensive befanden oder eine solche einleiten konnten, und ob dem mit einer Gegenoffensive oder defensiven Maßnahmen entgegengewirkt werden sollte. Eine korrekte Interpretation des Kräfteverhältnisses war eine entscheidende Voraussetzung dafür, offensive Schritte während einer Phase zu vermeiden, in der defensive Schritte geeigneter wären und umgekehrt.

Der erste Irrtum kam beispielsweise in der Ansicht der Komintern zum Ausdruck, dass die Wirtschaftskrise der lang erwartete Zeitpunkt für eine re-

volutionäre Offensive wäre, und in der falschen Schlussfolgerung, bei dieser Offensive sei der Hauptfeind eher die Sozialdemokratie als der Nazismus. Dieser Fehler rührte teilweise von einem simplen Ökonomismus her, demzufolge die Große Depression den Kapitalismus zum Zusammenbruch verurteilte. Poulantzas interpretierte die Konjunktur im Nachhinein anders. Er bestand darauf, dass die Bourgeoisie während der gesamten Zeit des Aufstiegs und der Konsolidierung des Faschismus die dominierende Position besaß. Nach einer gescheiterten Offensive der Arbeiterklasse in einem offenen Bewegungskrieg in der vorhergehenden Periode gab es eine Phase der relativen Stabilisierung, bevor die Bourgeoisie zu ihrer eigenen Offensive überging, um die Organisationsbasen der Arbeiterbewegung zu zerschlagen und deren zuvor erzielte wirtschaftliche und politische Erfolge wieder rückgängig zu machen. Er schlussfolgerte, dass der Faschismus einen *offensiven* Schritt der Bourgeoisie darstellte und einen *defensiven* Schritt der Arbeiterklasse erfordert hätte. Das war keine Periode des endgültigen Untergangs des Kapitalismus, sondern eine Periode der strukturellen Wirtschaftskrise, die durch eine doppelte Hegemoniekrise – die die Hegemonie innerhalb des Machtblocks und über die Volksmassen betraf – und durch eine allgemeine ideologische Krise, in der die Weimarer Republik und ihre Institutionen die Legitimität eingebüßt hatten, überdeterminiert war. Mit der Einrichtung eines Ausnahmesystems (faschistische Diktatur) wurden die Bedingungen geschaffen, um die kapitalistische Vorherrschaft wieder herzustellen und imperialistische Kriege vorzubereiten.

Bezüglich des demokratischen Übergangs in Griechenland argumentierte Poulantzas (1977), dass sich die kommunistische Bewegung entscheiden musste, entweder der Konsolidierung der bürgerlichen Demokratie Priorität zuzumessen oder eine Kräftepolarisierung zu verfolgen, um in Richtung eines antimonopolistischen, demokratischen Sozialismus vorwärts zu stürmen. Da ihre Führer einen kontinuierlichen, ununterbrochenen Weg von der Einheitsfront gegen die Diktatur hin zu einem demokratischen sozialistischen System erwarteten, ignorierte die kommunistische Partei die Notwendigkeit einer flexiblen Strategie mit abwechselnden defensiven und offensiven Schritten. Durch ihre Unnachgiebigkeit behinderte sie das Erstarken des Kampfes des Volkes und machte eine bürgerliche Gegenoffensive und sogar ein Wiederentstehen militärischer Macht wahrscheinlicher – insbesondere angesichts der anhaltenden Stärke des Kapitals im Staat und auf internationaler Ebene.

In beiden Fällen argumentiert Poulantzas, dass die Wirtschaftskrise nur insofern von Bedeutung ist, als sie die Konjunkturen des Klassenkampfes umschreibt und zu politischen Krisen beiträgt. Der Bereich des Klassenkampfes – oder der gesellschaftlichen Beziehungen im weiteren Sinne – ist hier von entscheidender Bedeutung. Diese Analyse wurde in Richtung allgemeinerer Bemerkungen zur Krise des Staates (1976) erweitert, in denen er gel-

tend machte, dass die Elemente der Krise – politische und ideologische sowie wirtschaftliche – innerhalb der kapitalistischen Gesellschaften systembedingt beständig reproduziert werden. Aber dies führt weder zu einer permanenten politischen Krise oder permanenten Staatskrise noch zu einer dauernden Wirtschaftskrise. Eher sind Krisen überdeterminierte Anhäufungen systemischer Krisenelemente, zu denen spezifische Krisentendenzen und kontingente Ereignisse hinzu kommen, die zusammen eine ganz bestimmte Konjunktur mit ihrem eigenen distinktiven Rhythmus hervorbringen.

Ungeachtet dessen erklärt das Auftreten einer Krise nicht die Ergebnisse – diese hängen vom Verhältnis der Kräfte und deren jeweiligen Strategien an. Deshalb darf sich eine Analyse der politischen Krise nicht einseitig auf das Scheitern der politischen Institutionen konzentrieren, sondern muss auch die Klassenbeziehungen untersuchen, denn laut Poulantzas bedeutet sie eine Hegemoniekrise innerhalb des Machtblocks, da keine Klasse oder Klassenfraktion anderen Teilen des Machtblocks ihre „Führung“ aufzwingen kann, sei es durch ihre eigenen politischen Organisationen oder über normale demokratische Kanäle. Sie betrifft ebenfalls die unterstützenden Klassen (d.h. die Kleinbourgeoisie), die Volksklassen und die staatlichen Angestellten und spiegelt sich in der politischen Szene wider. Sie ist mit einer Krise der Parteienrepräsentation verbunden, also einem Bruch zwischen verschiedenen Klassen oder Fraktionen und ihren jeweiligen Parteien und führt zu Versuchen, die politischen Parteien zu umgehen und den Staat direkt zu beeinflussen. Unterschiedliche Teile des Staatsapparates können versucht sein, politische Ordnung in ihrem Sinne unabhängig von den Entscheidungen der formellen Machtkanäle durchzusetzen. Das kann die institutionelle und Klasseneinheit des Staates untergraben und Spaltungen zwischen den Eliten und den unteren Schichten hervorbringen, die zu Ungehorsam, Widerstand und Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Kräften um Ressourcen und die Priorität ihrer je spezifischen Ansprüche führen.

Solche historischen Überlegungen haben deutliche Implikationen für die aktuelle Konjunktur. Auch hier gibt es eine Wirtschaftskrise, die auf eine gewaltige Rezession in den nordatlantischen Volkswirtschaften und in vielen Staaten auf Steuer- und Finanzkrisen in unterschiedlichem Ausmaß hinausläuft. Im Gegensatz zur Weimarer Republik und eher ähnlich dem Amerika des New Deal sind diese jedoch nicht mit einer politischen Krise oder einer Krise des Staates verbunden. Der transnationale Machtblock wurde nicht ernsthaft geschwächt, das Finanzkapital hat seine Hochburgen in den führenden Staaten und parallelen Netzwerken der Macht erhalten können. Dies liegt teilweise an dem früheren und weiterhin andauernden Versagen der linken Kräfte, die nicht imstande sind, die Hegemonie des Neoliberalismus herauszufordern, sowie teilweise an der schrittweisen Anpassung, wenn nicht sogar der offenen Übernahme des neoliberalen Projekts durch die sozialdemokratischen Parteien. Dies spiegelt

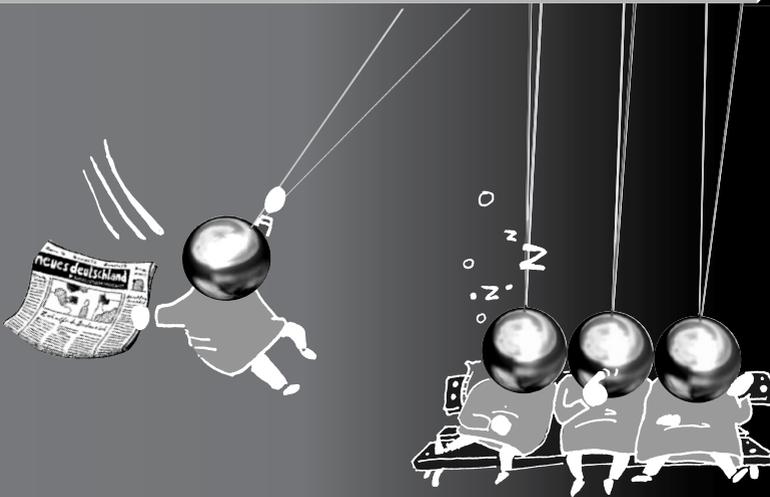
einen langen Stellungskrieg der neoliberalen wirtschaftlichen, politischen und ideologischen Kräfte wider, der in einem „Dritten Weg“ kulminiert, der dem Neoliberalismus Flankenschutz gibt und unterstützende Mechanismen bereitstellt. Gleichzeitig ist es Ausdruck der Schwächung der Volkskräfte durch Angriffe auf ihre wirtschaftlichen und politischen Organisationen sowohl im privaten als auch im öffentlichen Sektor und deren teilweise Integration in die finanzialisierte Lebensweise. In dieser Konjunktur hat das Kräfteverhältnis – nach einer kurzen Phase der Desorientierung, als das neoliberale Politikparadigma seine Attraktivität eingebüßt hatte – nun ein Erstarken des Machtblocks und die Mobilisierung staatlicher Macht ermöglicht, um die finanzdominierte Akkumulation in den neoliberalen Volkswirtschaften und das neoliberale Projekt der Verwirklichung des Marktes in der Eurozone zu verteidigen.

In dieser defensiven Phase des Kampfes für demokratischen Sozialismus kommt es darauf an, folgende Dinge umzusetzen: Mobilisierung zur Verteidigung der demokratischen Institutionen, wie unvollkommen diese auch sein mögen; Entwicklung einer radikaleren und entschiedeneren Kritik des neoliberalen Projekts; Anknüpfung an die Unzufriedenheit der Menschen mit der Sparpolitik durch Mobilisierung alter und neuer sozialer Bewegungen; Beginn eines Stellungskrieges zur Förderung der Kritik der bürgerlichen politischen Ökologie und zur Förderung globaler Solidarität. Dabei handelt es sich keinesfalls um eine revolutionäre Konjunktur, und es ist auch nicht die Zeit für Fatalismus oder eine Politik des geringeren Übels. Der Schlüssel für fortschrittliche Politik besteht darin, den aktuellen Widerstand gegen die Restauration der finanzdominierten Akkumulation mit dem Aufbau eines langfristigen Stellungskrieges für einen demokratischen Sozialismus auf der Grundlage von Solidarität, Nachhaltigkeit und globaler Gerechtigkeit zu verbinden. Dies ist keine Aufgabe für eine einzige Partei und schon gar nicht für eine einzige Person. Erforderlich sind eine neue kollektive Bewegung und die Zusammenführung unterschiedlicher konjunktureller Analysen der konkreten Situation in spezifischen räumlichen und zeitlichen Kontexten.

Literatur

- Althusser, L. (1970): *Reading Capital*, London.
- Gramsci, A. (1971): *Selections from the Prison Notebooks*, London.
- Lecerle, J.J. (2006): *A Marxist Philosophy of Language*, Leiden.
- Lenin, W.I. (1920): Kommunismus. In: Lenin: Werke, Bd. 31, Berlin: Dietz Verlag 1970.
- Poulantzas, N. (1970): *Fascism and Dictatorship*, London 1974.
- Poulantzas, N. (1976): Current transformations of the state, political crisis, and the crisis of the state, in J. Martin (Hrsg.): *The Poulantzas Reader: Marxism, Law and the State*. London 2008.
- Poulantzas, N. (1977): *Crisis of the Dictatorships*, 2. Auflage, London.
- Spivak, G.C. (1988): Can the subaltern speak? In: C. Nelson/L. Grossberg (Hrsg.): *Marxism and the Interpretation of Culture*, Urbana, Ill.

DENKANSTOSS VON LINKS!



Wer seinen eigenen Kopf benutzt, braucht eine Zeitung, die selbstbestimmt und mutig täglich neuen Anstoß gibt: Das »nd«, die überregionale sozialistische Tageszeitung aus Berlin berichtet aus dem Blickwinkel derjenigen, die nach mehr sozialer Gerechtigkeit, demokratischer Kultur und Friedfertigkeit streben.

Testen Sie das »nd« jetzt zwei Monate für nur 31 Euro.
Die Belieferung endet automatisch.

☎ 030/2978-1800

🖱 NEUES-DEUTSCHLAND.DE/ABO

**JETZT
TESTEN!**

neues deutschland
▶ DRUCK VON LINKS

Die Krise Europas: Elemente einer politischen Strategie

Francisco Louçã

Viele Freundinnen und Freunde haben in den letzten Monaten folgende Frage gestellt: Was, wenn Portugal die Eurozone verlassen muss? Sollte ich dann mein Geld von der Bank holen? Sollte ich es bei einer ausländischen Bank anlegen? Sollte ich die Rückzahlung des Immobilienkredits an die Bank vorwegnehmen? Sollte ich das Haus verkaufen? Sollte ich Rücklagen für eine private Rentenversicherung bilden? Sollte ich eine Krankenversicherung abschließen? Sollte ich auswandern? Was soll ich tun?

Anstatt einfach eine Anleitung zu präsentieren, wie wir individuell vorgehen können, um der Unsicherheit zu begegnen, schlagen wir unseren LeserInnen eine andere Lösung vor: Wir sollten lernen, nachdenken und diskutieren, um uns in die Lage zu versetzen, überhaupt Entscheidungen treffen zu können. Wir schlagen vor, gemeinsam auf die Probleme zu antworten, anstatt dass jeder für sich allein bleibt. Dieser Artikel handelt von dieser gemeinsamen Entscheidung. Er schlägt kollektive Willensbildung und Mobilisierung im Angesicht des Ausnahmezustands vor. Er schlägt vor, die Kraft zu entwickeln, die nötig sein wird, um die Schulden neu zu verhandeln und zu restrukturieren; er schlägt vor, die Schulden zu verweigern, die auf Zwang und Missbrauch beruhen, das Land nach sozialen Maßstäben zu reorganisieren, die Wirtschaft zu demokratisieren und Europa zu retten, indem wir es im Sinne verantwortlichen gesellschaftlichen Handelns umgestalten und das Finanzkapital entmachten.

Wer beschließt einen Ausschluss aus der Eurozone?

Fangen wir damit an uns klarzumachen, was ein Ausstieg aus dem Euro bedeuten würde, denn das ist die Hauptsorge unserer FreundInnen – und derjenigen, die uns schreiben. Der Vorschlag, die Eurozone zu verlassen, wird vor allem von zwei Strömungen immer wieder vorgebracht: zum einen von jenen Ökonomen, die die Euro-Zwangsjacke ablehnen und sich eine andere Lösung nicht vorstellen können, zum anderen von jenen, die eine nationale Lösung als Ausweg aus einer sich ewig hinziehenden Eurokrise ansehen (oder die immer schon Nationalisten waren). Es handelt sich hier um zwei verschiedene Schulen, die unterschiedliche Ideen und Konzepte verfolgen.

Unter den Ökonomen, die den Euroaustritt befürworten, befinden sich die üblichen Verdächtigen, wie Paul Krugman und Nouriel Roubini aus den USA. Für sie ist der Austritt Griechenlands und Portugals aus der Eurozone nicht länger eine mögliche Option, sondern schlichtweg unvermeidlich. Aus ihrer Sicht macht die Abwärtsspirale, die die finanzpolitischen Anpassungsmaßnahmen auslösen – Steuererhöhungen die keine höheren Staatseinnahmen generieren, wirtschaftlicher Stillstand und das völlige Versagen der Politik –, politisches Handeln unmöglich. Deshalb, so argumentieren sie, besteht die einzige Lösung für die betreffenden Länder darin, die Eurozone zu verlassen. Die neue Währung dieser Länder könnte dann gegenüber dem Euro abgewertet werden; die Exporte würden wachsen, die Löhne sinken – auf diese Weise könnte sich die Wirtschaft wieder erholen. Man muss darauf hinweisen, dass keiner von ihnen einen Schuldenschnitt befürwortet, zumindest sind sie sehr zurückhaltend, wenn es darum geht, die Schulden neu zu verhandeln. Sie hoffen, mit ihrem Vorschlag Zeit zu gewinnen, um die Schulden auf andere Weise zu begleichen, etwa durch eine Steigerung der Exporte. Beide sind sich außerdem darin einig, dass die Kosten der Anpassung in Form von Lohn- und Rentenkürzungen von den Lohnabhängigen getragen werden sollen.

An dieser Stelle gibt es gute und weniger gute Argumente. Vor allem aber läuft diese Lösung auf eine dauerhafte Lohnsenkung hinaus, die unmittelbar negativen Auswirkungen auf den Lebensstandard der Bevölkerung sind hier meist egal. Im Rahmen dieser Debatte gibt es andere Ökonomen, die vorschlagen, man könne die Europäische Union dazu bewegen, den Austritt aus der Eurozone zu finanzieren, oder man könne gar von den Finanzmärkten erwarten, dass sie sich neutral gegenüber der neuen Währung (stellen wir uns vor, ihr Name wäre „Escudo“) verhielten. Und dann gibt es noch die VerfechterInnen eines bemerkenswerten Vorschlags: Sie meinen, das Land solle damit drohen, die Eurozone nur unter der Bedingung zu verlassen, dass es einen finanziellen Ausgleich für die Schäden erhält, die es durch den Verlust

seiner Marktanteile und seiner Wettbewerbsfähigkeit erleidet. Die Rede ist von einer Art Ultimatum: Wenn ihr nicht zahlt, bleiben wir.

Ich kann mich dieser Sichtweise nicht anschließen. Ich bevorzuge eine realistischere Untersuchung der Lage. Fragen wir uns, was geschehen würde, wenn sich die Regierung für einen Ausstieg aus der Eurozone entscheiden würde. Doch bevor wir damit fortfahren, sollten wir uns vor romantischen Vorstellungen hüten. Eines ist klar: Wenn eine Regierung den Ausstieg Portugals aus der Eurozone beschließt, dann wird es die deutsche Regierung sein, die momentan in der EU das Kommando führt. Es gibt keine andere gesellschaftliche oder politische Kraft, die die Macht hätte, diese Entscheidung zu treffen. In Portugal ist keine Kombination aus PSD (Sozialdemokraten), CDS (Konservativer Volkspartei) und PS (Sozialisten), den Parteien, die das Abkommen mit der Troika aus IWF, Europäischer Zentralbank und EU-Kommission unterzeichnet haben, vorstellbar, die sich auf eine solche Alternative einlassen könnte. Selbst wenn dies geschähe, sollte man nicht glauben, dass eine solche Alternative den Schutz der Lohnabhängigen im Sinn hätte. Diese Option existiert schlichtweg nicht in den möglichen Machtmodellen der portugiesischen Parteienlandschaft.

Wenn Portugal den Euro verlässt, dann nur als Ergebnis des deutschen Diktats und der Durchsetzung eines neuen Politikmodells in der Europäischen Union. Die Ereignisse wecken Erinnerungen an das Ultimatum von 1890¹ und den folgenden erzwungenen Staatsbankrott, denn er löste soziale Aufstände aus und bereitete den Weg für den Sturz der Monarchie, bei dem Großbritannien sich durchsetzte und die Kontrolle über die afrikanischen Kolonien übernahm. Doch dieses Mal geht es um das Gesellschaftsmodell, in dem wir die letzten mehr als 35 Jahre Demokratie erlebt haben.

Will Deutschland das Ende des Euros?

Ein Ende des Euros wird es nur geben, wenn es im Interesse Deutschlands liegt. Doch wird es Deutschlands Wunsch sein? Niemand kann diese Frage mit Sicherheit beantworten. Der Schlingerkurs der rechten deutschen Regierung, insbesondere der von Kanzlerin Merkel, ist zu verworren, um ihn wirklich zu durchschauen. Die politische Rechte in Deutschland, die bei der Bundestagswahl im Herbst 2013 die Regierungsmacht an eine Koalition aus Sozialdemokraten und Grünen verlieren könnte, zeigt unübersehbar Ermüdungserscheinungen. Diese versucht sie zu kompensieren, indem sie eine Stimmung nationalistischer Arroganz gegen Griechenland entfesselt hat. Trotzdem hat sie alle Landtagswahlen verloren. Im Februar trat der deutsche Bundespräsident zurück, die Rechtskoalition zeigte Zeichen von Schwäche. All das sind Hinweise, dass die politische Führung Deutschlands

zunehmend Schwierigkeiten hat, das Land zu kontrollieren. Es ist also nicht sinnvoll, exakte Vorhersagen darüber zu machen, was 2012 oder 2013 passieren wird.

Umgekehrt gibt es einige stabile Strukturelemente: Die deutsche Wirtschaft würde bei einem Auseinanderbrechen der Eurozone schweren Schaden nehmen, wie wir gleich sehen werden. Die Rückkehr aller europäischen Länder zu ihren eigenen Währungen wäre ein enormes Stabilitätsrisiko, das für Deutschland wenig vorteilhaft wäre. Als stärkste Volkswirtschaft der Eurozone hätte Deutschland in den resultierenden Handelskonflikten überdurchschnittlich zu verlieren. Der Grund ist einfach: Wenn das erste und wichtigste Ziel aller Länder darin bestünde, durch eine neue nationale Währung die Exporte zu steigern und die Importe zu reduzieren, also eine neomerkantilistische, auf den eigenen Vorteil bedachte Wirtschaftspolitik zu verfolgen, wäre das Ergebnis eine Katastrophe, denn die Exporte der einen Länder sind die Importe der anderen. Eines ist sicher: Es können nicht alle gleichzeitig mehr verkaufen und weniger kaufen.

Deutschland hat auf eine solche neomerkantilistische Politik gesetzt – und die anderen europäischen Länder genötigt, sie zu akzeptieren. Es war das einzige Land, das das in diesem Umfang tun konnte – und tat. Um die eigene Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern, verlangte die deutsche Wirtschaft ihren ArbeiterInnen und Angestellten drastische Lohnsenkungen ab. Doch um die Exporte zu steigern, reicht es nicht, nur die Löhne zu drücken. Von ebenso zentraler Bedeutung ist es, dass die Grenzen zu den anderen europäischen Ländern offen bleiben.

Aus diesem Grund hat Deutschland gegengesteuert, um die Kräfte zu dämpfen, die zum einem totalen Zusammenbruch des Euro führen könnten. So hat Deutschland Griechenland bisher nicht zum Austritt aus dem Euro gedrängt, es hat sogar eine bis dato undenkbbare Umschuldung inklusive eines partiellen Schuldenverzichts privater Gläubiger akzeptiert. Selbst wenn ein Dominoeffekt bei einem Euroaustritt Griechenlands (oder Portugals) unwahrscheinlich ist, wäre die Unsicherheit über die Zukunft der Währung eine Tatsache.

Auf der anderen Seite haben die ersten Monate des Jahres 2012 deutlich gezeigt: Das Problem Europas sind nicht Portugal oder Griechenland. Es ist der Druck, den das Finanzkapital insbesondere auf Italien, Spanien und andere Volkswirtschaften ausübt, die unter Spekulation und Rezession ächzen. Das umfangreiche Dreijahresprogramm zur günstigen Finanzierung privater Banken, das die EZB Ende 2011 ungeachtet seiner bisherigen Doktrin aufgelegt hat, demonstriert, wie sehr Institutionen, die im Dienst der deutschen Regierung stehen, die Folgen einer Kernschmelze des Finanzsystems fürchten. Keine deutsche Regierung, die einen Gedanken an die ökonomischen Folgen verschwendet, kann das Ende des Euro wollen.

Dennoch: Will Deutschland möglicherweise, unter dem Vorwand, den Euro zu retten, den Ausschluss einiger oder aller Länder der europäischen Peripherie? Auf die Frage wird weiter unten noch einmal zurückzukommen sein. Stellen wir zunächst einige Überlegungen darüber an, wie das praktisch aussehen könnte. Wie würde sich ein Euroaustritt Portugals auf die Lebensbedingungen der Beschäftigten auswirken?

Bekommen wir unverhofften Extra-Urlaub?

Das wichtigste zuerst: Beginnen wir mit der Entscheidung für eine neue Währung, die wieder den alten Namen „Escudo“ bekäme. Das Szenario sieht wie folgt aus: Angesichts der schwierigen Wirtschaftslage entschließt sich die Regierung, dem deutschen Ultimatum zu folgen, erklärt, den Euro zu verlassen, und strebt eine Rückkehr zum Escudo als eigener portugiesischer Währung an.

In aller Stille beginnt sie mit dem Druck von Escudo-Banknoten und trifft alle Vorkehrungen, die große Nachricht an einem Freitagabend nach Handelsschluss an den Börsen zu verkünden (möglicherweise verordnet sie den Banken auch einen mehrtägigen Zwangsurlaub). An diesem Wochenende machen alle Banken Überstunden, um die Geldautomaten mit den neuen Scheinen zu versorgen, so dass die neue Währung sofort im Umlauf ist.

Es sind auch andere Varianten zur Einführung der neuen Währung denkbar: Zum Beispiel könnte die Regierung einfach Euroscheine nachdrucken und mit dem Logo des neuen Escudo versehen, bis sie die neuen Scheine in Umlauf gebracht hat. Doch diese Szenarien erfordern einige Fantasie, denn es ist unklar, ob die Eurobehörden diese List widerstandslos akzeptieren würden.

Was aber mit Sicherheit geschehen wird: Die Pläne für eine neue Währung werden durchsickern. An dem Kraftakt zur Ausgabe des neuen Escudo werden Tausende Menschen beteiligt sein, Menschen, die für den Transport und die Verteilung der Geldnoten zuständig sind. Ganz sicher werden sie ihren Familien von dem Einsatz erzählen. Die Menschen werden außerdem die Erklärungen der diversen MinisterInnen in den Wochen vor der Umstellung im Ohr haben, die auf den Ernst der Lage hinweisen und betonen, dass schwerwiegende Maßnahmen notwendig sind, um das Land zu retten. Ein europäischer Krisengipfel würde anberaumt werden, kurz und gut: Die Menschen wüssten vorher, was geplant ist. Es gibt Dinge, die lassen sich nicht geheim halten.

Was also würden die Bürgerinnen und Bürger tun? Das Naheliegende: Sie würden ihre Ersparnisse von den Banken abheben und ihre Euros in Sicherheit bringen. Täten sie es nicht, würden sich all ihre Ersparnisse in Escudos verwandeln, deren Nominalwert infolge der heftigen Abwertung, die ja das Ziel der ganzen Operation ist, spürbar fallen würde. In anderen Worten: Die Bankkonten werden denselben Wertverlust erleiden wie die Währung, in der

sie registriert sind. All jene Lohnabhängigen, die ihre Löhne bzw. Rente zur Bank gebracht haben, werden jedenfalls die ersten Opfer der neuen Währung sein. Deshalb werden sie versuchen, so viel davon zu retten wie möglich.

Und nicht nur sie. Die Währungsumstellung wird eine massive Kapitalflucht auslösen. Unternehmen und Fonds, ja sämtliche Institutionen, die ihr Geld bei Banken angelegt haben, die in Portugal aktiv sind, werden alles daran setzen, dieses Geld an einen Ort umzuleiten, an dem ihre Einlagen vor Abwertung sicher sind.

Die Banken jedoch wollen ihren Kunden keineswegs deren gesamtes Guthaben auszahlen, es würde sie ruinieren. Weder wollen noch können sie es, sie haben schlicht nicht genug Geld dafür – die Banken haben nicht ausreichend Banknoten, um alle Guthaben aller Leute, die ein Konto haben, auf einmal auszuzahlen. Die Banken werden deshalb ihre Pforten schließen, wenn sich die Alarmsignale häufen, und die Regierung wird der Armee befehlen müssen, die Gebäude zu sichern. Das jedenfalls ist in Argentinien und Russland geschehen und auch sonst immer dann, wenn große Geldentwertungen bekannt gegeben wurden. (Und in diesen Fällen ging es nicht einmal darum, eine neue Währung einzuführen – ein Versuch, für den es in der Geschichte der Europäischen Union bisher keinen Präzedenzfall gibt. Erschwerend kommt hinzu, dass die bisher bestehende Währung durch eine deutlich niedriger bewertete ersetzt wird.)

Spätestens nun haben die BefürworterInnen eines schnellen Austritts aus der Eurozone ihr erstes Problem. Armee und Banken werden sich gegen die Bevölkerung stellen müssen. Und die ersten Opfer sind die Kontoinhaber. Wenn die Abwertung sich um die 50 Prozent bewegt, wovon viele Ökonomen, die einen solchen Schritt befürworten, ausgehen, werden die Ersparnisse der Lohnabhängigen die Hälfte ihres Werts verlieren.

Sehr wahrscheinlich werden für eine gewisse Zeit Euro und Escudo parallel zirkulieren. Diese doppelte Preisreferenz wird nicht nur eine massive Abwertung des Escudo nach sich ziehen, sondern auch einen enormen Inflationseffekt auslösen. Auch kann die Angst vor der ungewissen wirtschaftlichen Zukunft dazu führen, dass Waren zurückgehalten werden, was weitere Verunsicherungen der Märkte nach sich ziehen kann. Es wird zu einem Run auf die Supermärkte kommen, die Regale werden sich leeren, bis sich die wirtschaftliche Lage beruhigt hat. Das Leben nach dem Euro wird nicht einfach sein.

Was schulden wir den Banken?

Es steht aber noch ein zweiter Schock bevor. Die Hälfte aller portugiesischen Familien schulden der Bank Geld. Sie haben langfristige Kredite mit mehrjährigen Laufzeiten aufgenommen, meist um ein Haus zu kaufen, und diese

Darlehen wurden in Euro gewährt. Wenn die Regierung den Euro verlässt, hat sie zwei Möglichkeiten: 1. Sie akzeptiert, was die Banken wollen, nämlich dass die Schulden der betroffenen Familien weiter in Euro gerechnet werden (oder zumindest ihren Wert in Euro behalten), oder 2. sie verfügt, dass die Schulden in Escudo umgewandelt werden, um die SchuldnerInnen zu entlasten. In der Praxis bleibt ihr nur die zweite Option, weil anderenfalls der durch die verschärfte Verschuldung ausgelöste Aufruhr in der Gesellschaft zu gewaltig wäre.

Würde die Regierung den Banken erlauben, die Kredite weiterhin in Euro zurückzufordern (so wie es ursprünglich in den Verträgen festgesetzt war), würden die Schulden noch schwerer auf den Schultern der Bevölkerung lasten. Nehmen wir an, jemandes 100.000-Euro-Schuld würde in Escudo umgewandelt und sich folglich auf 30.000.000 Escudos belaufen. Wenn das Gehalt des Schuldners vor der Abwertung 1.000 Euro im Monat betrug (was in der neuen Währung 200.000 Escudos oder 200 „Contos“ entspräche), wäre diese Summe danach nur noch etwa 670 Euro wert, wovon die Hälfte direkt zur Schuldentilgung an die Bank ginge. Ursprünglich hätte der Schuldner – mit viel Mühe – etwa 17 Jahre gebraucht, um seine Schulden vollständig zurückzuzahlen. Nun braucht er – mit derselben Mühe – 25 Jahre, wenn er weiterhin die Hälfte seiner Einnahmen an die Bank zahlt. Er zahlt also weitere acht Jahre.

Im zweiten Fall, wenn die Regierung also – so wie sie es tun sollte – verfügt, dass die Schulden eins zu eins in Escudo umgerechnet werden, würden diejenigen, deren Schulden sich vor der Abwertung auf 100.000 Euro beliefen, nach der Abwertung Schulden von 20.000.000 Escudos (oder 20.000 Contos) zu tilgen haben, was einem Betrag von etwa 67.000 Euro entspräche. In diesem Fall verlöre die Bank. Das Problem an der Sache: Eine solche Abwertung würde den Bankrott der Bank zur Folge haben, denn über Nacht entstünde ein gigantisches Loch in den Bilanzen der Bank, während sie ihre Schulden bei internationalen Banken weiterhin in Euro begleichen müsste. Unter keinen Umständen könnte die Bank ihre Auslandsschulden zahlen.

Aus diesem Grund erklären die BefürworterInnen eines Austritts aus der Eurozone, ganz offen, dass man die Banken notwendigerweise allesamt verstaatlichen müsste – nicht unbedingt um das Finanzkapital zu vergesellschaften, sondern um es zu retten. Eine Bank zu retten, kann jedoch sehr kostspielig sein, wie wir von dem betrügerischen Bankrott und der ruinösen Rettung der BPN (Banco Português de Negócios) wissen. Denn wenn man eine Bank verstaatlicht, bekommt man zwar ihre Aktivposten, aber auch ihre Schulden. Das sind in der Regel Schulden bei den Kontoinhabern und bei jenen, von denen sich die Bank ihrerseits Geld geliehen hat, meist ausländische Banken. Diese Schulden sind Euro-Schulden, doch die insolvente und verstaatlichte Bank erhält ihre Einkünfte und Spareinlagen von nun an in – abgewerteten – Escudos. Ihre Verpflichtungen im Ausland muss sie jedoch weiterhin in Euro bedie-

nen. Weil der Staat die 175 Milliarden Bankschulden übernommen hat, ist die Staatsverschuldung also im Gegenzug plötzlich in die Höhe geschneilt. Banken zu retten ist teuer. Bankschulden, die einst Privatschulden waren, werden mit der Verstaatlichung der Bank zu Staatsschulden. So ist es zumindest, wenn die Banken die Schuldner sind. Anders sieht es freilich aus, wenn Banken mehr Einnahmen zu erwarten als Schulden zu zahlen haben – was bei portugiesischen Banken (und ausländischen Banken in Portugal) aber nicht der Fall ist.

Steuererhöhungen

Was nun passiert, ist bekannt: Um die Schulden zu zahlen, die aus der Verstaatlichung des Bankensektors erwachsen, wird eine weitere Steuererhöhung fällig. Dieses Mal fließt sie direkt ins internationale Bankensystem. Der Arbeiter, dessen persönliche Schulden gesichert wurden, muss auf anderem Wege zahlen, in diesem Fall in Form neuer Steuern. Natürlich könnte man sich vorstellen, dass die Regierung sich einfach weigert, die internationalen Schulden der verstaatlichten Privatbanken zu begleichen. Doch das würde die ganze Operation einer neuen, abgewerteten Währung in Frage stellen, denn ihr Ziel bestand ja darin, die Exporte zu erhöhen und Märkte zu erschließen, um durch einen erhöhten Absatz portugiesischer Produkte die Wirtschaft anzukurbeln.

Eine solche Entscheidung würde der Wirtschaft den Zugang zu Fremdfinanzierung jedoch erschweren. Ist es der Regierung aber nicht mehr möglich, sich Kredite von anderen Ländern oder auf den Finanzmärkten zu beschaffen, bleiben ihr nur noch zwei Optionen: Die erste besteht darin, den Primärhaushalt im Plus zu halten, was bedeuten würde, dass die Regierung niemals mehr ausgeben kann, als sie aus Steuern einnimmt. Das würde bedeuten, dass die Steuerbelastung der Lohnabhängigen erhöht werden muss und weniger staatliche Investitionen getätigt werden können. Beides sind rezessionsfördernde Maßnahmen, die in dieser Situation alles andere als ratsam sind – ganz davon abgesehen, dass sie sozial ungerecht und falsch sind. Die zweite Option der Regierung besteht darin, ihre neuen Ressourcen zu nutzen und die portugiesische Zentralbank mehr Escudos drucken zu lassen, um genug Geld für geplante Staatsausgaben zur Verfügung zu haben. Das aber würde die Abwertung der Währung und die Inflation beschleunigen.

Wenden wir uns wieder den Problemen unserer Regierung zu, die entstanden sind, weil sie sich entschieden hat, den Euro zu verlassen oder das imaginäre Ultimatum Deutschlands zu akzeptieren. Die Zahl ihrer Gegner ist bereits jetzt ansehnlich: jene, die mehr Steuern zahlen müssen oder deren Schulden sich vervielfacht haben, jene, die mehr Geld für Essen, Transport und medizinische Behandlung ausgeben müssen, und jene, die einen

Teil ihre Ersparnisse und Bankeinlagen verloren haben. Wenn sie über die Situation nachdenken, werden die Lohnabhängigen schnell dahinter kommen, dass sie einen Teil ihres Lohns (oder ihrer Rente) verloren haben, dass die Haushaltslage sich keinesfalls entspannt hat (im Gegenteil, sie hat sich verschlimmert, denn die Staatsschulden müssen in Euro gezahlt werden, die Steuereinnahmen fließen aber in Escudo, wir brauchen also deutlich mehr Escudo-Einnahmen, um die Euro-Schulden zu bezahlen) und dass weitere Einschnitte im Gesundheitsbereich und im Bildungssystem bevorstehen. Die Lohnabhängigen werden daher kämpfen, um ihre Einkommen zu sichern.

Die Regierung wird argumentieren, dass genau dies alle unternommenen Anstrengungen zunichte macht. Die Exporte sind billiger geworden, entweder weil der Escudo weniger Wert ist und die Produkte somit günstiger sind, oder weil die Unternehmen den ArbeiterInnen niedrigere Escudo-Löhne zahlen. Steigen aber die Löhne, untergräbt das wieder die Wettbewerbsfähigkeit. Was also wird die Regierung tun, wenn es zu Arbeiterprotesten kommt? Das Land wird von Unruhen geschüttelt werden, es wird Tumulte vor den Türen der Banken geben, wenn die Kontoinhaber gemerkt haben, was sie verlieren werden. Steuern und Preise werden steigen, während die Löhne sinken. Der Regierung bleiben nur zwei Möglichkeiten: Sie kann den Weg des argentinischen Präsidenten gehen, der den Regierungspalast im Hubschrauber verließ, oder sie kann versuchen, die Proteste niederzuschlagen.

Mit anderen Worten: Wenn wir die Eurozone verlassen, stehen wir mit dem Rücken zur Wand. Diejenigen Ökonomen, die – mit Recht! – die fortwährenden Sparmaßnahmen beenden wollten, werden also am Ende ein System zu verantworten haben, das einen noch strengeren Sparkurs bedeutet und das sich, indem es auf Lohnsenkungen infolge der Escudo-Abwertung setzt, hauptsächlich am Vorteil eines einzigen Wirtschaftssektors orientiert: der Exportindustrie. Es würden neue Probleme entstehen, und es würde eine Menge Zeit vergehen, bis sich irgendwelche positiven Folgen der Abwertung einstellen. In der Zwischenzeit würde die Regierung jedoch den Respekt der Lohnabhängigen verlieren, denn sie sind die, die am meisten zu leiden hätten.

Mit Exporten die Wirtschaft retten

Nun ist also der zweite Schock auch überstanden. Aber es wird noch schlimmer. Der Escudo wird zu diesem Zeitpunkt etwa die Hälfte seines Werts gegenüber dem Euro verloren haben. Die Regierung und jene, die die Abwertung der Währung als geeignete Maßnahme ansehen, die Wirtschaft zu stützen, erwarten den folgenden positiven Effekt: Exporte werden steigen, weil sie billiger werden (ihr Preis in ausländischer Währung wird günstiger, die Löhne der ArbeiterInnen niedriger), während das Volumen der Importe gleichzeitig sinkt,

denn ihr Preis in Escudo steigt. Infolgedessen wird Kapital in die Exportindustrien und -dienstleistungen fließen, während gleichzeitig die Binnennachfrage und die Importe einbrechen werden. All dies würde die Zahlungsbilanz des Landes deutlich verbessern. Die Annahme ist: Wenn es für die Exportunternehmen besser läuft, wird es der gesamten Wirtschaft besser gehen.

Die Sache klingt gut, aber sie hat einen Makel – und zwar einen großen. Es ist nämlich so, dass im Zuge der Währungsabwertung die Preise der importierten Güter nicht allmählich steigen, sondern von einem Tag auf den anderen emporschnellen. Benzin wird anderthalb mal so teuer sein wie zuvor, und dieser Preissprung würde das ganze Transportsystem treffen: Stellen wir uns vor, ein Liter Benzin kostet plötzlich 480 Escudo (oder 2,40 Euro). Das Gleiche gilt für importierte Lebensmittel oder medizinische Güter und eine Menge anderer Dinge des täglichen Bedarfs. In den Supermärkten würde an manchen Waren Mangel herrschen, und die Produkte, die es noch zu kaufen gibt, würden sich über Nacht deutlich verteuern.

Da zwei Drittel des Einkommens der PortugiesInnen direkt in den Konsum fließen, kann man sich die Folgen solcher Preissprünge leicht ausmalen. Allein dieser Effekt würde schon eine Lohnsenkung bedeuten.

Was die Exporte angeht, spricht einiges dafür, dass sie zunehmen werden. Allerdings stellen sich viele Ökonomen die Gesellschaft wie ein Labor vor. Allzu oft vergessen sie den Unterschied zwischen dem Zeitpunkt, an dem Entscheidungen getroffen werden, und dem, an dem sich die Folgen dieser Entscheidungen einstellen. Timing ist in diesem Fall jedoch von zentraler Bedeutung, und zwar aus einem einfachen Grund: Die Importpreise steigen sofort, doch die Effekte der möglichen Exportsteigerungen stellen sich erst nach einiger Zeit ein, vielleicht sogar erst nach ziemlich langer Zeit.

In jedem Fall müssen einige Umstände zusammenkommen, um ein Wachstum der Exporte zu erreichen. Zum Beispiel müssen die niedrigeren Preise portugiesischer Produkte die ausländischen Käufer auch tatsächlich dazu bringen, mehr zu kaufen als zuvor. Auch darf das Ausland nicht in eine Rezession schlittern, die portugiesischen Produkte müssen auf Märkte mit wachsender Nachfrage zugeschnitten sein, und ihre Qualität muss den Erwartungen der ausländischen Käufer entsprechen.

Selbst wenn die Exporte wachsen, wird das langsam vor sich gehen. Die Erlöse fließen erst nach Abschluss der Geschäfte zurück, man muss also während des gesamten Produktionszeitraums auf sie warten, selbst dann noch, wenn man den Umfang der Produktion bereits erweitern muss. Um mehr zu produzieren, muss man investieren, und um zu investieren, braucht man das nötige Kapital, man muss mehr ArbeiterInnen einstellen und sie bezahlen. All das ist erst möglich, nachdem die Exporteinkünfte realisiert wurden. Damit die Exporte das Wirtschaftswachstum insgesamt ankurbeln, müssen

zunächst Jahrzehnte der Deindustrialisierung der portugiesischen Wirtschaft rückgängig gemacht werden, ebenso die Spezialisierung in Branchen, die keine exportierbaren Güter produzieren. All das ist sicher wünschenswert, es dauert aber seine Zeit und ist kaum auf kurze Sicht zu erreichen.

Zudem sind bei der Berechnung der Preise portugiesischer Exportprodukte die Kosten der importierten Rohstoffe und anderer Materialien zu berücksichtigen. Die Hälfte des Gesamtwerts der Exporte hängt von Importgütern ab, die durch die Währungsabwertung ja teurer geworden sind. Das lässt die Wettbewerbsvorteile der Exporte dahinschmelzen. Die Exporteinnahmen werden aus diesen Gründen nur leicht, langsam und spät zunehmen. Gleichzeitig werden die Lebenshaltungskosten drastisch steigen und die Ersparnisse hart von der Abwertung getroffen, während die Zuwächse bei Exporten und Beschäftigung Zeit brauchen und ungewiss sind.

Wirtschaftliche Erholung durch Exportorientierung ist ein Spiel mit vielen Unbekannten, dass die Löhne sinken werden, ist dagegen sicher. Die sozialistische Politik, für die wir stehen, orientiert sich an einem Prinzip: dem Eintreten für die Interessen der Arbeiterklasse. Wir werden uns nicht am Versuch beteiligen, die Löhne der ArbeiterInnen zu opfern, sie sind ihr rechtmäßiger Anteil am Sozialprodukt. Die autoritäre Lösung eines Ausstiegs aus dem Euro ist kein Mittel, um Sparmaßnahmen zu vermeiden, im Gegenteil. Wir können daher in keinem Fall für eine solche Lösung eintreten. Es senkt die Löhne und zieht nur weitere Schulden nach sich.

Ich möchte es klar und deutlich sagen: Unter den aktuellen Bedingungen ist der Ausstieg aus dem Euro die schlechteste aller Lösungen. Sie kann einzig von der EU Führungsgruppe erzwungen werden. Diese schlechteste aller Lösungen ist nur unter der Bedingung akzeptabel, dass es keine andere gibt, dass alle anderen Alternativen ausgeschöpft sind, oder dass sie notwendig ist, um zu überleben. Gegenwärtig gibt es nur eine Bedingung, unter denen die Portugiesen gezwungen sein könnten, die Eurozone zu verlassen – und diese Möglichkeit ist in der Tat nicht ausgeschlossen: Im Falle des Zusammenbruchs der europäischen Institutionen und Regularien könnte Portugals Unabhängigkeit auf dem Spiel stehen, und in diesem Fall könnte es sein, dass es keine andere Möglichkeit gibt, als die EU – und mit ihr den Euro – zu verlassen, um Portugals eigenständige Entscheidungsfähigkeit wiederherzustellen. In der Gefahr, dass die Situation von einem Kredit- und Schuldsystem zu einem kolonialen Protektorat kippen könnte, liegt eine solche Bedrohung. Es ist klar, dass eine solche Reaktion von der Mehrheit der portugiesischen Bevölkerung getragen werden müsste, so dass die Kraft populärer Bewegungen und der Schutz von Arbeiterinteressen diesen Schritt formen und bestimmen.

Anmerkungen

- 1) Anm. d.Ü.: 1890 eskalierte ein Streit zwischen Portugal und Großbritannien um die Kolonialgebiete im südlichen Afrika. Großbritannien forderte Portugal ultimativ auf, seine Soldaten aus den Territorien zwischen Angola und Mosambik abzuziehen, Portugal musste klein beigeben. Die Ereignisse nützten der republikanischen Bewegung Portugals und schwächten die Krone. Ein Jahr später musste das Land, das nicht zuletzt weil sein Kolonialreich zerbrach auch wirtschaftlich zunehmend in Schwierigkeiten steckte, den Staatsbankrott erklären.

— Anzeige —



LUXEMBURG 2
GESELLSCHAFTSANALYSE UND LINKE PRAXIS 2012

»EUROPA, LINKS« Krise des Krisenmanagements | Integration und Imperialismus | Griechenland im Ausverkauf | Politische Streiks für Demokratie | Linke Strategien in Europa | Liebe, Klasse, Monster | Organisation von Hausarbeiterinnen

MIT BEITRÄGEN VON Perry Anderson | Thomas Händel | Heinz Bierbaum | John Kelly | Marica Frangakis | Asbjørn Wahl | Michel Husson | Bob Jessop | Eva Illouz | Panagiotis Sotiris | David McNally | Karin Pape u.a.

Juni 2012, VSA: Verlag, 160 S., 10 €, Abo 30 €, ermäßigt 20 €,
 VSA: Verlag, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg. www.zeitschrift-luxemburg.de

Die Unmöglichkeiten des Reformismus

CMS Stockholm¹

Vorbemerkung

Mit diesem Text möchten wir mit all jenen Genossen innerhalb der Sozialdemokratie in Dialog treten, die der Ansicht sind, dass die vergangenen 25, 15 oder auch fünf Jahre betrüblicher Entwicklungen das Ergebnis eines Zusammentreffens unglücklicher Umstände waren – unfähige Führungsarbeit, Druck aus dem Ausland, Fehler, raffinierte Gegner etc. Wir möchten dieser Sichtweise eine mehr auf die Ursachen gerichtete Erklärung entgegensetzen. Die Probleme, die wir hier ansprechen, sind keineswegs Ergebnis einer fundamental nicht-antagonistischen gesellschaftlichen Entwicklung auf reformistischer Grundlage, die nur durch Einzelaktionen auf Abwege geriet. Es handelt sich vielmehr um inhärente und unvermeidliche Probleme der reformistischen Strategie, auf der die Sozialdemokratie aufbaut – sowohl bei ihren Erfolgen als auch bei ihren Niederlagen.

Reformismus als Konzept

Die Bedeutung des Begriffs Reformismus ist oftmals vage. Bei der Unterscheidung zwischen einer reformistischen und einer revolutionären politischen Einstellung ergibt sich eine Reihe unterschiedlicher Dimensionen. So ist es beispielsweise möglich, von einem Unterschied hinsichtlich der politischen Philosophie zu sprechen. Reformistisch orientierte Sozialisten haben

sich einigen liberalen politischen Institutionen gegenüber geöffnet (gegenüber der parlamentarischen Demokratie, der hauptsächlichlichen Interessenvertretung durch die einzelnen Bürger, deren persönliche Rechte durch die Verfassung geschützt sind, sowie der von der Verfassung besiegelten Gewaltenteilung etc.) und sich skeptisch oder zuweilen offen feindlich gegenüber Visionen alternativer politischer Modelle verhalten, die für eine Form partizipativer Demokratie oder andere Formen der Vertretung plädieren – beispielsweise inspiriert durch die Pariser Kommune oder die Arbeiterräte des frühen 20. Jahrhunderts. Diese Unterscheidung hat auch Auswirkungen auf die Wahrnehmung der politischen Legitimität beim Übergang vom liberalen Kapitalismus zum Sozialismus. Die Reformisten sehen in den politischen Institutionen Kontinuität gewährleistet, damit es bei diesem Übergang nicht zur Verletzung der Rechte des Einzelnen kommt. „Die Massen“ scheinen nur dann politisch akzeptabel zu sein, wenn sie durch liberale politische Institutionen auf den rechten Weg gebracht oder individualisiert werden. In jenen Fällen, in denen reformistisch orientierte Sozialisten Volksbewegungen aufgebaut haben, war bei ihnen gleichzeitig die Tendenz erkennbar, die Unterscheidung zwischen Zivilgesellschaft und Staat zu akzeptieren und diese auch zu bekräftigen: die diesbezügliche Denkweise basierte augenscheinlich auf der Feststellung, dass der „transindividuelle“ Charakter von Volksbewegungen nur solange legitim ist, wie er sich innerhalb der Grenzen der Zivilgesellschaft bewegt und dass es eine fundamentalere politische Ordnung geben muss – nämlich die Schaffung eines Nationalstaats, in dem das Individuum im Mittelpunkt steht. Man könnte damit argumentieren, dass innerhalb der reformistischen Tradition eine gewisse Kontinuität in Bezug auf John Lockes Thesen zur legitimen Revolte besteht: Es ist nur dann richtig, zu revoltieren, wenn die Revolte sich auf dem Boden der Verfassung bewegt.

In diesem Aufsatz wollen wir die reformistische politische Philosophie (mit ihrer „Furcht vor den Massen“) jedoch beiseite lassen und uns auf eine andere Dimension dieses Begriffs konzentrieren: Eine Dimension, die in dem Moment auftaucht, da man den Begriff als strategisch motivierten Weg zum Sozialismus auf dem Wege progressiver Reformen mittels parlamentarischer Entscheidungen definiert. Wir wollen hier die Annahmen diskutieren, auf denen diese Strategie basiert, sowie die damit in Verbindung stehenden Dilemmata.

Der Ausdruck „Weg zum Sozialismus“ steht sinnbildlich für das Konzept, das reformistisch orientierte Arbeiterbewegungen von dieser Transformation haben. Es impliziert eine Art einfacher, geradliniger Fortentwicklung. Die Denkweise, die sich bei der Verwendung von räumlichen Metaphern offenbart, wird auch bei der politischen Analyse sichtbar. Es wird davon ausgegangen, dass Revolutionäre und Reformisten Reisegefährten auf ein und

demselben Wege seien. Der Unterschied zwischen diesen beiden Strategien läge nur in ihrer Geschwindigkeit und Geduld. Hierbei wird die revolutionäre Strategie oft lediglich als Ausdruck eines unreifen, rastlosen Abenteuertums dargestellt. Wie wir zeigen werden, zeichnet die sozialdemokratische Geschichtsschreibung von der reformistischen Bewegung ein Bild, bei der diese sich dem Sozialismus Schritt um Schritt angenähert hat, dann aber aus unterschiedlichen Gründen vom Weg abgekommen ist. Gemäß dieser Geschichtsschreibung wäre es jedoch kein wirkliches Problem, den Weg, von dem man abgekommen ist, einfach wieder aufzunehmen. Wir indessen behaupten, dass eine radikale Transformation der Gesellschaft von Natur aus etwas anderes benötigt als Reformpakete für die existierende Gesellschaft. Sicherlich können Reformen günstige Ausgangsbedingungen für einen Bruch mit den gegenwärtigen Verhältnissen bewirken, nicht jedoch den eigentlichen Bruch. Indem wir zunächst bei der Metapher vom Weg zum Sozialismus bleiben, möchten wir die Behauptung aufstellen, dass durch den strukturbedingten Charakter der Produktionsbeziehungen in der Wirtschaft entlang dieser Wegstrecke Erdrisse entstehen – Schluchten, die die Arbeiterbewegung nur durch einen mutigen Sprung überwinden kann.

Unser Maßstab für die Bewertung der Erfolge des Reformismus ist daher nicht die langfristige Durchsetzung von Sozialreformen (die für das Leben der Menschen durchaus wichtig sein können), sondern die Frage, inwieweit diese eine radikale gesellschaftliche Transformation ermöglichen. Eine solche Transformation ist von einer gesellschaftlichen Kraft abhängig, und unser Standpunkt – so orthodox dieser heute auch scheinen mag – ist, dass deren wichtigste Komponente die Arbeiterklasse ist.

Die sozialdemokratische Geschichtsschreibung

Wir möchten mit einer kurzen Zusammenfassung dessen beginnen, womit die heutigen reformistisch orientierten Sozialisten den Erfolg der schwedischen Sozialdemokratie im Zeitraum von ca. 1920 bis 1980 sowie ihren darauf folgenden Niedergang erklären.²

Wenn die Macht der Bourgeoisie sich aus ihrer Kontrolle über das Kapital speist, so beruht die Macht der Arbeiterklasse auf ihrem Organisationsgrad. Im späten 19. und im frühen 20. Jahrhundert stieg dieser Organisationsgrad mehr oder weniger kontinuierlich an. Solange die Arbeiterbewegung schwächer als ihre Gegenspieler war, wurden die Antagonismen auf dem Arbeitsmarkt auf relativ militante Weise ausgefochten. Im späteren Verlauf des 20. Jahrhunderts, als sich das Kräfteverhältnis zwischen den beiden antagonistischen Lagern ausbalancierte, ließ sich der Ausgang von Konflikten viel schwerer vorhersagen und die Kosten von Konflikten erhöhten sich auf

beiden Seiten – wobei die Arbeiterbewegung nach wie vor nicht stark genug war, das kapitalistische System insgesamt in Frage zu stellen. Daraus erwuchs ein gegenseitiges Interesse an einem historischen Kompromiss. Dieser bildete sich in den 1930er-Jahren heraus: zunächst mit der Errichtung eines sozialdemokratischen Kabinetts im Jahre 1932 und insbesondere mit der Krisenvereinbarung von 1933 (dem so genannten „Kohandeln“ – „Kuhhandel“), und später mit der Institutionalisierung der Konfliktregulierung durch das Abkommen von Saltsjöbaden 1938.

Der historische Kompromiss war – unter dieser Perspektive betrachtet – nicht notwendigerweise ein Ausdruck harmonischer Zusammenarbeit zwischen den Klassen, sondern eher eine Art *modus vivendi*, der auf einer strategischen Bewertung der Machtverhältnisse beruhte. Er bildete jedoch einen Rahmen, in dem die Arbeiterklasse in der Nachkriegszeit nach und nach an Stärke gewinnen konnte. Aufgrund ihrer zahlenmäßigen Überlegenheit konnte die Arbeiterbewegung über das Parlament politische Macht erobern, um damit dann der wirtschaftlichen Macht des Kapitals entgegenzuwirken. Es gab also strategische Gründe dafür, den Kampfgeist der Gewerkschaften an der Basis einzudämmen, um den politischen Erfolg einer sozialdemokratischen Regierung zu sichern, deren Prioritäten u.a. Vollbeschäftigung und Ausweitung der sozialen Sicherungssysteme waren. Somit erfolgte in der Nachkriegszeit eine Verschiebung der Schwerpunkte – weg vom gewerkschaftlichen Arm innerhalb der Arbeiterbewegung hin zum parlamentarischen. Die Abschwächung der Konflikte auf dem Arbeitsmarkt wurde als Ausdruck der kumulativ wachsenden Stärke der Arbeiterklasse und somit als Reifeprozess auf dem Weg zum Sozialismus wahrgenommen.

Der Niedergang des Reformismus-Projekts seit den 1970er Jahren wird dann wie folgt erklärt: die Ölkrise von 1973 (OPEC 1) führte in vielen Ländern zu einer hohen Inflation. Dies diente neoliberalen Ideologen als Vorwand, gegen die keynesianische Wirtschaftspolitik zu Felde zu ziehen. In Schweden war es vor allem Sture Eskilsson, Leiter der Informationsabteilung des schwedischen Unternehmerverbands SAF, der aktiv versuchte, bei dieser Debatte die Oberhand zu gewinnen und eine neue Offensive in der öffentlichen Meinungsbildung auf den Weg zu bringen. Dies eskalierte, als Curt Nicolin gegen Mitte der 1970er Jahre Vorsitzender der SAF wurde.

Aus eher unklaren Gründen begannen sich gewisse führende Kreise der sozialdemokratischen Partei diesem Denken anzuschließen. Insbesondere Erik Åsbrink und Kjell-Olof Feldt wurden Befürworter neoliberaler Ideen. Hinter dem Rücken von Olof Palme, Sten Andersson und der großen Mehrheit der Partei kooperierten sie mit den Wirtschaftsexperten der schwedischen Zentralbank, um im November 1985 eine Deregulierung des Kreditmarktes durchzusetzen. Die politische Bedeutung dieser Reform war, dass sie eine

Kettenreaktion von „Liberalisierungsmaßnahmen“ zu einem Zeitpunkt auslöste, als der Staat eines wichtigen Werkzeugs zur Eindämmung des Inflationwachstums beraubt war. Die Deregulierung führte unterdessen jedoch zu einer Immobilienblase und letztlich zu der nationalen Wirtschaftskrise Anfang der 1990er Jahre. Seit jener Zeit haben sich neoliberale Ideen jedoch so stark in der öffentlichen Meinung festgesetzt, dass die Wirtschaftskrise jetzt als Symptom eines übergroßen öffentlichen Sektors dargestellt werden konnte, womit sich wiederum Sparmaßnahmen und Privatisierungen begründen ließen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass diese Geschichtsschreibung oder diese Art der Aufarbeitung der Geschichte der schwedischen Sozialdemokratie auf folgenden Annahmen basiert:

- Erstens beruht diese Darstellung auf einer *parlamentarischen Hypothese*. Damit meinen wir die Annahme, dass in einer parlamentarischen Demokratie die Entwicklung der Gesellschaft vom Charakter der parlamentarischen Regierung bestimmt wird.³ Diese Annahme impliziert wiederum eine Reihe weiterer Annahmen: a) dass die nationalen Verhältnisse von den internationalen Verhältnissen im Großen und Ganzen unabhängig sind; b) dass der Staat ein neutrales Instrument in den Händen jener ist, die durch das Mandat des Volkes gewählt wurden, und in seiner Struktur zum Beispiel nicht von der Klassennatur der Wirtschaft abhängig ist.
- Zweitens beruht diese Darstellung auf einer *Verteilungshypothese*. Damit meinen wir die Annahme, wonach die Arbeiterklasse und die Bourgeoisie zwei voneinander unabhängige Akteure sind, die sich über die Verteilung dessen, was in der Wirtschaft produziert wird, auseinandersetzen. Der Antagonismus zwischen den Klassen wird ausschließlich als Frage von Verteilung oder Zuordnung angesehen, also so, als blieben sie unberührt von den strukturellen Widersprüchen innerhalb des Produktionsprozesses selbst. Die Produktionsbeziehungen scheinen für die Arbeiterbewegung in keiner Weise ein strukturelles Hindernis oder Dilemma bei der Machtausübung darzustellen. Das Kapital wird primär als Produktionsfaktor betrachtet. Nur die Kontrolle des Produktionsfaktors durch die Bourgeoisie ist demnach politisch problematisch.⁴
- Drittens basiert diese Darstellung zugleich auf einer *Stabilitätshypothese*. Damit meinen wir die Annahme, wonach die Wirtschaftsbeziehungen in der Regel stabil sind und eine Wirtschaft erst durch externe Faktoren in eine Krise hineingezogen wird.

Die Konsequenz dieser Geschichtsschreibung ist, dass die Linken innerhalb der schwedischen Sozialdemokratie den Zusammenbruch des reformistisch orientierten Sozialismus in den vergangenen Jahrzehnten als Ergebnis des Wirkens äußerer historischer Zufälle und innerer Feinde ansehen. Die sich

daraus ergebende politische Konsequenz ist, dass die Linke innerhalb der Sozialdemokratie es offenbar als ihre Hauptaufgabe ansieht, die sozialdemokratische Führung wegen ihres Umschwungs nach rechts des Verrats an der Arbeiterbewegung zu bezichtigen.⁵

Strategische Begrenzungen des Reformismus

1. Die ideologischen Auswirkungen des Parlamentarismus

Die parlamentarische Hypothese impliziert, dass die Staatsmacht in der Regel etwas ist, das durch das Volk über demokratische Wahlen ausgeübt wird. Entsprechend dieser Denkweise widerspiegelt der institutionelle Aufbau des Staates ebenso wie seine Politik die in der Bevölkerung dominierenden Vorstellungen. Die Staatsmacht wird aus diesem Grund als sekundäres Phänomen im Vergleich zu jenen Prozessen innerhalb der Zivilgesellschaft wahrgenommen, durch die bestimmte Ideen sich gegenüber anderen durchsetzen. Wenn ein großer Teil der Arbeiterklasse seiner politischen Orientierung nach nicht sozialistisch ist, liegt das daran, dass sie vor und unabhängig von den Wahlen zum Parlament *ideologisch* beeinflusst wurde. Wenn die Arbeiterbewegung in der Lage wäre, eine ideologische Auseinandersetzung innerhalb der Zivilgesellschaft zu gewinnen, so würde es ihr vermutlich möglich sein, das Parlament als ein neutrales Werkzeug zu nutzen.

Wir sind der Auffassung, dass es gute Gründe gibt, diese Annahmen in Frage zu stellen. Wenn die kapitalistischen Produktionsbeziehungen die Gesellschaft in verschiedene soziale Klassen einteilen, so ignoriert die parlamentarische Vertretung eine solche Schichtenbildung. Bei den Parlamentswahlen wird die isolierte Einzelperson als privater Bürger aufgerufen und umworben. Im Parlament erfolgt die Vertretung der Bevölkerung, indem von ihrer Unterteilung in soziale Klassen abstrahiert und so getan wird, als bestünde sie aus einander gleich gestellten Bürgern. Die konkrete Ungleichheit innerhalb der Gesellschaft insgesamt wird als formelle Gleichheit im Staat vertreten. Im Parlamentarismus erscheint ebendiese Einheit, die das abstrakte *Resultat seines spezifischen Vertretungsmechanismus ist*, als *Vorbedingung* oder Ausgangspunkt für die Selbstbestimmung der Massen. Daher glauben wir, dass den parlamentarischen Institutionen selbst eine ideologische Dimension innewohnt. Demzufolge ist die Ideologie nicht etwas, das ausschließlich vor und unabhängig von den Parlamentswahlen zum Tragen kommt.⁶

Wir wollen hier nicht behaupten, dass Sozialdemokraten, die sich in einer parlamentarisch orientierten Politik engagieren, automatisch ihren Klassenstandpunkt einbüßen. Wahrscheinlich gibt es hier eine Reihe von Tendenzen, die dem entgegenwirken, so zum Beispiel in den Gewerkschaftsorganisationen. Die den parlamentarischen Institutionen eigene Ideologie

hat jedoch einen tendenziellen Einfluss, der das Risiko in sich birgt, dass dieser auf lange Sicht beherrschend wird. Statt die sozialdemokratischen Parlamentsabgeordneten als parlamentarischen Arm der Arbeiterbewegung wahrzunehmen – also als etwas, das die Ziele der Arbeiterbewegung befördert – besteht das Risiko, dass im Laufe der Zeit eine gewisse Loyalität zu den Institutionen als solchen entsteht und damit eine bestimmte Affinität zu der Art von Einheit, die dort vertreten wird. Selbst wenn eine Gesellschaft noch als Klassengesellschaft erkennbar ist, scheint die Ideologie des Parlamentarismus die Vorstellung einer im Grunde fundamental demokratischen und daher gleichrangigen Kameradschaft unterhalb dieser Klassendifferenzen nahezulegen. Letztere erscheinen im Vergleich zu dieser sehr viel demokratischeren grundlegenden Kameradschaft jenseits der Klassendifferenzen schließlich als flach und unbedeutend. Daher riskieren wir einen Übergang von den Ideen des Sozialismus zu den Ideen des Korporatismus und „Folkhemmet“ („Volksheim“).

2. Die demobilisierenden Auswirkungen der parlamentarischen Strategie

Die parlamentarische Interessenvertretung hat darüber hinaus den Effekt, dass sie die in den Parlamentarismus involvierten Parteien transformiert. Die ins Parlament gewählten Parteimitglieder werden *Repräsentanten* der Bewegung. Andererseits wird die Bewegung durch ihre Führung *repräsentiert*. Die reformistisch orientierte Strategie bringt somit automatisch die Herausbildung eines Moments der Delegation innerhalb der Struktur der reformistisch orientierten Organisation mit sich. Die Masse der Parteimitglieder ist nicht persönlich an der parlamentarischen Arbeit beteiligt. Ihr Handeln wird darauf reduziert, Repräsentanten zu unterstützen, während das Handeln jener Repräsentanten gleichzeitig immer weiter vom Alltagsleben der Massen losgelöst ist. Statt die Aktivitäten der großen Masse der Parteimitglieder zu unterstützen, werden diese Aktivitäten im Falle einer parlamentarischen Orientierung durch die Interessenvertretung im Großen und Ganzen *ersetzt*. Die reformistische Strategie bringt somit letzten Endes eine demobilisierende Tendenz mit sich.

Des Weiteren scheint es sich so zu verhalten, dass der Parlamentarismus die reformistisch orientierte Partei unausweichlich in die Position zwingt, „Verantwortung zu übernehmen“. Um ihren Einfluss im Parlament zu maximieren, muss die reformistisch orientierte Partei versuchen, außerhalb ihrer eigenen Bewegung Stimmen zu erobern. So geraten die Parlamentsabgeordneten der Partei in die Situation, ihre Wähler und nicht ihre Bewegung zu vertreten. Dies vergrößert die Kluft zwischen der Parteiführung und den sonstigen Mitgliedern der Bewegung. Außerdem werden Anreize geschaffen, Letztere der Ersteren stärker unterzuordnen, um dadurch auch überzeugen-

der gegenüber denjenigen Wählern das Versprechen der Interessenvertretung mit persönlicher Rechenschaftspflicht anzubieten, die nicht Mitglieder der Bewegung sind.⁷

Strukturelle Hindernisse auf dem Wege des Parlamentarismus

1. Abhängigkeit vom kapitalistischen Sektor

Die im kapitalistischen Sektor verrichtete Arbeit resultiert in einem Produkt, welches zwischen den Lohnarbeitern, den Unternehmen, privaten Kapitalgebern und dem Staat aufgeteilt wird. Die mit der Verwaltung der Staatsgeschäfte betrauten Personen befinden sich innerhalb der Wirtschaftswelt in einer Lage, die es ihnen infolge der staatlichen Autorität zur Erhebung von Steuern ermöglicht, Privilegien, Reichtum und Macht zu erlangen. Der Staat stellt dem kapitalistischen Sektor ein Rechtssystem sowie Gesetze zur Verfügung, ohne die dieser nicht funktionieren könnte. Gleichzeitig ist der Staat aber von den Steuereinnahmen aus den Gewinnen des kapitalistischen Sektors sowie von Krediten abhängig, um in der Weltwirtschaft handlungsfähig zu bleiben.

Diese Abhängigkeit zwingt die Entscheidungsträger des Staates, sich um die Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Aktivität zu kümmern, unabhängig davon, ob sie in der staatlichen Verwaltung arbeiten, oder zum gewählten hauptberuflichen politischen Führungspersonal gehören und auch unabhängig davon, ob ihr Ziel daran besteht, die Schlagkraft des Militärs auszubauen oder Sozialreformen umzusetzen. Gleichzeitig müssen sie sich eine alle Wirtschaftsaspekte umfassende Perspektive zu eigen machen, um die destruktiven Auswirkungen des kapitalistischen Sektors – z.B. Krisen und Arbeitslosigkeit – unter Kontrolle zu halten. Andernfalls würde der Staat binnen kürzester Zeit Gefahr laufen, die politische Unterstützung der übrigen Bevölkerung zu verlieren, auf die er in unterschiedlichem Maße angewiesen ist.

Die Wirtschaftstätigkeit ist stark an den Umfang der Investitionen gekoppelt, die sowohl die Produktionskapazität erhöhen als auch ein wichtiger Baustein innerhalb der Gesamtnachfrage in der Wirtschaft sind. Dieser grundlegende Tatbestand macht es möglich, dass mit dem Kapital einzelner Personen ein kollektives Veto gegenüber der Politik ausgeübt werden kann. Die Investitionstätigkeit der Firmen und die Bereitstellung von Krediten durch Privatinvestoren erfolgen jeweils in Abhängigkeit von der Gewinnerwartung und ihrer Wahrnehmung des wirtschaftspolitischen Klimas, mit anderen Worten der Stabilität der Gesellschaft: Wenn die Wirtschaft wächst, werden die Forderungen der Arbeiterbewegung unter Kontrolle gehalten, Steuererhöhungen für das Kapital unterbleiben usw. Wenn das Geschäftsvertrauen der Kapitalisten schwindet, verringern sich gleichzeitig die Wirtschaftstätigkeit und folglich auch der Spiel-

raum für die Politik des Staates. Dies geschieht innerhalb des Kontextes rivalisierender Staaten, die aus vorkapitalistischen Zeiten stammen und nun in einer Weltwirtschaft agieren. Auf einen Investitionsstopp folgen die Kapitalflucht in andere Staaten und daraufhin Schwierigkeiten, Devisenkredite zu erhalten.⁸ Dieser strukturimmanente Mechanismus diszipliniert die einzelnen Staaten dazu, unter stabilen Bedingungen politische Maßnahmen umzusetzen, die das Vertrauen der Kapitaleigentümer nicht beschädigen, sondern im Gegenteil dazu beitragen, eine stabile Entwicklung des gesamten kapitalistischen Sektors abzusichern.⁹

2. Die wirtschaftlichen Folgen einer hohen Investitionsquote

In einer kapitalistischen Wirtschaft wird der durchschnittliche Ertrag einer Kapitalanlage auf lange Sicht anhand der Ausgeglichenheit der folgenden drei Faktoren bewertet:

- I Wachstumsrate der Arbeitszeit insgesamt
- II Wachstumsrate der Produktivität
- III Anteil der reinvestierten Gewinne

Die Faktoren (I) und (II) tragen dazu bei, die Rentabilität zu steigern, während sie sich durch die Erhöhung der Investitionen (III) *verringert*.¹⁰ Ein ständiger Zustrom von Lohnarbeitern steigert somit die Rentabilität über Faktor (I). Dies geschieht in der frühen Phase einer sich industrialisierenden kapitalistischen Wirtschaft. Diese Wachstumsrate kann jedoch nicht über einen längeren Zeitraum hinweg das Bevölkerungswachstum übersteigen und wird sich folglich mit Annäherung an die demografischen Grenzen mit der Zeit abschwächen. An diesem Punkt angekommen, kann nur noch das Verhältnis zwischen Investitionsquote (III) und Produktivitätsentwicklung (II) dem Absinken der Rentabilität entgegenwirken, was aufgrund der demografischen Gegebenheiten unabhängig vom Lohnniveau der Fall wäre. Wenn dieses Verhältnis – welches von den investitionsrelevanten institutionellen Strukturen und der vorherrschenden Innovationsphase in der Produktion abhängig ist – ungünstig ist, sinkt die durchschnittliche Rentabilität, und die Unternehmen treiben immer stärker auf eine Rentabilitätskrise zu.

Im Gegensatz zur Stabilitätshypothese gibt es eine dem Kapitalismus innewohnende Tendenz zur Krise, mit der sich die reformistische Strategie sehr schwer tut: Es wird eine hohe Investitionsquote angestrebt, doch wenn das Produktivitätswachstum nicht ausreicht, um ein Gegengewicht zu schaffen, sinkt die Rentabilität, und die mangels Zuversicht geringer werdende Investitionsbereitschaft der Unternehmer entwickelt sich zu einem zunehmenden Druckfaktor.

Umgekehrt könnte sich die Rentabilität auf einem hohen Niveau bei einer niedrigen Investitionsquote stabil halten – jedoch wäre der Preis ein re-

lativ schwaches Produktivitätswachstum. Das bedeutet jedoch auch, dass der Spielraum für Reformen schrumpft und ein immer größerer Teil der gesellschaftlichen Überschüsse unproduktiv konsumiert statt investiert wird.

3. Die politischen Folgen einer hohen Investitionsquote

Vollbeschäftigung erfordert im Kapitalismus eine hohe Investitionsquote, was in Westeuropa nach dem Zweiten Weltkrieg auch erreicht wurde. Der polnische Wirtschaftswissenschaftler Michal Kalecki sagte jedoch bereits 1943 voraus, dass eine Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung derartige soziale und politische Veränderungen mit sich bringen würde, dass diese das Vertrauen des Industriekapitals in Mitleidenschaft ziehen würden: „Tatsächlich würde unter den Bedingungen einer dauerhaften Vollbeschäftigung die Entlassung aufhören, als disziplinarische Maßnahme ihre Rolle zu spielen. Die soziale Position des Chefs würde unterminiert werden, und das Selbstbewusstsein sowie das Klassenbewusstsein der Arbeiterklasse würden wachsen. Streiks um Lohnerhöhungen und für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen würden zu politischen Spannungen führen“.¹¹

Des weiteren würden die Unternehmen versuchen, Lohnforderungen und Steuern durch Preiserhöhungen, also Inflation, zu kompensieren, was wiederum gegen die Interessen der privaten Kapitalgeber stößt. Mit anderen Worten würde eine Klassenkonstellation zwischen Lohnarbeitern, Industriekapital und privaten Geldgebern, die eine hohe Investitionsquote bei gleichzeitiger Vollbeschäftigung ermöglicht, sich selbst den Boden abgraben, da sich dann das Kräfteverhältnis zwischen den Klassen verschieben würde.

Der Sozialstaat im westeuropäischen Kontext

Die Errichtung des modernen Sozialstaates und die historisch niedrige Arbeitslosigkeit in Schweden werden von den reformistisch orientierten Sozialisten als Bestätigung der oben beschriebenen parlamentarischen Hypothese angesehen. In diesem Falle würde die historisch einmalig lange Regierungszeit der Sozialdemokraten bedeuten, dass es in Schweden eine signifikant andere Entwicklung als in vergleichbaren Ländern mit anderen Regierungsparteien gegeben haben müsste. Hier bietet sich ein Blick auf einige der wesentlichen Fortschritte im westeuropäischen Kontext an.

Ein moderner Sozialstaat verfügt über ein umfassendes System der sozialen Absicherung, was einen hohen Haushaltsanteil für Sozialleistungen erfordert. In Schweden war der Grad der sozialen Absicherung bereits in den 1920er Jahren im Vergleich zu den anderen Ländern sehr hoch. Dies änderte sich auch unter der sozialdemokratischen Regierung nicht grundlegend. Über einen langen Zeitraum hinweg war die im Vereinigten Königreich während der

Kriegsjahre von einer Kommission unter Führung des Liberalen William Beveridge begründete Sozialversicherung die umfassendste der Welt. Selbst der Erfolg der ATP (der schwedischen „Zusatzrente“) im Jahre 1959 war mit den Rentenreformen der christdemokratischen Regierung in Westdeutschland und der konservativen Regierung im Vereinigten Königreich, die in etwa zu gleicher Zeit erfolgten, durchaus vergleichbar.¹²

Der schwedische Staat blickt auf eine längere Geschichte relativ hoher Sozialausgaben zurück. Etwa ein Drittel der öffentlichen Ausgaben wurde 1890 für soziale Zwecke ausgegeben, verglichen mit einem Fünftel beziehungsweise einem Viertel im Vereinigten Königreich und den USA sowie weniger als einem Zehntel in Frankreich bzw. einem Drittel in Deutschland (1913). Zum Zeitpunkt des Eintritts der SAP in die Regierung im Jahre 1932 betrug der Anteil der Sozialausgaben an den öffentlichen Ausgaben 45 Prozent. 1962, also nach 30 Jahren ununterbrochener Regierungsführung der Sozialdemokraten und nach zwei Jahrzehnten außergewöhnlichen Wachstums, war dieser Anteil auf lediglich auf 50 Prozent angewachsen.¹³ Wenn wir die Sozialausgaben ins Verhältnis zum Sozialprodukt setzen, so hat Schweden lange Zeit im Mittelfeld gelegen. 1965 lag dieser Anteil bei 13,5 Prozent, und damit etwa zwei Perzentile unter dem von Belgien, Frankreich und den Niederlanden – also Ländern, in denen die Sozialdemokraten nicht die führende Rolle innehatten. Erst gegen Ende der 1960er Jahre erhöhten sich die Sozialausgaben massiv, was zum großen Teil mit den Renten zusammenhing. 1973 nahm Schweden zusammen mit den christdemokratisch regierten Niederlanden mit jeweils 21,5 Prozent und 22,8 Prozent die Spitzenposition ein.¹⁴

Wenn wir schließlich die Arbeitslosigkeit betrachten, so erbrachte der Einzug der SAP in die Regierung keine wesentlichen Veränderungen – in den Jahren 1936–40 betrug die Arbeitslosenquote unter Gewerkschaftsmitgliedern circa 10 Prozent, was dem Stand von 1923–30 entsprach.¹⁵ Erst nach dem Zweiten Weltkrieg erhielt das Ziel Vollbeschäftigung aufgrund der Forderungen der Arbeiterbewegung in Europa besondere Priorität, und zwar bis zur Krise Mitte der 1970er Jahre. Als die Arbeitslosenquote infolgedessen in den OECD-Ländern in die Höhe schoss – in einigen Ländern waren es über 10 Prozent – waren die vier Länder mit der geringsten Quote die Schweiz und Japan, gefolgt von den sozialdemokratisch regierten Ländern Norwegen und Schweden, die 1984 allesamt unter 4 Prozent lagen.¹⁶

Die Errichtung eines modernen Sozialstaates und das Bekenntnis der Institutionen zur Vollbeschäftigung waren somit in keiner Weise für Länder charakteristisch, die mehrheitlich von sozialdemokratischen Parteien regiert wurden. Vielmehr bot die Sozialdemokratie einen Kanal, durch den die Flutwellen des entwickelten Kapitalismus der Nachkriegsjahre nach Schweden gelangten. Es war ganz sicher „nicht irrelevant, wo und auf welche Weise ein solcher Kanal gegraben wird“,¹⁷ was sich in dem Universalismus des sozialde-

mokratischen Sozialstaats zeigt, der auf den Prinzipien der Bürgerrechte und der Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen basiert. Bei einer komparativen Analyse hat die parlamentarische Hypothese jedoch kaum Bestand, wenn man die einmalig lange Regierungszeit der SAP betrachtet.

Die hohen Flutwellen entstanden infolge massiver Zerstörung und der Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise sowie der Weltkriege, welche allesamt die Kräfteverhältnisse zwischen Bauern, Lohnarbeitern, Industriekapital, begüterten privaten Investoren und staatlichen Entscheidungsträgern auf dem europäischen Kontinent veränderten. Die kriegsbedingte Mobilisierung sowie die antifaschistische Widerstandsbewegung hatten die Bevölkerungen in weiten Teilen kollektiv und solidarisch organisiert und im bewaffneten Kampf geschult. Der Stand der Dinge nach dem letzten Krieg erweiterte darüber hinaus die Rolle des Staates bei der Regulierung der Produktion und Verteilung. Für die staatlichen Entscheidungsträger standen Wiederaufbau und industrielle Entwicklung im Vordergrund. Die Möglichkeiten privater Kapitalgeber zur Erzielung von Zinsen und Dividenden wurden beschnitten, um eine hohe Investitionsquote beim Produktivkapital sicherzustellen. Auch die Mobilität des Kapitals wurde mithilfe globaler Institutionen, die sich im Zuge der Herausbildung des neuen Kräfteverhältnisses zwischen den Nationalstaaten – dem Bretton-Woods-System – bildeten, eingeschränkt. Zu jenem Zeitpunkt wäre ein potenzieller Investitionsstopp von Seiten der Kapitalisten von marginaler Bedeutung gewesen, da die wirtschaftliche Situation ohnehin katastrophal war. Gleichzeitig kann davon ausgegangen werden, dass die umfangreicheren Rechte der Arbeiterklasse in Westeuropa in dem Moment Akzeptanz fanden, als das Industriekapital sich vom Prozess des Wiederaufbaus Gewinne erhoffen konnte. Verstaatlichungen, die sowohl die Staaten als auch die Arbeiterbewegung auf ihrer jeweiligen Agenda hatten, stellten eine reale Bedrohung dar. Und noch schlimmer war, dass Osteuropa die Möglichkeiten eines alternativen, nichtkapitalistischen Prozesses demonstrierte.

Dies war der Kontext, vor welchem die gut organisierte und zentralistisch geführte Arbeiterbewegung das Projekt Sozialstaat in Schweden umsetzte – zunächst im Bündnis mit der Bauernschaft, was sich letztlich durch die Industrialisierung abschwächte, dann mit einem Teil der aufstrebenden berufstätigen Mittelklasse. Aus dieser Perspektive heraus betrachtet, schwankte die SAP im Verlauf ihrer Regierungszeit zwischen reformistisch und administrativ geprägten Perioden. Zwei Beobachtungen können hier getätigt werden. Erstens gingen den Reformoffensiven der Zeiträume 1932–48 sowie 1968–76 erfolgreiche Wellen des Arbeitskampfes voraus. Zweitens waren sie mit der globalen politischen Ökonomie eng verwoben – den Weltkriegen, dem Wiederaufbau in Westeuropa, internationalen Streikwellen etc. Dies gibt uns Anlass, zu den strategischen Begrenzungen des Reformismus und seinen

strukturellen Hemmnissen zurückzukehren, um seinen Niedergang nachvollziehbar zu machen.

Schlussfolgerungen

Bereits 1958 vertrat der sozialdemokratische Parlamentsabgeordnete Tage Erlander die Auffassung, dass, falls die Bewegung es schaffen sollte, die Rentenreform erfolgreich umzusetzen, die große Ära der Reformen vorüber sein würde. Danach wäre eine Erneuerung vonnöten, um den strukturellen Wandel der Wirtschaft, den er für den Sozialstaat für erforderlich hielt, zu meistern. Als „Gefangener des reformistischen Denkens der alten Zeit“¹⁸ sah er sich jedoch außer Stande, eine solche Erneuerung zu erreichen. Wir behaupten, dass Gleiches über jene reformistisch orientierten Sozialisten gesagt werden kann, die sich der Hoffnung hingeben, die Erfolge des Reformismus einer vergangenen Zeit wiederholen zu können.

Wenn eine erfolgreiche reformorientierte Politik nicht einfach von einem Regierungswechsel hinweggefegt werden soll, muss jeder parlamentarische Fortschritt genutzt werden, um das Potenzial der Arbeiterbewegung außerhalb des Parlaments zu stärken und auszuweiten – indem Menschen organisiert, politische Programme aus der eigenen Perspektive heraus formuliert und Teile der Wirtschaft unter Kontrolle gebracht werden. Wir haben darauf hingewiesen, dass die Abhängigkeit vom kapitalistischen Sektor für den Fortschritt des Reformismus in unserem Land ein grundlegendes Hemmnis darstellt. Das, was Keynes als „umfassende Verstaatlichung der Investitionen“ bezeichnete, kann nicht mehr länger umgangen werden – vielmehr muss die Struktur der politischen Ökonomie in der praktischen Umsetzung zu einer zentralen Frage erhoben werden. Genauso wenig kann diese Frage weiterhin von tagesaktuelleren Themen auf den zweiten Platz verwiesen werden – mit der Aussicht, dann in Angriff genommen zu werden, wenn der Spielraum der Reformen ausgeschöpft ist oder die Sozialdemokratie sich wieder langfristig als stärkste Partei etabliert hat.

Die Krise der Sozialdemokratie ist das über einen langen Zeitraum entstandene Resultat ihres Beharrens auf dem Ziel, die Parlamentswahlen zu gewinnen, ohne über eine ausgereifte Strategie zu verfügen, mit der sich die Hindernisse auf dem parlamentarischen Wege zum sozialen Wandel überwinden ließen. Die Reaktion darauf war stattdessen der sogenannte „Dritte Weg“ – in Richtung Abgrund.

Der konsequente Abwärtstrend liegt nicht etwa an einer Führung, die ihre Mitglieder verraten hätte, noch ist sie auf die Fehler Einzelner oder auf Zufälle zurückzuführen. Vielmehr handelt es sich um die unvermeidliche Folge des fundamentalen Antagonismus auf dem reformistisch orientierten Weg zum Sozialismus – eine Problematik, die jede radikale gesellschaftliche Transforma-

mation erkennen und bewältigen muss. Jeder Genosse innerhalb der sozialdemokratischen Bewegung, der diese Fragen auf später vertagt, liefert einen Anlass mehr, zu glauben, dass diese Zukunft niemals eintritt – egal, wie viele Amtszeiten man noch zur Verfügung haben mag.

Wenn es sich andererseits so verhält, dass das Hauptziel der Sozialdemokratie nicht mehr die gesellschaftliche Transformation ist, sondern eine regierende Partei zu sein, dann bleibt ihr nichts anderes übrig, als die Rolle eines staatlichen Verwalters zu übernehmen, was auch heißt, dass ihre Handlungsräume durch die strukturbedingte Notwendigkeit begrenzt sind, die kapitalistischen Produktionsbeziehungen immer wieder neu zu reproduzieren. Kurz gesagt – sie wird zu einer Hüterin der Klassengesellschaft.

(Der vorliegende Text ist eine stark gekürzte Fassung des ursprünglichen Artikels der CMS Stockholm. Die Volltextversion ist verfügbar unter www.cmsmarx.org.)

Anmerkungen

- 1) CMS Stockholm – Lokale Vereinigung des Centrum för Marxistiska Samhällsstudier (CMS).
- 2) Wir haben diese Darstellung von Korpi (1981) und Josefsson (2005) et al. entnommen. Es mag sich um eine relativ willkürliche Auswahl handeln, da es neben diesem noch andere Modelle zur Beschreibung der schwedischen Sozialdemokratie gibt. Jedoch scheinen diese Texte bzw. die darin formulierten Sichtweisen bei den linksorientierten schwedischen Sozialdemokraten eindeutig eine zentrale Rolle zu spielen.
- 3) Wir haben diesen Terminus von Therborn et al. (1979) entlehnt.
- 4) Diese Art und Weise der Begriffsbildung für das Wort Kapital kann mit gutem Recht als eine Form des Fetischismus angesehen werden. Was in der klassischen Marxistischen Terminologie eine Wertsteigerungsbeziehung und letztlich eine Ausbeutungsbeziehung ist, (M-C...P...-C'-M'), wird hier als ein den Produktionsmitteln innewohnender Bestandteil dargestellt.
- 5) Dieses Thema des verratenen Reformismus ist in gewisser Weise eine sozialdemokratische Version eines vulgären Trotzkismus.
- 6) Vgl. Anderson (1976).
- 7) Vgl. Przeworski (1980).
- 8) Nilsson & Nyström (2008) räumen ein, dass den politischen Möglichkeiten des Reformismus aufgrund der Wettbewerbsinteressen in Hinblick auf Investitionen international gesehen Grenzen gesetzt sind. Da sie jedoch keinerlei Herangehensweisen vorschlagen, wie diese Begrenzungen überwunden werden können, fällt es uns schwer, ihren Reformismus als einen spezifisch sozialistisch geprägten wahrzunehmen.
- 9) Diese Analyse fußt auf Block (1980).
- 10) Formal folgt der arithmetische Mittelwert für die Ertragsquote einem dynamischen Gleichgewichtsverhältnis $R^* = (a+p+d)/i$, welches sich ermittelt aus der Wachstumsquote der gesamten geleisteten Arbeit a , der Wachstumsrate der Produktivität p , der Abschreibungsquote d und dem Verhältnis zwischen Investitionen und Gewinnen i . Die zugehörige Ableitung und Analyse findet sich in Zachariah (2009).
- 11) Kalecki (1943).

- 12) Therborn et al. (1979: 21–25).
- 13) Ebenda.
- 14) Therborn (1986: 23)
- 15) Ebenda, S. 34.
- 16) Therborn (1985: 42)
- 16) Therborn (1986: 27)

Literatur

- Anderson, P. (1976): The Antinomies of Antonio Gramsci, in: *New Left Review*, I/100.
- Andersson, D. (2011). Vålfärd bygger på tillit. Tiden. URL: <http://www.tiden.eu/default.aspx?page=3&nyhet=384>.
- Block, F. (1980): Beyond Relative Autonomy: State Managers as Historical Subjects, in: *Socialist Register*, 17.
- Greider, G. (1998). Arbetarklassens återkomst. Albert Bonniers förlag.
- Johansson, T. & Taalbi, J. (2010): Full sysselsättning och ekonomisk politik. Nya värderingar, nytt samhälle? Arbetarrörelsens forskarnätverk.
- Josefsson, D. (2005): Korståget mot välfärden eller Den svenska elitens våldsamma revolt, in: *Ordfront*, Nr. 10.
- Joseph, A. (1994): Pathways to Capitalist Democracy: What Prevents Social Democracy? In: *The British Journal of Sociology*, 45 (2).
- Kalecki, M. (1943): Political Aspects of Full Employment, in: *Political Quarterly*, 14(4).
- Korpi, W. (1981): Den demokratiska klasskampen. Tidens förlag.
- Lindberg, I. (2010): Nästa vänster – efter den nationella klasskompromissens tid, in: *Ny tid*, rapport 4. Arena Idé.
- Marquetti, A. (2004): Extended Penn World Tables.
- Meidner, R. (1993): Why Did the Swedish Model Fail? In: *Socialist Register*, 29.
- Mulhern, F. (1984): Towards 2000, or News From You-Know Where, in: *New Left Review*, I/184.
- Nilsson, A. & Nyström, Ö. (2008): Reformismens möjligheter – Åter till den bättre framtiden. Premiss förlag.
- Pontusson, J. (1995): Explaining the Decline of European Social Democracy: The Role of Structural Economic Change, in: *World Politics*, 47 (4).
- Przeworski, A. (1980): Social Democracy as a Historical Phenomenon, in: *New Left Review*, I/122.
- Therborn, G. (1985): Nationernas ofärd – Arbetslösheten i den internationella krisen. Arkiv förlag.
- Therborn, G. (1986): The Working Class und the Welfare State. A historical-analytical overview und a little Swedish monograph. Det nordiska i den nordiska arbetarrörelsen. Finnish Society for Labour History und Cultural Traditions.
- Therborn, G. (1995): European Modernity und Beyond. Sage.
- Therborn, G., Kjellberg, A., Marklund, S. & Öhlund, U. (1979): Sverige före och efter socialdemokratien – en första översikt, in: *Arkiv*, S. 15–16.
- Zachariah, D. (2009): Determinants of the Average Profit Rate und the Trajectory of Capitalist Economies, in: *Bulletin of Political Economy*, 3 (1).
- Zachariah, D. (2010): Socialdemokratien – statsbärare eller samhällsomvandlare? Arbetarrörelsens forskarnätverk. URL <http://forskarverket.se/>.



Die Oligarchie – Herausforderung für eine neue globale Politik

Hervé Kempf

Die überwiegende Mehrheit der Experten wie der Bürger in den westlichen Gesellschaften nimmt an, dass wir in einer Demokratie leben. Aber leben wir wirklich in einer Demokratie? Also in einer Herrschaftsform, in der die Staatsgewalt vom Volke ausgeht und die Volksvertreter den Willen des Volkes umsetzen? Oder leben wir in Wahrheit in einer Oligarchie, die sich nur ein demokratisches Mäntelchen umgehängt hat? Unter Oligarchie versteht man eine Herrschaftsform, in der eine kleine Anzahl von Menschen hinter verschlossenen Türen die Entscheidungen trifft, die ihrer Ansicht nach zu treffen sind.

Der Kapitalismus hat um 1980 eine substantielle Wende vollzogen. Seither hat die Ungleichheit in den westlichen Ländern beständig zugenommen; zuvor war die Einkommensverteilung über mehrere Jahrzehnte relativ stabil. Innerhalb dieser Bewegung ist jedoch noch eine zweite Erscheinung zu beobachten: Der Gruppe der Superreichen ist es gelungen, dass ihr Einkommensanteil noch schneller gewachsen ist als der der „gewöhnlichen“ Reichen.¹ An der Spitze der Gesellschaft konnte sich so eine in sich äußerst geschlossene Gruppe abheben, die ihrer eigenen Logik folgt, sowohl hinsichtlich der Machtausübung als auch hinsichtlich des Lebensstils.

Der Einbruch des Finanzsystems, der sich seit 2007 vollzieht, hat die neue Kraft der oligarchischen Klasse augenfällig werden lassen. Die Logik hätte verlangt, dass die Verantwortlichen für das Debakel bestraft werden und dass das Finanzsystem reformiert wird. Doch das Finanzsystem hält an seiner

Macht fest und diktiert den politisch Verantwortlichen die Entscheidungen. Und die politisch Verantwortlichen setzen diese Entscheidungen ohne jedes Aufbegehren um, denn sie sind lediglich die sichtbare Oberfläche einer systematischen Vermengung der Funktionen der Leitung der öffentlichen Angelegenheiten mit privatwirtschaftlichen Interessen.

In einer Demokratie gibt es eine grundlegende Trennlinie zwischen der öffentlichen Sphäre, in der es um das Interesse der Allgemeinheit geht, und dem privaten Bereich, der die privaten Interessen umfasst. Die sind übrigens durchaus legitim, solange ihre Verfolgung dem Gemeinwohl keinen Schaden zufügt. In einer Oligarchie verläuft die Trennlinie dagegen horizontal, zwischen den Menschen in der kleinen Gruppe an der Spitze der Pyramide, die die Führungsfunktionen in den verschiedenen Bereichen bekleiden, und der restlichen Gesellschaft, die derart konditioniert worden ist, dass sie diese Trennlinie als legitim oder unvermeidlich betrachtet.

In der Oligarchie reüssiert, wer Anteil an der geordneten Ausbeutung des Staates hat. An dieser Stelle ist das Wort „geordnet“ wichtig: Es wird – im Gegensatz zu einer afrikanischen Diktatur, in der gewaltsame Reichtumsextraktion zur Verelendung des ganzen Volkes führt – darauf geachtet, dass das Abschöpfen der Erträge „geordnet“ erfolgt, ohne das goldene Eier legende Huhn zu schlachten und ohne eine Revolte herauszufordern, die den langfristigen Bestand der Ausbeutung gefährden könnte. Das angemessene Niveau für dieses Abschöpfen der Erträge zu finden und die Formen, in denen es stattfindet, legen Zeugnis ab vom Geschick der jeweiligen oligarchischen Gruppe. Hier gibt es Unterschiede je nach Land, nationaler Kultur und Geschichte.

Das derzeitige Abschöpfen der Erträge manifestiert sich zunächst als Korruption, vor allem aber in Form von zwei Strömungen, die für den Kapitalismus der letzten drei Jahrzehnte richtungweisend waren: Das inzwischen enorme Gewicht der großen Finanzgesellschaften im Vergleich zu den Staaten sowie die Ideologie der Privatisierung, durch die Transfers von öffentlichen Einnahmen in die Kassen der Oligarchen leichter akzeptiert werden.

Die Globalisierung der Wirtschaft wirkt sich konkret als kontinuierlicher Konzentrationsprozess aus. Zahlreiche Branchen der Wirtschaft sind auf diese Weise zur exklusiven Domäne von Oligopolen geworden. Allerdings darf man die weltweite Macht der Wirtschaftsunternehmen auch nicht überschätzen: Im Jahr 2002 erwirtschafteten die fünfzig größten Industrie- und Dienstleistungsunternehmen gerade einmal 4,5 Prozent des BIP der fünfzig größten Länder.²

Doch ein neuer Faktor hat das wirtschaftliche Geschehen tiefgreifend verändert: Banken, Pensionsfonds und Vermögensverwaltungsgesellschaften sind enorm gewachsen und haben die großen Unternehmen weit hinter sich

gelassen. Im Jahre 2002 erzielten die einhundert wichtigsten Unternehmen der Welt einen Umsatz von 5.600 Milliarden US-Dollar – damit erscheinen sie als Zwerge im Vergleich zu den einhundert wichtigsten Banken, die über Aktiva von 29.600 Milliarden US-Dollar verfügten.³ Die Macht des Finanzsektors hat kolossale Ausmaße angenommen. Die zehn wichtigsten Banken der Welt hatten im Jahre 2010 jeweils Aktiva von mehr als 2.000 Milliarden Euro in den Büchern, während sich das Bruttoinlandsprodukt eines mittelgroßen Landes, wie etwa Griechenland, in einer Größenordnung von gerade einmal 200 Milliarden Euro bewegt.⁴

Die Interessen der Finanzwelt haben sich in der Wirtschaftspolitik durchgesetzt, insbesondere durch den regelmäßigen Wechsel von Personen aus den Leitungsfunktionen der Banken auf Posten von politischen Entscheidungsträgern, wie etwa in besonders spektakulärer – jedoch keinesfalls isolierter – Form veranschaulicht durch die zahlreichen Kompagnons von Goldman Sachs, die inzwischen öffentliche Ämter innehaben.

Der zweite Flügel der oligarchischen Kontrolle über den öffentlichen Bereich ist der in den 1980er Jahren eingeleitete allgemeine Privatisierungsprozess. Nachdem die Industrieunternehmen privaten Interessen ausgeliefert waren, nahmen sich die oligarchischen Regierungen die Dienstleistungen (Verkehr, Stromversorgung, Telekommunikation, Glücksspiele) vor, anschließend das Gesundheitswesen, das Bildungswesen und die Streitkräfte.

Die oligarchische Herrschaftsform achtet streng darauf, das Prinzip der gewählten Volksvertretungen zu wahren. Um jedoch zu verhindern, dass diese Volksvertretungen die ihnen noch verbleibenden Rechte in einer unerwünschten Richtung nutzen, hat man das „Lobbying“ erfunden, d.h. diskrete Verfahren der Einflussnahme auf die gewählten Volksvertreter und politischen Entscheidungsträger durch Zusammenschlüsse der Wirtschaft, die ihre jeweils spezifischen Interessen vertreten.

Sämtliche Wirtschaftssektoren – Finanzwesen, Erdöl, Informationstechnologie, Elektroenergie, Chemie, Kommunikation, Verkehr, Agroindustrie – entfalten eindrucksvolle Anstrengungen zur Beeinflussung der Gesetzgeber in Washington, Brüssel und andernorts. Die von ihnen erzielten Erfolge sind ebenfalls bemerkenswert. Die Invasion der genetisch modifizierten Organismen in den USA hätte sich nicht derart blitzartig und umfassend vollzogen, wenn es die engen Verflechtungen zwischen der einschlägigen Industrie und den aufeinander folgenden Regierungen nicht gegeben hätte. Die europäischen Vorhaben zur Regulierung der Finanzmärkte liegen in den Händen von Experten, bei denen es sich im Wesentlichen um Vertreter des Finanzsektors handelt.⁵

Das politische System der USA ist durch eine zusätzliche Besonderheit gekennzeichnet: Die Wahlschlachten werden hier unter Einsatz von Millio-

nen und Abermillionen von Dollars gewonnen, denn die Kandidaten können nur dann gewinnen, wenn sie mehr als ihre Mitbewerber in Fernsehspots und andere Wahlwerbung investieren. Bei den Wahlen 2008 wurden in 93 Prozent der Fälle die Sitze im Repräsentantenhaus und im Senat von denjenigen Bewerbern errungen, die während ihrer Kampagne am meisten Geld ausgegeben hatten.⁶ Die Volksvertreter in dem einen wie dem anderen Haus werden sich wohl eher für die Interessen ihrer Spender als für ihre Wähler einsetzen. Die Reichsten setzen sich durch: So gehen Wahlen und Oligarchie Hand in Hand.

Wie die öffentliche Meinung fabriziert wird

Zwei einflussreiche Personen, die in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts in den USA lebten, haben bei der Ausbildung der Ideologie der Oligarchie eine maßgebliche Rolle gespielt. Der politische Journalist Walter Lippmann meinte, die Bürger seien nicht in der Lage, die wesentlichen Sachverhalte der Politik zu begreifen. „Die Öffentlichkeit bringt nicht etwa ihre Meinungen zum Ausdruck, sondern stellt sich hinter – oder gegen – einen Vorschlag. Wenn wir diese Theorie akzeptieren, müssen wir uns von der Vorstellung lösen, dass die demokratische Herrschaftsform direkter Ausdruck des Volkswillens sein kann.“⁷ Die Volksmassen müssen ihr Schicksal daher in die Hände „verantwortungsvoller Männer“ legen. Daraus lässt sich dann ableiten, wie das Volk durch die „Herstellung von Zustimmung“ (die Schaffung eines gemeinsamen Willens) regiert wird – indem psychologische Verfahren der Manipulation angewandt werden.

Die Idee, dass die Bürger nicht in der Lage sind, die komplexen Probleme einer modernen Gesellschaft zu erfassen, ist das grundlegende Motiv, mit dem die Oligarchen ihre Vorherrschaft begründen. Lippmann hat einen starken Einfluss auf Edward Bernays ausgeübt, den Erfinder der „Öffentlichkeitsarbeit“ (*public relations*). Bernays meinte: „Die bewusste und intelligente Manipulation der organisierten Gewohnheiten und Meinungen der Massen ist ein wichtiges Element in der demokratischen Gesellschaft. Wer die ungeesehenen Gesellschaftsmechanismen manipuliert, bildet eine unsichtbare Regierung, welche die wahre Herrschermacht unseres Landes ist.“⁸

Die Grundlage dieses Verfahrens bildet die Idee, dass das Individuum nicht Herr seiner Entscheidungen ist, weil seine „Urteilkraft auf einer Mischung von Eindrücken beruht, die ihm durch äußere Einflüsse aufgeprägt werden und seine Gedanken unmerklich kontrollieren“. Die Kunst des Meisters der Propaganda besteht darin, „Stereotypen, Slogans oder Bilder zu kombinieren, die eine Gesamtheit von Ideen und Erfahrungen symbolisieren“, die wiederum „die klassischen Saiten des Gefühls zum Schwingen bringen.“

Das Denken von Bernays und Lippmann markiert einen radikalen Bruch mit dem von den Liberalen des 19. Jahrhunderts entwickelten Begriff der politischen Gesellschaft: Diese Liberalen standen noch ganz im Zeichen der Aufklärung und betrachteten den Menschen als rationales Wesen, das in der Lage ist, vernünftig die Vor- und Nachteile eines Vorgangs oder einer Situation einzuschätzen und eine Entscheidung zu treffen, die seinen tatsächlichen Interessen entspricht. Auf dem Markt wie in der Demokratie sollte das Zusammentreffen dieser verschiedenen rational begründeten Einzelinteressen die beste Lösung hervorbringen. Die neue Strömung leugnet dagegen die Rationalität sowohl des Bürgers als auch des Konsumenten. Die Emotionen und das Unbewusste beherrschen die Entscheidungsfindung der Individuen – und wer auf dieser Klaviatur zu spielen weiß, kann die Entscheidung in seinem Sinne manipulieren. Wesentlich dabei ist, dass unter dem Deckmantel einer auf Wahlen reduzierten Demokratie die „verantwortungsvollen Männer“ die Massen regieren, ohne dass diese Zweifel am ordnungsgemäßen Funktionieren der Demokratie hegen.

Diesem Gedankengebäude mangelte es zunächst noch an dem adäquaten Instrument, das es ihm erlauben würde, sich vollständig zu entfalten. Zu diesem Instrument sollte das Fernsehen werden. Mit seinem Aufschwung in den 1960er-Jahren sollte das Dreigespann aus Manipulation, Werbung und Fernsehen die politische Gesellschaft in dem von Bernays und Lippmann vorgedachten Sinn umgestalten: Eine Demokratie des bloßen Scheins.

Laut Eurodata TV verbringen die Fernsehzuschauer aus 76 Ländern täglich 3 Stunden und 12 Minuten vor dem Fernseher. In Europa haben heute eine oder zwei Generationen ihr Leben seit frühester Kindheit unter dem Einfluss des Fernsehens verbracht, in den USA sogar drei.

Die Fernsehunterhaltung zielt darauf ab, die Massen von jeglichen politischen Fragestellungen abzuhalten. Die übermäßige Darstellung der zwischenmenschlichen Affekte – Wettbewerb, Frustration, Begehren, Habgier – verdrängt jeglichen kollektiven Ansatz aus dem Bewusstsein der Zuschauer. Es wird ein übermäßiges Interesse an Sportveranstaltungen gefördert, während Seifenopern und Fernsehserien auf Polizisten, Verbrecher und Krankenhäuser fokussiert werden.

Die Werbung, mit der die Programme garniert und finanziert werden, sind ein weiteres wesentliches Werkzeug zur ideologischen Formung. Unaufhörlich berieselt sie die Menschen mit Bildern eines Erfolges, der auf übermäßigem Konsumieren beruht. Um schön, glücklich und gesund zu sein sowie Freunde zu haben, muss man all das besitzen, zu dessen Kauf die Werbemacher einen bewegen möchten. Die Botschaft ist einfach, wirkmächtig und absolut politisch: Konsumieren tut gut.

Muss man da noch eigens in Erinnerung rufen, dass die Fernsehsender – ebenso wie die wichtigsten Printmedien und die Hörfunksender – großen Konzernen gehören? In praktisch allen westlichen Ländern kann man jene unabhängigen Medien, die tatsächlich eine gewisse Bedeutung aufweisen, an den Fingern einer Hand abzählen.

Warum rebellieren wir nicht?

Die Leichtigkeit, mit der die oligarchische Herrschaftsform die 2007 ausgebrochene Finanzkrise weggesteckt hat, ist verstörend. Die Rettung des Finanzsystems hat zweierlei deutlicher denn je gezeigt: zum einen die entscheidende Bedeutung des Eingreifens der öffentlichen Hand – was zeigt, wie hohl und dumm das Marktdogma ist – und zum anderen den Zynismus und die Inkompetenz der „Finanzgenies“ und sonstigen „Experten“, die nicht in der Lage waren, die Katastrophe vorherzusehen. Ohne Aufschrei akzeptieren die Völker des Westens dennoch auch weiterhin den Anstieg der Arbeitslosigkeit, die Multiplikation der Zahl der Armen und eine geradezu gigantische Ungleichheit, ganz zu schweigen von der unbarmherzigen Fortsetzung der Umweltzerstörung.

Wie ist diese Apathie der Öffentlichkeit zu erklären? Einer der Gründe ist die mentale und politische Konditionierung, die durch die Kontrolle über die Medien und insbesondere das Fernsehen ermöglicht wird. Die Jugend ist das erste Opfer: Wenn man seit seiner Geburt hunderttausend Werbespots in sich hineingefressen hat, ist das nicht gerade förderlich für die Herausbildung eines politischen Blicks auf die Welt.

Die Konditionierung durch die Medien hat einen verbreiteten Fatalismus zur Folge. Die von Margaret Thatcher ausgegebene Parole „*there is no alternative*“ (es gibt keine Alternative) hat sich hartnäckig im Bewusstsein der Menschen eingenistet: Es gibt keine andere Lösung als den Kapitalismus, weil der Kommunismus besiegt worden ist; Wachstum ist unverzichtbar, andernfalls wird die Arbeitslosigkeit noch weiter steigen; man kann die Superreichen nicht besteuern, weil sie sonst ins Ausland flüchten; egal was wir für die Umwelt tun, es wird durch das Gewicht Chinas zunichte gemacht usw.

Der Fatalismus ist gerade deshalb so stark, weil er einer Kultur entspringt, die massiv individualistisch geworden ist. Der Kapitalismus hat seit 1980 in einem bis dato unbekanntem Maße zu einer allgemeinen Verbreitung des Rückzugs ins Private, der Abschottung der Individuen, der Verweigerung kollektiver Ansätze, der Verachtung für gemeinsames Handeln und eines offen zur Schau gestellten Konkurrenzdenkens geführt.

Doch bei den oligarchischen Gesellschaften handelt es sich keineswegs um Diktaturen, unter denen sich die unterjochten Menschen furchtsam in den

Schatten wegducken. Wenn die Menschen nicht aufbegehren, dann liegt das auch daran, dass sie dies nicht wollen.

Cornelius Castoriadis stellte einst fest: „Es gibt eine elementare Wahrheit, die manchen unangenehm sein mag: Das System bleibt bestehen, weil es ihm gelingt, die Zustimmung der Menschen zum Bestehenden zu erzeugen.“⁹ Die kapitalistische Kultur „hat in den Mittelpunkt von allem und jedem die ‚wirtschaftlichen Bedürfnisse‘ gestellt, und diese von ihm selbst geschaffenen Bedürfnisse, die deckt der Kapitalismus auch, so-einigermaßen-und-die-meiste-Zeit“. Ebenso betonte Herbert Marcuse bereits in den 1960er Jahren das Verschwinden des Gegensatzes zwischen Proletariat und Bourgeoisie von dem Moment an, in dem „eine relativ zufriedene Mittelschicht an die Stelle der armen arbeitenden Schichten getreten ist“.¹⁰

Die Erschütterungen seit 2007 führen zwar zu einer immer deutlicheren und zunehmenden Schwächung der Mittelschichten der westlichen Länder, haben jedoch – aus den genannten Gründen – bisher nicht dazu geführt, die Bereitschaft zum Aufbegehren oder die Solidarität mit den Ärmsten zu stärken. Denn das Leben ist nach wie vor recht bequem. Was vorherrscht, ist Angst: Da lauert die Furcht vor dem Statusverlust, besonders da das Wertesystem der Gesellschaft – das auf zur Schau getragenen Konkurrenzdenken beruht – jedes Absinken mit einem Stigma belegt. Die Strategien des Rückzugs ins Private und der Abschottung des Individuums sind daher vorherrschend im Verhalten der Mittelschichten.

Zudem igeln sie sich ein in der neu gewonnenen Erkenntnis, dass sie trotz aller Schwierigkeiten zu den Reichen dieser Welt gehören. Mit einem Mal wird nämlich allen das Ausmaß der globalen Ungleichheit klar, sodass die Mitglieder der westlichen Gesellschaften – selbst wenn sie unter dem Druck der Oligarchie schier zermalmt werden – begreifen, wie privilegiert sie sind. Das wiederum erzeugt eine paradoxe Solidarität mit der herrschenden Klasse, die zynisch Profit aus der allgemeinen Fragilität ziehen kann.

Was Globalisierung wirklich bedeutet

Insgesamt ist das Gesellschaftssystem heute so organisiert, dass ein möglichst großer Anteil der Erträge der kollektiven Wirtschaftstätigkeit einer kleinen Anzahl von Menschen zufließt, die diese Gesellschaft lenken. Diese erklären bei jeder Gelegenheit, dass das wirtschaftliche Wohlergehen der Schlüssel zu allem und jedem sei, und dass Wirtschaftswachstum im Verbund mit Technologie die Probleme lösen würde, die man nicht abstreiten könne.

Von einer geschichtlichen Warte aus wäre diese Haltung von nachrangiger Bedeutung, wenn sie nicht dazu führen würde, dass das eigentlich brennende Problem unserer Zeit an den Rand gedrängt wird: die ökologische Krise, ein

schicksalhafter Moment in der Menschheitsgeschichte, da die Grenzen der Belastbarkeit der Biosphäre erreicht sind.

Im Laufe der vergangenen drei Jahrzehnte ist die Zerstörung immer rascher vorangeschritten, sodass eine Einschätzung, die anfangs als Schwarzmalerei einiger weniger galt, inzwischen zu einer allgemeinen pessimistischen Grundstimmung geworden ist. Mit dieser veränderten Umwelteinschätzung geht eine radikale Umwälzung der historischen Perspektiven einher: Während die Aufklärung ihre emanzipatorische Kraft aus dem Versprechen einer besseren Welt schöpfte, wirft die Morgendämmerung des dritten Jahrtausends ein nur schwaches, ungewisses Licht auf eine Welt, in der das oberste Ziel darin besteht, diese Welt nicht zu zerstören.

Allerdings haben in den vergangenen dreißig Jahren zahlreiche Länder des Südens ein sehr rasches Wachstum erlebt. Die Gesamtheit dieser Schwellenländer erwirbt derzeit ein Gewicht, mit dem es die Weltwirtschaft schon bald dominieren wird. Dieser Aufschwung hat in den letzten zwanzig Jahren die Anzahl der Menschen, die von weniger als einem Dollar pro Tag leben müssen, immerhin um ein Viertel zurückgehen lassen. Doch 1,5 Milliarden Menschen leben noch immer in bitterster Armut, und nach wie vor liegt das Durchschnittseinkommen in den Ländern der Südhalbkugel weit unterhalb von dem der reichen Länder. Jedoch bildet die ökologische Krise, die sich proportional zum Wachstum dieser Volkswirtschaften verschärft, gleichsam eine Mauer, die ihren weiteren Entwicklungsweg versperrt. Es ist somit äußerst unwahrscheinlich, dass sie zum derzeitigen Wohlstandsniveau der Bewohner der Nordhalbkugel aufschließen werden.

Eine solche Ungleichheit ist jedoch weder zu rechtfertigen, noch kann sie von Dauer sein. Worum es hier wirklich geht, ist das Ende der „westlichen Ausnahme“. Die Industrielle Revolution, die ihren Anfang in Europa genommen und sich dann auf die USA sowie Japan ausgeweitet hatte, hat dazu geführt, dass sich gleichsam eine historische Klammer geöffnet hat, innerhalb derer die westlichen Länder sich vom Rest der Welt in Sachen Reichtum und Macht deutlich absetzen konnten. Dieser Abstand hat seinen Scheitelpunkt am Beginn des 21. Jahrhunderts erreicht. Nun erleben wir, wie er sich verringert.

Die Verringerung dieses Abstands kann jedoch nicht nur durch eine Hebung der unteren Kurve erfolgen. Aufgrund der ökologischen Grenzen ist es schlichtweg unmöglich, dass sämtliche Erdenbürger wie die US-Amerikaner, Europäer oder Japaner leben. Die Verringerung dieses Abstands – dieses Wohlstandsgefälles – wird deshalb durch eine erhebliche Senkung der oberen Kurve erfolgen müssen. Die „Biosphärenpolitik“ zeigt eine Richtung auf, die gegen den Strom sämtlicher herrschenden Diskurse schwimmt: Die Menschen im Westen müssen ihren materiellen Konsum und ihren Energie-

verbrauch verringern, um ihren Mitmenschen in den anderen Weltregionen Spielraum für eine Ausweitung zu lassen. Die bewusst akzeptierte materielle Verarmung der Menschen in den westlichen Ländern, das ist die neue Richtschnur für die globale Politik.

Deshalb müssen wir die Demokratie zurückerobern, in einem geistigen Kontext, der sich radikal von der Epoche unterscheidet, in der sie sich herausgebildet hat. Im 19. und 20. Jahrhundert konnte die Demokratie wachsen und überzeugen, weil sie das Versprechen beinhaltete, das Los einer möglichst großen Zahl von Menschen zu verbessern, ein Versprechen, das sie im Zusammenwirken mit dem Kapitalismus eingehalten hat. Heutzutage lässt der Kapitalismus die Demokratie im Stich, sodass wir sie stärken müssen, indem wir ein „Wohlleben“ im Sinne eines „guten Lebens“ anstreben, einen echten Wohlstand, der sich grundlegend von dem unterscheidet, was uns aus der Werbung entgegen strahlt. Es muss sich um einen Wohlstand handeln, der die chaotische Zersplitterung der Gesellschaft verhindert. Und um einen Wohlstand, der nicht auf der Gier nach verführerischen Gegenständen beruht, sondern auf Mäßigung, getragen von einem erneuerten Gefühl der Gemeinschaftszugehörigkeit. Wir müssen eine Demokratie ohne Wachstum erfinden.

Diese Frage betrifft allerdings nicht nur die westlichen Gesellschaften. Welche Bruchlinie ist charakteristisch für die Welt von heute? Der Gegensatz zwischen „Norden“ und „Süden“ – oder aber der Graben, der die Oligarchie von den von ihr unterworfenen Völkern trennt?

Die Länder des Südens sind weitaus weniger homogen als das Bild, das die von ihrer Wirtschaftsleistung faszinierten Medien vermitteln: Diese Länder durchleben schwere Konflikte, bei denen es zum einen um die Verteilung der erwirtschafteten Erträge geht, von denen vor allem die habgierige Oligarchie profitiert, und zum anderen um einen Entwicklungsweg, der die Fragen der Landwirtschaft und der Umwelt angemessen berücksichtigt. Ein in diesen Ländern wiederkehrendes Muster ist der Gegensatz zwischen einer herrschenden Klasse, die sich auf die städtischen Schichten stützt, deren Lebensstandard im Steigen begriffen ist, während auf der anderen Seite die Bauern, die Proletarier und die Bewohner der Slums stehen. Zudem verhalten sich die Oligarchien sämtlicher Länder der Welt untereinander solidarisch: Sie bilden eine grenzüberschreitende Klasse mit einer gemeinsamen Ideologie und gemeinsamen Interessen.

Man darf die Länder des Südens jedoch nicht als Block sehen. In den sogenannten Schwellenländern genießen die Mittelschichten und die Reichen einen Lebensstandard, der genauso wie der westliche Lebensstil mit schwerwiegenden ökologischen Auswirkungen verbunden ist. Die globale Ungleichheit ist und bleibt selbstverständlich ein wesentliches Problem im Hin-

blick auf die Herstellung eines Gleichgewichts zwischen den verschiedenen Teilen der Welt, zu der wir durch die angesprochenen ökologischen Grenzen gezwungen sind. Doch diese globale Gleichheit geht einher mit einer ganz erheblichen Ungleichheit innerhalb der einzelnen Gesellschaften. Die Herstellung des genannten Gleichgewichts kann aber nur gelingen, wenn die Ungleichheit in jedem einzelnen Land korrigiert wird. Einfach ausgedrückt: Ein kleiner Angestellter in Europa wird eine Verringerung seines Lebensstandards nicht akzeptieren, wenn davon chinesische Millionäre profitieren.

Um die ökologische Herausforderung zu meistern und die nationalistische Abschottung zu vermeiden, zu der ein länder- oder blockweiser Ansatz führen würde, ist es von entscheidender Bedeutung, die internationale Solidarität zwischen den Völkern zu wecken, um – allerorten – die Verringerung der Ungleichheit durchzusetzen. Das bedeutet, dass die demokratische Herausforderung global gilt: Die Menschenrechte, die Meinungsfreiheit, die Mitwirkung aller an den Entscheidungen sind keine westlichen Werte, sondern die Mittel und Wege, mit denen sich die Völker von ihren Unterdrückern befreien werden.

Anmerkungen

- 1) Zu den USA siehe: Thomas Piketty und Emmanuel Saez: The Evolution of Top Incomes: a Historical and International Perspective. AEA (American Economic Association)-Tagung 2006: Measuring and Interpreting Trends in Economic Inequality, Januar 2006.
- 2) Paul De Grauwe und Filip Camerman: How Big are the Big Multinational Companies? Januar 2002.
- 3) François Morin: Le Mur de l'argent, Paris: Seuil 2006, S. 40.
- 4) Thomas Piketty: Non, les Grecs ne sont pas des paresseux, in: Libération, 23. März 2010.
- 5) Financing Warmongers Set EU Agenda, in: Corporate Europe Observatory, April 2010.
- 6) Center for Responsive Politics: Money Wins Presidency and 9 of 10 Congressional Races in Priciest U.S. Elections Ever, 5. November 2008.
- 7) Walter Lippmann: Public Opinion, New York: BN Publishing 2008, S. 161.
- 8) Edward Bernays: Propaganda: Die Kunst der Public Relations, Freiburg im Breisgau: orange-press 2007, S. 19. Englisch Original: Propaganda, New York: Horace Liveright 1928.
- 9) Cornelius Castoriadis und Daniel Cohn-Bendit sowie das Publikum an der Universität Louvain-la-Neuve: De l'écologie à l'autonomie, Paris: Seuil 1981, S. 26–27 und 32–33.
- 10) Zitiert nach Wendy Brown: Néo-libéralisme et fin de la démocratie, in: Vacarme, Nr. 29, Herbst 2004.

Demokratie in der Krise

Constantinos Tsoukalas

Diesen Aufsatz möchte ich mit folgender Ausgangsthese einleiten. Die gegenwärtige Krise hängt nicht allein mit der Performanz wirtschaftlicher Indikatoren und der Funktionsweise der wirtschaftlichen Institutionen zusammen. Vielmehr ist sie auch eine Krise des Sinns, der Werte und des Bewusstseins. Dies hält uns dazu an, grundlegende Fragen erneut aufzuwerfen und von Grund auf darüber nachzudenken, worum es sich bei Demokratie, Gemeinwesen und Interessen der Allgemeinheit eigentlich handelt und was Volk und Souveränität des Volkes eigentlich bedeuten. Auf der Grundlage unseres bisherigen Wissens sind wir nicht mehr in der Lage, eine eindeutige Antwort darauf zu geben, wie und auf welchen Wegen es möglich ist, die Welt zu verändern, und in welchem Maße politische Entscheidungen in diese Vorgänge eingreifen können. Aus diesem Grund konzentriere ich mich in diesem Artikel auf die Veränderungen in der Wahrnehmung des Politischen und beziehe mich auf diese fundamentalen Aspekte.

In der Tat ist festzustellen, dass das, was wir bislang als ein politisches Subsystem angesehen haben, augenscheinlich eine tiefgreifende Mutation erfahren hat. Die Vorstellung, wonach Demokratie ein völlig selbstverständliches und eindeutig definiertes Organisationsprinzip der Politik ist, funktioniert nicht mehr so, wie es vor der Krise der Fall war. Die Menschen scheinen nicht mehr in der Position zu sein, über ihre eigene Zukunft selbst zu entscheiden – sie haben ihre Souveränität zum großen Teil eingebüßt. Die Parlamentswahlen scheinen – auch wenn sie ihre symbolische Bedeutung bislang behalten

haben – wenig mehr als ein Ritual zu sein, um Zeugnis von einem bestimmten Status quo der Fremdbestimmtheit des Volkes abzulegen.

Im sogenannten Globalisierungszeitalter ist der politischen Macht die Funktion eines autonomen Zentrums der politischen Entscheidungsfindung, das dieser Rolle auch gerecht wird, abhanden gekommen. Zudem werden die öffentlichen Interessen von ausländischen Faktoren beeinflusst. In dem Moment, da man akzeptiert, dass kein Land sich einseitig aus dem globalen System herausziehen kann, sind die Bedingungen, unter denen ein jedes Land in diese Welt integriert wird, mehr oder weniger vorbestimmt. Von diesem Standpunkt aus gesehen, ist die Globalisierung in allererster Linie eine Idee, ein Dogma, eine Ideologie, die Alternativen keinen Raum lässt. Das TINA-Syndrom (TINA = There is no alternative – es gibt keine Alternative) manifestiert sich durch eine axiomatische, eindimensionale Denkweise, die sich in einer Endzeit-der-Ideologien-/Endzeit-der-Geschichte-Argumentation manifestiert. Innerhalb eines solchen Kontextes wird die Dynamik der Geschichte über ein vorgegebenes, universelles Rezept gesteuert: Die Menschen haben nicht mehr das Recht, über ihre eigene Zukunft zu diskutieren. Damit ist die Ära der Aufklärung zu Ende.

In dieser Hinsicht entpuppt sich das derzeit vorherrschende neoliberale Modell als totalitär. Im Namen dieses neuartigen Monotheismus, im Namen eines eindimensionalen, simplifizierten, funktionalistischen, auf die Produktion und den Wettbewerb gerichteten Rationalismus, im Namen eines weltweit akzeptierten Rezepts der sozialen Regulierung gilt als entschieden, dass die Wahrheit unstrittig auf der Hand liege. Die Arroganz des Technokraten, der sich mit seinem philosophiefeindlichen Standpunkt als denjenigen betrachtet, der die einzig rationale Lösung für die aufgelaufenen Widersprüche des Systems a priori bereithält, tritt an die Stelle einer kritischen, offenen, kontroversen und ambivalenten, auf die Zukunft ausgerichteten Bewegung. Diese Tendenz wird durch den zwischen Arbeit und Überleben gegenwärtig stattfindenden Rollentausch hervorragend illustriert. Das Überleben wurde in den vergangenen beiden Jahrhunderten als die bedeutsamste wirtschaftliche, politische und ethische Frage angesehen, ist nun aber von der politischen Agenda des Technokraten verschwunden. So lässt man uns beispielsweise wissen, dass den Wirtschafts- und Währungskommissar der EU, Olli Rehn, jedes Mal die Nestsucht befällt, wenn er von Tarifvereinbarungen hört, während gleichzeitig der deutsche Vizekanzler neben dem griechischen Minister für den „Schutz der Bürger“ stand und darüber orakelte, wie die Griechen „härter arbeiten“ sollten. Das einzige Anliegen des gegenwärtigen Diskurses zu Arbeit und Überleben ist die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und der Produktivität, solange dies mit einem Anstieg der Rendite einhergeht. Die Dimension des Wertes des menschlichen Daseins verschwindet erstmals vollständig aus dem Blickfeld.

Das weist auf einen tiefgreifenden ideologischen und politischen Bruch hin. Eine Tatsache wird seltsamerweise außer Acht gelassen, nämlich dass die europäische Zivilisation der beiden vergangenen Jahrhunderte davon ausging, dass die soziale Frage die wichtigste politische Angelegenheit ist, um die es geht. Des Weiteren wird ignoriert, dass die *Raison d'être* der Politik, die ihren eigenen Wertansprüchen gegenüber grundsätzlich zur Rechenschaft verpflichtet ist, das Bemühen um das Gemeinwohl ist. Letztendlich wird nunmehr darüber hinweggesehen, dass demokratische Vorgehensweisen die Voraussetzung zur Erlangung des Gemeinwohls sind. Mit anderen Worten, man hat vergessen, dass die Demokratie zu allen Zeiten Vorbedingung für ein erfolgreiches Streben nach Wohlstand und Entwicklung der Allgemeinheit war. Im Grunde genommen haben wir es gegenwärtig mit einer Kulturrevolution globalen Ausmaßes zu tun.

Unter diesen Umständen ist Demokratie, wie wir alle sie im klassischen Sinne in der Vergangenheit gekannt hatten, heute nicht sehr viel mehr als eine völlig auf den Kopf gestellte Reflexion ihrer selbst. Der Körper der Demokratie, der *Demos*, das Volk, ist nicht mehr dazu aufgerufen, seine Souveränität auszuüben und über die eigene Zukunft zu reflektieren. Stattdessen treffen andere in seinem Namen die Entscheidungen. Die Logik obsiegt über den freien Willen, eine transzendente Ordnung setzt sich gegen die wahre Ursache der Unordnung dieser Welt sowie die Erfahrungen der Geschichte durch. Vor diesem kontextuellen Hintergrund ist die Politik nicht mehr länger die Kunst des kollektiven Fortschritts und auch nicht mehr die Kunst des Machbaren. Vielmehr ist sie zur Kunst der optimalen Anwendbarkeit und der Anpassung an die Lehrsätze des Unpolitischen geworden, die Kunst, über den Verlust Regie zu führen und die Souveränität in Misskredit zu bringen. Sie ist die Kunst, Fremdbestimmung in eine deformierte Autonomie zu verwandeln, ein abwesendes und machtloses Volk zu befragen. Die Kunst, zu verschleiern, dass die eigentlich handelnden Personen, die *Dramatis personae*, des politischen Dramas nicht die Schauspieler, sondern die *Souffleure* sind, die entweder hinter der Bühne lauern oder nach vorne stürmen.

Diese Überlegungen legen die Schlussfolgerung nahe, dass Politik nichts anderes als eine Illusion ist, und aus eben diesem Grund erhebt sie umso häufiger ihre Stimme im Namen einer metaphysischen Erlösung, die nur durch die Wahrheit erlangt werden kann. Jene, die in der Lage sind, eine solche Lösung zu finden, sind die maßgeblichen Technokraten. Eine wahre Demokratie benötigt indessen keine Erlöser – ja, sie wird diese nicht einmal tolerieren. Das souveräne Volk erlöst sich nicht selbst, sondern Gründung, Schaffung, Transformation und Umsturz erfolgen aus eigenen Kräften. Aus genau diesem Grunde wird sich das Volk niemals an der Nase herumführen lassen. An-

dererseits wird das Volk heutzutage genau deshalb als gefährlich eingestuft, weil es „betrogen“ werden kann, weshalb die Politik Zuflucht zu einem Diskurs der Erlösung genommen hat und anführt, dass in der abschließenden Analyse politische Aktionen a priori und unabhängig von jedweder Form demokratischer Legitimation durchgeführt werden müssen. Um die Fehler des Volkes, dessen Verhalten schwer vorhersehbar ist, zu vermeiden, greift die Politik auf die makellose und vorhersehbare Vernunft zurück.

Das universelle Ziel, das durch diesen Paradigmenwandel in der Politik verfolgt wird, sollte inzwischen klar geworden sein. Um dies deutlich zu machen, werde ich mich im Folgenden auf drei Aspekte konzentrieren.

Erstens stellt die Umverteilung von Reichtum und Macht zugunsten der herrschenden Klassen ein dauerhaft gültiges Prinzip der sozialen Organisation dar. Zweitens wird diese Tendenz als absolut rational und somit als historische Notwendigkeit dargestellt. Drittens deklassiert man alle Formen des gesellschaftlichen Widerstands, die in der Auseinandersetzung mit dieser Tendenz entstehen, als irrational.

Anhand dieser Dogmen erfolgt in den modernen Gesellschaften die politische Manipulation, und die demokratischen Institutionen sowie alle traditionellen Strukturen der demokratischen Vertretung sozialer Interessen werden geschwächt. Der Glaube der Bürger an kollektives Handeln und demokratische Organisationen wird systematisch untergraben – stattdessen werden sie dazu angehalten, ihre persönlichen individuellen Interessen zu verfolgen. An diesem Punkt bildet sich ein neues ideologisches Alibi als eine Form der Rationalisierung heraus: die Zivilgesellschaft. Letztere propagiert, dass freie Individuen unter der Bedingung gemeinsam handeln sollen (bzw. dies wird von ihnen bis zu einem gewissen Grade so erwartet), dass ihr Handeln außerhalb der bestehenden Systeme der kollektiven Interessenvertretung stattzufinden habe. Mit anderen Worten, ihre Aktionen sollen sich gegen den Staat richten, gegen jede Infragestellung des gegebenen Status quo, gegen alle Aktivitäten, die der marktorientierten *Ratio* der Profitmaximierung zuwiderlaufen, gegen alle Einrichtungen der kollektiven Vertretung, über welche die Bürger in der Vergangenheit ihre Ideen und sozialen Interessen auf organisiertem Wege artikulierten.

Wie einst die Philosophie, welche dem Marquis de Sade zufolge das Boudoir erreicht hatte, soll heute die Politik außerhalb der Institutionen und Organisationen stattfinden. Gemäß dieser Vorstellung soll sie in Interessengruppen, Cafés, Diskussionsrunden und in privaten Bereichen betrieben werden, da sie nunmehr als Privatangelegenheit anzusehen sei. Derartige Quasi-Bürger sollen glauben, dass sie ihre Ansichten zum Ausdruck bringen können, solange sie niemand anderen dabei behelligen, dass sie gern Diskussionen führen dürfen, solange sie nicht den etablierten Status quo in Frage zu stellen drohen,

und ganz gewiss sei es ihnen vergönnt, ihre Sichtweise zu propagieren, solange sie nicht den Anspruch verfolgen, auf das politische Tagesgeschäft Einfluss zu nehmen. Sie sollen denken dürfen, aber nicht an der Entscheidungsfindung teilhaben – die Demokratie wird somit zu einer Quasi-Demokratie.

Eine unmittelbare Auswirkung dieser Transformation ist die Abänderung des Modus Operandi der Rechtsstaatlichkeit. In der Tat ergibt sich hier eine gänzlich neue Situation. Zum ersten Mal sieht sich die politische Macht einer Legitimationslücke ausgesetzt, da das Volk nicht souverän ist, der Staat nicht allen seinen Bürgern gegenüber neutral auftritt und das politische Ganze aufhört, als Organisationsprinzip zur Regulierung der sozialen Beziehungen zu fungieren. Die Schwächung der demokratischen Institutionen scheint nie da gewesene Ausmaße anzunehmen, was dazu führt, dass der meta-politische und meta-soziale Staat immer autarker, immer willkürlicher und letzten Endes immer repressiver wird. Nachdem er seine Glaubwürdigkeit vollständig eingebüßt hat, sichert der heutige neoliberale Rechtsstaat sein Überleben, indem er einer wirksamen Unterdrückung auf Grundlage wissenschaftlicher und technischer Methoden Vorschub leistet.

Die Symptome dieser Transformation sind allgegenwärtig. Die autarke Demokratie greift immer mehr auf ausgeklügelte Techniken der sozialen Kontrolle, Überwachung, Unterdrückung und die Durchdringung privater Räume, die bislang nach außen abgeschottet waren, zurück. Mithilfe dieses panoptischen Arsenalns häufen die Machthaber immer mehr Wissen an, was letzten Endes sogar persönliche Informationen aus dem Leben des Einzelnen und erst recht die von ihm oder ihr unternommenen Handlungen einschließt. Alle Bürger werden im Namen von Vernunft und Ordnung beobachtet und überwacht, wobei der Umstand, dass die Disziplin zum Fetisch erhoben wird, sich nicht mehr allein auf den Arbeitsprozess beschränkt, sondern auch in andere soziale Bereiche hineinreicht. Der Stellenwert der Disziplin wächst derart, dass sie das Leben in seiner Gesamtheit durchdringt. Damit ist es aber noch nicht getan, da jeder Form der Unterdrückung, egal wie systematisch sie betrieben wird, Einschränkungen und Gefahren innewohnen. Angesichts dessen dürfte die Demokratie des Spätkapitalismus auch noch zu Manipulationen in der Lage sein, auch wenn sie nicht mehr überzeugen. Dies gilt umso mehr, als neue Techniken der Manipulation die Grundfesten der Demokratie bedrohen.

An dieser Stelle ist es sicherlich nicht notwendig, erneut auf die Schlüsselrolle der Medien als Meinungsmacher einzugehen, und ebenso wenig darauf, dass sie aufgrund dieser Schlüsselrolle untrennbar mit den Machthabern in Wirtschaft und Politik verbunden sind – und zwar auf eine Weise, die den konstitutionellen Grundregeln zuwiderläuft. Die Entstehung eines kompakten Wirtschafts-/Medien-/Politikkomplexes ist eine globale Tendenz, die in

fast allen Ländern zu konstatieren ist. In den USA belegen zwei Entscheidungen des Obersten Gerichts explizit, wie dieser Machtkomplex erschaffen wird. Mit der ersten Entscheidung wurde das Verbot der Parteienfinanzierung durch das Großkapital aus dem Weg geräumt. Die zweite Entscheidung besagt, dass politische Werbung negative und sogar falsche Formulierungen enthalten darf, was im absoluten Gegensatz zu den im Bereich der kommerziellen Werbung geltenden Bestimmungen steht. Die Auswirkungen dieser beiden richterlichen Entscheidungen folgten auf dem Fuße. Der Umfang vom Großkapital finanzierter negativer politischer Werbung ist immens angewachsen, was wiederum zu einem rapiden Anstieg der Medienprofite geführt hat. Zudem sind die Beziehungen zwischen Politik und Big Business sehr viel enger geworden, was mit einer systematischen und unbeschränkten Gehirnwäsche der Bevölkerung einherging. Obamas Niederlagen in den letzten Wahlen sind zum Großteil auf diese Entwicklungen zurückzuführen. Was wir beobachten, ist vermutlich die Herausbildung einer neuen Form der „manipulativen Demokratie“ – eine Spielart, die auch außerhalb der USA wahrzunehmen ist.

Angesichts all dessen stellt sich die Frage, was von der Demokratie noch übrig geblieben ist? Vermutlich bewegen wir uns in Richtung einer neuartigen „Milchmann-Demokratie“. Wenn jemand im 19. Jahrhundert früh um neun an Ihre Tür klopfte, war es höchstwahrscheinlich der Milchmann. Heute gibt es den Milchmann nicht mehr. Darum wird die Person, die morgens als erste an die Tür klopft, vermutlich – wenn nicht ein Polizist – ein Bankenvertreter sein, der ihr Haus pfänden will, oder auch ein Vertreter einer Privatfirma, der – wie die privaten Steuereintreiber vergangener Zeiten – an die Stelle der staatlichen Autorität tritt. Summa summarum sprechen wir von einer Quasi-Demokratie, die auf schwache und gehorsame Quasi-Bürger zielt.

Dieser Befund untermauert vollends die Eingangsthese: Die gegenwärtige Krise ist sowohl eine Krise der Idee der Demokratie als auch der Funktionsweise der Demokratie. Sie ist eine Krise der Weltanschauungen und Ideologien in einer Zeit, in der Ideologien für tot erklärt worden sind. Der einzige Ausweg aus diesem Dilemma besteht darin, Widerstand gegen die uns umgebenden Dämonen zu leisten. Wir müssen uns den Dämonen dieses offenkundigen Konformismus, den Dämonen der scheinbaren Rationalität, den Dämonen des eindimensionalen TINA-Syndroms sowie den Dämonen von Verzweiflung und Trägheit entgegensetzen. Diese Auseinandersetzung erfordert zwingend die Wiederkehr des Politischen, die Wiederherstellung der Souveränität des Volkes und die Rückkehr zu kollektivem Handeln. Es ist meine feste Überzeugung, dass nur die Festigung und Ausweitung der Demokratie einen Weg aus der gegenwärtigen Krise zu weisen vermag.

Die Gefahr von Rechts¹

Walter Baier

Vorbemerkung

Die Krise in Europa ist in eine neue Phase eingetreten. Mit der im Frühjahr erfolgten „Restrukturierung“ der griechischen Staatsschuld und dem Europäischen Stabilitätsmechanismus konnte zwar Zeit gekauft, konnten aber nicht die fundamentalen Probleme der Überakkumulation und der Zahlungsbilanzungleichgewichte innerhalb der Euro-Zone behoben werden.²

Andererseits zielt der Beschluss des Fiskalpaktes im März 2012 auf eine langfristige Festschreibung der Austeritätspolitik und auf eine autoritäre und zentralistische Wende der EU-Integration unter deutscher Hegemonie. Sollte der Fiskalpakt tatsächlich in Kraft treten, was angesichts der komplizierten Ratifizierungsprozesse in den 25 Staaten nicht selbstverständlich ist,³ und sollte er mit der intendierten Härte angewendet werden, so läuft er auf die Zerstörung des Europäischen Sozialmodells einschließlich einer dramatischen Absenkung des Lebensstandards großer Teile der Bevölkerungen in Europa hinaus.

Außerdem zeichnet sich eine weitere Zuspitzung der europäischen Bankenkrise ab. Die Folge könnte ein mehr oder weniger freiwilliges Ausscheiden verschiedener Mitglieder aus der Währungsunion sein. Ein Auseinandergehen der Euro-Zone wäre allerdings ist nicht in erster Linie eine wirtschaftliche, sondern eine politische Frage, da damit die latente Krise der Europäischen Integration zur manifesten Tatsache gemacht würde, was wiederum das Vorspiel einer schweren politischen Erschütterung in Europa darstellen könnte.

In einer solchen Situation wäre möglich, dass die nationalistische, xenophobe und autoritäre Rechte eine Bedeutung erlangt, die über ihre bisherige Rolle hinausgeht.

Ein theoretisches Konzept des „Populismus“

In der Zeit zwischen Juni 2009 und März 2011 erhielten rechte Parteien 155 der 3.066 Sitze in 13 Parlamenten, was etwa fünf Prozent der Wählerschaft repräsentiert. Darüber hinaus fand dieser Trend auch durch eine Stärkung der rechtspopulistischen, europaskeptischen Parteien in den Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahre 2010 seinen Ausdruck und setzte sich 2011 und 2012 weiter fort.

Auch wenn nationale Besonderheiten relevant für das Verständnis des Phänomens sind, deuten diese Entwicklungen auf einen tiefgreifenden Wandel in der europäischen politischen Geographie hin. Tanja Binder zeigt in ihrer Studie der Rechten in Europa, dass dieser Wandel im Rahmen eines allgemeinen Rechtstrends im Laufe der aktuellen Periode stattfindet. (Binder, 2009)

Wir haben es nicht mehr mit gefährlichen, sektiererischen Gruppen am Rande der Gesellschaft zu tun, sondern mit Parteien, die erfolgreich in die Mitte der Gesellschaft drängen und die politische Agenda auch moderater Mainstream-Parteien beeinflussen.

Die hier zur Diskussion stehenden Parteien haben sich tatsächlich sowohl in ihrer Agenda und als auch in ihrem Wortschatz modernisiert und können nicht einfach als traditionelle Rechtsextremisten bezeichnet werden. Deshalb benutzt die aktuelle politische Wissenschaft zu ihrer Charakterisierung den Begriff „Rechtspopulismus“. Dabei wird „Populismus“ durch konstitutive, angeblich gemeinsame Merkmale definiert; folgende werden am häufigsten genannt:

- 1) Ein ethnisch oder nationalistisch begründeter Kollektivismus, in einigen Fällen aufgeladen mit einer kulturell motivierten Fremdenfeindlichkeit;
- 2) Ein offensives Bekenntnis zu sozialer Ungleichheit;
- 3) Unterwürfiges Denken, kombiniert mit einer autoritären Werte-Orientierung;
- 4) Die Verachtung für Parteiendemokratie, Meinungsfreiheit und Pluralismus. (vgl. Dörre u. a., 2004: 80)

Versuche, diese Charakterisierungen auf konkrete Fälle anzuwenden, zeigen jedoch häufig eher Abweichungen als Bestätigung, was am Nutzen positivistischer Beschreibungen zweifeln lässt.

Daher erscheint ein theoretischer Ansatz eher als angemessen, und dabei kommt man nicht an Ernesto Laclaus Arbeiten vorbei. Er schlägt vor, Populismus nicht in erster Linie durch seine empirische Erscheinung zu be-

stimmen. Ihn kennzeichnet vor allem der populärdemokratische Appell, mit anderen Worten, eine direkte Ansprache des Volkes, in seiner Sprache und durch seine Symbole. Das versuchen allerdings alle bedeutenden politischen Parteien; hier geht es darum, dass diese Aufrufe als „antagonistische Option“ gegen die Ideologie des hegemonialen Blocks präsentiert werden (vgl. Laclau, 1981: 151).

Die Konstruktion des „Volkes“⁴

In Laclaus post-strukturalistischer Analyse ist ein populistischer Diskurs wesentlich gekennzeichnet durch den Versuch, demokratische Forderungen aufzunehmen, die ursprünglich isoliert für sich stehen und unter normalen Umständen von den Institutionen aufgenommen werden, aber ab einem bestimmten Zeitpunkt innerhalb des Systems nicht weiter befriedigt werden können. Diese Forderungen zu artikulieren, wie die Glieder einer Kette aneinander zu reihen („Äquivalenzkette“ in Laclaus Sprache), und sie mit einer gemeinsamen, symbolischen und politischen Repräsentation („Signifikanten“) auszustatten, sei es durch einen Slogan, eine politische Vision oder einen Führer, transformiert die ehemals partikulären Forderungen in eine breitere gesellschaftliche Subjektivität – was gleichbedeutend mit der Aussage ist, dass es „die Menschen als potentielle historische Akteure“ ausmacht (vgl. Laclau, 2005: 74).

Mit Laclaus „Äquivalenzkette“ kommen wir nicht umhin, an die bekannte Stelle in Lenins „Was tun?“ zu erinnern, in der das Ideal eines sozialdemokratischen Berufsrevolutionärs als „Volkstribun“ beschrieben wird, „der in der Lage ist, auf jegliche Erscheinung von Tyrannei und Unterdrückung zu reagieren, egal wo sie auftaucht, egal welche Schicht oder Klasse von Menschen sie betrifft; der in der Lage ist, alle diese Erscheinungen zu verallgemeinern und ein einziges, allgemeines Bild zu produzieren“ (Lenin, 1973: 95).

Müssen wir daher nicht Lenins Geschmacksrichtung des Kommunismus als eine Art von „Linkspopulismus“ interpretieren? An dieser Stelle wird die Grenze der politischen Anwendbarkeit der post-strukturalistischen Analyse sichtbar. Ihr Vorzug besteht darin, ein anwendbares Konzept für die strukturelle Analyse politischer Diskurse zur Verfügung zu stellen. Daraus ergibt sich eine veränderte politische Optik: Während der konventionelle liberale Mainstream das Wort „Populismus“ nur in einem moralisierenden, pejorativen Sinn zu gebrauchen weiß, erscheint „Populismus“ bei Laclau als „ein legitimer Weg unter anderen, um den politischen Zusammenhalt zu konstruieren“. (vgl. Laclau, 2005: 63) Mehr noch, am Ende seines Buches gibt er zu verstehen, das Politische „wird zum Synonym für Populismus“, sei doch „die Konstruktion des ‚Volkes‘ der politische Akt par excellence“ (vgl. Laclau, 2005: 154).

Das hat eine politische Konsequenz: Wenn die Konstruktion des Volkes die Essenz des Politischen bildet, so läuft der Anwurf des Populismus, der inflationär an nahezu jede oppositionelle Bewegung, unabhängig von deren Inhalten und Zielen, gerichtet wird, auf eine grundsätzliche „Verachtung der Massen“ durch den liberalen Mainstream hinaus – und auf eine stille Komplizenschaft mit den Eliten, die zunehmend unfähig sind, ihre Politik gegenüber den Bevölkerungen zu rechtfertigen.

Die von Laclau vorgeschlagene „Äquivalenzkette“: Hitler, Mao, Perón und De Gaulle, kann dennoch nicht überzeugen, und ebenso wenig die allgemeine Annahme, Populismus sei „nicht eine Art von Bewegung – identifizierbar entweder mit einer besonderen sozialen Basis oder einer bestimmten ideologischen Ausrichtung – sondern eine politische Logik“ (Laclau 2005: 117). Dies auch deshalb nicht, weil die von ihr provozierte politische Frage, ob die Linke im Sinne ihres Erfolges „populistisch“ agieren sollte, in die Irre führt.

Krise und Systemopposition

In einer früheren Studie, in der seine Analyse näher am Marxismus schien, verbindet Laclau „das Auftreten des Populismus historisch (mit einer) Krise des herrschenden ideologischen Diskurses, welcher andererseits an eine allgemeine gesellschaftliche Krise gebunden ist“. (Laclau, 1981: 153)

Zutreffend argumentiert er in diesem Zusammenhang, dass, auch wenn Populismus darin bestehe, dass populärdemokratische Elemente als eine antagonistische Option gegen die Ideologie des herrschenden Blocks dargestellt werden, dies nicht notwendig bedeute, dass Populismus gleichbedeutend mit einer revolutionären Bewegung ist. Im Gegenteil, es genüge, schreibt er, dass eine Klasse oder eine Klassenfraktion zur Behauptung ihrer Hegemonie eine grundlegende Veränderung im Machtblock brauche, um eine populistische Entwicklung hervorzurufen. In diesem Sinne unterscheidet er aus gutem Grund einen Populismus der herrschenden Klassen und einen Populismus der beherrschten Klassen. (vgl. Laclau, 1981: 151)

Jede Krise kann unter zwei Perspektiven untersucht werden:

- a) aus der Perspektive der Regierten,
- b) aus der Perspektive der Machthabenden.

In Hinsicht auf Letzteres ist meines Erachtens die heute kritische Frage, ob und in welcher Weise die aktuellen rechten Bewegungen in Europa sich überschneiden mit Interessen innerhalb der herrschenden Klasse, genauer einer Gruppe der herrschenden Klasse, welche angesichts der Krise des herrschenden Diskurses eine neue Hegemonie errichten will – und sich damit gezwungen sieht, gegen die etablierte Ideologie „das Volk“ als Ganzes anzurufen (vgl. Laclau, 1981: 153).

Andererseits ist in Bezug auf die Regierten der Dreh- und Angelpunkt die erhebliche Verschlechterung des sozialen Klimas, welche ausreichend dokumentiert ist, in ganz Europa – auch in Deutschland und Österreich, die im Kern der privilegierten Zonen des Euro-Raums stehen. In einer einschlägigen Umfrage gibt 2009 beispielsweise mehr als die Hälfte der Deutschen an, dass sie sich bedroht von aktuellen wirtschaftlichen Entwicklungen fühlen: 37 Prozent von ihnen sagen, sie seien „irritiert“, und 33 Prozent „wütend“ (vgl. IKG, 2010: 3).

Nach der gleichen Untersuchung sind rechte, auch extrem-rechte Einstellungen auf dem Vormarsch in demselben Ausmaß, in denen Menschen persönlich von der Krise betroffen sind. Wer sich von der Krise bedroht sieht, neigt potentiell zu Islamophobie, Fremdenfeindlichkeit, Verteidigung der Privilegien etablierter Kreise („Etabliertenvorrechte“), Antisemitismus sowie einer Tendenz zu Sexismus und Homophobie (IKG, 2010: 8). Und das alles, soweit es Deutschland betrifft, noch immer in einer Situation, in der eine ausgesprochen rechte populistische Partei nicht existiert.

Die Wurzeln der Hegemonie

Veränderungen des Massenbewusstseins in dieser Qualität und in dem beschriebenen Ausmaß haben ihre Wurzeln in Veränderungen der praktischen Lebensumstände und der Arbeitswelt, wo – laut Gramsci – Hegemonie entsteht (vgl. Gramsci, 1991: 132).

Dabei wird im liberalen Mainstream mit der Trivialität argumentiert, dass Veränderungen immer mit Unsicherheit verbunden seien. Die quasi naturwüchsig aus der „Globalisierung“ folgenden Verluste träfen einzelne Gesellschaftsschichten besonders hart, welche in der Folge anfällig für reaktionäre, rechte Einstellungen würden. Doch diese Sichtweise vereinfacht und beschönigt die Wirklichkeit. Tatsächlich werden soziale Verschlechterungen von immer mehr Menschen als Konsequenz einer Politik erlitten, die die Forderungen von Finanzmärkten und transnationalen Unternehmen als objektiv existierende Sachzwänge akzeptiert und diese der Bevölkerung auferlegt. Seit den 1980er Jahren wurden die Begriffe „Wechsel“ und „Reform“ synonym mit wachsendem Arbeitsleid, Unsicherheit und steigender sozialer Ungleichheit. Der Begriff „Prekarisierung“ steht für den Abbau eines immer größer werdenden Teils jener wohlfahrtsstaatlichen Errungenschaften, die im Europa der Nachkriegszeit durchgesetzt werden konnten. Weit über die breite und wachsende Schneise der Zerstörung, die das hinterlässt, hinausreichend, desintegriert Prekarisierung die gesamte Arbeitswelt, inklusive den Bereich der normalen Arbeitsbeziehungen (vgl. Dörre u. a., 2004: 96).

Während die Prekarisierung die gesamte Gesellschaft deformiert, leben immer mehr Menschen unter den Bedingungen einer Verknappung von Gütern und Dienstleistungen, der Sicherheit, der Akzeptanz, stabiler sozialer Beziehungen; in einem Zustand, den die oben zitierte Studie als „negativen Individualismus“ bezeichnet, welcher das Feld für einen Zuwachs rechtspopulistischer Orientierungen eröffnet (Dörre u. a., 2004: 101).

Das bedeutet: Will man die sozialen Ursachen des Vordringens bislang als rechtsextrem bezeichneter Haltungen in die „Mitte der Gesellschaft“ skizzieren, muss die nachlassende integrative Wirkung des Sozialstaates, zusammen mit der Schwächung der ArbeiterInnenbewegung, ein wichtiger Gesichtspunkt der Analyse sein. Ironischerweise gerieren sich die modernisierten rechtspopulistischen Parteien, zuvor als Anwälte des anti-etatistischen Neoliberalismus unterwegs, nun als Verfechter des Sozialstaates; wenngleich mit der entscheidenden Einschränkung, dass der leistungsabhängige Wohlfahrtsstaat ausschließlich der ursprünglichen Einwohnerschaft zugänglich sein darf.

Dies ist weit mehr als pure Demagogie, und bestätigt eines von Laclaus wichtigsten Argumenten, nämlich, dass Aussagen in politischen Diskursen zwischen konträren Lagern wechseln können („Floating signifiers“). Der soziale Wohlfahrtsstaat war in Europa immer ein wesentlicher Bestandteil des Prozesses der Einkommensverteilung im Rahmen des Nationalstaates. Mit der Akzeptanz des neoliberalen Mantras, dass eine weitere Expansion des sozialen Wohlfahrtsstaates in Folge finanzieller Beschränkungen weder gewünscht noch möglich ist, und wenn damit die Verteilung gesellschaftlicher Einkommen von der Klassenteilung der Gesellschaft isoliert wird, läuft sogar die Konzeption des Wohlfahrtsstaates Gefahr, sich in ihr Gegenteil zu verkehren – das heißt in einen Nationalismus, der auf die soziale Exklusion ausgerichtet ist.⁵

Ein Unterschichtphänomen?

Die Behauptung, dass rechte Haltungen in erster Linie ein Phänomen innerhalb der weißen, männlichen Unterschicht sei, die sich mit Recht als die Verliererin der Modernisierung und Globalisierung empfindet, hält empirischen Untersuchungen nicht unbedingt stand. Wie in der oben erwähnten Erhebung gezeigt wird, wachsen rechte Neigungen parallel mit der sich verstärkenden Krise in allen sozialen Einkommensschichten, seit 2009 besonders auch in oberen Einkommensklassen. Die Letzteren entziehen den schwächeren Gruppen ihre Unterstützung und geben diese dem sozialen Abstieg preis. Zusätzlich verzeichnet die Studie einen signifikanten Anstieg aggressiv aufgeladener Islamphobie auch in der politischen Mitte (vgl. Dörre u. a., 2004: 13).

Vor diesem Hintergrund verweist die abschließende Zusammenfassung der IKG-Studie darauf, dass „infolge von ökonomischen wie gesellschaftlichen Kriseneffekten“ es zu „einer zunehmend rohen Bürgerlichkeit“ kommt, die auch über angeblich liberale Tages- und Wochenzeitungen verbreitet wird. Dabei sei es „nicht der Umfang, sondern die Einflussmächtigkeit dieser höheren Einkommensgruppen zur negativen Veränderung des sozialen und politischen Klimas, die scharf markiert werden muss“ (IKG 2010: 15).

Abwendung von der Demokratie

Vorliegende empirische Daten aus unterschiedlichen Ländern legen nahe, dass eine steigende Anzahl derer, die sich in ihrer sozialen Existenz von der Krise gefährdet fühlen, sich innerlich von der Demokratie abwenden. Die Krise der politischen Repräsentation, die sich in ganz Europa beobachten lässt, ist besonders besorgniserregend, da es die arbeitenden Klassen und die breite Bevölkerung sind, die angesichts der ökonomischen und sozialen Krise nicht weniger, sondern mehr demokratische Politik bräuchten.

Stattdessen liefern die etablierten Parteien der rechten und der linken Mitte sie der Kälte der Finanzmärkte aus. Dies hat die ernste Konsequenz, dass der Rechts-Links-Gegensatz von breiten Gesellschaftsschichten nicht länger als ein ungefährender Gegensatz von Ober- und Unterklasse wahrgenommen wird. Zur Beschreibung dieses Prozesses scheint „Krise der politischen Repräsentation“ ein zu sperriger Begriff zu sein. Das Phänomen ist tagtäglich beobachtbar: Das von Politikern an den Tag gelegte Desinteresse am Schicksal der arbeitenden Klassen und anderer Bevölkerungsschichten wird von diesen mit Desinteresse an Politik beantwortet. Bündnisse zwischen der Mittelklasse und der Arbeiterklasse – bislang von der Sozialdemokratie und den Grünen Parteien unter dem Banner eines moderaten Neoliberalismus ausgehandelt – lösen sich anscheinend auf, während gleichzeitig der politische Liberalismus einen elitären Charakter annimmt.

In dieser kritischen Situation bietet die neue Rechte die Möglichkeit der Rebellion, ohne die Grundstrukturen des kapitalistischen Eigentums in Frage zu stellen, wie Walter Benjamin 1936 in Hinblick auf den Faschismus schrieb, welcher, wie er sagte, das Heil darin sehe „die Massen zu ihrem Ausdruck (beileibe nicht zu ihrem Recht) kommen zu lassen“ (Benjamin, 1991: 382).

Abschließend: Der Analyse Laclaus folgend, haben wir als eine entscheidende Charakteristik des Populismus herausgearbeitet; dass er eine „antagonistische Option“ darstellt, die sich mit der Ideologie des herrschenden Blocks an der Macht konfrontiert. Diese antagonistische Option kann jedoch von zwei, ihrerseits antagonistischen, Positionen, von rechts und von links, vom Standpunkt der herrschenden und vom Standpunkt der beherrschten Klasse aus for-

muliert werden. Dies führt an die Grenzen von Laclaus analytischem Ansatz, da nach ihm beide Positionen unter den gemeinsamen Begriff „Populismus“ zu subsumieren wären, was deren grundsätzlich gegensätzliche Inhalte zu Varianten ein und derselben Sache abwerten würde. Worauf es aber politisch ankommt, ist nicht die Gleichheit, sondern im Gegenteil der Unterschied der beiden Positionen. In diesem Kontext erscheint der Begriff „rechter Populismus“ als ein Euphemismus für eine neue nationalistische, autoritäre, rassistische, xenophobe und antidemokratische Rechte.

Hier stoßen wir auf ein Paradoxon. Je erfolgreicher die neue rechte Option in einzelnen Wahlen wurde, desto größer war bislang ihr Misserfolg, wenn es dazu kam, die Bewährungsprobe der Regierungsbeteiligung zu bestehen. Das aber darf keineswegs beruhigen, wie das Beispiel Österreichs zeigt. Hier ist Jörg Haider's Freiheitliche Partei bei ihrer Regierungsbeteiligung zwischen 2000 und 2006 zwar spektakulär gescheitert. Das scheint aber nicht zu verhindern, dass sie entsprechend jüngsten Umfragen als eine der stärksten politischen Kräfte aus den kommenden Parlamentswahlen hervorgehen könnte.

Die Frage ist, ob der „Anti-Elitismus“ der die neuen rechten Bewegungen kennzeichnet, mehr als eine Geste vor dem Szenario der Krise darstellt, oder ob er in der Lage ist, sich mit Interessen von mächtigen Gruppen der herrschenden Klassen zu einem politischen Projekt zu verbinden.

Hier schließt sich der Kreis; ist die Beantwortung dieser Frage doch verknüpft mit der Krise der europäischen Integration, die umgekehrt den ansteigenden Nationalismus befeuert, hervorgerufen durch die Austeritätspolitik und die zentralistische, autoritäre Wende, die die EU gerade durchführt.

Viel wird etwa davon abhängen, welches der konkurrierenden Konzepte der künftigen Rolle Deutschlands sich innerhalb seiner Eliten durchsetzt, und in dieser Hinsicht dürfen wir im Moment nichts als selbstverständlich annehmen; viel wird natürlich von den sich entfaltenden Kämpfen auf nationaler Ebene im Süden Europas, gegen die Austeritäts-Programme, die diesen Ländern auferlegt wurden, abhängen.

Vielleicht werden wir demnächst ein Europa erleben, in dem die Wege von Staaten in unterschiedliche Richtungen führen, sei es, weil sich die nationalistische Option innerhalb der herrschenden Klasse durchsetzt und mittels einer neuen Rechten populär wird; sei es, weil in einzelnen Staaten die Bevölkerungen alternative Politiken gegenüber der über die Institutionen der EU vermittelten Austeritätspolitik durchsetzen, während sie in anderen Staaten weiter geführt wird.

Die Verschärfung der Krise lässt unterschiedliche politische Szenarien möglich werden. In jedem denkbaren Fall der Entwicklung wird die Frage nach einer friedlichen, demokratischen und solidarischen Gestaltung der nationalen Beziehungen in Europa – geht es nach der Linken, im Rahmen einer

grundlegend umgebauten EU – ein wesentliches Feld der politischen Auseinandersetzung bilden. Neu ist, dass dies in ständiger Konfrontation mit einer neuen Rechten und dem von ihr verkörperten Nationalismus und Chauvinismus stattfinden wird.

Es ist interessant, dass Marx berühmter Text „Der 18. Brumaire des Luis Bonaparte“ – der etwas erörtert, was wir heute vielleicht als Vorgänger des sogenannten Populismus bezeichnen würden – fast in seiner Gesamtheit eine Analyse des Scheiterns und der Niederlage der entgegengesetzten Kräfte darstellt – des Liberalismus und der Linken.

Soweit es die heutige politische Linke in Europa betrifft, ist es wichtig, die enge Beziehung zwischen den Kämpfen zur Verteidigung materieller Interessen der Bevölkerungen und um Demokratie mit dem ideellen Kampf um die Interpretation der Krise zu verstehen. Die Linke kann sich dabei gegen Nationalismus durchsetzen, wenn sie in der Lage ist, einen modernisierten klassenbasierten Diskurs zu entwickeln und mit den sehr unterschiedlichen mannigfaltigen, demokratischen Ansprüchen der Frauenbewegung, den Gewerkschaften, den ökologischen und sozialen Bewegungen zu artikulieren.

Einige würden einen solchen Diskurs vielleicht als „populistisch“ bezeichnen. Tatsächlich aber ist er ein demokratischer, sozialer und europäischer Diskurs.

Anmerkungen

- 1) Der Text basiert auf dem Einleitungsreferat und den Schlussbemerkungen auf dem gemeinsam von transform! europe, Punto Rosso und der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Mailand am 9. und 10. März 2012 veranstalteten Seminar „New Populisms and the European Right and Far Right Parties: Challenge to and Perspectives of the Left“. Er entstand vor allem vor dem Hintergrund der jüngsten Wahlergebnisse in Griechenland und in Frankreich, die Änderungen in der europäischen politischen Landschaft darstellen.
- 2) Dazu eine interessante Analyse in der Financial Times: “The post-crisis crackdown on banking has left the way open for a rapid growth in alternative funding areas ... The ‘shadow banking’ system, meanwhile a phrase used to encompass a broad range of institutions and mechanisms, from hedge funds to ‘repo’ markets, has recovered more rapidly and is poised to usurp banks in a variety of ways ... Some worry that the growth of non-bank lending ... allow new, unmonitored bubbles to grow unchecked until they once again drag down the banking system and the larger economy” (Patrick Jenkins u. a., 2012).
- 3) Zur Zeit der Abfassung dieses Texts steht das Referendum in Irland noch bevor. Unklar ist, in welchen anderen Ländern Referenda über den Fiskalpakt stattfinden bzw. welche Auswirkungen das Ergebnis der französischen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen auf den Fiskalpakt haben werden.
- 4) In diesem Zusammenhang ist es wichtig, daran zu erinnern, dass das Wort „Volk“, wegen seiner Verwendung durch den Nationalsozialismus („Volksgemeinschaft“), einen negativen Bedeutungsumfang in deutscher Sprache hat – anders als die verwandten Ausdrücke im Englischen oder in den romanischen Sprachen („people“, „peuple“, „popolo“ oder „pueblo“). Das Problem ist jedoch das gleiche: Die doppelte Bedeutung des politischen Kon-

zepts „Volk“. Es kann die Bevölkerung, im Gegensatz zum Staat und den Eliten meinen, das heißt, die Gesamtheit der Unterdrückten und Ausgebeuteten innerhalb einer Nation, oder es meint die Bevölkerung einer Nation im Gegensatz zu anderen Nationen, das heißt, eine ethnisch oder kulturell definierte exklusive Identität. Der am besten geeignete Ansatz ist meiner Meinung nach, „Volk“ als eine Population zu definieren, welche durch Hegemonie strukturiert wird, die von einer bestimmten sozialen Gruppe ausgeübt wird.

- 5) Siehe zum Beispiel das Programm der Freiheitlichen Partei Österreichs, beschlossen im Juni 2012 (http://www.fpoe.at/fileadmin/Content/portal/PDFs/2011/2011_graz_leitantrag_web_01.pdf).

Literatur

- Benjamin, Walter (1991): *Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit*. Zweite Fassung (1936), in: Ders., *Gesammelte Schriften*, Bd. VII, Frankfurt am Main.
- Binder, Tanja (2009): *Erfolge der Rechten – Defizite der Linken? Eine Studie zur Entwicklung rechtsliberaler, rechtskonservativer und rechtspopulistischer Parteien in Westeuropa*. Manuskript, Berlin.
- Dörre, Klaus, Klaus Kraemer, Frederic Speidel (2004): *Marktsteuerung und Prekarisierung von Arbeit – Nährboden für rechtspopulistische Orientierungen*. In: Bischoff, Joachim et al.: *Moderner Rechtspopulismus. Ursachen, Wirkungen, Gegenstrategien*. VSA-Verlag, Hamburg.
- Gramsci, Antonio (1991): *Gefängnishefte*, Nr. 6, Argument-Verlag, Hamburg.
- Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung – IKG (2010): *Deutsche Zustände – Unruhige Zeiten*. Presseinformation zur Präsentation der Langzeituntersuchung „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“, Dezember 2010, Berlin.
- Jenkins, Patrick, Tom Braithwaite, Brooke Master (2012): *New force emerges from the shadows*. In: *Financial Times*, 10. April 2012. London.
- Laclau, Ernesto (2005): *On Populist Reason*. Verso, London.
- Laclau, Ernesto (1981): *Politik und Ideologie im Marxismus. Kapitalismus – Faschismus – Populismus*, Argument-Verlag, Berlin.
- Lenin, Wladimir Iljitsch (1973): *Was tun*. In: *Lenin: Werke*, Bd. 5, Berlin: Dietz-Verlag, S. 355–551.
- Marx, Karl (1969): *Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte*. In: *Marx, Engels: Werke (MEW)*, Bd. 8, Berlin: Dietz Verlag, S. 111–208.

Die EU und die Flucht aus der Demokratie

Franco Russo

Fakten und Dokumente

Wie in jeder Krise, so nehmen auch diesmal die herrschenden Eliten des Kapitalismus eine Umstrukturierung der Institutionen vor, um die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise in den Griff zu bekommen. Genau das passiert zur Zeit in der Europäischen Union mit dem Euro-Plus-Pakt, dem „Six-Pack“ und nun auch mit dem (am 2. März 2012 unterzeichneten) Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion.

Italien hat dieser Entwicklung mit der Bildung der Monti-Regierung Folge geleistet. Dies ist keine „technische“, sondern eine von der EU gewollte Regierung, die die unmittelbaren Interessen des italienischen Industriebürgertums, der Banken und all jener Elemente vertritt, die mit dem globalen Markt verbunden sind. Sie verfügt außerdem über die Unterstützung der katholischen Hierarchie. Die Monti-Regierung ist das direkte Ergebnis der von der EU den PIIGS (Bezeichnung für die Euro-Staaten Portugal, Italien, Irland, Griechenland und Spanien seit Beginn der Krise 2010. Die Red.) und mit dem Schreiben von Trichet und Draghi vom 5. August 2011 speziell Italien auferlegten neoliberalen Politik.

Nach dem ersten „wirtschaftlichen Schachzug“ im Juli 2011 (Rechtsverordnung 98/ 2011) und dem Druck der Finanzmärkte und der EU auf Italien mit der Forderung, die Sparmaßnahmen zu verstärken, schrieben mitten im Sommer, und zwar am 5. August, der Präsident der EZB, Jean-Claude Trichet,

und der Präsident der Banca d'Italia, Mario Draghi (der 2011 Nachfolger Trichets als EZB-Präsident wurde), einen Brief an den Präsidenten des Ministerrates Berlusconi (der fälschlicherweise auch als Ministerpräsident bezeichnet wird), in dem genau erläutert wird, welche einzelnen Schritte folgen werden, um eine Erfüllung der Verpflichtungen aus den Europäischen Ratstagungen und den Dokumenten, mit denen das erste „Europäische Semester“ eingeleitet wurde, durchzusetzen. So kam es im August zum Erlass einer zweiten Rechtsverordnung mit der Nummer 138/2011, mit der die Budgetbeschränkung für 2014 um weitere 60 Mrd. Euro korrigiert wurde.

Bevor wir uns dem Brief der beiden Banker zuwenden, sollten wir uns zunächst in Erinnerung rufen, dass der ECOFIN-Rat im September 2010 den Verhaltenskodex zur Umsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspakts über die im Januar 2010 eingeleiteten Verfahren des „Europäischen Semesters“ modifizierte. Deren Neuheit besteht darin, dass die Länder ihre politischen Maßnahmen zur Budgetbeschränkung zwecks Prüfung im Voraus einreichen müssen. Dies erfolgt im Wesentlichen in den folgenden Etappen: a) Mitte April legen die Mitgliedstaaten ihre Nationalen Reformprogramme (die gemäß der neuen EU-Strategie Europa 2020 entwickelten NRP) und gleichzeitig die Stabilitäts- und Konvergenzprogramme (die gemäß dem Stabilitäts- und Wachstumspakt entwickelten SKP) unter Berücksichtigung der vom Europäischen Rat vorgegebenen Leitlinien vor; b) Anfang Juni erarbeitet die Europäische Kommission anhand der NRP und der SKP die an die einzelnen Mitgliedstaaten gerichteten Empfehlungen zur Wirtschafts- und Haushaltspolitik; c) in der zweiten Jahreshälfte bestätigen die Mitgliedstaaten ihre jeweiligen Haushaltsgesetze auf der Grundlage der vorgenommenen Empfehlungen. In ihrem Jahresbericht gibt die Kommission die von den Mitgliedstaaten bei der Umsetzung der Empfehlungen erzielten Fortschritte bekannt.

2011 hielt die italienische Regierung die von der EU vorgegebenen Fristen exakt ein und entwickelte ein NRP, um die Ziele von Europa 2020 und des Stabilitätsprogramms zu erreichen. Beide Dokumente sind Bestandteil der Akte über die Wirtschaft und Finanzen (Documento di Economia e Finanza, DEF), dem neuen Instrument für die Wirtschafts- und Finanzplanung (Gesetz Nr. 39/2011), das vom Abgeordnetenhaus kraft Beschluss Nr. 6-00080 vom 28. April bestätigt wurde.¹ Auch seitens der Kommission wurden die Fristen eingehalten und am 7. Juni die Empfehlungen für alle einzelnen 27 Mitgliedstaaten definiert, in denen die durch das NRP und SKP vorgegebenen Ziele bewertet wurden. Diese Empfehlungen wurden am 12. Juli vom ECOFIN konkretisiert und am 21. Juli 2011 im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht. Die „Europäischen Vorschriften“ wurden auf Italien angewandt. In den Empfehlungen sind alle wesentlichen Forderungen aufge-

führt, einschließlich der, die zunächst im Brief von Trichet und Draghi vom 5. August und dann im Brief der italienischen Regierung vom 26. Oktober enthalten sind. Dazu gehören die Haushaltskonsolidierung, die Änderung der Arbeitsgesetzgebung zwecks Abschaffung der in Paragraf 18 vorgesehenen Schutzmechanismen gegen Entlassungen und massiver Einführung von „Flexicurity“, die Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen und Berufe, die Abschaffung von Kontrollen und Verwaltungskosten zur Entlastung der Unternehmen und schließlich eine Änderung der Verfassung dahingehend, dass sie „die Durchsetzung von Haushaltsdisziplin gewährleistet“ (Punkt 16 der sogenannten Paragrafen der Empfehlungen).

Im Verfahrensrahmen des Europäischen Semesters sind deshalb operative Alternativen und Rechtsakte vorgegeben, die den Modus operandi der *europäischen wirtschaftspolitischen Steuerung* bilden. Letztere wurde gleichzeitig durch den Europäischen Rat vom 24.–25. März 2011 sowie durch den Euro-Plus-Pakt² bestätigt, den die italienische Regierung selbst als „Element verfassungsrechtlicher Innovation“ anerkannte: „Die Auswirkungen des Paktes sind und werden nicht auf den wirtschaftlichen Bereich beschränkt bleiben ..., sondern auf die politische Sphäre ausgedehnt werden. Sie werden dazu führen, dass die Macht der Nationalstaaten systematisch immer mehr an eine gemeinsame neue und zunehmend politische europäische Einrichtung übertragen wird.“³

Um die Wirtschafts- und Finanzkrise zu bewältigen, hat die EU damit begonnen, immer mehr Macht in den Händen des Europäischen Rates, der EZB und der beiden neuen institutionellen Instanzen, des Euro-Gipfels und seines Präsidenten, Herman Van Rompuy, zusammenzuführen, der gegenwärtig auch Präsident des Europäischen Rates ist. Dies sind die „Richter der letzten Instanz“, die Maßnahmen zur Budgetbegrenzung und zur Wirtschaftspolitik diktieren und auch deren Ausführung kontrollieren.

Nach dieser Darlegung der institutionellen Entwicklung der europäischen Regierungsführung möchte ich zunächst auf den Brief von Trichet und Draghi eingehen, mit dem der italienischen Regierung die Umsetzung der gegenüber der EU übernommenen Verpflichtungen auferlegt wurde, d. h., es geht um die Voraussetzungen, die erfüllt werden müssen, damit die EZB auf dem Sekundärmarkt der Staatsanleihen mit dem Ziel eingreift, die Ausweitung der deutschen Staatsanleihen zu begrenzen und die im „Six-Pack“ festgelegten Sanktionen zu vermeiden. Das am 4. Oktober 2011 angenommene Six-Pack sieht vor, dass für ein Land, das die Regel der Begrenzung des Haushaltsdefizits auf drei Prozent nicht einhält, als Sanktion eine Einlage von 0,2 Prozent des BIP festgelegt werden kann, verbunden mit der Forderung, die Verschuldung auf unter 60 Prozent des BIP zu senken, indem sie im Dreijahresdurchschnitt jährlich um ein Zwanzigstel verringert wird.⁴

Unter Berufung auf die Schlussfolgerungen des Rates der Europäischen Union vom 21. Juli 2011, die die italienische Regierung mit ihrer „hoheitlichen Unterschrift“ als Verpflichtung übernahm, forderten Trichet und Draghi als Priorität die Schaffung „solider Voraussetzungen für ausgeglichene Haushalte“, begleitet von „strukturellen Reformen“. Dies sind alles Maßnahmen, die auch in den Empfehlungen bereits enthalten waren. In der Tat gibt es eine zwanghafte Wiederholung der notwendigen Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der öffentlichen Dienstleistungen, auch über den Weg der Privatisierung und der Umgestaltung ihrer regulatorischen und finanzpolitischen Systeme sowie eine weitere Reformierung der nationalen Tarifverhandlungen, „die Vereinbarungen auf Ebene der Unternehmen erlauben, mit denen die Gehälter und Arbeitsbedingungen auf die spezifischen Anforderungen der Unternehmen ausgerichtet werden, wobei diesen Vereinbarungen ein höherer Stellenwert als den übrigen Verhandlungsebenen eingeräumt werden soll“.⁵ Obwohl die am 28. Juni 2011 zwischen dem Unternehmerverband Confindustria und den Gewerkschaften getroffene Übereinkunft in diese Richtung geht, wird sie als ungeeignet betrachtet, weil es an „einer sorgfältigen Überprüfung der Vorschriften für die Einstellung und Entlassung von Mitarbeitern“ mangle. Dies wird zumindest teilweise kraft Artikel 8 der Rechtsvorschrift 138 erfolgen, die im August direkt nach dem Brief der beiden Zentralbanker angenommen wurde. Das Maßnahmenpaket von Juli 2011 gilt als zu zurückhaltend und es besteht die Forderung, den Haushalt 2013 in *die Nähe des Ausgleichs* zu bringen. Mit der Rechtsvorschrift 138 wird dies ordnungsgemäß verankert werden. Ein weiteres obligatorisches Handlungsfeld sind die Renten, insbesondere hinsichtlich der an die Dauer des Berufslebens geknüpften Renten (in Italien gibt es eine andere bescheidene Rente, die lediglich an das Alter gebunden ist) sowie des Renteneintrittsalters der Frauen.

Schließlich wird wie bei anderen Ländern die Dringlichkeit von Verfassungsänderungen angemahnt, um die Haushaltsbegrenzungen auf einer höheren Ebene als einem durch das Parlament verabschiedeten Gesetz (*legge ordinaria*) zu verankern. Die regierenden Klassen Italiens sind aufgerufen, das Regierungsprogramm von Draghi und Trichet umzusetzen, seien sie Mitte-Rechts oder Mitte-Links. Angesichts der geringen Glaubwürdigkeit der Berlusconi-Regierung äußerte sich Sarkozy auf seiner Pressekonferenz am 23. Oktober 2011 spezifisch dazu, „der Gesamtheit der italienischen Institutionen“ zu vertrauen, wobei er sich klar und deutlich auf die Präsidentschaft der Republik und der Banca d'Italia bezog. Es ist kein Zufall, dass das Amt des Präsidenten Giorgio Napolitano von einem Organ zur Wahrung der Demokratie zu einem Garanten der staatlichen Verschuldung umgewandelt wurde und sich durch politischen Interventionismus auszeichnet, der darauf abzielt, die „unumgänglichen Strukturreformen“ für das Wachstum zu sichern. Wie

das Nachrichtenmagazin *Il Sole 24 Ore* am 27. Oktober berichtete, äußerte Präsident Napolitano Zufriedenheit über die „bedeutenden Innovationen“ und den Beitrag der EZB zur Bewältigung der Krise der Staatsschulden. Er bestätigte die zentrale Rolle des Euro beim Aufbau Europas und erklärte seine Unterstützung für die genaue Umsetzung der Anforderungen, die die EU an Italien stellt. Es gibt zwei weitere wichtige Passagen seiner Rede in Brügge, die sich nicht so sehr auf die aktuelle Krise, sondern vielmehr auf die Zukunft beziehen: „Keine italienische politische Kraft kann mehr weiterhin regieren oder als Kandidat auftreten, ohne zu zeigen, dass ihr die Entscheidungen bewusst sind, die jetzt – selbst wenn sie unbeliebt sind – im nationalen Interesse und im europäischen Interesse getroffen werden müssen“. Deshalb seien die EU-Maßnahmen ohne zu zögern zu akzeptieren und umzusetzen. Eine solche Handlungsweise sei auch deshalb notwendig – und dies ist die zweite Überlegung –, weil „sich Übertragungen von Regierungskompetenz an die europäische Ebene“ vollziehen. Präsident Napolitano hat sehr richtig erkannt, dass durch den Euro-Plus-Pakt „die strikte Trennwand verdrängt wird, die der gültige Vertrag ratifizieren sollte, um die Gerichtsbarkeit der nationalen Staaten gegen eine fortschreitende Erweiterung der Zuständigkeit der Union zu schützen“.

Die Mehrheit und die Opposition müssen sich in Italien ebenso wie in den anderen Mitgliedsländern auf den von der EU vorgegebenen strikten Pfaden bewegen, denn die Hoheit der Nationalstaaten wird an die EU übertragen. Deshalb stehen wir einer *Regierung der EU* gegenüber, die oft *Regierungsführung bzw. Governance* genannt wird, weil sie sich auf die Lenkung der Wirtschaft und Finanzen konzentriert, und die über ein Netzwerk von Organen auf unterschiedlichen Ebenen funktioniert.

Der zweite zu betrachtende Brief ist der bereits erwähnte der italienischen Regierung anlässlich des Europäischen Rates und des Euro-Gipfels vom 26. Oktober 2011, wobei darauf hinzuweisen ist, dass der Euro-Gipfel eine besonders herausragende institutionelle Bedeutung erlangt hat.

Der Inhalt des „italienischen“ Briefes, dessen vollständiger Text auf der Webseite von *Il Sole 24 Ore* verfügbar ist, ist lediglich eine detailliertere Erläuterung der von Trichet und Draghi aufgeführten Punkte. Es reicht, die Agenda querzulesen, um dies zu erkennen. Italien ist insbesondere verpflichtet, bis 2012 „eine Reform der Arbeitsgesetzgebung zu verabschieden, mit der die Einstellung von Arbeitskräften gefördert wird, und die Belange der Unternehmenseffizienz auch durch eine Neuregulierung von Entlassungen von unbefristet (also nicht befristet) Vollzeitbeschäftigten aus wirtschaftlichen Gründen stärker zu berücksichtigen sind“. Dann wird einfach wieder die mittlerweile bekannte Liste struktureller Reformen hinsichtlich von Zusatzverträgen (lokale Verträge, die die nationalen Arbeitsverträge ergänzen)

wiederholt, wie beispielsweise die Einführung von Wettbewerb im Bereich der öffentlichen Dienstleistungen, insbesondere auf lokaler Ebene, die Liberalisierung der Berufe, die Unterstützung von Unternehmertum und Innovation, die Modernisierung der öffentlichen Verwaltung durch Vereinfachung der Verwaltungsschritte, die Rationalisierung der Justizverwaltung, die Reform des staatlichen Verfassungsaufbaus mit Kürzung der Anzahl der Abgeordneten und Abschaffung der Provinzen, die föderale Staatsreform, größere Effizienz in den Entscheidungsmechanismen und Stärkung der Rolle der Exekutive und der Mehrheit, die Abänderung von Artikeln der Verfassung hinsichtlich der Freiheit wirtschaftlicher Initiative, Schutz des Wettbewerbs und Verpflichtung zu Haushaltsbegrenzungen. Die Regierung möchte weiterhin den Rentenschutz kürzen, sich aus der Verantwortung für das kulturelle Erbe und die Infrastruktur zurückziehen, öffentliche Ausgaben zurückfahren und die Anzahl der öffentlich angestellten Arbeitnehmer reduzieren – alles Maßnahmen, die in Spanien, Portugal und Griechenland in ähnlicher Weise umgesetzt werden.

Institutionelle Vereinbarungen

Die wirtschaftlichen und finanziellen Entscheidungen der EU im Verlauf der Krise gingen Hand in Hand mit Änderungen der institutionellen Vereinbarungen. Von den Beschlüssen des Rates der Europäischen Union vom 23. Oktober 2011 sind für uns die Punkte 4 und 7 am bedeutendsten. Der erste Punkt enthält eine positive Bewertung der Effizienz der Instrumente der wirtschaftspolitischen Steuerung im Einklang mit dem Europäischen Semester, dessen Koordinationsverfahren auf europäischer Ebene mit dem Euro-Plus-Pakt und dem Six-Pack enger gefasst wurden. Unter Punkt 7 wird die Verantwortung der Europäischen Kommission zur Sicherung der Einhaltung der EU-Gesetzgebung durch alle 27 Mitgliedsstaaten betont, insbesondere im Hinblick auf den Binnenmarkt, der als wahres Leitbild des europäischen Aufbaus gilt. Bezug genommen wird ebenfalls auf den Präsidenten des Euro-Gipfels, der „von den Staats- und Regierungschefs der Eurozone zum gleichen Zeitpunkt ernannt wird, zu dem der Europäische Rat seinen Vorsitzenden über den gleichen Zeitraum ernennt. Im Vorfeld der nächsten Wahlen wird der amtierende Vorsitzende des Europäischen Rates den Vorsitz bei den Sitzungen des Euro-Gipfels führen“. Die neue institutionelle Person unterliegt den Vorschriften in Anhang 1 der Schlussfolgerungen des – und dies sei hervorgehoben – Euro-Gipfels, der gleich nach dem Europäischen Rat stattfindet.

Auf dem Euro-Gipfel am 26. Oktober 2011 wird neben dem Lob für die im Brief der Berlusconi-Regierung übernommenen Verpflichtungen in sehr

klaren Worten darauf bestanden, dass Italien seine öffentliche Verschuldung bis 2014 um sieben Prozent verringern muss – was einer Summe von ca. 100 Mrd. Euro gleichkäme –, in seine Verfassung eine Vorschrift zur Budgetbegrenzung aufnehmen und Maßnahmen zur Liberalisierung des Kündigungsrechts ergreifen soll. Die Kommission erhält den Auftrag, die genaue Erfüllung des Programms zu kontrollieren, das die italienische Regierung unabhängig von ihrer politischen Couleur zu respektieren aufgefordert ist, wie es Präsident Napolitano erneut kurz und knapp in einer amtlichen Mitteilung vom 1. November wiederholte, wo es heißt, er halte „die im Rahmen des Verpflichtungsschreibens der Regierung an die europäischen Behörden getroffenen Beschlüsse nun für unverrückbar“.

Die anderen Beschlüsse des Euro-Gipfels vom 26. Oktober waren die Aufstockung der Mittel des EFSF (Europäische Finanzstabilisierungsfazilität) mit dem Ziel, privaten Investoren eine Risikoabsicherung zu geben und eine Tochtergesellschaft einzurichten, um „die verfügbaren Mittel zur Kreditvergabe, zur Rekapitalisierung der Banken und zum Kauf von Schuldverschreibungen auf den Primär- und Sekundärmärkten zu erhöhen“. Die Interventionen zur Rekapitalisierung der Banken sind in Anlage 2 dargelegt. Anlage 1 enthält zwei institutionelle Innovationen. Die erste besteht in der Umwandlung der Eurogruppe, die gemeinsam mit der Kommission und der EZB zur „zentralen Instanz für die tagtägliche Verwaltung der Eurozone“ wird, sowie in der Verbesserung ihrer Funktionsstrukturen, damit sie „eine entscheidende Rolle bei der Umsetzung des Europäischen Semesters“ spielen kann.

Um die Überlegungen des Euro-Gipfels in die Tat umzusetzen – und dies ist die zweite bereits erwähnte Innovation – wurde für ihn ein ständiger Vorsitz eingerichtet. An selbigem 26. Oktober 2011 wurde Van Rompuy für diesen Posten ernannt, um ihn damit unverzüglich rechtskräftig einzusetzen. In Anlage 1 sind zehn Maßnahmen definiert, um unter anderem die regelmäßigen Sitzungen des Euro-Gipfels unter Beteiligung der Staats- und Regierungschefs der Eurozone und des Präsidenten der Kommission festzulegen. Die Euro-Gipfel „werden die strategischen Leitlinien zur Durchführung der Wirtschaftspolitik, zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit und für eine stärkere Konvergenz in der Eurozone vorgeben“. Die Eurogruppe, deren Vorsitz im Moment Jean-Claude Juncker führt, muss „eine immer engere Koordination der Wirtschaftspolitik und die Förderung der Finanzstabilität sicherstellen“. Punkt 6 legt fest, dass der „Präsident des Euro-Gipfels, der Präsident der Kommission und der Vorsitzende der Eurogruppe regelmäßig, mindestens jedoch einmal im Monat zusammenkommen. Der Präsident der EZB kann zu einem Treffen hinzugezogen werden. Die Leiter der Aufsichtsbehörden und der Chef des EFSF sowie der Geschäftsführer des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) können aus bestimmten Anlässen ebenfalls eingeladen werden“.⁶

Ohne Veränderung der Verträge, ohne Diskussion in den nationalen Parlamenten, ohne öffentliche Debatte wurden bereits bestehende Organe umgewandelt und neue mit Zuständigkeitsbereichen geschaffen, die in den Verträgen nicht vorgesehen sind. Schritt für Schritt werden gemäß dem alten funktionalistischen Modell die Befugnisse der europäischen Regierung immer mehr erweitert. Dies erfolgte mit einer Verflechtung von Einrichtungen und deren Zuständigkeiten durch den Europäischen Rat, die Kommission, den Rat in seinen verschiedenen Zusammensetzungen, die Eurogruppe und den Präsidenten des Euro-Gipfels in enger Zusammenarbeit mit der EZB und der EFSF (und ab 2013 mit dem ESM). Alle diese Entscheidungen wurden von Regierungen und technischen Führungskräften getroffen, um auf die Märkte zu reagieren, deren Konsens den Konsens der Bürger ersetzt. Die Bestätigung der politischen Vormachtstellung der Märkte zeigte sich in deren wütender Reaktion auf den Vorschlag der griechischen Regierung, ein Referendum über den Rettungsplan abzuhalten, der auf dem Euro-Gipfel vom 26. Oktober 2011 vorgelegt worden war. Angesichts der Aussicht einer Abstimmung der Bürger brachten die Finanzzentren die europäischen Börsen am 1. November zum Erliegen und ließen den Zinssatz für Staatsanleihen noch weiter nach oben steigen. Die Märkte entscheiden, nicht die Bürger – so lautete die Botschaft vom 1. November 2011.

In zwölf Monaten, kaum zwei Jahre nach Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon, wandelte die EU als Reaktion auf die Wirtschafts- und Finanzkrise ihre Institutionen und Entscheidungsverfahren um. Diese Methode wird jenen Menschen nicht gefallen, die der Ansicht sind, dass die Funktionsweise der Institutionen *geometrischer* ausgerichtet sein muss und nicht wie jetzt unter Zeitzwang erfolgen sollte. Diese Abläufe in der EU bestätigen die Erkenntnisse derjenigen, die behaupten, dass die Entwicklung der Institutionen immer *pfadabhängig* ist, also von den Bedürfnissen bestimmt werden, die sie historisch aufgerufen sind zu erfüllen. Die regierenden Eliten der EU sind sich dessen voll bewusst und handeln durchaus pragmatisch, auch wenn sie gleichzeitig die Ziele des Aufbaus von Europa nicht aus den Augen verlieren. Der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble äußerte dazu in einem Interview: „Alle wissen, dass wir Europa weiterbauen müssen. Es muss Schritt für Schritt vorangehen. Nicht nur heute, sondern auch morgen und übermorgen“.⁷ Schäuble fasst mit wenigen klaren Sätzen ganze Büchersammlungen zusammen, in denen die funktionalistische Methode des Aufbaus Europas unter Hinzuziehung der Thesen des Gründungsvaters Jean Monnet und der inspirierenden Worte der Schuman-Erklärung vom 9. Mai 1950 erläutert wird, in der es heißt: „Europa lässt sich nicht mit einem Schläge herstellen und auch nicht durch eine einfache Zusammenfassung. Es wird durch konkrete Tatsachen entstehen, die zunächst eine Solidarität der Tat schaffen“.⁸

Die erste Gemeinschaft, die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS, „Montanunion“), stellte den Kontext klar, in dem „konkrete Tatsachen“ geschaffen werden sollten. Dies war der wirtschaftliche Kontext, insbesondere der Kohle- und Stahlbereich. Mit der EWG wurde der gemeinsame Markt ins Zentrum gerückt. Mit dem Vertrag von Maastricht definierte die EU die Ziele des Binnenmarktes, der keine Grenzen mehr hat und dem freien Verkehr von Waren, Personen, Kapital und Dienstleistungen dient („die vier Freiheiten“). Mit dem Euro, der einheitlichen Währung in 17 von 27 Staaten der EU, gelangen wir zur schwierigsten Herausforderung, denn der Euro wird nicht von einem hoheitlichen Staat oder einer Staatenföderation bzw. einem Staatenbund gelenkt. Angesichts der EZB, die die Währungshoheit besitzt und laut Rainer Weinert die „Hüterin der Geldwertstabilität“ ist⁹, gibt es für die europäische Haushaltspolitik keinen „einzelnen Entscheidungsträger“ mehr.

Dem von George Soros und anderen unterbreiteten Vorschlag, ein Europäisches Finanzministerium zu schaffen, um diesen Mangel auszugleichen, der in dieser historischen Phase das Problem der EU ist, wurde nicht gefolgt.¹⁰ Die tatsächliche Lösung ist pragmatischer und greift die Ideen des Werner-Plans von 1970 auf, der ein einheitliches Gemeinschaftszentrum für Entscheidungen über die Haushaltspolitik vorwegnahm, das heute durch die Eurogruppe, die Kommission, den ECOFIN-Rat und den Europäischen Rat geschaffen worden ist. Der Werner-Plan sah, so wie er von A. Santagostino vorgestellt wurde, tatsächlich eine „gemeinschaftliche Kontrolle vor, bevor die Regierungen ihre Haushalte bestätigen, um die für die nationale Haushaltspolitik erforderlichen Verpflichtungen zwecks Förderung der Währungsstabilität durchzusetzen“. Das ist das, was durch den Euro-Plus-Pakt schließlich vollzogen wurde.¹¹

Grundlegende Bestimmungen der Verträge

Es sind viele Bände geschrieben worden, um die herausragenden Merkmale des europäischen Aufbaus zu beschreiben, und es wurden grundverschiedene „Theorien“ dazu entwickelt. Es hätte ausgereicht, etwas genauer über die Schriften von Jean Monnet oder die grundlegenden Bestimmungen der Verträge, so, wie sie vom Gerichtshof interpretiert wurden, nachzudenken. Man hätte auch auf die alten, aber sehr präzisen Essays von David Mitrany zurückgreifen können, um klar zu sehen, dass die europäische Struktur mittels der sukzessiven Akkumulation von Zuständigkeiten das vorrangige Ziel verfolgte und verfolgt, einen einheitlichen, überstaatlichen Markt aufzubauen, in dem die Institutionen, die sozialen Beziehungen, die Umwelt- und Infrastrukturbedingungen, die „vier Freiheiten“, die Bildungs- und „Sozial-“politik alle auf

ein Wirtschaftssystem ausgerichtet sind, das auf dem globalen Markt in hohem Maße wettbewerbsfähig sein soll.

Dieses Projekt der wirtschaftlichen Union, eines einheitlichen überstaatlichen Marktes, erfordert institutionelle Formen, die sich von jenen unterscheiden, die der repräsentativen Demokratie eigen sind. Mitrany war der erste, der eine „wählende Demokratie“ einer „funktionierenden Demokratie“ gegenüberstellte und die These entwickelte, dass Autorität in der gegenwärtigen Epoche durch die von ihr erreichten Ergebnisse legitimiert wird, das heißt, sie ist insofern eine *Leistungsdemokratie*, als sie von Effizienz abhängig ist, wobei an erster Stelle die Effizienz des Marktes steht, wo der Verbraucher tagtäglich mit den Füßen „abstimmt“ und den Verkäufer auswählt, der seine Bedürfnisse zum niedrigsten Preis erfüllt.¹²

Mitrany ging zudem davon aus, dass die gemeinschaftlichen Institutionen „Bereich für Bereich“ einer spontanen Evolution unterliegen, bei der die einzelnen Funktionen allmählich andere Funktionen hervorbringen würden. Dies ist das *große Konzept*, wonach wirtschaftliche Integration zu politischer Integration führen werde. Es ist dieselbe Idee, die Monnet mit der Entwicklung seines EGKS-Plans verfolgte, nämlich dass dieser über die sukzessive Integration der verschiedenen Wirtschaftsbereiche zu einer europäischen politischen Föderation führen würde. Das Ergebnis war nicht die Schaffung einer europäischen Gesellschaft, die über eine demokratische Verfassung verfügte, sondern eine Marktgesellschaft mit einer *wirtschaftlichen Verfassung*, die die Grundsätze der Verfassungstexte des 19. Jahrhunderts umstürzte.

Mit dem Aufbau der Gemeinschaft und nun der Europäischen Union wurde die Rolle des Marktes, der Unternehmen und der Finanzen in den Mittelpunkt gestellt, die nun die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und institutionellen Beziehungen „bestimmen“. Die Herrschaft der Wirtschaft über die Gesellschaft, der für die kapitalistische Kultur so charakteristische *Ökonomismus*, erhält seine spezifischen Instrumente mit den Artikeln 101–109 des AEUV (Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union). Dies sind die wortwörtlich wiedergegebenen alten Artikel 81–89 des EGV (Vertrag von Rom), die nun passend als die *Klausel zum wirtschaftlichen ordnungsgemäßen Verfahren* definiert werden. Auch im Vertrag von Maastricht ist sie in den Protokollen 12 und 13 des Vertrags von Lissabon enthalten, mit denen Preisstabilität, die Begrenzung der öffentlichen Ausgaben und die Konvergenzpolitik festgelegt sind.

Deshalb konnte Fabio Merusi vor Jahren stolz über die Europäische Gemeinschaft behaupten, sie werde Artikel 41 der Verfassung den *Todesstoß* versetzen: „Die italienische Regierung hatte durch die (mehrheitliche) Unterstützung und Billigung (Durchführungsgesetze) des Vertrags von Rom über die Einrichtung einer Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft in das

„Regierungssystem“ eine Zeitbombe eingebaut, die, sobald sie explodiert, das System radikal zerstören und danach gezwungenermaßen in diametral entgegengesetzter Richtung wieder neu entstehen lassen würde. Der gemeinsame Markt beruhte auf Marktinstitutionen und auf Wettbewerb, und die fortschreitende Transformation der Gemeinschaft in eine Föderation von Staaten sollte auch im föderalen italienischen Staat Markt und Wettbewerb an die Stelle von Intervention in der Wirtschaft setzen“.¹³ Merusi verstand sehr wohl, dass sich die „Konstitutionalisierung“ des Wettbewerbsmarktes Dank der EU vollziehen würde, und nun stehen wir an der Schwelle ihrer formellen Verwirklichung, wenn die Artikel 41 und 81 der italienischen Verfassung gemäß den zurzeit im Parlament diskutierten Gesetzesentwürfen der Regierung angenommen werden.¹⁴

Wie bereits angedeutet, wurde eine Reihe von Theorien über die europäische Integration aufgestellt, von Casseses *Imperium mixtum* über Pernices *Mehrebenensystem* bis hin zu Majones *Regulierungsstaat* oder der *postnationalen Demokratie* von Scharpf. Es wäre jedoch ausreichend gewesen, ohne ideologische Scheuklappen die „Worte und Taten“ der europäischen Institutionen anzuschauen, um zu zwei Schlussfolgerungen zu gelangen. Die erste, die bereits von Walter Hallstein präzise zusammengefasst wurde, ist, dass die Gemeinschaft „die Schöpfung des Rechts, die Rechtsquelle und die Rechtsordnung ist“.¹⁵ Genau dies wurde schnell vom Gerichtshof sanktioniert, indem er bestätigte, dass die europäischen Institutionen eine „Rechtsgemeinschaft“ sind. Die zweite Schlussfolgerung, die ebenfalls durch die Urteile des Gerichts sanktioniert wurde, ist, dass mit den Verträgen eine Übertragung hoheitlicher Kompetenzen von einem Zuständigkeitsbereich nach dem anderen seitens der Mitgliedstaaten erfolgt.

Es gibt in der Tat ein ursprüngliches Merkmal des Aufbaus Europas, und zwar, dass die EU über die Nationalstaaten hinaus *eine Rechtsordnung des Marktes* ist.

Bis jetzt waren der kapitalistische Markt und der Nationalstaat miteinander verwobene Organismen, wobei der eine für den anderen und durch die Vermittlung des anderen entstanden ist. In der Zeit des globalen Marktes – dies ist das Neue – gibt es eine Festigung der *großen überstaatlichen Wirtschaftsräume*, die mit weichen und harten Rechtsinstrumenten gesteuert und nicht mehr länger von Nationalstaaten entwickelt und kontrolliert werden, wie zu Zeiten des „liberalen“ britischen Empires oder des brutalen Nazireiches mit seiner *Großraumpolitik*, oder jüngst der imperialen Hegemonie der USA. Es sind überstaatliche Organismen, die diese Räume aufbauen und lenken. Die EU ist die fortgeschrittenste Erfahrung bei der Organisation eines großen Wirtschaftsraums, und die europäischen Länder handeln gemäß diesem Ziel eines einheitlichen kontinentalen Marktes.

Der Staat ist nicht mehr die notwendige Voraussetzung für den Aufbau, die Existenz und die Entwicklung des kapitalistischen Marktes. Der Markt bleibt über den Staat hinaus bestehen und wieder ist es nicht das spontane Ergebnis wirtschaftlicher Kräfte, sondern der bewusste Aufbau, an dem die Staaten, die Finanz- und Unternehmenseliten sowie die technischen Führungsschichten beteiligt sind. Die politische Verwaltung der großen wirtschaftlichen Räume wird überstaatlichen Entscheidungszentren anvertraut, die ohne demokratische Legitimierung und ohne demokratischen Konsens, nicht einmal durch Wahlen, entstehen. Gianni Ferrara hatte vollkommen Recht, als er diesen Prozess vor einigen Jahren als eine „Befreiung von der Demokratie“ bezeichnete. Deshalb ist auch Fausto Bertinottis Feststellung genauso zutreffend, wenn er von der „Undurchdringlichkeit“ der EU-Institutionen durch demokratische Instanzen spricht.¹⁶ Es ist nicht eine Frage des demokratischen Defizits, wie es über Jahrzehnte diskutiert worden ist. In der EU erleben wir eine Übertragung hoheitlicher Kompetenzen an Organe, die sich aus Staats- und Regierungschefs, Technokraten und Wirtschafts- und Finanzeinrichtungen zusammensetzen und operative Strategien und Leitlinien verfolgen, die einzig und allein auf den Aufbau und die Funktion des Marktes ausgerichtet sind. Brüssel und Frankfurt sind die Machtzentren geworden. Es ist ein Kreis von Institutionen im Dienste der Märkte, von dem die Demokratie ausgeschlossen wurde.¹⁷

Wenn man heuristische Modelle sucht, um die Entwicklung der EU darzustellen, kann man auf das Instrument der Kategorien des *Ordoliberalismus* zurückgreifen. Es wäre ein Fehler zu glauben, die (Neo)Liberalen würden für einen minimalistischen Staat eintreten, der lediglich als „Nachtwächter“ fungiert, um Sicherheit und öffentliche Ordnung zu wahren, so als könnte die Marktgesellschaft unter den Bedingungen von Anarchie ohne umfassendere Institutionen, ausgeprägte Rechtssysteme bzw. Rechtsvorschriften und Regulierungsbehörden (die jetzt als „unabhängige Instanzen“ bezeichnet werden) existieren. Die (Neo)Liberalen – von Eucken über Müller-Armack bis zu Röpke und Erhard, wobei ich sogar Hayek mit einschließen würde, – haben immer die zentrale Bedeutung der Rechtsordnung für den Markt bekräftigt und betont, dass Letztere sogar über den Nationalstaat, der lediglich eine ihrer möglichen Manifestationen sei, hinaus bestehen und sich entwickeln könnte. Auch in den Schriften von Robbins und Einaudi gibt es Analysen der Verbindungen zwischen Markt und politischem Föderalismus auf überstaatlicher Ebene, wobei sie erklären, dass der Markt nicht innerhalb der Grenzen des Nationalstaates geschützt und abgeschottet sein muss, um zu funktionieren.¹⁸ Notwendig seien Institutionen, die die Verbindlichkeit von Verträgen und die Sicherheit von Privateigentum durch die Garantie absichern, dass die Marktgesellschaft – einschließlich des freien Wettbewerbs bis hin zur Erneuerung und Mobilität der Arbeitskräfte – vollständig funktioniert.

Wir machen die historische Erfahrung eines *imperium æconomicum*. Die europäische Integration vollzieht sich über eine „permanente Revolution des Marktes“, die staatliche Hoheit neu definiert und anders ansiedelt. Auf die Frage, wer heute in der EU die Hoheit ausübt, antwortete Sonja Puntscher Riekmann vor zehn Jahren: die Kommission, die mit Unterstützung des Gerichtshofes die Rolle des *Statthalters*, eines Prokonsuls für die Staaten übernommen hat.¹⁹ Heute könnte man in stärkerer Annäherung an die Realität sagen, dass die Märkte die höchste Macht ausüben und die EU in ihrem Namen regiert.

Der Begriff des „*embedded liberalism*“ (im Sinne einer sozial eingebetteten liberalen Wirtschaftsordnung) wurde geprägt, um die gegenseitige Durchdringung der Institutionen und Märkte zum Ausdruck zu bringen. Ich habe den von Puntscher Riekmann einbeführten Begriff des *imperium æconomicum* verwendet. Der Parallelismus zwischen der heutigen Europäischen Kommission und den *Kommissaren* des Ancien Régime, die in die Provinzen mit der Befugnis entsendet wurden, die lokalen Privilegien und Fürstentümer zwecks Zentralisierung der Macht des nationalen monarchistischen Staates zu zerstören, mag aufgesetzt erscheinen. Es lässt sich jedoch nicht die Theorie abstreiten, dass heute bei dem Projekt des Weltmarktes, von dem sich die kapitalistischen Kräfte und ihre herrschenden Eliten leiten lassen, die *politische Vorherrschaft* der kapitalistischen Wirtschaft zum Ausdruck kommt. Aus diesem Grund erscheinen die Fragen nach Hoheit und Demokratie ungeeignet und anachronistisch, da sie durch wirtschaftliche Effizienz und Entscheidungswirksamkeit ersetzt wurden, die die *Leistungsdemokratie* kennzeichnen.

Puntscher Riekmann ging davon aus, dass die Entscheidungszentren, die mit wirtschaftlichen Interessengruppen und den Verwaltungseinrichtungen verbunden sind, „die hoheitliche Macht“ ersetzen: Macht *in actu* und nicht *in situ*. Einen Ausdruck von Foucault aufgreifend fragt man sich: Gibt es eine Macht ohne Zentrum, die sich lediglich in Handlungen manifestiert? Die Antwort liegt vor uns in Form dieses *Imperiums des Wohlstands*, wo das Gesetz die Minimierung von Kosten und die Maximierung von Profit sind, wo das gesellschaftliche Wesen eines jeglichen materiellen oder immateriellen Gutes anhand seines Geldwertes gemessen wird, wo jedes Individuum ein Akteur des Marktes ist. Der Weltmarkt ist zur *res publica* geworden.²⁰

Die EU nimmt zunehmend die Züge eines *imperium æconomicum*, einer Marktgesellschaft ohne Demokratie an, in der sogar die Bevölkerungsanzahl aufgrund ihres Einflusses bei den Wahlen zu einer mit Geld bemessenen Größe wird, denn wer mehr hat, ist mehr wert.

Anmerkungen

- 1) Camera dei deputati, www.camera.it, *Temi* unter dem Punkt *governance*.
- 2) Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 24.–25. März 2011, Punkt 11 und Anlage 1 „Stärkere Koordinierung der Wirtschaftspolitik im Hinblick auf Wettbewerbsfähigkeit und Konvergenz“.
- 3) DEF, Camera dei deputati, doc. LVII, n. 4, S. 5.
- 4) Rat der Europäischen Union, 4. Oktober 2011, n. 14998/11, www.consilium.europa.eu.
- 5) *Corriere della Sera*, 29. September 2011, S. 3.
- 6) www.european-council.europa.eu.
- 7) *Die Zeit*, Nr. 40/ 2011, S. 5.
- 8) Zitiert nach: Andreas Wilkens (Hrsg.): *Le plan Schuman dans l'histoire*, Brüssel 2004, S. 45–47.
- 9) Maurizio Bach (Hrsg.): *Die Europäisierung nationaler Gesellschaften*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 40/2000*, S. 69.
- 10) *Il Sole 24 Ore*, 18. September 2011, S. 19.
- 11) Zitiert nach: Daniela Felisini (Hrsg.): *Culture economiche e scelte politiche nella costruzione europea*, Bari 2010, S. 112–118.
- 12) David Mitrany: *A Working Peace System*, London 1943, S. 6 und 9.
- 13) Fabio Merusi: *Democrazia e autorità indipendenti*, Bologna 2000, S. 13–14.
- 14) Reform von Artikel 41, siehe XVI Legislatura, Disegno di legge, Atto Camera n. 4144-A sowie Relazione della 1a Commissione; Artikel 81, siehe XVI Legislatura, Disegno di legge, Atto Camera n. 4620.
- 15) Walter Hallstein: *Die Europäische Gemeinschaft*, Düsseldorf 1973, S. 33.
- 16) Gianni Ferrara, in: *Ripensare lo Stato*, Mailand, 2003, S. 683; Fausto Bertinotti, in: *Alternative per il socialismo*, Nr. 18, S. 16.
- 17) Siehe: Paul Craig: *The Lisbon Treaty*, Oxford 2010, S. 287–291.
- 18) Lionel Robbins: *Economic Planning and International Order*, London 1937; Luigi Einaudi: *I problemi economici della federazione europea*, Mailand 1945, Neudruck Mailand 2004.
- 19) *Die Europäisierung nationaler Gesellschaften*, a. a. O., S. 147.
- 20) Sonja Puntischer Riekmann: *Die kommissarische Neuordnung Europas*, Wien – New York 1998, S. 7–12 und 16.



Krisenmanagement in Permanenz

Wo steht das Projekt Europa?

Joachim Bischoff, Richard Detje

Die Konferenz der 27 EU- Staats- und Regierungschefs Ende Juni 2012 sollte fünf Jahre nach dem Ausbruch der Großen Krise, drei Jahre nach der Verdichtung des Krisenprozesses in der Europäischen Währungsunion und insgesamt 25 Gipfel-Treffen endlich einen „Durchbruch“ zur „Beruhigung“ der Finanzmärkte und wirtschaftlicher Erholung bringen. Immer wieder war das angekündigt worden – und jedes Mal wie eine Spekulationsblase geplatzt.

Doch nun lieferte kein geringerer als der Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz (SPD), bislang eher ein Kritiker des Gipfel-Managements, ein positives Testat.¹ Was das Parlament bereits vor Jahren gefordert hatte, werde nun, wenn auch erheblich verspätet, in Angriff genommen: ein Wachstumspakt als Ergänzung der Sparpolitik und eine Finanztransaktionssteuer, die mindestens zehn Länder bereit seien einzuführen.² Schulz sieht den Zusammenhalt Europas gestärkt. „In den nächsten sechs bis zwölf Monaten sollten wir gemeinsam alle kurzfristig machbaren Maßnahmen anpacken, die Wachstum stimulieren, Beschäftigung schaffen, die Kreditklemme beheben und Steuergerechtigkeit ermöglichen“. Dazu gehört – solange Eurobonds nicht durchsetzbar sind – eine Banklizenz für den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM), um den Zinsdruck auf Länder wie Italien und Spanien zu lindern. Demgegenüber seien Visionen wie eine Bankenunion, Fiskalunion und politische Union „sicherlich ein ehrenwertes Vorhaben“. „Doch Zukunftsentwürfe für übermorgen, so notwendig sie auch sein mögen, dürfen uns nicht den Blick verstellen für die drängenden Herausforderungen von

heute.“ Selbstredend seien die Rechte des Europäischen Parlaments bei der Krisenbewältigung zu wahren, entgegen der Praxis, immer mehr Entscheidungen „in parlamentsfreien Zonen“ zu treffen.

Das Testat des sozialdemokratischen Parlamentspräsidenten ist bemerkenswert. Erstens, weil die einzige, auf direktem Weg demokratisch legitimierte Körperschaft der EU – das Parlament – keinen Einfluss im gegenwärtigen Krisenmanagement hat. Zweitens, weil gegenwärtig mit dem Fiskalpakt Festlegungen erfolgen, die die künftige Politik binden und alternative „Zukunftsentwürfe“ massiv erschweren. Und drittens, weil die „kurzfristigen“ Maßnahmen der Austeritätspolitik die Krisenentwicklung verlängern, statt einen Ausweg zu eröffnen.³

Vertiefung der Krise

Es ist nicht begründet, die Gipfelbeschlüsse von Ende Juni 2012 als „Durchbruch“ einer seit Jahren verschleppten Krisenlösung zu interpretieren und in einer zeitweiligen Entspannung in der politischen Krisenagenda bereits den Beginn zur endgültigen Lösung zu sehen. Entspannungsphasen hatte es immer mal wieder gegeben. Als der Fiskalpakt im Dezember 2011 verabredet worden war, stellte sich bis zur erneuten Beratung im März 2012 kurzzeitig eine Beruhigung auf den Finanzmärkten und auf dem Terrain der europäischen Politik ein. Doch im Vorfeld des Juni-Gipfels war die ökonomisch-finanzielle Konstellation angespannt wie nie zuvor. Die BIZ – die globale Institution aller nationalen Zentralbanken – konstatiert in ihrem Jahresbericht: „Fünf Jahre sind seit dem Ausbruch der Finanzkrise vergangen, und noch immer hat die Weltwirtschaft ihr Gleichgewicht nicht wiedergefunden. Ganz im Gegenteil: Die Ungleichgewichte scheinen größer zu werden, da die miteinander verknüpften Schwachstellen sich weiter gegenseitig verstärken. Die Ziele eines ausgeglichenen Wachstums, einer ausgewogenen Wirtschaftspolitik und eines stabilen Finanzsystems liegen nach wie vor in weiter Ferne. In den fortgeschrittenen Volkswirtschaften, die im Zentrum der Finanzkrise standen, bremsen hohe Schuldenstände weiterhin die Erholung. Geld- und Fiskalpolitik können immer noch nicht mit umfassenden Lösungen für die kurzfristigen Notwendigkeiten und die langfristigen Gefahren aufwarten. Und obwohl auf internationaler Ebene Fortschritte bei der Regulierung erzielt worden sind, bedroht der Zustand des Finanzsektors nach wie vor die volkswirtschaftliche Stabilität. Ab und an wecken ermutigende Zeichen neue Hoffnungen, die sich aber sogleich wieder zerschlagen, worauf das Vertrauen von Konsumenten und Investoren weiter sinkt.“⁴

War man bei der EU-Kommission noch im Frühjahr davon ausgegangen, dass die Wirtschaftskrise im Euro-Raum im kommenden Jahr mit einer leicht

positiven Wachstumsrate überwunden werden könnte, zeigen aktuelle Konjunkturprognosen ein gegenteiliges Bild. „Die drastischen Sparmaßnahmen und die kritische Situation vieler Banken verschärfen die Wirtschaftskrise. Im Prognosezeitraum [2012/13] wird die Rezession insbesondere in Griechenland, Portugal, Spanien und Italien drastisch ausfallen. Aber auch Länder wie Deutschland, die bislang stark von der Weltkonjunktur profitierten, werden nunmehr verstärkt in Mitleidenschaft gezogen. Für den Euroraum als Ganzes ergibt sich ein Rückgang des BIP in Höhe von 0,5 Prozent im Jahr 2012 und von 0,7 Prozent im Jahr 2013.“⁵

Gegen eine schrumpfende Realwirtschaft lässt sich nicht ansparen. Wenn das Bruttoinlandsprodukt (BIP) sinkt, steigt automatisch die in Relation dazu ausgewiesene Verschuldung; gleichzeitig sinken die Steuereinnahmen und die krisenbedingten öffentlichen Ausgaben steigen. Wird darauf mit einer weiteren Verschärfung der Austeritätspolitik nicht nur in einzelnen Ländern sondern synchron im gesamten Euro-Raum reagiert, kommt es infolge zusätzlicher Nachfrageausfälle zu einer nochmaligen Vertiefung der Krise.⁶

Gipfel-Diplomatie

Der anhaltende Krisenprozess hat die politische Tagesordnung in Europa verändert. Wegen der Veränderung der politischen Kräfteverhältnisse in Frankreich und der Zuspitzung der Banken- und Finanzprobleme in Spanien und Italien hatte die wirtschaftliche und politische Elite Europas den Juni-Gipfel 2012 aufwendig vorbereitet. In einer vorangegangenen Absprache zwischen Frankreich und Deutschland war eine Ergänzung des Fiskalpakts durch einen Wachstumspakt einschließlich der begrenzten Einführung einer Finanztransaktionssteuer auf den Weg gebracht worden. Die ökonomisch wichtigsten Länder der EU – Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien – trafen sich zudem vorher in Rom, um die weiteren Schritte der Ausgestaltung der Finanzmarktregulierung abzusprechen. Schließlich hatte kurz vor Konferenzbeginn EU-Ratschef Van Rompuy gemeinsam mit EU-Kommissionschef Barroso, Eurogruppenchef Juncker und EZB-Präsident Draghi ein Grundsatzzpapier vorgelegt, in dem „eine Verständigung auf den weiteren Weg für die Eurozone“ mit der Einführung einer Bankenunion und Gemeinschaftsanleihen als Zwischenschritt vorgeschlagen wurde.

Bereits der Verhandlungsmarathon dokumentiert, dass die Euro-Retter die Lage auch im dritten Jahr der Krise nicht im Griff haben. Wieder einmal prallten die Interessen der beiden Lager – auf der einen Seite die finanzstarken Länder mit Deutschland an der Spitze, auf der anderen die finanziell angeschlagenen Staaten unter Führung Italiens – aufeinander. Vor allem Spanien und Italien haben einen Abschluss der Beratungen über den Wachstumspakt

hinausgezögert, weil sie zunächst Zusicherungen für kurzfristige Hilfen gegen die steigenden Risikoauflschläge für Staatsanleihen und einen direkten Zugang der Banken zu den Krisenfonds (EFSF und ESM) haben wollten. Monti, der in Italien deutlich an Rückhalt in der Wahlbevölkerung verloren hat, scheute nicht vor einer Drohung zurück: Ohne Hilfssignale aus Deutschland könnte das „politische Kräfte“ freisetzen, die die europäische Integration und den Euro „zur Hölle fahren lassen“.

Was als „Wachstumspakt“ firmiert, ist – vielleicht mit Ausnahme von Sofortmaßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit – eine Mogelpackung. 55 Mrd. Euro des auf 130 Mrd. Euro bezifferten Pakets stammen aus bestehenden Strukturfonds und werden nur umgewidmet; um 60 Mrd. Euro soll das Kreditvolumen der Europäischen Investitionsbank erhöht werden; der Rest verteilt sich auf bereits beschlossene Projektbonds in den Bereichen Verkehr, Energie und Telekommunikation. Weder kurz- noch mittelfristig ist damit eine Überwindung der ökonomischen Abwärtstendenzen in der Eurozone möglich. Statt auf eine überzeugende Ausstattung von Wachstums- und Investitionsprojekten zu drängen, konzentrierten sich die Krisenstaaten auf die Durchsetzung von finanziellen Erleichterungen für die nationalen Bankensysteme und die Refinanzierung der öffentlichen Schulden.

Künftig soll es möglich sein, dass angeschlagene Banken direkte Finanzhilfen aus dem Europäischen Stabilitäts-Mechanismus (ESM) erhalten, damit sie nicht mehr vollständig von den Kapitalmärkten oder von Hilfsprogrammen des jeweiligen Staates bei der Rekapitalisierung abhängig sind. Für die ansonsten betroffenen Staatshaushalte hat das eine entlastende Wirkung – die Staatsverschuldung steigt nicht mehr gleichsam automatisch mit jeder Bankenkrise. Bereits im Vorfeld des Gipfels war dieses Verfahren im Grundsatz mit Spanien verabredet worden. Und für Irland wird es aller Voraussicht nach Neuverhandlungen geben; mehr noch als in Spanien ist die Aufblähung der irischen Staatsschuld Folge der Spekulationsverluste der großen Dubliner Banken. Mit einer entsprechenden Umgestaltung der Schuldenlast und damit der Sparprogramme könnten die Steuerzahler entlastet werden. Doch bevor direkte Bankenhilfen möglich sind, muss unter maßgeblicher Beteiligung der EZB ein „einheitlicher Aufsichtsmechanismus“ für die Geldinstitute in der Eurozone eingerichtet werden; die EU-Kommission soll ein entsprechendes Verfahren ausarbeiten.⁷

Worauf die Regierungen von Italien und Spanien insbesondere gedrängt haben, ist die Neuregelung, dass Mitgliedstaaten, die die Auflagen und Projektionen des Stabilitäts- und Wachstumspakts erfüllen, erleichterten Zugang zu den ESM- bzw. EFSF-Mitteln erhalten, und damit nicht mehr in jedem Fall gezwungen sind, bei steigenden Zinsen sich über die Kapitalmärkte zu refinanzieren. Die Fonds werden demzufolge ermächtigt, Staatsanleihen zu

kaufen, ohne dass dies für die betroffenen Länder zu weiteren Sparauflagen unter dem Kontrollregime der Troika führt. Vereinbart wurde schließlich auch, dass der ESM in bestimmten Fällen auf seinen Status als „bevorzugter Gläubiger“ verzichtet.

Politik unter dem Fiskalpakt

Fakt ist: Die schwer angeschlagenen Euroländer Italien und Spanien haben beim EU-Gipfel Zugeständnisse von Deutschland bei der Verwendung der Mittel der Euro-Rettungsfonds durchsetzen können, was auch im Falle anderer Krisenländer zeitweilig Erleichterung bringen kann. Allerdings konzentrieren sich die Zugeständnisse im Wesentlichen auf den Bankenbereich, weniger auf die Rekapitalisierung der Staaten selbst. Dort gelten die Regelungen des Fiskalpakts.

Kern des Fiskalpakts ist die Einführung nationaler Schuldenbremsen, nach denen das strukturelle (konjunkturbereinigte) Staatsdefizit 0,5 Prozent des BIP nicht übersteigen darf. Für das kumulierte Defizit gilt eine Höchstgrenze von 60 Prozent des BIP; Länder, die darüber liegen, sind vertraglich verpflichtet, jedes Jahr ein Zwanzigstel der darüber hinaus gehenden Verschuldung abzubauen – überprüft vom Europäischen Gerichtshof. Werden die Ziele verfehlt, tritt ein „automatischer Korrekturmechanismus“ mit abgestuften Sanktionen und nationalen haushaltspolitischen Souveränitätsverlusten („Durchgriffsrechte in der Haushaltsaufsicht“ durch die EU-Kommission) in Kraft.

In den Krisenjahren ist die Schuldenquote in der Eurozone von 66 auf über 85 Prozent gestiegen. Im Durchschnitt bedeutet das, dass die Verschuldung über einen langen Zeitraum um jährlich 1,25 Prozent des BIP abgetragen werden muss. Für zahlreiche Mitgliedsstaaten ist das eine kaum zu bewältigende Aufgabe. So liegt der Konsolidierungsbedarf in Griechenland nach heutigem Stand bei knapp 5 Prozent, in Italien bei 3 Prozent, in Portugal und Irland bei knapp 2 Prozent des BIP.

Mit dem Fiskalpakt stecken die Staaten in einem Finanzregime, das „automatisch“ und – aufgrund der Unkündbarkeit des Pakts – Austeritätspolitik institutionalisiert und die nationale Parlamentsouveränität über die öffentlichen Haushalte erheblich einschränkt.⁸ Merkels „Zugeständnisse“ beim Juni-Gipfel halten sich also in Grenzen. Der Fiskalpakt übernimmt gleichsam die Rolle der „Eisernen Lady“.

Die Kernaufgabe – wie kann der Schuldenüberhang so gemanagt werden, dass die Wachstumsschwäche überwunden wird und die Krisenländer eine Rekonstruktion ihrer nationalen Wirtschaftsstrukturen auf den Weg bringen können – ist nach wie vor ungeklärt. Es sei „von ausschlaggebender Bedeutung, den Teufelskreis zwischen Banken und Staatsanleihen zu durchbrechen“,

heißt es in der Erklärung der Staats- und Regierungschefs der Euroländer. Der Teufelskreis hat eine größere Reichweite: Die expansive Geld- und Fiskalpolitik hat einen historischen Kollaps der kapitalistischen Globalökonomie verhindert, aber die Sanierung zugleich verschleppt. Alle Sektoren – private Haushalte, Unternehmen, Finanzinstitute und der öffentliche Bereich – weisen einen massiven Schuldenüberhang auf. Die Tatsache, dass sich der Schuldenabbau ungewöhnlich lange hinzieht und alle wichtigen Wirtschaftssektoren betrifft, erklärt teilweise, warum die Erholung bislang derart schwach war.

Die Beschlüsse des Juni 2012-Gipfels führen die Logik der letzten Jahre fort. Die Erwartungen vieler Finanzmarktakteure und Entscheider in der Politik, der Euroraum könne die Krise mit einer Art „Big Bang“ von Beschlüssen lösen, werden sich nicht erfüllen. Es wird weiter bei Trippelschritten bleiben. Zu Recht hatte ein Beobachter am Jahresende 2011 geschrieben: „Sechzehn Mal haben sich die Staats- und Regierungschefs der EU in den vergangenen zwei Jahren in Brüssel getroffen. Sechzehn Mal waren es ‚Krisengipfel‘. Die frühere Routine europäischer Politik – ein Gipfel pro Quartal mit mal diesen, mal jenen Themen – ist außer Kraft. Immer geht es um den Euro, dessen ‚Stabilisierung‘, um ‚Rettung‘ und ‚Hilfe‘. Geholfen hat bisher wenig, gerettet wurde nichts, stabil ist auch nichts. Es gibt nur eine neue Routine: die der Krise. Dauernd muss gerettet werden. Kaum ist der Gipfel vorbei, steht der nächste in Aussicht“.⁹

Spaltung Europas

Die Staats- und Regierungschefs haben die Verhandlungen über einen Ausweg aus der Schuldenkrise mit einer Vertiefung der politischen Spaltung in Europa beendet. Nachdem sich im bisherigen Krisenprozess bereits unterschiedliche Integrationsniveaus und Souveränitätsrechte herausgebildet haben, zeigte sich schon Ende 2011, dass die erforderliche Einstimmigkeit für eine erneute Veränderung des Lissabon-Vertrages wegen des Ausscherens der britischen Regierung nicht zustande kam. „Wenn man eine Liste der ganz wichtigen Entscheidungsgründe für Großbritannien macht, dann steht die Gesundheit unseres Finanzsektors ganz weit oben“, erklärte Außenminister William Hague.

London ist Europas größtes Finanzzentrum mit etwas mehr als 310.000 Beschäftigten. Im Vergleich zu den Finanzplätzen New York oder Tokio, die ihre Bedeutung aus ihren starken inländischen Volkswirtschaften ziehen und vorrangig den einheimischen Markt bedienen, kann London mit einer globalen Ausrichtung und einer breiten Palette unterschiedlichster Finanzdienstleistungen aufwarten. Der Finanzsektor hat in Großbritannien mit einem Wertschöpfungsanteil von ca. 10 Prozent eine im internationalen Vergleich große volkswirtschaftliche Bedeutung. Diese Bedeutung sah die britische Regierung

durch die Debatte über freilich bescheidene europäische Maßnahmen der Finanzmarktregulierung – bei Leerverkäufen, Hochfrequenzhandel, Kreditausfallversicherungen etc. – und die Einführung einer Finanztransaktionssteuer gefährdet (ähnlich argumentiert die schwedische Regierung).

Es ist also nicht die Kritik an der Austeritätspolitik, die zum Ausscheren von Großbritannien geführt hat. Die seit Mai 2010 amtierende Regierung aus Konservativen und Liberaldemokraten räumt der Reduzierung des Haushaltsdefizits oberste Priorität ein und hat erhebliche Kürzungen auf den Weg gebracht. Das Defizit wird im Haushaltsjahr 2011/12 voraussichtlich immer noch bei ca. 8 Prozent des BIP liegen, nachdem zwei Jahre zuvor ein Rekordminus von 11 Prozent zu verzeichnen war. Die projektierte Staatsverschuldung wird trotz eines massiven Sparprogramms bis zum Haushaltsjahr 2013/14 auf ca. 87 Prozent des BIP steigen, nachdem sie 2007/08 noch bei 43 Prozent gelegen hatte. Der Grundwiderspruch der britischen Regierungspolitik besteht darin, dass man die Sanierung der öffentlichen Finanzen ohne Kontrolle und Einschränkungen des großen Finanzsektors erreichen will.

Der britische Premierminister Cameron geht in der Konsequenz der Politik der Fiskal- und Bankenunion deutlich auf Distanz zur EU-Politik. Er warnt zwar vor einem Austritt, fordert aber mehr Mitspracherecht der Nationalstaaten – und bringt ein nationales Referendum ins Gespräch. Als Handelsnation brauche Großbritannien „uneingeschränkten Zugang“ zu den europäischen Märkten und ein Mitspracherecht beim Zustandekommen der Regeln des Marktes. In der EU gebe es zu viel Bürokratie und zu viel Einmischung in Angelegenheiten, die den Nationalstaaten, der Zivilgesellschaft oder Einzelpersonen überlassen bleiben müssten. Weite Teile der Gesetzgebung, die soziale Fragen, Arbeitszeiten und die Innenpolitik betreffen, sollten seiner Ansicht nach kassiert werden, argumentiert Cameron. Er setze daher weiter auf eine „andere, flexiblere Position“ Großbritanniens innerhalb der EU.

Der britischen Kritik setzen die Regierungschefs der Eurozone eine Integrationspolitik via Fiskalunion entgegen. Aber dieser Begriff ist viel zu anspruchsvoll für die heute in Europa verfolgte Politik. Denn eine Fiskalunion würde gemeinsame Grundlagen nicht nur der staatlichen Ausgaben, sondern auch der Steuerpolitik erfordern. Und beides wäre nicht als lineares Programm – Ausgabenkürzen pro Jahr um XY-Prozent – zu konzipieren, sondern müsste antizyklisch angelegt sein, was unter dem ersten Schock der Großen Krise 2008/2009 kurzfristig ja auch der Fall war. Tatsächlich verabredet wurde eine Austeritätsunion mit massiven Umverteilungseffekten. Da die Unternehmens- und Vermögenssteuern gedeckelt sind, werden nur noch Massensteuern erhöht; und da Wettbewerbspolitik als non plus ultra wirtschaftlicher Gesundung gilt, werden Sozialleistungen nicht nur im Rahmen der Sparpolitik sondern zusätzlich mit dem Ziel der Entlastung der Unternehmen heruntergefahren.

Die Überzeugungskraft der europäischen Gipfel-Diplomatie ist gering. Vier Argumente sprechen gegen eine vorschnelle Beendigung der Krise:

1. Grundsätzlich ging es unter dem Regime des Euro nicht nur um eine gemeinsame Fiskal-, sondern auch Wirtschaftsunion. Diese kann aber nicht existieren, solange in Europa ein tiefer Graben existiert zwischen einer Mehrheit von Staaten, die dazu verdammt ist, Handels- und Leistungsbilanzdefizite zu finanzieren, und Exportländern in Gläubigerposition. Die Einführung des Euro und die Bildung der Euro-Zone waren ein politischer Schachzug, die EU ist ein Staatenverbund und das deutsche Verfassungsgericht setzte enge Grenzen für die Übertragung von Kompetenzen der Bundesregierung an die vom Lissabonner Vertrag definierte EU. Ein wirtschaftlicher Unterbau – letztlich mit dem Ziel eines Ausgleichs der Profitraten im EWU-Raum und eine wirtschaftliche Steuerung durch Profit und Zins – setzt einen Prozess der Aufhebung nationalstaatlicher Souveränität voraus. Ein vollentwickelter europäischer Binnenmarkt setzt nicht nur eine Währung, sondern ein weitgehend angenähertes Wirtschafts-, Sozial- und Arbeitsrecht voraus. Ein regionaler Finanzausgleich wie bei anderen Bundestaaten existiert in der EWU nicht, solche Transfers sind beim gegenwärtigen Stand der öffentlichen Debatte und der politischen Kräfteverhältnisse nicht vorstellbar. Das Europäische Parlament ist kein Repräsentations-Organ eines souveränen europäischen Volkes.
2. Die Probleme einer geplatzten Vermögens- und Kreditblase – im konkreten Fall auf den Immobilien- und Hypothekmärkten etlicher Länder – können durch Fiskal- und Geldpolitik nur gelindert, aber nicht wirksam gelöst werden. Nur dadurch, dass die Vermögenstitel mit zweifelhafter Werthaltigkeit und der viel zu große Finanzsektor in eine Ausgleichspolitik der Leistungsbilanzen eingebunden würden, kann die Krisenkaskade beendet werden. Im Euro-Raum muss endlich eine Alternative zur Politik der finanzpolitischen Disziplin und geldpolitischen Überbrückung entwickelt werden. Wenn unterschiedliche Länder einer Währungszone die Abwertungsmöglichkeit verloren haben und eine Politik der „internen Abwertung“ durch verteilungspolitische Rosskuren vermieden werden soll, dann muss eine wirtschaftspolitische Offensive erfolgen. Die Krise wurde dadurch ausgelöst, so der japanische Ökonom Koo, „dass eine landesweite Preisblase platzt, so wie in Japan Anfang der Neunziger und in den USA und Europa 2008 nach dem Lehman-Schock. Was dann passiert, ist folgendes: Die Preise, etwa von Immobilien, brechen ein, aber die damit verbundenen Schulden bleiben bestehen. Unternehmen und Privathaushalte stecken plötzlich tief im Minus und versuchen um jeden Preis, ihre Schulden abzubauen, um ihre Bilanzen zu sanieren. Damit macht zwar jeder Einzelne für sich das Richtige, aber kollektiv ist das genau das Falsche.

Regierungen müssen in einer solchen Situation die Wirtschaft so lange durch hohe Staatsausgaben am Laufen halten, bis die Privatwirtschaft wieder zum Wachstum beiträgt¹⁰. Letztlich wird man eine entwickeltere Form der wirtschaftlichen Arbeitsteilung unter den beteiligten Ländern der Euro-Zone schaffen müssen.

3. Noch sind die Beschlüsse auf dem Weg in eine Fiskalunion nicht umgesetzt. Schon jetzt melden einige Länder der Euro-Zone den Übergang in eine Rezession (Griechenland, Portugal, Niederlande) – andere werden folgen. Es gibt daher zu Recht große Zweifel, ob der geldpolitische Rahmen (EFSF, ESM, Einbezug des IWF) ausreicht.
4. Wenn nun alle Staaten der Europäischen Union den Pfad einer verpflichtend vorgeschriebenen und sanktionsbewährten Austeritätspolitik gehen – einschließlich Großbritannien, das auf einem Parallelpfad voranmarschiert – entwickelt sich die Europäische Union in Krisenzeiten zu einer Deflationsgemeinschaft. Offenkundig scheint es im Europäischen Rat – dem Führungszirkel der EU – die Auffassung zu geben, durch strikte öffentliche und private Kostensenkungspolitik so viele Wettbewerbsvorteile für die Mitgliedstaaten schaffen zu können, dass damit die negativen Nachfrageeffekte ausgeglichen werden können. Doch was im Falle Deutschlands mit Exportoffensiven in die wachstumsstarken Schwellenländer geklappt hat, klappt erstens nicht für die EU insgesamt und zweitens nicht in einer Zeit, in der selbst China einen Gang zurück schaltet. Die EU ist gegenwärtig mit ihrer Politik ein Brandbeschleuniger im globalen Krisenherd.

Es ist schlicht illusorisch zu erwarten, nach den bisherigen Gipfelberatungen und einem ergänzenden Vertrag sei die Union der 27 nun auf einem Pfad der ökonomischen und fiskalischen Stabilisierung. Entscheidend für die nächsten Monate ist, ob es gelingt, die Schuldenfähigkeit so zu verbessern, dass der Kampf gegen den Schuldenüberhang und die rezessiven Entwicklungstendenzen nicht zum lähmenden Dauerzustand wird. Sicherlich ist das Potenzial der EZB auch noch nicht ausgeschöpft; aber die Krisenkaskade lässt sich mit reiner Notenbankpolitik und geldpolitischen Stützungsmanövern nur bedingt steuern. Eine Überwindung der Krise erfordert eine andere Politik.

Anmerkungen

- 1) Martin Schulz: Rede vor dem informellen Gipfel der EU-Staats- und Regierungschefs am 23.5.2012 im Europäischen Parlament [http://www.europarl.europa.eu/the-president/ende/press/press_release_speeches/speeches/sp-2012/sp-2012-may/speeches-2012-may-3.html].
- 2) Das Mindestquorum von neun Mitgliedstaaten ist damit überschritten, sodass diese lange umkämpfte Steuer tatsächlich Realität werden kann. Darüber, was aus diesem Steuerkonzept zwischenzeitlich geworden ist, wird eigentümlicherweise wenig gestritten.
- 3) Siehe hier ausführlicher auch: Joachim Bischoff: Dauerzustand Schuldenkrise. Die endlose Kurzfrist-„Reparatur“ des Euro-Systems, Supplement der Zeitschrift Sozialismus, Heft 7–8/2012.
- 4) Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), 82. Bericht, Basel 2012, S. 13.
- 5) Peter Hohlfeld/Gustav Horn/Fabian Lindner/Silke Tober: Auf schwankendem Grund. Prognose-Update: Deutsche Konjunktur zur Jahresmitte 2012. IMK-Report 72, Juni 2012, S. 2.
- 6) IMK (Düsseldorf)/OFCE (Paris)/WIFO (Wien): Fiskalpakt belastet Euroraum. IMK-Report 71, März 2012.
- 7) Die Europäische Bankenaufsicht und die EZB sollen angeschlagene Finanzinstitute unter ihre Kontrolle bringen und im schlimmsten Falle abwickeln können. Auch wenn die notwendigen Beschlüsse schnell erfolgen, gilt wie beim „Wachstumspakt“: Es wird einige Zeit in Anspruch nehmen, bis die Regelungen praktisch wahr werden. Daher einigten sich die Gipfelteilnehmer darauf, das bereits zugesagte Rettungsprogramm für die spanischen Banken so schnell wie möglich zu beschließen. Die Zieladresse ist der ESFS; die Finanzierung geht an den ESM über, sobald dieser handlungsfähig ist.
- 8) Aus diesem Grund sind beim deutschen Verfassungsgericht Klagen gegen den Fiskalpakt anhängig.
- 9) Werner Mussler: Meine Gipfel, in: FAZ, 17. Dezember 2011.
- 10) Richard Koo: Europa hat die japanische Krankheit, in: Frankfurter Rundschau, 10. Dezember 2011.

Was für eine Wissenschaft für welche Demokratie?

Janine Guespin-Michel¹

Der Ausdruck „Wissenschaft und Demokratie“ greift um sich. Dementsprechend wird sein Inhalt mehrdeutig. Geht es einerseits um eine ewige „Wissenschaft“ (mehr oder weniger imaginiert) und andererseits um eine „Demokratie“, die mit Hilfe dieser Wissenschaft und im Hinblick auf ihre „Weiterentwicklung“ „verwaltet“ wird? Oder sollten wir nicht viel grundsätzlicher im Sinne von Ko-Evolution zwischen Wissenschaft und Gesellschaft denken?

Folglich kann die aktuelle Situation, in der sich die Wissenschaft befindet, zweifelsohne nicht verstanden werden ohne das gegenwärtige ultraliberale, globalisierte und finanzialisierte Stadium kapitalistischer Vergesellschaftung zu berücksichtigen, innerhalb dessen sie sich entwickelt. Muss nicht umgekehrt jedes Projekt einer Demokratisierung der Gesellschaft im Gegenzug – und seinem Vorlauf – einen Wechsel in der Wissenschaft vollziehen, den es schon hier und heute sich vorzustellen und mit Substanz zu füllen gilt?

Der neoliberale Kapitalismus benutzt den Ausdruck der „Wissensgesellschaft und -ökonomie“ und zielt damit auf die Eingliederung der Wissenschaft unter sein Banner, um sie zur Stütze zu machen für Wirtschaftskrieg und Konkurrenz. Dabei musste er die westliche Wissenschaft zu einem Schlüsselinstrument für Profit, Konsumismus ... und für die Krise machen. Es geht um Wissenschaftspolitiken, die der Forschung durch die Ausrichtung auf – nicht weiter definierte – Innovationen die Rolle einer Profitquelle zuweisen.² Diese Politiken werden durchgesetzt einerseits durch die For-

schungsfinanzierung und andererseits durch das Forschungs-„Management“, das sich am Unternehmensmodell orientiert (was einen hohen Grad an Unsicherheit in die akademischen Arbeitsverhältnisse bringt). Dementsprechend müssen Forscher als Voraussetzung für die Finanzierung ihrer Forschungsarbeit Auskunft geben über die Anzahl der ihnen erteilten Patente und darüber, welche Innovationen sie mit dem Forschungsprojekt im Auge haben, für das sie Fördermittel beantragen. Diese Zusammenhänge werden immer weiteren Kreisen bewusst und sind ausführlich untersucht.³

Dennoch kommt es darauf an, sich vor Augen zu führen, dass dies das Wesen von Forschung, ihre Aussagekraft und die Natur wissenschaftlicher Arbeit grundlegend verändert. Die heutige Wissenschaft in öffentlichen Labors ist nicht mehr die gleiche wie die, die dort Mitte des 20. Jahrhunderts betrieben wurde. Erst recht ist eine Wissenschaft, die der kapitalistischen Konkurrenz dient, nicht zu vergleichen mit einer, die zur „Konzeptionalisierung und demokratischen Umsetzung einer anderen Form von Globalisierung“ beiträgt.⁴

Wissensökonomie

Ein „Wesen von Wissenschaft“ gibt es also nicht, nicht einmal in der westlichen Wissenschaft. Forschung ist eine soziale Aktivität, die gesellschaftlichen Vorgaben folgt und Beschränkungen unterliegt, die sich als epistemologische (Methoden, materielle und begriffliche Werkzeuge, Theorien, herrschende Paradigmen... und das Vorhandensein eines tatsächlichen Gegenstands für die Erforschung der Erkenntnis) und politische (Forschungspolitik privater und öffentlicher Institutionen) fassen lassen. Vor diesem Hintergrund bedeuteten die Veränderungen, die mit dem Schlagwort der Wissensgesellschaft einhergingen, eine Verschiebung von Forschung als einer als autonom erfahrenen Tätigkeit (was teils illusorisch war) hin zu einer in erster Linie profitorientierten. Zwei Begriffe fassen zusammen, wie die Wissenschaft sich entwickeln musste, um diesen Vorgaben gerecht zu werden: Techno-Wissenschaft und Innovation. Ich beschreibe diese Verschiebungen als „Techno-Wissenschaft“, obwohl ich mir der Missverständnisse, die dieser Begriff hervorrufen könnte, bewusst bin. Keinesfalls rede ich einer Rückkehr auf die Bäume das Wort oder leugne die Bedeutung und den Einfluss von Technik in diversen Disziplinen und bei wichtigen Forschungsaktivitäten. Ich habe größten Respekt für die Techniken, die tiefgreifende Verbesserungen des menschlichen Lebens und sogar der menschlichen Natur ermöglicht haben (und noch viel mehr leisten könnten, wenn sie besser angewandt würden).

Die Wissenschaft in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts war relativ reif für diese Transformationen, da es sich bereits um eine im Kern reduktionis-

tische Wissenschaft handelte, die den Schwerpunkt auf die Analyse immer kleinerer und feiner voneinander abgegrenzter Gegenstände legte, immer ausgefeiltere Techniken zum Einsatz brachte und dabei den Forschungsprozess als Ganzes oft aus den Augen verlor, sowohl was die Globalität angeht, als auch im Hinblick auf seine Dynamiken. Daraus ergab sich eine ausufernde Zergliederung der wissenschaftlichen Disziplinen in kleinteilige Unterdisziplinen, in denen es zunehmend um angewandte Wissenschaften ging, die wissenschaftsmethodisch nicht zu schwierig und auch unter finanziellem Druck zu bearbeiten waren. Hinzu kam, dass für eine Karriere (im Namen der Exzellenz) eher Quantität als Qualität zählte. Der wachsende Druck und die immer engeren Zeitpläne, die entstanden, weil sie immer mehr Output generieren sollten, während sie gleichzeitig die eigene Finanzierung sicherstellen mussten, drohten die Forscher zu ersticken und produzierten sehr schnell einen weltabgewandten Wissenschaftlertypus, der sich statt im „Elfenbeinturm“ in seinem Labor verschanzte und weder Zeit hatte noch disponibel genug war, um Bürger (*Citoyen*) zu sein.

Damit ergibt sich eine Situation, in der sich Führungs- und Managementstrukturen einrichten lassen, die den Wissenschaftlern die Kontrolle über die Forschung komplett aus den Händen nehmen. Sie nehmen dies hin, um das Überleben der Forschung zu garantieren, auch wenn diese kaum noch dem entspricht, was sie, oder zumindest die Älteren unter ihnen, bisher unter Forschung verstanden. Was die jüngeren Wissenschaftler betrifft, so kannten sie ja nie etwas anderes! Dadurch wird Wissenschaft darauf reduziert (Ausnahmen bestätigen die Regel), Beiträge zu Innovation, Wettbewerbsfähigkeit, Wirtschaftskrieg und Profit der Finanziere der Forschung (in Form einer „Ökonomie der Leistungsverpflichtungen“⁴⁵) zu liefern, d. h. genau das zu tun, was die heutige Welt unaufhaltsam in die Krise stürzt.

Der Europäische Forschungsraum

Sollten wir so gesehen nicht zwischen Natur- und Humanwissenschaften unterscheiden? Nein, denn letztere sind ebenso in all den Bereichen zum Aussterben verurteilt, die sich nicht unmittelbar in die Wissensökonomie einordnen. Das alles geschah weltweit innerhalb einer einzigen Dekade, in allen entwickelten Ländern, wenn auch Geschwindigkeit und Methoden von Land zu Land unterschiedlich gewesen sein mögen. In Europa richtete die Europäische Kommission den Europäischen Forschungsraum (EFR; engl. *European Research Area*, ERA) ein, um die gemeinsame Entwicklung der Forschungspolitiken aller Mitgliedsstaaten sicherzustellen. Allerdings erzählt auch japanisches und australisches Forschungspersonal die gleiche Geschichte der gleichen Verschiebungen und des gleichen Leidwesens.

Selbstverständlich lief das alles nicht ohne Konflikte und Widerstand ab – die zahlreichen gewerkschaftlichen Kämpfe in Frankreich lassen sich da etwa als Beispiel heranziehen. Allerdings geht es in diesen Auseinandersetzungen eher um die Methoden des Forschungsmanagements und der -finanzierung als um das Wesen wissenschaftlichen Tuns oder dessen Sinn. Es wäre jedoch gefährlich, wenn diese Widerstände lediglich auf eine Rückkehr zur Wissenschaft, sagen wir, der 1960er Jahre zielten – zu der Wissenschaft, die so einfach in die Techno-Wissenschaft zu verwandeln war. Ein weiterer Fehler etwa wäre die Idee, um die Situation umzukehren genügte es, der jetzigen Wissenschaft ein demokratisches Feigenblatt anzuheften.

Wir brauchen eine ganz andere Wissenschaft als die Techno-Wissenschaft – die aber gleichzeitig auch ganz anders ist, als die des vergangenen Jahrhunderts –, um zur Herausbildung einer alternativen Gesellschaft und ab sofort auch zum Kampf gegen die Krise beizutragen. Hier bewegen wir uns allerdings in einem Wechselverhältnis der Tugend! Ideen und Experimente gibt es bereits; ich möchte hier die Möglichkeit und die Notwendigkeit betonen, die defensiven Kämpfe gegen die Unterordnung der Forschung unter den Profit mit den kreativen Kämpfen zur Einführung einer ganz anderen Forschung zu verbinden. Und dass es erforderlich ist, damit jetzt zu beginnen.

Die moderne westliche Wissenschaft entwickelte sich entlang der Idee der Naturbeherrschung. Andere Wissensformen wie etwa die sogenannter „indigener Völker“ nehmen eine andere Perspektive ein, die den Menschen in ihre Naturvorstellung integriert. Führt die Idee der Naturbeherrschung notwendigerweise zu der Wissenschaft, wie wir sie kennen? Oder sogar zu einer spezifischen Form der Wissenschaftsausübung, einem spezifischen Paradigma, wie ich es hier als Techno-Wissenschaft bezeichnet habe?⁶ Ich folge hier der Idee, dass Wissenschaft Gesellschaft nicht nur in ihren Managementmethoden widerspiegelt, sondern auch in ihrer Struktur, ihrem Wesen – mit anderen Worten: auch in den Fragen, die sie stellt, die sie als wissenschaftlich anerkennt oder als unwissenschaftlich verwirft, für einschlägig oder unangemessen hält, für wichtig oder trivial, oder, um es mit Kuhn zu sagen: in den dominanten Paradigmen.⁷

Damit will ich keinesfalls die Möglichkeit objektiver Erkenntnis leugnen oder andeuten, dass alles, was heute Wissenschaft ist, verworfen werden sollte. Bedeutet das die Rückwendung zu einer Art Lyssenkoismus, einer „proletarischen (oder demokratischen) Wissenschaft“ im Gegensatz zur „bürgerlichen Wissenschaft“?⁸ Vor dieser Frage sollte man sich nicht drücken. Meines Erachtens liefert der Philosoph Hugh Lacey das geeignetste Werkzeug zum Umgang mit diesem Problem, indem er zwischen *Unvoreingenommenheit* („impartiality“) und *Parteilosigkeit* (wörtl. Neutralität, „neutrality“) in der

Wissenschaft unterscheidet. Unvoreingenommenheit umfasst für ihn die *erkenntismäßigen Werte*, die die wissenschaftliche Community (bis auf weiteres) als wahr anerkennt, wie etwa Theorien oder Modelle oder Interpretationen von Fakten.⁹ Diese Werte haben mit Werten im ethischen Sinne nichts zu tun. Radioaktivität oder Gene gelten als wahr unabhängig von ihrer Verwendung, und die Quantentheorie kann hinsichtlich ihres Wahrheitsbeweises auf den Konsens der öffentlichen Meinung oder der Banken verzichten.

Andererseits stellt Lacey fest, dass daraus nicht folgt, dass Forscher und Wissenschaftler gleichgültig gegenüber den Folgen ihrer unvoreingenommenen Forschungsarbeit zu sein haben oder dass sie arbeiten sollten, ohne gegenüber der Gesellschaft verantwortlich zu sein für ihr Tun. *Forschungsarbeit muss unvoreingenommen, darf aber nicht unparteiisch sein.* Das gilt auch für den Rahmen, innerhalb dessen die Zielsetzungen eines Forschungsprojekts festgelegt werden.

Lacey stellt zwei Strategietypen einander gegenüber.¹⁰ **Kontextfreie** Strategien nennt er solche, die ihr Thema und die einschlägigen Datenbestände so eingrenzen, dass nur noch aus dem Gegenstand abgeleitete Strukturen, Prozesse und diesen zugrundeliegende Gesetze in den Blick kommen, die dabei helfen ersteren zu analysieren und zu beherrschen. Sie sind „kontextfrei“, weil sie den gesamten Kontext (Handlungen, Werte, Beschreibungen und Erfahrungen) ausdrücklich ausblenden, in den der Gegenstand der Forschung eingebettet ist. Im Falle reduktionistischer Ansätze handelt es sich definitionsgemäß um kontextfreie Strategien. Demgegenüber beziehen **kontextbezogene** Strategien schon in der Anlage des Forschungsprojekts Faktoren ein, die die Art und Weise beeinflussen, wie der Forschungsgegenstand um Handlungsweisen herum strukturiert ist, ins Ökosystem eingebettet ist, in Wechselbeziehung mit seinen Akteuren steht usw. Keiner dieser beiden Strategietypen ist weniger wissenschaftlich oder weniger wichtig als der andere. Doch obwohl beide wichtig sind, privilegiert die heutige Wissenschaft ganz einseitig kontextfreie Strategien. Dabei gelingt es kontextbezogenen Strategien viel eher, neue Methoden und Beteiligungen zu ermöglichen und den Begriff des gesellschaftlichen und demokratischen Verhältnisses mit neuer Bedeutung zu füllen.

In beiden Fällen wird der *Pluralität von Ansätzen* hohe Priorität eingeräumt, doch die kontextbezogene Herangehensweise führt zur Entfaltung komplexeren Denkens. Ziel ist es, damit nicht nur im Vergleich zur heutigen Wissenschaft sondern auch zu der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, zu umfassenderem Wissen zu gelangen. Reduktionismus wird wieder zu einer wissenschaftlichen Methode unter anderen und gilt nicht mehr als das Maß aller Dinge innerhalb der wissenschaftlichen Kultur.

Politische und wirtschaftliche Herausforderungen

An einem Beispiel lässt sich das zeigen, und zwar an der Auswahl von Samen in der Landwirtschaft. Bonneuil und Thomas¹¹ haben gezeigt, dass der Großteil der Forschung auf diesem Feld, die kontextfrei und nur auf die Eigenschaften der Samen oder sogar nur deren Gene gerichtet scheint, in Wahrheit sehr wohl kontextualisiert ist – und zwar mit einer sehr spezifischen Perspektive. Bei den Kontextfaktoren, die in den Blick kommen, handelt es sich nicht etwa um landwirtschaftliche Praxen, sondern um die dominanten politischen und wirtschaftlichen Anforderungen.

Die Entwicklung einer Landwirtschaft, die steigende Ernten ermöglicht, den Umfang landwirtschaftlicher Lohnarbeit reduziert, den Aufbau einer Saatgutindustrie begünstigt, der Industrie Absatzmärkte eröffnet, die Vorgaben der Mühlen und industriellen Bäckereien erfüllt – all diese Faktoren bestimmen die öffentliche Forschung in ihrem Innersten, die in enger Kooperation mit den Züchtern stehen. Es handelt sich dabei um sehr einflussreiche Kontextfaktoren, die die genetischen Auswahlkriterien festlegen. Sie fördern den Rahmen der Erkenntnis, zunächst Mendel, dann die Genetik und jetzt Genmanipulation. Sie lassen diejenigen Varianten zu, die am besten zum Wachstumsmodell angewendet auf die landwirtschaftliche Produktion passen. Diese Strategie, die innerhalb eines implizit kapitalistischen Kontextes angesiedelt ist, basiert zu weiten Teilen auf einer Unterdisziplin (Pflanzen-genetik), erscheint insofern kontextfrei und verstärkt so den Eindruck, nur kontextfreie Forschung könne wissenschaftlich sein.

Lacey seinerseits untersuchte die Auswertung und Auswahl von Saatgut in der agroökologischen Forschung.¹² Dort wird das Saatgut im Kontext eines Systems der Nahrungsmittelproduktion betrachtet. Damit kommt die Nachhaltigkeit einer solchen Produktion auf wirtschaftlicher, technischer und sozialer Ebene in den Blick (nämlich die Auswirkungen auf die Biodiversität, die sozialen Verhältnisse und den Boden). Diese Strategie, eindeutig kontextbezogen, erfordert die Kooperation einer Anzahl von Unterdisziplinen und legt oft auch eine partizipatorische Herangehensweise nahe. Dennoch tragen beide Forschungsstrategien wissenschaftlich gesehen zur Sammlung von Erkenntnis über Saatgut bei – keine ist „wissenschaftlicher“ als die andere.

Es geht also um die Frage, nach welchen Kriterien Entscheidungen für die eine und gegen die andere Strategie fallen und um die Folgen derartiger Entscheidungen. Auf jeden Fall lässt sich beobachten, dass im Rahmen wissenschaftlich determinierter Wissenschaft alles daran gesetzt wird, kontextbezogene Strategien herabzuwürdigen. Letzteres geschieht aus Gründen, die mit Wissenschaft nichts zu tun haben, dafür mit Werten – und zwar denen des Neoliberalismus. Die vorherrschende Position der kontextfreien Tradition

(die, wie wir gesehen haben, in Wirklichkeit gar nicht kontextfrei ist) verschleiert ihre Kontextfaktoren sorgfältig. Dem entspricht die gegenseitige Verstärkung zwischen ihr und den Werten einer Gesellschaft, die auf Herrschaft beruht und die Problemlösung durch solche technologischen Innovationen begünstigt, die die massive Ausbeutung natürlicher Ressourcen ermöglichen.

Dieses Beispiel verdeutlicht die *Wechselbeziehungen zwischen der Wahl einer Strategie und der Wahl einer Gesellschaft*. Demokratie würde heißen, eine Vielzahl von Herangehensweisen und Strategien zu ermöglichen (und nicht das Gegenteil: einfach eine andere Strategie zu bevorzugen). Ich habe dieses Beispiel bemüht um zu zeigen, was ich damit meine: Die ganze Struktur von Wissenschaft muss sich ändern. So wird etwa klar, dass kontextbezogenen Strategien notwendigerweise zur grundsätzlichen Überprüfung des gegenwärtigen Schubladensystems der Disziplinen führen. Das bedeutet nicht nur eine andere Forschungspraxis, interdisziplinär und gesellschaftsverbunden, sondern auch eine andere Art der Lehre in der Wissenschaft. Noch grundsätzlicher bedeutet das auch eine andere Denkweise, innerhalb derer Reduktionismus und linearer Rationalismus nicht mehr als die Schlüssel zur Vernunft erscheinen. Das Nachdenken über Wissenschaft im Verhältnis zu gesellschaftlichen Problemen kann demzufolge auch zu erkenntnistheoretischen Fragen führen.

Wie dem auch sei, dies ist nur ein Beispiel, eine Illustration, die ein Forschungsfeld öffnen und weiteres Nachdenken anregen soll, und nicht etwa ein fertiges Patentrezept. Die Rede über die Pluralität der Ansätze beinhaltet die Notwendigkeit (oder wenigstens Möglichkeit) unbeschränkter Suche nach neuen Herangehensweisen, neuen Strategien, neuen Denkmodellen. Das bedeutet nicht, zu tun was man will und wie man es will. Die Bedingungen von Wissenschaftlichkeit (Unvoreingenommenheit), die z.B. die Peer-Begutachtung von Forschung ermöglicht, gelten, so lange niemand (implizit oder nicht) die Unterwerfung unter das eine oder andere Paradigma als Bedingung hinzufügt, und sei es das dominante.

Ist es möglich, wünschenswert und überhaupt notwendig, eine solche Aufgabe gerade jetzt anzugehen?

Möglich ja, denn die Wissenschaft komplexer Systeme fängt gerade an, innerhalb der Erkenntnistheorie genau die Konzepte einzuführen, die es für weiteres Nachdenken in Richtung pluralistischer Forschungsstrategien braucht. Es ist auch deshalb möglich, weil dieser Pluralismus sich auf die notwendige Kooperation zwischen Wissenschaftlern, den verschiedenen sozialen Akteuren und den Bürgerinnen und Bürgern einlässt, die durch eine gesellschaftliche Reaktion auf den techno-wissenschaftlichen Terrorismus zustande kommt. Schließlich ist die Möglichkeit durch die bereits existierenden Vorbilder belegt und dadurch, dass uns das Leben die Grenzen und sogar Gefahren kontextfreier Wissenschaft zunehmend vor Augen führt.¹³

Es ist *wünschenswert*, da heutige Wissenschaft so von Nutzen für die Wissenschaft von morgen sein wird, auch weil es eine sich gegenseitig verstärkende Wechselwirkung zwischen einer Praxis und ihrer Akzeptanz in der Bevölkerung gibt. Während viele Wissenschaftler heute (vor allem jene Nachwuchswissenschaftler, die nichts anderes kennen) nur kontextfreie Strategien als wissenschaftlich anerkennen, stellt die Herausforderung dieses Dogmas zugleich die Legitimität der Gesellschaft, in der es sich durchgesetzt hat, in Frage.

Schließlich ist es *notwendig*, da kontextbezogene Strategien die Zusammenarbeit zwischen professionellem akademischen Personal und Akteuren der „Zivilgesellschaft“ ermöglichen – Kooperationen, die wiederum das gegenseitige Verständnis verbessern und die Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern in demokratische Prozesse hinsichtlich wissenschaftspolitischer Entscheidungen ausweiten. Mit anderen Worten, indem sie *jetzt* an ausgesuchten Projekten zusammenarbeiten, und seien sie noch beschränkt, machen sich bürgerschaftliche Wissenschaftler (Scientifiques-Citoyens) und Bürger (Citoyens) gemeinsam auf, die Wissenschaftspolitik zu demokratisieren.¹⁴

(Frauen sind bei allen Bezeichnungen und männlichen Ausdrücken ausdrücklich mitgemeint.)

Anmerkungen

- 1) Dieser Text, der im Rahmen des Gegengipfels zum G 20-Gipfel in Nizza (Oktober 2011) entstand, hat durch Diskussionen im Umfeld einer Arbeitsgruppe von *Espaces Marx* viel gewonnen. Ausdrücklich danke ich Annick Jacq für ihre Anregungen.
- 2) “l’OIN du plateau de Saclay: science contre démocratie ou science sans démocratie” (Die nationale Angelegenheit auf dem Plateau von Saclay: Wissenschaft gegen Demokratie oder Wissenschaft ohne Demokratie) A. Jacq: *Espaces Marx*. Pamphlet 2011.
- 3) Für eine Analyse der Auswirkungen der Wissensökonomie auf die *Live Sciences* vgl.: “Le vivant entre science et marché: une démocratie à inventer”, eine Gemeinschaftsarbeit, koordiniert von J. Guespin und A. Jacq, syllepse/espaces Marx 2006. Vgl. auch die Artikel auf der Webseite von *Espaces Marx*, unter dem Titel “science et démocratie” (<http://www.espaces-marx.net/spip.php?rubrique123>).
- 4) Wie es im Titel des Forums heißt, das auf dem Gegengipfel gegen den G 20 in Nizza (Oktober 2011) stattfand.
- 5) Für “économie de la promesse” vgl. “la trajectoire d’une promesse” www.espaces-marx.net/spip.php.
- 6) Besteht nicht ganz im Gegenteil derzeit durch die Klimakrise und die Unfähigkeit des globalen Kapitalismus damit klarzukommen die Gefahr der Beherrschung des Menschen durch die Natur?
- 7) Thomas Kuhn: *The Structure of Scientific Revolutions*, Chicago 1962, 2. erw. Ausg. 1970 (dt. Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen, Frankfurt am Main 1976).
- 8) Trofim. D. Lyssenko (1898–1976) war ein sowjetischer Biologe und Agronom, der in den

1950er und 1960er Jahren in der Sowjetunion wissenschaftspolitisch großen Einfluss hatte. Im Namen vermeintlicher „dialektischer Gesetze“ versuchte er, eine „sozialistische Genetik“ zu schaffen, die der „bürgerlichen Genetik“ entgegengesetzt und überlegen sei. Dabei wendete er sich von der wissenschaftlichen Herangehensweise ab (ein Teil seiner Forschungsergebnisse wurde später als Fälschung entlarvt) – und diskreditierte damit zugleich die dialektische Logik für lange Zeit und auf destruktive Weise.

- 9) Hugh Lacey: *Is Science Value Free? Values and Scientific Understanding*, Routledge 1999, 2005.
- 10) Hugh Lacey: *The Many Cultures and the Practices of Science*, 2010, vorgestellt beim I Encuentro Internacional de Culturas, Científicas y Alternativas Tecnológicas. Vgl. auch Nicolas Lechoppier: *Sciences, valeurs et pluralisme*, in: Hugh Lacey.
- 11) Christophe Bonneuil, Frédéric Thomas: *Gènes, pouvoirs et profits: Recherche publique et régimes de production des savoirs de Mendel aux OGM (Gene, Macht und Profit: Öffentliche Forschung und Wissensproduktionsregime von Mendel bis GVOs)*, Éditeur Quae, Co-éditeur Fondation pour le progrès de l'Homme, Oktober 2009.
- 12) Hugh Lacey: *Values and Objectivity in Science*, 2005, Lexington Books.
- 13) Zum Beispiel Agrotreibstoffe.
- 14) Jeder, der sich mit diesen Fragen beschäftigt, weiß, wie schwierig die Materie ist. Wissenschaftler ebenso wie Bürger sind damit einverstanden, für die Wissenschaft (wie für die Wissenschaftspolitik) einen exklusiven Schutzbereich gelten zu lassen, während dessen Erträge dann *de facto* in den Taschen multinationaler Konzerne hängen bleiben.

Internationale Solidarität in Aktion

Christian Pilichowski

Internationale Solidarität kann sich konkret manifestieren als Zusammenarbeit von Gewerkschaftsorganisationen verschiedener Länder. Gewerkschaften verfolgen ihrem Wesen nach das gleiche Ziel: die Vertretung der Interessen der jeweiligen Arbeiterschaft. Besondere Bedeutung kommt diesem Zusammenwirken zu, wenn die betreffenden Arbeiter bei ein und demselben multinationalen Konzern oder innerhalb ein und derselben Branche beschäftigt sind.

Warum sind die Arbeiter alle betroffen?

Wenn in einem multinationalen Konzern eine Entscheidung über Beschäftigungs- oder Investitionsfragen getroffen wird, wirkt sie sich unmittelbar auf mehrere Standorte dieses Unternehmens sowie seiner Zulieferer in verschiedenen Ländern aus. Welche andere Wahl haben die Arbeiter, um den zu erwartenden Konsequenzen entgegenzutreten, als sich grenzüberschreitend zusammenzuschließen und zu versuchen, gemeinsam voranzugehen?

Angesichts der Globalisierung der Unternehmen zeichnet sich eine immer gleichförmigere Welt ab. Unter dem Globalisierungsdruck droht eine Konvergenz der Arbeiterrechte, des Lohnniveaus und der Arbeitsbedingungen auf dem jeweils niedrigsten Niveau. Die negative Spirale der gegenseitigen Unterbietung bei den Sozialstandards dreht sich immer schneller, häufig angetrieben durch die politische und wirtschaftliche Führung der Länder mit

niedrigem Lohnniveau und mit unzureichendem Arbeits- und Sozialrecht, welche dieses Vorgehen als den Weg ansehen, die Entwicklung und Industrialisierung ihrer Länder voranzubringen. In Wahrheit aber machen sie sich damit vor allem zum Handlanger der multinationalen Konzerne und der diesen dienstbaren politischen Instanzen.

Die multinationalen Konzerne verfolgen folgende Ziele:

- sich so weit irgend möglich frei zu machen von Beschränkungen durch Arbeitsrecht und Kollektivverträge, im Namen des „freien Unternehmertums“ und der „Wettbewerbsfähigkeit“,
- die Flexibilität der Arbeit in jeder denkbaren Hinsicht zu steigern,
- mit kurzfristigen Arbeitsverhältnissen operieren zu können (befristete Arbeitsverträge, Zeitarbeit, immer prekärere Arbeitsverhältnisse).

Mit einem Wort, sie möchten mit allen Mitteln den Preis der Arbeit drücken bzw., wie sie es nennen, „die Arbeitskosten senken“.

Die Folgen sind bekannt. In allen Ländern werden die Reichen immer reicher. Der übrigen Bevölkerung sämtlicher Länder („99 %“, um das Motto der Protestbewegung der „Indignados“ – wie die „Empörten“ in Spanien heißen – aufzugreifen) geht es immer schlechter. Es ist also dringend erforderlich, hier einen Klassenkampf zu führen – und nicht etwa einen Kampf zwischen Völkern oder Nationen.

Der französische Gewerkschaftsbund CGT hat seit jeher enge Beziehungen zu sämtlichen demokratischen Gewerkschaftsorganisationen in aller Welt geknüpft und gepflegt, um den sozialen Fortschritt zu einem globalen Anliegen zu machen. Sämtliche internationalen Organisationen – die Vereinten Nationen, die Internationale Arbeitsorganisation ILO und sogar die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung OECD – betonen heute, dass wir nur durch die Schaffung von ausreichend entlohnten Arbeitsplätzen und die weltweite Umsetzung von sozialen Mindeststandards die Krise überwinden können.

Die Arbeiter trifft die derzeitige Globalisierung als erste

Beten uns die Arbeitgeber nicht allenthalben vor, dass die Arbeiter in anderen Ländern flexibler und wettbewerbsfähiger seien sowie weniger Forderungen und Ansprüche stellen? Solange es den multinationalen Konzernen gelingt, die Arbeiter eines Landes gegen die Arbeiter eines anderen Landes auszuspielen, werden wir es nicht schaffen, aus dem Teufelskreis der gegenseitigen Unterbietung bei den Sozialstandards bzw. der andauernden Erpressung durch die Arbeitgeber (unsere Arbeitsplätze zu streichen oder zu verlagern), des Drucks auf unsere Löhne sowie der Verschlechterung unserer Arbeitsbedingungen auszubrechen.

Die CGT ist überzeugt, dass der einzuschlagende Lösungsweg das Anknüpfen und Pflegen von regelmäßigen Beziehungen zwischen den Arbeitern der verschiedenen Länder ist, angefangen bei den Beschäftigten ein und desselben multinationalen Konzerns.

Welchen Beitrag können die Gewerkschaften leisten?

Sobald man sich organisiert, kann man eine Menge erreichen. Durch den Austausch mit Beschäftigten in anderen Ländern können wir ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen kennenlernen – und zwar nicht nur das, was uns die Arbeitgeber erzählen möchten, sondern die authentische Lebenswirklichkeit der Arbeitnehmer. Sobald Kontakte geknüpft sind, wird auch ein tatkräftiges solidarisches Handeln möglich, d.h. man beschränkt sich nicht länger auf den Austausch von Unterstützungserklärungen, sondern tritt dem gemeinsamen Arbeitgeber koordiniert entgegen, informiert die Beschäftigten und kann durch diesen grenzüberschreitenden Schulterchluss das Kräfteverhältnis gegenüber dem Arbeitgeber neu austarieren. Jeder von uns hat schon erlebt, wie wirkungsvoll wir sind, wenn wir alle an einem Strang ziehen. Eine grenzüberschreitende Einheit macht uns um ein Vielfaches stärker. Das haben die bisherigen Erfahrungen deutlich erwiesen.

Hier einige Beispiele: Auf den 2007 abgehaltenen gemeinsamen Seminaren von französischen, tschechischen und ungarischen Gewerkschaftsaktivisten der Gruppe Leroy Somer (Konzernzentrale in Angoulême) konnte ein gegenseitiges Verständnis aufgebaut und eine gemeinsame, sorgfältig begründete Forderungsplattform formuliert werden, die es den ungarischen Arbeitern ermöglicht hat, deutliche Lohnerhöhungen zu erzielen. Je geringer die Abstände, desto schwieriger wird es, uns gegeneinander auszuspielen.

Im Jahre 2009 hängten die Gewerkschaftsaktivisten von vier multinationalen Konzernen mit Standorten in Frankreich und in der Türkei die Protokolle ihrer Begegnungen sowie Bekanntmachungen über ihre gemeinsam getroffenen Entscheidungen sowohl in türkischer als auch in französischer Sprache, versehen mit den Logos der CGT und der türkischen Gewerkschaft (Birle ik Metal), an sämtlichen gewerkschaftlichen schwarzen Brettern der betreffenden Betriebe in Frankreich und in der Türkei aus. Der Wiederhall bei der Belegschaft der Konzerne war enorm – ebenso wie die Wut der Arbeitgeber... Treffer, kann man da nur sagen!

Der ebenfalls 2009 durchgeführte Besuch bei den Kollegen der Airbus-Fertigung in China – an den Montagebändern für den A320 – sowie die Begegnungen mit den Gewerkschaftsaktivisten vor Ort haben es uns ermöglicht, zu begreifen, zu welchen Zwecken die Airbus-Standorte in China wirklich eingerichtet werden; es gelang uns, den Beschäftigten des Konzerns in Frankreich

zuverlässige Informationen aus erster Hand zu liefern, statt der kursierenden wilden Spekulationen. Wenn man die Dinge beim Namen nennt und irrationale Ängste entkräftet, kann man das solidarische Bewusstsein der Arbeiterschaft angesichts der laufenden Globalisierung fördern.

In den Jahren 2009 und 2010 wurden drei Arbeitssitzungen von französischen und tunesischen Gewerkschaftsaktivisten hinsichtlich der Niederlassung von Aérolia durchgeführt, einem Unternehmen, das Airbus im Bestreben nach Diversifizierung seiner Standorte „auf der grünen Wiese“ gegründet hat. Dabei ging es um die Problemkreise „Qualifikation, Einstufung, Löhne“ sowie um Perspektiven für Aktionen und für die Gewerkschaftsarbeit in Tunesien, was derzeit wichtiger denn je ist.

Das im April 2010 in Grenoble abgehaltene Treffen praktisch sämtlicher Gewerkschaftsaktivisten aus den weltweiten Standorten des CATERPIL-LAR-Konzerns – im Anschluss an die heftigen Auseinandersetzungen innerhalb des Unternehmens – hat zwar viel Zeit und Mühe gekostet, nämlich circa sechs Monate Arbeit zum Aufbau von Kontakten zu den verschiedenen Gewerkschaftsorganisationen in aller Welt, die im Konzern aktiv sind, natürlich mit Unterstützung des Internationalen Metallgewerkschaftsbunds IMB. Sehr aufwendig waren auch die Ausarbeitung der Tagesordnung, die sämtlichen Erwartungen entsprechen sollte, ferner die Suche nach Finanzierungsquellen, das Finden eines geeigneten Tagungsorts sowie das Organisieren der erforderlichen Dolmetscherdienste. Doch der Aufwand hat sich gelohnt: Es konnte nicht nur die Tagung erfolgreich abgehalten, sondern auch ein dauerhaftes gewerkschaftliches Netz für den Konzern eingerichtet werden, unter Leitung eines kleinen Kreises von Gewerkschaftsaktivisten. Somit wurde die Zusammenarbeit auf Dauer gestellt und mit Leben erfüllt und ermöglicht einen regelmäßigen Austausch über wirtschaftliche und soziale Fragen im Konzern. Es zeichnen sich bereits gemeinsame Aktivitäten sämtlicher Gewerkschaften ab. Es wurden gemeinsame Forderungen an die Konzernzentrale gerichtet. Damit ist ein Stadium erreicht, indem wir gemeinsame Aktionen planen können. Das nächste allgemeine Treffen ist für 2013 angesetzt.

Die 2010 und 2011 durchgeführten gegenseitigen Besuche zwischen den Kollegen von Alstom Transport und von TMH, dem Unternehmen, bei dem Alstom in Russland investiert, offensichtlich mit dem Ziel einer Standortverlagerung der Fertigung von Waggons und Lokomotiven, mündeten schließlich in eine energische Forderung: Es wurde nämlich der Europäische Betriebsrat (EBR) über die Umstrukturierungen im Konzern informiert und konsultiert (bzw. muss noch konsultiert werden). Auf jeden Fall wird ein erheblicher Teil der Geschäftstätigkeit nach Russland verlagert. Deshalb fordern die französischen und russischen Gewerkschaftsaktivisten nun ge-

meinsam, dass die Russen mit Beobachterstatus im EBR sitzen dürfen, um zu verhindern, dass die Standorte gegeneinander ausgespielt werden, und um den Aufbau gemeinsamer Strategien zu ermöglichen. Man sieht: Es geht. Wir verteidigen unsere Arbeitsplätze – und die Russen auch. Denn sie haben uns wissen lassen, dass Alstom die Forschungs- und Entwicklungsarbeiten bei ihnen schließen will – dass sie es jedoch für unsinnig halten, Forschung und Entwicklung von der Produktion zu trennen. Das trifft sich gut, da auch die Gewerkschaftsaktivisten in Frankreich dieser Meinung sind und den gleichen Kampf führen.

Dank der Kontakte und zahlreichen Begegnungen zwischen den Gewerkschaftsaktivisten der französischen und marokkanischen Standorte von ArcelorMittal ist es gelungen, innerhalb des EBR von ArcelorMittal koordinierte Forderungen zu stellen, die darin bestehen, dass die marokkanischen Kollegen bei einer Sitzung des EBR einen Bericht über ihre Arbeitsbedingungen vortragen dürfen, um – gestützt auf das für die Arbeitnehmer günstigere Kräftegleichgewicht in Europa – Lösungen durchsetzen zu können.

In der gleichen Weise überlegen die Kollegen bei Safran – nach unseren Ende 2011 durchgeführten Treffen mit den Gewerkschaftsaktivisten der marokkanischen Standorte der Luft- und Raumfahrtsparte – nun ebenfalls, ob es nicht zielführend sein könnte, eine Einbindung der marokkanischen und tunesischen Gewerkschaften in die Sitzungen des EBR zu fordern.

Es ging immer wieder darum, Behauptungen der Arbeitgeber zu widerlegen und die Fakten klarzustellen. In diesem Zusammenhang haben wir begriffen, dass das Dokument mit dem größten Nutzen für den internationalen Austausch der Bericht des wirtschaftlichen Sachverständigen beim Konzernbetriebsrat sowie beim EBR ist. Wenn wir von der gefühlten politischen Solidarität zur wirkungsvollen wirtschaftlichen Solidarität übergehen möchten, müssen wir mit unseren Kollegen sämtliche verfügbaren Informationen austauschen. Und da wir als Arbeitnehmer in Frankreich nach wie vor über gewisse Rechte verfügen, sollten wir dafür sorgen, dass auch unsere Kollegen in anderen Ländern davon profitieren können. Wenn wir die Wirtschaft in den Dienst des gesellschaftlichen Fortschritts stellen möchten, ist es hilfreich, denen, die für diesen gesellschaftlichen Fortschritt kämpfen, alle verfügbaren wirtschaftlichen Informationen an die Hand zu geben.

Es gibt Dutzende weiterer Beispiele des Zusammenwirkens: mit brasilianischen Kollegen in der Luft- und Raumfahrtbranche, mit südafrikanischen in der Energiebranche, im Verkehrswesen und im Automobilsektor, mit US-amerikanischen in Form von Treffen der Gewerkschaftsaktivisten bei Boeing, wobei sich sowohl die Angestellten- als auch die Arbeitergewerkschaften beteiligten, ferner mit der CGT bei EADS, mit indischen Kollegen bei den Nie-

derlassungen und Zulieferern von Renault, von Alstom und von Schneider, ferner mit australischen Kollegen, da Thalès sich dort niedergelassen hat und mit der Instandhaltung der Kriegsmarine beauftragt ist.

Ermöglicht wurden diese Initiativen durch die seit langer Zeit gepflegten Beziehungen zu Gewerkschaftsorganisationen weltweit. Diese Beziehungen sind zum einen das Ergebnis des politischen Willens der *CGT métallurgie* (unseres Metallarbeiterversbands innerhalb des Gewerkschaftsbunds CGT), da die internationale Ausrichtung zu unseren Kernüberzeugungen gehört. Zum anderen sind sie unserer Mitarbeit in den europäischen und internationalen Verbandsstrukturen zu verdanken. Wir sind nämlich überzeugt, dass die Pflege bilateraler Beziehungen eine unverzichtbare Ergänzung zu unserer aktiven Mitwirkung in den europäischen und internationalen Verbänden bildet. Es muss erneut betont werden: Trotz der derzeit unrühmlichen Rolle der internationalen Verbände – d.h. trotz ihrer unverantwortlichen Untätigkeit angesichts der Systemkrise – stellt unsere Präsenz in diesen Gremien eine echte Hilfe für unsere Aktivitäten dar und beeinträchtigt in keiner Weise unsere Handlungsfreiheit.

Die Begrenzungen verstehen

Jede Gewerkschaftsorganisation, jedes Land hat eine eigene Geschichte und einen spezifischen Handlungsansatz, gemäß dem jeweiligen Konzept der Gewerkschaftsarbeit. Deshalb müssen wir häufig detailliert erläutern, welche Ziele wir verfolgen, um wirklich verstanden zu werden und eine vertrauensvolle und dauerhafte Beziehung aufbauen zu können. Es handelt sich um Beziehungen zwischen Menschen, in denen das Persönliche zählt, zugleich aber auch um Beziehungen zwischen Gewerkschaftsaktivisten, die – wie wir selbst auch – immer wieder vom Tagesgeschehen eingeholt werden und zusehen müssen, wie sie ihre Prioritäten verteilen.

Wohin führt das?

Vor allem gelangen wir auf diese Weise zu einer klareren Einschätzung der jeweiligen Konzernstrategie. Es geht darum, über die Vorgänge an den Standorten außerhalb Frankreichs Informationen von den Belegschaftsvertretern zu erhalten – statt vom Arbeitgeber. Die Arbeitnehmer bekommen auf diese Weise neue Argumente an die Hand, um ihre Forderungen zu begründen und den Strategien der Arbeitgeber entgegenzutreten. So können sie gemeinsam handeln, um einen bestimmten Kampf zu unterstützen, oder sie können zur gleichen Zeit für das gleiche Ziel kämpfen und so das Kräftegleichgewicht deutlich zu ihren Gunsten verschieben.

Unser Ziel ist es, ein dauerhaftes Netz zwischen den Gewerkschaftsorganisationen in multinationalen Konzernen aufzubauen, damit wir über ein Werkzeug für koordiniertes Handeln verfügen.

Sobald dieses Netz steht, werden wir damit einen internationalen Manteltarifvertrag fordern, der zwischen der Konzernleitung und dem internationalen Verband auszuhandeln ist und in dem der Arbeitgeber sich verpflichten muss, sämtliche Normen und Vereinbarungen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO und die Leitlinien der OECD überall auf der Welt zu respektieren, ungeachtet etwaiger schwächerer lokaler Rechtsnormen. Dieses Netz ist somit ein Element in der von uns angestrebten Verschiebung des Kräftegleichgewichts zugunsten der Arbeiterschaft, so dass es möglich sein sollte, eine tatsächlich wirksame Vereinbarung zu erzielen.

Schlussbemerkungen

Bei den Managern von Unternehmen ist es üblich, sich innerhalb des Konzerns oder innerhalb einer Sparte abzustimmen und sich regelmäßig zu treffen, und zwar auf Kosten des Unternehmens. Regierungschefs halten es ebenso. Dies geschieht, weil es hilfreich und notwendig für ihre Tätigkeit ist. Deshalb muss den Arbeitnehmern die gleiche Möglichkeit eingeräumt werden. Zunächst muss das auf Unternehmensebene erreicht werden.

Da stellt sich natürlich die Frage der Finanzierung. Wir müssen alles in unserer Macht Stehende tun, damit der Arbeitgeber die Kosten trägt. Aber warum sollten wir eigentlich nicht auch fordern:

- dass die UNO ihre Erklärung über „Leitlinien für Unternehmen und Menschenrechte“ aktualisiert;
- dass die OECD das Gleiche mit ihren „Leitsätzen für multinationale Unternehmen“ in die Tat umsetzt?

In diese Leitlinien sollte die Pflicht aufgenommen werden, in multinationalen Konzernen Gremien für die weltweite Information und Konsultation einzurichten. Wir fordern eine Art globale Richtlinie zur Schaffung von weltweiten Betriebsräten sowie die Bereitstellung von Mitteln, damit sich die Gewerkschaftsorganisationen einmal im Jahr für sich treffen können, d. h. ohne Arbeitgebervertreter.

Der Internationale Gewerkschaftsbund IGB sowie die sonstigen internationalen Gewerkschaftsverbände könnten diese Forderung bei der Internationalen Arbeitsorganisation ILO, bei der OECD (über den gewerkschaftlichen Konsultationsausschuss) und bei der UNO vorbringen.

transform! 10-2012

Die Linke, die Jugend und das politische Projekt

Ein Interview mit Rena Dourou

Was stört Sie am meisten an der Entwicklung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lage in Griechenland, das heute am Rande des Staatsbankrotts steht?

Rena Dourou – Zunächst einmal gibt es keine schönen Überraschungen, da sich die Situation im Alltag immer weiter verschlechtert. Das geht sogar so weit, dass einen nichts mehr überrascht, als ob das Land unablässig die Chronik eines angekündigten Todes durchleben würde. Unter den bösen Überraschungen könnte man den berühmten Satz von Theodoros Pangalos (zum Zeitpunkt des Interviews Vize-Premierminister der Regierung Papademos und Nummer zwei der PASOK) zitieren: „Wir haben es gemeinsam verbraucht“ (womit das Geld der Verschuldung gemeint ist). Dieser Satz allein fasst in komprimierter Form eine diffuse geistige Verfassung zusammen, die sich sehr belastend auf die Erklärungsmuster auswirkt, die sich die Bürger für die Krise zurechtlegen.

Viele meiner Landsleute halten Theodoros Pangalos für einen Exzentriker unter den Politikern, einen grobschlächtigen Spinner, der immer wieder durch provozierende Äußerungen auf sich aufmerksam macht. Dennoch hat er nicht einfach nur einen weiteren zynischen Satz zum x-ten Mal in die Welt gesetzt. Vielmehr hat er seine Worte bewusst gewählt und den griechischen Bürgern damit einen fürchterlichen Schlag in die Magengrube versetzt, um sie einzuschüchtern und um der Regierung Zeit zu geben. Seine Vorgehensweise hat natürlich Reaktionen ausgelöst und zu Spaltungen geführt, auch innerhalb der Linken. Wie kann ein durch seine Leibesfülle besonders auffallender hochrangiger Politiker, der zu den Privilegierten der Gesellschaft

gehört, die einfachen Bürger angreifen und sie angesichts all der Verschwendung der Mittäterschaft bezichtigen, indem er ihnen vorwirft, sie hätten beim „Verbraten“ oder „Verfüttern“ von Geld mitgemacht?

Dennoch kann die Aktion von Theodoros Pangalos als gelungen bezeichnet werden: Es gelang ihm, das Unterbewusstsein des Durchschnittsbeamten zu manipulieren, indem er andeutete, dass dieser seinen Posten möglicherweise nicht durch Verdienst erhalten hat, sondern weil er bei den Wahlen für eine der beiden herrschenden Parteien, die sich jeweils an der Macht abwechseln, gestimmt hat. Gleichzeitig lieferte er den Journalisten und den tonangebenden Medien, die das Memorandum unterstützen, ein hervorragendes Argument, jenen Kreisen also, die andauernd verkünden, alle Griechen seien „schuldig“, denn schließlich habe ja jeder schon einmal zu seinem Klempner o.ä. gesagt: „Also, für diese Arbeit brauche ich keine Rechnung!“

Diese böse Überraschung verdeutlicht, wie sich die Dinge in Griechenland entwickeln. Das erklärt wenigstens teilweise, warum die drastischen Renten- und Lohnkürzungen, die Steuermaßnahmen, die ganze Bevölkerungsschichten in den Ruin treiben, die Strafmaßnahmen und die Krise der Demokratie, welche die Wirtschaftskrise überdeckt, weiterhin Bestand haben und sich als stärker erweisen als der Widerstand der Bürger und der politischen Kräfte, die sich dagegen wehren. Dabei sei darauf hingewiesen, dass die Verschlechterung der Lebensbedingungen nicht automatisch Protestbewegungen hervorruft, wie dies fälschlicherweise von manchen linksextremen Organisationen angenommen wird. Die „Toleranz“ der Massen und die „Passivität“ der fortschrittlichen Parteien haben schon immer eine wesentliche Rolle in der Geschichte gespielt!

Was ist die vorläufige Bilanz der zahlreichen kollektiven Mobilisierungen (landesweite Streiks, Gewerkschaftsdemonstrationen, Auftritt der Empörten usw.) gegen die Memorandum-Politik in Griechenland in den beiden letzten Jahren?

Rena Dourou – Während dieser ganzen Zeit hat es in Griechenland starke Mobilisierungen gegeben, und es sind neue Bewegungen entstanden. All dies hat jedoch den Lauf der Dinge nicht umkehren können. Wie hätte es auch anders sein können? Auf der einen Seite stehen die großen wirtschaftlichen und politischen Interessen, die von den Massenmedien unterstützt werden und ihre ganze Macht entfalten. Dem gegenüber fehlt es der griechischen Gesellschaft an Erfahrung; sie muss noch viel über die sozialen Bewegungen lernen. Sogar die Politisierung der Linken ist parteigebunden und nicht gesellschaftsübergreifend. Für den Großteil der öffentlichen Mei-

nung handelt es sich bei den Teilnehmern an den verschiedenen Initiativen der Sozialforen um „schräge Vögel“. Auch auf die Gefahr hin, die empfindsamen Gemüter einiger Gewerkschafter oder führender linker Politiker zu irritieren, möchte ich betonen, dass jede kollektive Aktion, einschließlich der Bewegung der Empörten, eine Art Reifeprozess der politischen Bewegungen darstellt, der durchlaufen werden muss, um die nächste Etappe zu erreichen.

Das Hauptproblem bei dieser Art von Betrachtungen ist, dass sich aus derartigen Kämpfen zwar politisches Kapital schlagen lässt, dies aber weder in geradliniger noch in kumulativer Form erfolgt. Eine etwaige Schärfung des Bewusstseins kann sich sofort wieder in Luft auflösen, da die Menschen angesichts der Krise resignieren – oder wild konsumieren, wobei anstelle der Konsumsucht inzwischen für viele ein Mangel bei der Deckung der Grundbedürfnisse getreten ist.

Rena Dourou – Dieser Feststellung kann ich nur zustimmen. Es ist schwierig für mich, darauf eine objektive Antwort zu geben, da ich selbst mitverantwortlich bin für eine radikale linke Partei auf Landesebene, die 2012 ihr zwanzigjähriges Bestehen feiert. Es ist aber das erste Mal seit meinem Parteibeitritt, dass sich die Bürger an uns wenden und konkrete Vorschläge und Lösungen erwarten. Ich habe den Eindruck, dass es allmählich gelingt, aus der für viele Bürger neuen Erfahrung sozialer Kämpfe gestärkt hervorzugehen, ohne dabei instrumentalisierend zu erscheinen. Die radikale Linke – weder Protestpartei noch Rettungsanker einer Sozialdemokratie auf historischem Tiefstand – scheint gerade im Begriff zu sein, den moralischen Vorsprung zurückzugewinnen, den sie in den Jahren der nationalen und sozialen Sorglosigkeit, die in den Olympischen Spielen von 2004 gipfelte, verloren hatte.

Wie können die an sich positiv gestimmten Bürger für die aktive Unterstützung Ihres politischen Projekts gewonnen werden, abgesehen von besseren Wahlergebnissen?

Rena Dourou – Diese Frage beschäftigt uns wirklich. Die Öffentlichkeit hat uns zugute gehalten, dass wir bisher an allen Fronten, auch im griechischen Parlament und im Europäischen Parlament, eine unnachgiebige Oppositionspolitik geführt haben. Uns wurde zudem Reife in unseren Beziehungen zu den anderen linken Parteien bescheinigt. Unser Aufruf zur Einheit ist schließlich nicht aus einem Kommunikationsbedürfnis heraus entstanden, sondern aus der dringenden Notwendigkeit zu politischem Handeln. Ange-

sichts der Zuspitzung der gesellschaftlichen und politischen Krise sind alle leitenden Persönlichkeiten der Linken gefordert, der Sparpolitik der sich abwechselnden Regierungen Papandreou und Papademos eine klare Antwort entgegenzusetzen.

Dabei darf aber nicht außer Acht gelassen werden, dass die Bürger den traditionellen politischen Organisationen mit Misstrauen begegnen. Die jungen Menschen in den Zwanzigern, die schon mit den sozialen Medien groß geworden sind, werden sich nicht damit begnügen, auf Versammlungen den Worten des Parteiberichterstatters zu lauschen, ihm einige Fragen zu stellen, um dann wieder nach Hause zu gehen. Man muss einfach zur Kenntnis nehmen, dass die Leute heutzutage nicht mehr spontan zu einem kommen, sondern man muss die umgekehrte Richtung einschlagen und auf sie zugehen. Diese Herausforderung ist noch längst nicht bestanden, aber die Voraussetzungen für den Erfolg sind gegeben, um aus Sympathien ein Vertrauensvotum werden zu lassen.

Es geht aber doch nicht nur darum, die radikale Linke durch Wahlen zu stärken, sondern sie als unverzichtbare Kraft zu festigen, die für den Beginn einer Umgestaltung der Gesellschaft und für die Entstehung von solidarischen Bewegungen wirkt und die das gesamte Kräfteverhältnis zugunsten der Beherrschten verändern kann.

Rena Dourou – Die auf gesellschaftliche Umgestaltung zielende Linke sieht sich mit einem erheblichen Widerspruch konfrontiert. Einerseits ist die traditionelle politische Organisation weder ansprechend noch effizient. Andererseits stellt sich seit den Bewegungen der Empörten und den *Occupy*-Demonstranten an der Wall Street die berühmte Frage nach der politischen Repräsentation unter dem Gesichtspunkt einer direkten Demokratie. Eine politische Partei ist aber unweigerlich Schauplatz der Vermittlung, der Repräsentation.

Paradoxiere Weise begrüßen die linken Kräfte, die völlig zuversichtlich in diesen Bürgerbewegungen aufgehen, damit etwas, das ihrer eigenen Daseinsberechtigung widerspricht und letztlich auf ihre Auflösung hinausläuft. Ihre historische Bestimmung besteht nun einmal nicht darin, direkt ausgeübte Demokratie zu vereinnahmen oder zu beeinflussen. Wie lässt sich aber eine solche Protesterfahrung bei den Wahlen vermitteln, um gestärkt in Politik- und Gesetzgebungsprozesse einzugreifen? Wenn wir unsere Funktionsweise als politische Organisation nicht schnell einem Reifeprozess unterziehen, vergrößert sich die Gefahr, dass wir die historische Begegnung mit der neuen Radikalität, die sich derzeit in der Gesellschaft manifestiert, versäumen.

Was müsste also in organisatorischer Hinsicht verändert werden?

Rena Dourou – Zunächst einmal müsste man erkennen, dass diejenigen Personen, deren Situation festgefahren ist, nicht unbedingt am besten geeignet sind, die historische Gunst der Stunde zu nutzen und an der Entwicklung geeigneter Lösungen zu arbeiten. Sind sie dieser Aufgabe wirklich gewachsen? Die Antwort, die man als Politikwissenschaftler darauf geben kann, ist völlig ungewiss. Man müsste unsere Partei bitten, sie sollte sich einmal vorstellen, was wäre, wenn sie erst gestern gegründet worden wäre: Die interne Struktur ist nach dem Muster der 1980er-Jahre aufgebaut. Sie hat übrigens als erste griechische Partei einen Internet-Auftritt erstellt, wenngleich die anderen Parteien inzwischen deutlich aufgeholt haben. Mehrfach hat sie unter Beweis gestellt, dass sie gesellschaftliche Erschütterungen, den Zorn der Jugend, den Missstand des Landes wahrnimmt.

Die Entwicklung politischer Alternativen wird indes dringend benötigt. Die Kompetenzkrise und die Aufgabenverteilung innerhalb der Organisation ähneln derjenigen im Ministerrat oder in der Europäischen Kommission. Daraus folgt, dass die Partei nicht genügend Sensoren hat, um Entwicklungen zu begreifen, die außerhalb ihrer Organisation stattfinden. Sogar unsere Jugendorganisation begeht die gleichen Fehler.

Vor allem dauerte es viel zu lange, bis sich SYNASPISMOS gewahr wurde, dass die sozialen Medien keine „unpolitischen“ Medien sind, d.h. kein bloßes Anhängsel moderner Lebensführung. Es sei daran erinnert, dass die Nachricht über den Tod von Alexis Grigoropoulos im Dezember 2008 zuerst über Twitter verbreitet wurde; dadurch verringerte sich die Möglichkeit einer Manipulation der Berichterstattung über dieses tragische Ereignis durch die Polizei. (Der 15-jährige wurde am 6. Dezember 2008 nach einem Wortwechsel zwischen einer Gruppe Jugendlicher und der Polizei in Athen von einem Polizisten erschossen. *Die Red.*) Zeitverluste bei der Umwandlung von Fakten in Symbole muss man teuer bezahlen; daher ist es unverzichtbar, dass die Politik möglichst synchron agiert. Dasselbe gilt für die Notwendigkeit, die Organisationsstruktur zu verändern und in den Prozess der Entscheidungsfindung, der Durchführung von Projekten und der Erfüllung von Zielen die horizontale Ebene einzuführen. Wichtig für SYNASPISMOS wäre eine flexiblere Gliederung ihrer Komponenten. Was früher als Makel galt – Flexibilität wurde oft mit Tatenlosigkeit gleichgesetzt –, kann sich nun als Trumpfkarte erweisen, um dezentrale Initiativen zu ergreifen. Die Verbreitung solcher Initiativen kann sich positiv auf die Funktionsweise der Organisation auswirken.

Die „hauptberuflichen“ Parteipolitiker sollten sich übrigens öfter im Internet über neuentstehende Formen der Mobilisierung und Problemstel-

lungen, die sich mit ihrem Kompetenzbereich überschneiden, informieren, statt ihren Bereich nur zu „verwalten“, als ob es sich um ein Ministerium handeln würde. Das zeugt von einer überholten Mentalität, die den Anforderungen der heutigen Gesellschaft nicht gerecht wird. Deshalb muss sich das so schnell wie möglich ändern! Eine Rotation der Stellen und Ämter innerhalb der Organisation ist ebenfalls wünschenswert, um die Realitätsferne und unausweichlichen negativen Folgen von Routineabläufen zu vermeiden.

Wie steht es mit der politischen Kommunikation?

Rena Dourou – Das ist eine lange Geschichte, die damit zu tun hat, dass die Linke – nicht nur in Griechenland, sondern überall in der westlichen Welt – Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit stets verteufelt hat. Diese Haltung verhindert, Brücken zwischen der Partei und der öffentlichen Meinung zu schlagen, denn das tonangebende Mediensystem wird umgangen und vermieden. Politik und Kommunikation sind nun einmal untrennbar miteinander verbunden. Es kann keine Kommunikationsstrategie geben, wenn die politische Botschaft nicht vorhanden ist. Um existenzfähig zu sein, muss jedoch diese Botschaft durch geeignete Formen vermittelt werden. Es geht also nicht darum, beim Publikum die Farbe der Augen zu verändern, sondern darum, sie zum Leuchten zu bringen.

Die Linke sich bisher um die Chance gebracht, sich formal und inhaltlich als Kraft für Innovation, Wandel und Richtungswechsel zu präsentieren. Eine Kraft der Erneuerung, die sich den Herausforderungen der Verjüngung und der Feminisierung des politischen Aktivismus stellen kann, der es gelingt, in der einfachen Bevölkerung Anhänger anzuwerben, und nicht nur bei intellektuellen Kleinbürgern, der größten Gruppe von Wählern und Aktivisten von SYNASPISMOS. Unter diesem Gesichtspunkt ergänzt sich die Zusammensetzung unserer Partei mit derjenigen der KKE (der Kommunistischen Partei Griechenlands), deren Kernwählerschaft aus der traditionellen Arbeiterklasse stammt.

Die Frage der Jugend verdient dabei besondere Aufmerksamkeit. Wie Gramsci sagte, besteht die Tendenz, dass das Modell der Parteiführungen innerhalb der politischen Jugendorganisationen nachgebildet wird. Der Lauf der Dinge ist aber nicht immer gleichmäßig; es gibt auch Brüche, Unterbrechungen. Die aktuelle Konjunkturlage kann vielleicht eine „ungehorsame“ Jugend mit Aktivisten hervorbringen, durch die das politische Engagement einen neuen Sinn erhält und kollektives Handeln neu erfunden wird.

Wie kann die Politik grundlegend so umgestaltet werden, dass sie den Erwartungen der neuen Generation entspricht?

Rena Dourou – Man muss sich in Erinnerung rufen, dass SYNASPISMOS die einzige griechische Partei ist, deren Satzung das Vorhandensein von Strömungen anerkennt. Im Laufe der Zeit haben die Strömungen aber aufgehört, Denkrichtungen zu vertreten; sie verwandelten sich in Gruppierungen, die durch persönliche Beziehungen geprägt sind. Die Mehrheitstendenz der Partei hat die Jugendorganisation für sich vereinnahmt, und zwar so sehr, dass bei Initiativen und Festivals unserer jungen Aktivist*innen Redner*innen der Minderheitstendenzen völlig fehlen. Dies erklärt, weshalb die Missstände der Partei in der Jugendorganisation Fuß gefasst haben und umgekehrt.

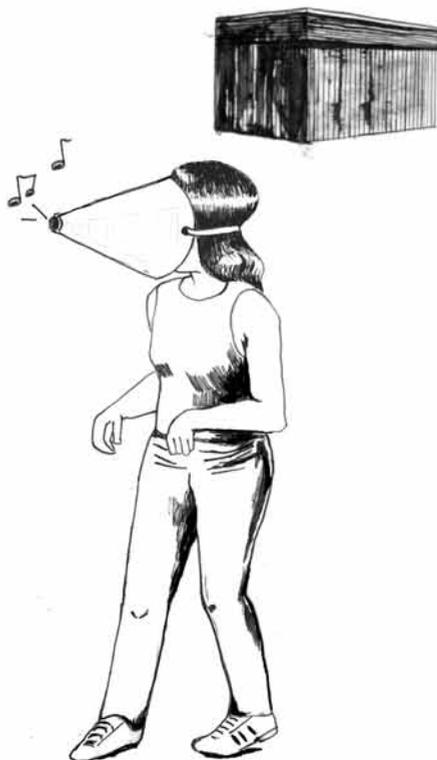
Wie kann unter diesen Bedingungen die politische Organisation wieder auf die Bedürfnisse der Gesellschaft ausgerichtet werden? Und vor allem: Wie können wir unsere Basis über die studentische Jugend hinaus erweitern und auch die jungen Arbeitnehmer*innen, die Arbeitslosen und die Beschäftigten in prekären Arbeitsverhältnissen wieder erreichen? Es ist äußerst schwierig, diese konventionelle Funktionsweise zu ändern, umso mehr in einem Kontext, der durch das Festhalten der griechischen Gesellschaft an der Beschäftigung im öffentlichen Sektor und den Argwohn der Linken gegenüber dem „Privatsektor“ geprägt ist.

Allerdings waren die Verbindungen der Partei mit den gesellschaftlichen Bewegungen, die heute ganz selbstverständlich erscheinen, eine strategische Entscheidung, die innerhalb der Partei aufgrund traditioneller Stereotypen („bunte“ Kollektive, Desorganisation usw.) heftigem Widerstand begegnete. Die Jugendorganisation von SYNASPISMOS schaffte es dennoch, all diese Widerstände zu überwinden und an den globalisierungskritischen Mobilisierungen und den verschiedenen Auflagen des Sozialforums teilzunehmen. Das beweist, dass wir uns auf neue Politikfelder ausdehnen können, anhand von strategischen Entscheidungen, die mit aller Klarheit zu akzeptieren sind. Unter diesem Gesichtspunkt ist die Krise eine einzigartige Situation, in der die echten Bedürfnisse der griechischen Jugend, deren Forderungen nur mühsam ihren Ausdruck finden, neu in den Blick zu nehmen sind.

Wie kann die Herausbildung solcher Kampfthemen politisch vorangetrieben werden?

Rena Dourou – Wir haben bereits einige Initiativen angestoßen, insbesondere 2004 zur Ausbeutung von Praktikanten, dann zur „700-Euro-Generation“. Diese Versuche blieben jedoch ohne Wirkung. Wie können sie in ein strategisches Projekt eingebettet werden, das darin besteht, den gesellschaftlichen Widerstand gegen die Prekarität und die verschiedenen Formen der Unterdrückung im Rahmen der Lohnarbeit wieder zu aktivieren? Zusammenfassend lässt sich sagen: Wir müssen Netzwerke der Solidarität, der gegenseitigen Unterstützung, der gemeinsamen Projekte und der alternativen Information ausprobieren. Wir müssen Netzwerke des 21. Jahrhunderts schaffen, nicht nur im Internet, sondern vor allem in der wirklichen Welt, um die Probleme des Alltagslebens in den Mittelpunkt zu stellen. Die Herausforderungen sind sehr groß, aber es ist der Mühe wert.

(Das Gespräch mit Rena Dourou wurde am 20. Dezember 2011 in Athen von Michel Vakaloulis geführt. Rena Dourou ist als Mitglied des Politischen Sekretariats von SYNASPISMOS verantwortlich für Europapolitik.)



Europa sozial und demokratisch neu gründen

Brüssel, März 2012: Auf dem Weg zu einem alternativen europäischen Gipfel

Walter Baier, Elisabeth Gauthier

Die einzig mögliche Antwort der Linken auf die existentielle Krise des neoliberalen Europaentwurfs besteht – wie immer deutlicher wird – in einem Wiederaufbau auf neuen Fundamenten. Die überstürzte Flucht der europäischen Oligarchie in eine Art „neoliberalen Fundamentalismus“ verstärkt die zerstörerischen Effekte für die Union und ihre Gesellschaften nur. In diesem Zusammenhang kann die „Neugründung Europas“ als Zielvorstellung nicht in ferner Zukunft angesiedelt bleiben, sondern muss zum konkreten Ziel werden, zu einem Anliegen, das Theorie und Praxis inspiriert.

Transform! hat als europäisches Netzwerk, das in Verbindung zu anderen Bewegungen und Netzwerken wie zur *Partei der Europäischen Linken (EL)* steht, während seiner Generalversammlung in Prag im September 2011 beschlossen, seine Bemühungen um den Entwurf einer Alternative in Europa zu intensivieren. Daher nahm *Transform!* an der Jahreskonferenz der *Joint Social Conference (JSC)* in Brüssel vom 29. und 30. März 2012 teil. Gleichzeitig organisierten die *EL* und *Transform!* einen ersten „Alternativen Europäischen Gipfel“ am 30. und 31. März 2012, an dem viele Abgeordnete und Aktivisten wie auch Netzwerke, Bewegungen und Gewerkschaften teilnahmen.

In dem Maße, in dem die Europäischen Sozialforen an Bedeutung verloren haben, da sie nicht in der Lage waren, eine den Herausforderungen dieser großen europäischen Krise angemessene Form der Erneuerung zu finden, gilt es nun dringend, neue Kooperationsräume zu öffnen.

Dabei bildet die *JSC* einen wertvollen Raum der Kooperation für europäische Gewerkschaften und Bewegungen. Die Jahreskonferenz im März 2012 war ein großer Erfolg im Hinblick auf Teilnehmerzahlen und die Entwicklung gemeinsamer Positionen (vgl. die Abschlussdeklaration¹). Die Diskussion stellte unter anderem die breite Unterstützung der Entscheidung für die Schaffung eines „gemeinsamen politischen Feldes“ auf europäischer Ebene her, um so einen Arbeitsprozess aufzufrischen, der zu Großveranstaltungen wie einem „Europäische Alternativen Gipfel der BürgerInnen“ führen könnte.

Der tragische und dramatische Charakter der Situation in Europa zeigt uns die Notwendigkeit, nicht mehr nur stärker zu reagieren, sondern uns auch – was die sozialen und politischen Kämpfe angeht – um größere Wirksamkeit zu bemühen. Dafür werden neue Bündnisse nötig, die nationale und europäische Kämpfe miteinander verbinden. Darüber hinaus ist eine „Politisierung der Themen“ notwendig, d. h. die engere Verbindung sozialer Auseinandersetzungen mit der Zielsetzung der Veränderung der politischen Kräfteverhältnisse.

Die Tatsache, dass der „neue neoliberale Fundamentalismus“ sowohl einen Angriff auf das soziale als auch auf das demokratische Modell (die beide schon heute beträchtlich ausgehöhlt sind) darstellt, führt dazu, dass sich soziale und politische Kämpfe objektiv näher kommen.

Die Ergebnisse der diversen Treffen Ende März scheinen einen so noch nie dagewesenen Prozess angestoßen zu haben, in dessen Rahmen Gewerkschaften, Bewegungen, politische Kräfte und eingreifende Intellektuelle zusammenarbeiten können.

Vielfältige Initiativen

Die Rede von „alternativen Gipfeln“ statt von „Gegengipfeln“ bringt ein neues Anliegen zum Ausdruck. Das entspricht dem Ansatz, den Transform! Ende 2011 vorgeschlagen hat. Die Joint Social Conference ebenso wie die Leitung der Europäischen Linken haben diese Idee aufgenommen. Einige sehr anregende Diskussionen zwischen den Anwesenden zeigten, dass das Bewusstsein, sich in einem historischen Moment zu befinden, weit verbreitet ist. Es geht nicht allein darum, den unumgänglichen Bruch mit der seit dreißig Jahren andauernden, neoliberalen Integration zu betreiben, die eine verhängnisvolle Wende markierte und Europa in ein Trümmerfeld verwandelte, sondern darüber hinaus um die demokratische Neugründung. In einigen europäischen Ländern entstehen zur Zeit derart ausgerichtete Bewegungen.

Potentiale für eine solche Dynamik gibt es. Verschiedene europäische Begegnungszonen existieren, wie etwa das *Forum Soziales Europa* – ein gewerkschaftliches Forum, die *EuroMemorandum*-Gruppe, in der sich mehr als 200 Wirtschaftswissenschaftler organisieren, *ATTAC Europa*, das *CADTM*

(*Committee for the Abolition of the Debt of the Third World* – Komitee für den Schuldenerlass für die Dritte Welt), die *Europäische Vereinigung für Menschenrechte* (*European Association for Human Rights*), die *Euromärsche*, der *Prager Frühling II*, der hauptsächlichliche Netzwerke aus osteuropäischen Ländern zusammenbringt usw. Auf institutioneller Ebene nimmt die Kooperation innerhalb der Linken zu, es kommt zu gemeinsamen Aktionen, vor allem durch Mitglieder der *Partei Die LINKE* im Bundestag und der *Front de Gauche* innerhalb der Nationalversammlung², ebenso wie innerhalb der *REALPE* (fortschrittliche, lokal gewählte Abgeordnete).

In jüngster Vergangenheit entstanden Aufrufe an die je nationalen Öffentlichkeiten, die die Notwendigkeit politischen Wechsels betonen und die auf nationaler wie europäischer Ebene veröffentlicht wurden. Griechische Intellektuelle verbreiteten einen Aufruf mit dem Titel „Erklärung zur Verteidigung von Gesellschaft und Demokratie“³, in dem sie feststellen, dass wir uns in einer „Ko-Abhängigkeits-Krise“ befinden. Dann veröffentlichten einige wichtige deutsche Gewerkschaftler⁴ einen Aufruf mit dem Titel „Europa neu begründen! Den Marsch in den Ruin stoppen! Die Krise durch Solidarität und Demokratie bewältigen!“⁴, der einen radikalen Politikwechsel und eine Neugründung Europas fordert, verbunden mit dem Hinweis, dies sei die einzige vorstellbare Möglichkeit zur Überwindung der Krise in Europa. Ein weiterer Aufruf kursiert in Frankreich.⁵ All diese Aufrufe richten sich an die Öffentlichkeit sowohl ihrer eigenen Länder als auch an die europäische Öffentlichkeit.

Die Konferenz, veranstaltet von verschiedenen europäischen Bewegungen, die im Europäischen Parlament in Kooperation mit der Fraktion *Verziente Europäische Linke/Nordische Grüne Linke* (*GUE/NGL*) am 31. Mai 2011 stattfand, öffnete Horizonte in Richtung der Feststellung weitreichender Übereinstimmungen, was die Hauptlinien einer Alternative zur Schuldenenkungspolitik angeht.⁶ Auf der Basis einer exakten Analyse empfiehlt das *EuroMemorandum 2011/12* präzise Maßnahmen zur Einleitung eines Richtungswechsels. Der *Europäische Gewerkschaftsbund* (*EGB/ETUC/CES*) lehnte zum ersten Mal in seiner Geschichte einen europäischen Vertrag ab. Die *Europäische Linke* wirbt für eine europäische Bürgerinitiative für mehr direkte Demokratie auf europäischer Ebene (<http://www.citizens-initiative.eu>). Die *Front de Gauche* in Frankreich erklärte, dass die Durchsetzung linker Politik in einem Land auch „Ungehorsam“ bedeutet und eine politische Auseinandersetzung mit großer Reichweite auf europäischer Ebene in Zusammenarbeit mit allen mobilisierbaren Kräften zur Folge hat. Verschiedene Initiativen rufen derzeit zu Volksabstimmungen und allgemeinen Wahlen auf, um das Inkrafttreten der neuen Verträge zu verhindern und eine breite Debatte unter den Bürgern Europas anzustoßen. Der Aufruf deutscher Ge-

werkschafter und Wissenschaftler plädiert für eine europäische Bürger- und Sozialbewegung mit dem Ziel einer radikalen politischen Wende. Andere europäische Aufrufe, wie etwa die „Erklärung zur Verteidigung von Gesellschaft und Demokratie“ griechischer Wissenschaftler, zielen in dieselbe Richtung. Die *Joint Social Conference* (ein europäisches Netzwerk von Gewerkschaften und Bewegungen) beschloss eine wichtige Formel: „Die Diktatur der Finanzmärkte verhindern, Demokratie und soziale Rechte zurückerobern“.

Auf dem Weg zu einem alternativen europäischen Gipfel

Heute finden überall in Europa wichtige Kämpfe statt. Dennoch mangelt es trotz deren Kraft und Entschlossenheit an Erfolg und Fortschritt. Überall prallen die zentralen Forderungen – auf nationaler und europäischer Ebene – am Mainstream ab. Die Alternative muss als Bruch mit diesem Mainstream auf allen Ebenen entworfen werden – auf Betriebsebene, regional, national und auf europäischer Ebene.

In dieser Konfrontation nehmen die Übereinstimmungen zwischen den gewerkschaftlichen Kräften, den Bewegungen und der politischen Linken zu, einerseits was die Kritik an der europäischen und den nationalen Politiken angeht und andererseits was Alternativen betrifft.

Die Abwehrkämpfe sollten Perspektiven für eine Alternative formulieren können. Das Ziel einer neuen kulturellen und politischen Hegemonie führt in einen politischen Prozess, der eine neue Kraft zur Interpretation der Wirklichkeit, neue Fähigkeiten und eine gemeinsame Praxis in den Vordergrund stellt. Die Durchschlagkraft eines alternativen politischen Projekts hängt von seiner Fähigkeit ab, die abhängig Arbeitenden und die Mittelklassen zusammenzubringen, die beide vor dem Hintergrund der Krise ernsthaft unter Entbehrungen leiden und die die herrschenden Kräfte versuchen, mit Hilfe der nationalistischen, rassistischen und autoritären Rechten getrennt voneinander zu halten. Sowohl auf der europäischen Ebene als auch innerhalb jeder einzelnen Gesellschaft kann die Wiederaneignung einer solidaritäts-basierten Vorstellung von Gesellschaft durch einen Prozess der Annäherung von Unten in der Konfrontation mit der herrschenden Klasse erreicht werden. Politische Vorschläge, die mit dem Mainstream brechen um Antworten auf spezifische Probleme geben zu können, können die Mobilisierung vorwärts treiben. Die Wiederaneignung der Demokratie und die Überwindung der politischen Krise verlangen eine neue Qualität der Demokratie und ein neues Begehren nach politischem Wandel. Der Kampf gegen die Ausbreitung der Sparpolitik setzt eine ganz neue Politik voraus, die der Konzeption des Kredit systems, den Banken, der Entwicklungspolitik, der Verortung der Arbeiterklasse, der Organisation der privaten Firmen und des öffentlichen Sektors und der Ver-

teilung des Reichtums diametral entgegen läuft. Soziale, wirtschaftliche und politische Demokratisierung bilden die Motoren, die derartige Zielsetzungen möglich machen.

Genauso muss Europa zur Verschiebung der weltweiten Kräfteverhältnisse zugunsten von sozialer Gerechtigkeit, Demokratie, ökologischer Transformation und Frieden beitragen.

Auf der von der *EL* und *Transform!* veranstalteten Konferenz am 30. und 31. März kamen viele zu dem Ergebnis, dass die „Windrichtung“ änderbar ist – vorausgesetzt, wir fangen gemeinsam an, die gewaltige Herausforderung der Krise anzunehmen. Zunächst steht der Abwehrkampf gegen den neuen Merkozy-Vertrag und die Troika an, um eine Implosion der Demokratie in Europa zu verhindern. Zusätzlich zur Mobilisierung gegen die Sparpolitik, für die Neuverhandlung der Verträge und für die Verteidigung der Demokratie steht in den unterschiedlichen Ländern der Kampf um neue politische Mehrheiten an, die das Bedürfnis nach politischem Wandel zum Ausdruck bringen. Felipe Van Keirsbilck, einer der Hauptorganisatoren der *Joint Social Conference* sieht das als den Kontext, in dem „alle arbeiten werden, nicht um Hegemonie für sich selbst zu erlangen, sondern um Hegemonie aufzubauen gegen den Neoliberalismus“. Pierre Laurent, Präsident der *Europäischen Linken*, hielt fest, dass „wir einen solchen Raum brauchen, aufgebaut in einem Prozess, der uns an einer Alternative zusammenzuarbeiten erlaubt, deren Ziel ein politischer Schwenk in der Europäischen Union ist“, ein Prozess, auf den er sich auch selbst verpflichtete. Die ersten Grundsteine dieses Prozesses sind durch eine neue Fokussierung gelegt, nicht nur was Inhalte angeht, sondern auch in Bezug auf die Praxis. Die Rede vom „Aufbauprozess“, von der „Gestaltung eines neuen Raums für gemeinsame Arbeit“ zeigt neue handfeste Möglichkeiten der Überwindung der Widersprüche, die die progressive Bewegung bis heute belastet haben: der Zwiespalt zwischen nationaler und europäischer Ebene; die Trennung zwischen sozialem und politischem Mobilisierungsterrain; die immer noch fortbestehenden Grenzen zwischen Akteuren mit unterschiedlichen Eigenarten und Geschichten.

Ganz konkret könnte ein solcher offener Prozess in Richtung eines alternativen europäischen Gipfels der Notwendigkeit entsprechen, einem neuen Projekt zum Ausdruck zu verhelfen, das auf die Rekonstruktion Europas auf neuem Fundament zielt. Ein derartiger Prozess würde auch die Annäherung und Zusammenarbeit vieler Kräfte in all ihrer Unterschiedlichkeit befördern – sowohl innerhalb der einzelnen Länder als auch europaweit.

Anmerkungen

- 1) Den Text in voller Länge gibt es bei: <http://www.jointsocialconference.eu>.
- 2) Vgl. die gemeinsame Erklärung in dieser Ausgabe, erhältlich in englischer, französischer und deutscher Sprache.
- 3) Erklärung zur Verteidigung von Gesellschaft und Demokratie, www.koindim.eu. (Der Text ist in mehreren Sprachen vorhanden.)
- 4) Stoppt den Marsch in den Ruin! Die Krise mit Solidarität beenden! www.europa-neu-begrunden.de.
- 5) Rettet das griechische Volk vor seinen Rettern! <http://aletheiareview.wordpress.com/2012/03/29/sauvons-le-peuple-grec-de-ses-sauveurs-3/>
- 6) Die wichtigsten Ergebnisse der Konferenz fasst zusammen: http://www.transformnetwork.net/uploads/media/coordinate_our_strengths_01.pdf.

Die Krise, die Kürzungen und die Frauen

Christiane Marty

Die Krise hat äußerst negative Auswirkungen auf die Gesellschaft insgesamt. Besonders betroffen sind jedoch die Frauen. Für Kürzungsmaßnahmen in Europa werden die Menschen des jeweiligen Landes zur Kasse gebeten, während die eigentlich Verantwortlichen, nämlich die großen Banken, verschont bleiben. Eine besondere Ungerechtigkeit sind die unterschiedlichen Auswirkungen auf Frauen und Männer. Sie werden bei den Kürzungsmaßnahmen völlig außer acht gelassen. Das Gefälle wird nicht nur nicht überwunden, sondern verschärft.

Dieser Sachverhalt muss stärker ins öffentliche Bewusstsein gerückt werden, nicht nur, um zu zeigen, wie Männer und Frauen Opfer der Maßnahmen werden, sondern um deren Ungerechtigkeit deutlich zu machen. Sie treffen die ohnehin schon benachteiligten Bevölkerungsgruppen besonders hart. Als wichtige Akteure innerhalb der sozialen Bewegungen und als Kräfte, die sich für den Aufbau von Alternativen zur gegenwärtigen Politik einsetzen, müssen die Frauen unmissverständlich Position beziehen und ihren Standpunkten und Vorschlägen Gehör verschaffen.

Dieser Beitrag verfolgt das Ziel, die obigen Aussagen zu vertiefen. Sie gelten für Frankreich und sind für alle europäischen Länder von Relevanz. Die Situation wird hier in ihrem Gesamtkontext dargestellt, ohne Anspruch auf Vollständigkeit.

Frauen besonders hart betroffen

Infolge der Ungleichheit der Geschlechter befinden sich Männer und Frauen weder auf dem Arbeitsmarkt noch im privaten Bereich in einer ähnlich gelagerten Position. Frauen sind in informellen, unsicheren und niedrig bezahlten Arbeitsverhältnissen überrepräsentiert, während sie auf allen Entscheidungsebenen des Wirtschaftslebens unterrepräsentiert sind. Sie sind sehr viel stärker von prekären Arbeitsverhältnissen, Entlassungen und Armut betroffen und genießen in weitaus geringerem Maße den Schutz der sozialen Systeme. Infolge dieser ungleichen Situation sind auch die Auswirkungen der Krise je nach Geschlecht unterschiedlich. In Zeiten der Rezession sind Menschen, die ohnehin einem hohen Armutsrisiko ausgesetzt sind, deutlich anfälliger – insbesondere jene, die einer mehrfachen Diskriminierung ausgesetzt sind, wie u. a. unverheiratete Mütter, junge Menschen, Ältere oder Einwanderer.

Die Folgen sind für Frauen in verschiedener Hinsicht besonders gravierend. Dieser Sachverhalt wurde vom Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB), vom Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB), vom Europäischen Parlament und vielen anderen Organisationen bestätigt. Die Krise *„verschärft die ohnehin traditionell benachteiligte Position der Frauen noch weiter“*. Der IGB erinnert daran, dass *„der Einfluss der Krise auf die Beschäftigungssituation tendenziell unterschätzt wird und niemals auf die Titelseiten der Zeitungen gelangt. Nichtsdestoweniger sind im Allgemeinen Frauen als erste von prekären Lebenslagen und einer zunehmend unsicheren Beschäftigungssituation betroffen“*,¹ was sich in den offiziellen Statistiken aber nur selten niederschlägt. Mit den Standardindikatoren lässt sich in der Tat kaum erfassen, in welchem Ausmaß Frauen von der zunehmenden wirtschaftlichen Unsicherheit betroffen sind und allzu oft fehlen nach Geschlechtern aufgeschlüsselte Daten.

Auswirkungen auf die Beschäftigungssituation

Auch wenn sich die Lage in den einzelnen Wirtschaftssektoren unterscheidet, gibt es eine Reihe grundsätzlicher Tendenzen hinsichtlich der Auswirkungen der Krise auf die Beschäftigungssituation. Dazu gehören der Anstieg der Arbeitslosigkeit, eine massive Zunahme unsicherer und informeller Beschäftigungsverhältnisse sowie wachsende Armut. Bei all diesen Faktoren sind Frauen besonders hart betroffen.

In der Europäischen Union waren von der Krise anfangs vor allem solche Wirtschaftszweige betroffen, in denen Männer die Mehrheit stellen, wie beispielsweise im Bauwesen, der Industrieproduktion und im Transportwesen. Dies waren dann auch die Bereiche, auf die sich die Konjunkturmaßnahmen

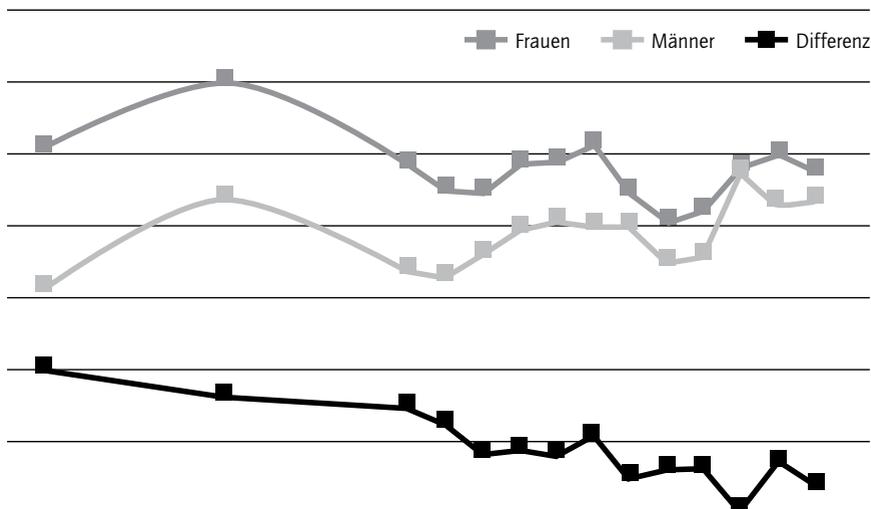
konzentrierten. Der Anstieg der Arbeitslosenquote war bei den Männern zwischen 2007 und 2009 am stärksten und erreichte dann 2010 mit 9,6 Prozent den gleichen Stand wie die Frauenarbeitslosigkeit.

Gleichzeitig wurden bereits verkürzt arbeitende Frauen zu weiteren Arbeitszeitverkürzungen gezwungen. In den Arbeitslosenstatistiken findet dies jedoch keinen Niederschlag, da Arbeitssuchende dort als Personen definiert werden, die komplett ohne Beschäftigung und auf der Suche nach einer Anstellung sind (Kategorie A). Menschen in Unterbeschäftigung, die gern mehr arbeiten würden (Kategorien B und C mit „verkürzter Berufstätigkeit“), werden in den Arbeitslosenstatistiken nicht erfasst. In einigen Ländern erscheinen Frauen im Falle von Arbeitslosigkeit überhaupt nicht in der Statistik der dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehenden Personen. Dies trägt auch dazu bei, dass die Auswirkungen der Krise auf die Frauenarbeitslosigkeit unterschätzt werden.

Auf die erste Krisenphase, in welcher die Arbeitslosigkeit unter Männern besonders massiv zunahm, folgte eine zweite, in der die von Frauen dominierten Wirtschaftszweige, wie der öffentliche Sektor sowie das Gesundheits- und Bildungswesen, besonders stark betroffen waren.

In Frankreich lag die Arbeitslosenquote für Frauen und Männer im Jahr 2009 auf dem gleichen Niveau, ab 2010 kam es dann aber wieder zu einem einseitigen Anstieg der Frauenarbeitslosigkeit.

Frankreich: Unterschiede in der Entwicklung der Arbeitslosenquote bei Männern und Frauen.



Basierend auf INSEE-Daten (2011: II. Quartal).

Wie die Analyse von Françoise Milewski² belegt, reicht es nicht aus, die Entwicklung der Arbeitslosenquote darzustellen, indem man diese zur Anzahl der Personen in Beschäftigung ins Verhältnis setzt, ohne dabei auch die Entwicklung der Teilzeitarbeit zu betrachten, bei welcher es sich letztendlich um eine teilweise Form der Arbeitslosigkeit handelt. Frauen waren weniger stark vom eigentlichen Verlust des Arbeitsplatzes als vielmehr von erhöhter Unterbeschäftigung infolge von Teilzeitarbeit und gleichzeitiger „Kürzung der Arbeitszeiten“ betroffen. Durch die Krise haben sich die bereits vorhandenen Arbeitsmarktendenzen verfestigt, und die Teilzeitarbeit spielte für die Frauen eine Art Auffangrolle.

Darüber hinaus hat die Krise zu einer massiven Ausweitung so genannter prekärer Arbeitsverhältnisse mit kurzen Arbeitszeiten und sehr niedrigen Löhnen geführt, wovon in erster Linie Frauen betroffen sind. Mit der teilweisen Arbeitslosigkeit wurde bei Männern und Frauen unterschiedlich umgegangen. So kamen Männer, die in der Automobilbranche von Kurzarbeit betroffen waren, in den Genuss von Ausgleichsmaßnahmen. Nichts Vergleichbares ist indessen für Frauen beabsichtigt, die ebenfalls von einer Arbeitszeitreduzierung ihrer Teilzeitstellen betroffen waren. Die Vorstellung, dass die Arbeitslosigkeit bei Männern gravierender als bei Frauen ist, hält sich nach wie vor äußerst hartnäckig. Tatsächlich verhält es sich so, dass das Arbeitslosengeld bei Männern höher ausfällt als bei Frauen (64 Prozent gegenüber 57 Prozent).

Zunahme von prekären und informellen Beschäftigungsverhältnissen

Infolge der Krise müssen immer mehr Menschen prekäre oder informelle Arbeitsverhältnisse annehmen.³ Die grundlegende Tendenz, dass die Arbeitsmärkte zunehmend von informellen Arbeitsverhältnissen geprägt sind, beschleunigt sich. Dieser Trend hat auf Frauen, insbesondere Migrantinnen, die stärksten Auswirkungen. Zwar gibt es keine geschlechtsspezifischen Statistiken, aber Feldstudien weisen darauf hin, dass Frauen im informellen Sektor – also unsicheren Arbeitsplätzen und Teilzeitjobs – überrepräsentiert sind, im Vergleich zu Männern für die gleiche Arbeit schlechter entlohnt werden und ihr Zugang zu Sozialleistungen stärker eingeschränkt ist. All dies zusammen genommen, schlussfolgert der IGB, *„untergräbt ihre Rechte, verstetigt die ungleiche Behandlung der Geschlechter in der Gesellschaft und begrenzt die Perspektive auf dauerhaften wirtschaftlichen Fortschritt“*.

Für seinen Zuständigkeitsbereich konstatiert der EGB hinsichtlich der sich ändernden Arbeitsbedingungen für Frauen in Europa einen alarmierenden Tatbestand in Bezug auf Arbeitsstunden, Löhne und Verträge. Die Bedingungen in bevorzugt von Frauen ausgeübten Jobs sind deutlich prekärer geworden. Allerorten ist ein Anstieg der Arbeitsbelastung, des Arbeitsdrucks und

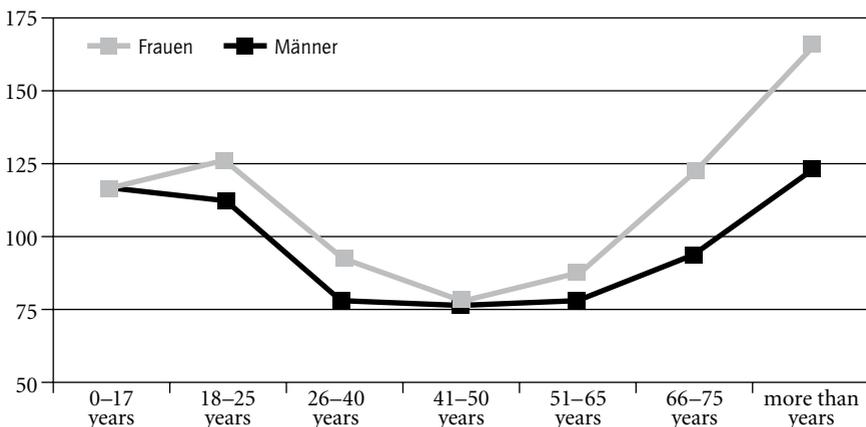
-stresses, moralischer und psychologischer Schikanen sowie der Schwarzarbeit zu verzeichnen. Die Anzahl von Frauen, die in unangemeldeten Arbeitsverhältnissen tätig sind, ist erheblich angestiegen, vor allem im Bereich der haushaltsnahen Dienstleistungen.

Das Europäische Parlament hat in zwei Entschliefungen aufgezeigt, dass dieser Situation nicht die Aufmerksamkeit gewidmet wird, die sie eigentlich verdient, da „die Wirtschafts- und Finanzkrise in Europa ganz besonders nachteilige Auswirkungen auf Frauen hat, die stärker prekären Arbeitsverhältnissen unterworfen, mehr von Arbeitslosigkeit bedroht und weniger von den Systemen der sozialen Sicherheit geschützt sind“.⁴ Leider haben diese Warnrufe keine wirksamen Maßnahmen nach sich gezogen, was Fragen hinsichtlich der tatsächlich vorhandenen Kompetenzen des Europäischen Parlaments aufwirft.

Wachsende Armut

Die zunehmende Armut betrifft sowohl Arbeitslose als auch Menschen in Beschäftigung. Das Europäische Parlament gibt dazu folgenden Hinweis: „Frauenarmut bleibt in den Statistiken und in den Systemen der sozialen Sicherheit verborgen“. In ihrem Jahresbericht 2010 zur Gleichstellung von Frauen und Männern verweist die Kommission darauf, dass Frauen einem höheren Armutsrisiko ausgesetzt sind. Dies betrifft insbesondere Frauen über 65 mit einem Armutsrisiko von 22 Prozent (16 Prozent bei Männern), allein stehende Mütter (35 Prozent) und andere, insbesondere ethnischen Minderheiten zugehörige, Gruppen von Frauen.

Relatives Armutsrisiko für Männer und Frauen nach Altersgruppen, OECD-Durchschnitt, Mitte der 2000er Jahre



Auswirkungen der Sparpläne auf die Frauen

Die Länder mit dem höchsten Niveau der sozialen Absicherung und der öffentlichen Dienstleistungen haben es besser vermocht, der Rezession standzuhalten – jedoch sind genau diese Grundpfeiler des Sozialstaates gegenwärtig Budgetkürzungen ausgesetzt! Frauen sind davon gleich doppelt betroffen, da sie im öffentlichen Dienst die Mehrheit stellen und generell stärker als Männer auf Sozialleistungen angewiesen sind.

Mehr als 15 europäische Länder haben derartige Maßnahmen durchgesetzt. Ende 2010 stellte das Europäische Parlament fest, dass *„angesichts der angekündigten Haushaltskürzungen im öffentlichen Sektor die Gefahr eines überproportional hohen Anstiegs der Frauenarbeitslosigkeit besteht, da ihr Beschäftigungsanteil in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Sozialfürsorge besonders hoch ist“*.

Im öffentlichen Dienst ist der Frauenanteil tatsächlich sehr hoch. In Großbritannien stellen die Frauen 62 Prozent der Beschäftigten im öffentlichen Sektor, und Frauen werden von der geplanten Streichung von 400 000 Stellen auch besonders stark betroffen sein.

In Frankreich wird jede zweite infolge von Pensionierung frei werdende Stelle im öffentlichen Dienst nicht wieder neu besetzt. Im Zeitraum 2008 bis 2012 entsprach dies dem Wegfall von 150.000 Vollzeitstellen im öffentlichen Dienst, was bedeutet, dass es sehr viel weniger Neubesetzungen gibt. Im Zusammenhang mit der Vernichtung von Arbeitsplätzen sind Angestellte im öffentlichen Dienst in etwa einem Dutzend Länder auch Gehaltskürzungen ausgesetzt. In einigen Fällen belaufen sich diese sogar auf 25 Prozent, wie etwa in Rumänien, Portugal und Griechenland. In Frankreich wurden die Gehälter im öffentlichen Dienst eingefroren.

Kürzungen der sozialen Absicherung und der Sozialleistungen

Überall in Europa sind die öffentlichen Ausgaben für sozialen Schutz und Absicherung gegenwärtig drastischen Kürzungen unterworfen: Dies betrifft u. a. das Arbeitslosengeld, Gelder für die soziale Grundsicherung, Beihilfen für Familien, Mutterschaftsgeld oder auch Leistungen für pflegebedürftige Personen. In vergleichbarer Weise sind grundlegende Dienste wie Kinderbetreuung, Sozialleistungen und Gesundheitsfürsorge betroffen. In Frankreich sind viele Vorschulklassen sowie Zentren für Mütterbetreuung und Schwangerschaftsabbrüche bereits geschlossen worden. Obwohl sich die Anzahl pflegebedürftiger Menschen erhöht hat, werden die entsprechenden Haushalte entweder eingefroren oder beschnitten.

Von den Kürzungen im Bereich der sozialen Absicherung und der Gesundheitsleistungen sind insbesondere Frauen betroffen, da ihnen innerhalb der

Familien in der Regel diese Verantwortung zufällt. Die Frauen finden sich zunehmend in der Situation wieder, für Leistungen aufkommen zu müssen, aus denen sich der Staat zurückzieht. Dies macht es ihnen noch schwerer, ihr Familien- und Arbeitsleben zu meistern. Die zunehmende unbezahlte Arbeitsbelastung im Privatleben geht zu Lasten der Berufstätigkeit von Frauen, sodass sich die ungleiche Behandlung der Geschlechter auf dem Arbeitsmarkt und in der Lebensplanung der Frauen weiter verschärft, wie vom *European Institute for Gender Equality* dargelegt.⁵

In Frankreich wurde die Reform des Pflegesystems aufgrund der geplanten Reduzierung der Haushaltsdefizite auf das Jahr 2012 verschoben. Sie ist jedoch dringend erforderlich, da die gegenwärtige Situation unerträglich geworden ist – insbesondere für pflegende Angehörige (überwiegend Frauen) betreuungsbedürftiger Menschen: Sie nehmen hiermit eine überaus schwere Verantwortung und Arbeitsbelastung auf sich,⁶ welche ihnen an ihrem Arbeitsplatz zum Nachteil gereicht (Teilzeitarbeit oder Rückzug aus dem Berufsleben) und ihre Gesundheit beeinträchtigt (körperliche oder nervliche Erschöpfung). Dieser Zustand wird umso unhaltbarer, als viele betreuungsbedürftige Personen in Armut leben. Da im November 2007 darauf verzichtet wurde, die Sozialleistungen an die Inflationsrate anzupassen, hatte dies ein Absinken des Lebensstandards dieser Menschen zur Folge.

Angriffe auf die Rentner

Fast alle europäischen Länder haben kürzlich ihre Rentensysteme „reformiert“. Der allgemeine Trend verlief in Richtung Privatisierung und Koppelung der Rentenzahlungen an die eingezahlten Beiträge. Diese neu entstandene engere Koppelung wurde durch das Zurückfahren korrektiver Mechanismen bewirkt (Boni für Kinderbetreuungszeiten, Mindestrentenbeiträge), welche auf einen Umverteilungseffekt zugunsten der Frauen abzielten, um die nachteiligen Auswirkungen ihres gesellschaftlichen Beitrags aufgrund von Kindererziehungszeiten abzumildern. Allerorten ist das durchschnittliche Rentenniveau von Frauen niedriger als das von Männern – infolge von Karrierebrüchen, Teilzeitarbeit oder niedrigeren Löhnen. Die vorhandenen Korrekturmechanismen sind unzureichend, da sich die Ungleichheit zwischen Männern und Frauen beim Übergang von der Berufstätigkeit in die Rente weiter verstärkt. Die durchschnittliche Rente für Frauen beläuft sich in Frankreich auf lediglich 62 Prozent der Renten für Männer, obwohl ihr Durchschnittslohn 80 Prozent von dem der Männer beträgt.⁷ So werden sogar hier die Schutzmechanismen angegriffen. Durch die Koppelung der eingezahlten Beiträge an die Rentenhöhe kommt die allgemeine Benachteiligung von Frauen in doppelter Hinsicht zum Tragen.

Das Absinken des Rentenniveaus wird zur Folge haben, dass Frauen noch stärker von Armut bedroht sind. Die Europäische Kommission stellte hierzu fest, dass *„Rentner von Verarmung bedroht sind und ältere Frauen dem stärksten Armutsrisiko ausgesetzt sind“*.

Ferner gibt es die Tendenz, das Renteneintrittsalter für Frauen dem der Männer in jenen Ländern anzugleichen, in denen es diesbezüglich bislang Unterschiede gegeben hat, und die Höhe der Rentenzahlungen zu reduzieren.

Die 2010 in Frankreich durchgeführte „Reform“ hat die bereits im Gange befindliche Regression weiter verstärkt.⁸ Da Frauen im Durchschnitt mehr Beitragsjahre aufweisen müssen als Männer, trifft sie jedwede Verlängerung dieses Zeitraums in überproportional hohem Maße – ebenso wie die Anhebung der Altersgrenze für die Einstufung von Personen mit zu wenigen Berufsjahren (von denen die meisten Frauen sind) als „Sozialhilfefall“.

Wir sollten außerdem erwähnen, dass die Haushaltsposten für Maßnahmen zur Gleichstellung von Frauen und Männern in einer Reihe von Ländern die ersten waren, die den Streichungen zum Opfer fielen, wie das Europäische Parlament konstatierte.

Schlussfolgerungen

Eine Reihe von Lehren können aus den Erkenntnissen, welche Auswirkungen die Krise auf die Frauen hatte und hat, gezogen werden. Zum einen sollten weder auf nationaler noch auf internationaler Ebene politische Maßnahmen ohne eine vorherige Analyse ihrer geschlechtsspezifischen Auswirkungen auf den Weg gebracht werden. Hierbei handelt es sich um eine Verpflichtung, die die Staaten auf der Vierten Weltfrauenkonferenz in Peking 1995 eingegangen waren – aber in der Praxis nie umgesetzt haben.

In gleicher Weise sollten die Programme der politischen Parteien ebenso wie Vorschläge von Seiten der sozialen Bewegungen systematisch den Gender-Aspekt und das Ziel der Gleichstellung von Frauen und Männer aufnehmen. Nicht nur, weil es sich hierbei um eine Maßnahme der sozialen Gerechtigkeit handelt, sondern auch, weil politische Schritte, die der Gleichstellung Rechnung tragen, Bestandteil der Lösung sind, die uns aus der Krise herausführen kann.

Wenn man sich tatsächlich die Ursachen der Ungleichheit zwischen den Geschlechtern vergegenwärtigt, tritt die Bedeutung eines gesamten Bereichs menschlicher Tätigkeit zutage, der bislang im Wesentlichen von Frauen wahrgenommen wurde und der die gesamte wirtschaftliche Seite der Pflege umfasst: unsichtbare und unbezahlte Arbeit, die im privaten Bereich ausgeübt wird, sowie eine unzureichend gewürdigte Arbeit für die Allgemeinheit. Die Krise erinnert uns daran, wie wichtig das kollektive Wohlergehen sowie eine

qualitativ hochwertige soziale Absicherung und öffentliche Leistungen sind.

Zu einem Zeitpunkt, da diese eigentlich der Fortentwicklung bedürften (Krippen, Pflegevereine usw.), sind sie von allen Seiten Angriffen ausgesetzt. Diese Sektoren bilden jedoch ein enormes, auf soziale Bedürfnisse ausgerichtetes Wachstumspotential. Sparmaßnahmen sind nichts Unausweichliches.⁹ Die Krise bietet die Möglichkeit, die Art und Weise, wie produziert und konsumiert wird, tiefgreifend zu transformieren. Politische Maßnahmen müssen sich prioritär darauf richten, soziale und Umweltbedürfnisse zu erfüllen und die für diese Ziele erforderlichen Regeln zu formulieren. Da sie zunehmend Angriffen ausgesetzt sind, muss den alltäglichen Bedürfnissen und der wirtschaftlichen Seite der Pflege wieder die Bedeutung beigemessen werden, die nur allzu oft vergessen wird.

Es ist überaus bedeutsam, dass diese Anliegen, die bislang allzu oft allein die der Frauen sind, Anliegen von uns allen werden. Diesen grundlegenden Bedürfnissen Gehör und ein größeres Gewicht als den Märkten zu verschaffen, ist die Herausforderung unserer Zeit.

Anmerkungen

- 1) ITUC: Living with economic insecurity: women in precarious work, März 2011.
- 2) Françoise Milewski: Chômage et emploi des femmes dans la crise en France. Schreiben des OFCE (Observatoire français des conjonctures économiques – Centre de recherche en économie de Science Po), Mai 2010.
- 3) Unter unsicherer Beschäftigung versteht der EGB nicht dauerhafte, zeitlich begrenzte und lückenhafte Tätigkeiten.
- 4) Entschließung des Europäischen Parlaments (EP) vom 17. Juni 2010 zu geschlechtsspezifischen Aspekten der Rezession und Finanzkrise (2009/2204 INI); Entschließung des Europäischen Parlaments vom 19. Oktober 2010 zu Frauen in prekären Beschäftigungsverhältnissen (2010/2018 INI).
- 5) EIGE (European Institute for Gender Equality): Report on Reconciliation of Work and Family Life as a Condition of Equal Participation in the Labour Market, 2011.
- 6) Christiane Marty: Prise en charge de la dépendance: un double enjeu pour les femmes, 2011. <http://gesd.free.fr/enjeu2f.pdf>.
- 7) Werte von 2004.
- 8) Retraites, l'heure de vérité, Syllepse 2010 (Koordination JM. Harribey, P. Khalfa, C. Marty).
- 9) Le piège de la dette de la dette publique. Attac, Éditions Les liens qui libèrent, April 2011; Le manifeste d'économistes atterrés, Les liens qui libèrent, 2010.

transform! 10-2012

Einkommensunterschiede und Vermögenskonzentration in Österreich wachsen. Wie kann der Trend umgekehrt werden?

Peter Fleissner

Die zunehmend auseinanderklaffenden Einkommen und die extrem ungleiche Vermögensverteilung in Österreich lösen bei der Mehrzahl der Bürger Empörung aus. Es ist immer deutlicher geworden, dass die politische Klasse Österreichs nicht daran interessiert ist, durch entsprechende Gesetze die Armen zu schützen und ihnen ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Die politische Klasse beschließt regelmäßig, den Lebensstandard der Menschen zu verschlechtern. Ihr Hauptinteresse gilt der eigenen Bereicherung. Korruption ist zur vorherrschenden Eigenschaft österreichischer Politiker geworden. Es hat überhaupt nichts gebracht, dass die österreichische Regierung – zusammen mit dem Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechenbekämpfung und dem Europäischen Amt für Betrugsbekämpfung – letztes Jahr in Laxenburg bei Wien die Internationale Anti-Korruptionsakademie (IACA) gegründet hat. Die IACA beabsichtigt, einen wirksamen Beitrag zum globalen Kampf gegen die Korruption zu leisten, indem sie Defizite in der Theorie und Praxis dieses Bereichs offenlegt. Österreichs politische Klasse ruft „Haltet den Dieb!“, gleichzeitig jedoch werden künftige politische oder finanzielle Kollaborateure mit Geschenken und kleinen oder größeren Summen „angefüttert“.

Eine jüngst von dem Ökonomen Friedrich Schneider vorgelegte Untersuchung schätzt den Schaden für den Staat auf ca. 27 Mrd. EUR.

Während einige Führungskräfte in Österreich Hunderttausende Euros ohne jede Gegenleistung erhalten (oft wissen sie noch nicht einmal, wofür sie bezahlt werden), lebt eine Million Menschen an der Schwelle zur Armut.

Die Armen werden ärmer ...

Wie in anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union auch gibt es einen deutlichen Trend zu einer fallenden Lohnquote. 1978 betrug die Lohnquote noch etwa 66 Prozent; 2007 hatte sie mit 58 Prozent ihren niedrigsten Stand erreicht. Wegen der Krise, als die Profite stark zurückgingen, stieg sie 2009 auf etwa 61 Prozent.

Obendrein hat die Arbeitslosigkeit deutlich zugenommen. Sie liegt derzeit bei über 200.000. 1972 gab es lediglich 40.000 Arbeitslose. Aber selbst für Menschen in Beschäftigungsverhältnissen wird es immer schwieriger, genug zum Leben zu verdienen. Insbesondere Frauen, die zunehmend Teilzeit arbeiten (über 40 Prozent), leiden unter zunehmendem Einkommensverlust. Ein weiterer Skandal ist, dass das mittlere Reallohneinkommen von Frauen 30 Prozent unter dem der Männer liegt (siehe Abbildung). Dieser Abstand ist über die letzten 30 Jahre unverändert geblieben, auch wenn öffentlich viel über die geschlechterspezifische Einkommenslücke debattiert wurde. Um sie zu schließen, ist jedenfalls bislang nichts Substanzielles unternommen worden.

Die Sozialpartner in Österreich haben genau wie in Deutschland entschlossen und sehr erfolgreich die Löhne niedrig gehalten. Während die reale Produktivität von 1997 bis 2008 um mehr als 30 Prozent anstieg, stagnierten die Reallöhne (siehe Abbildung). Es ist nicht schwer zu erraten, wohin die aus der Differenz zwischen Umsatz und Lohnsumme gewonnenen Mittel fließen: Sie bilden die Grundlage für die explosionsartig gewachsene Spekulation und überschwemmen die Finanzmärkte mit Liquidität.

Ein weiteres Kennzeichen ist die ungleiche Verteilung der Einkommen. Seit einigen Jahrzehnten nimmt die Ungleichheit weiter zu. So erhielten z. B. 2006 die ärmsten 20 Prozent der Beschäftigten 2,2 Prozent der Gesamtlohnsumme, während die reichsten 20 Prozent auf 46,7 Prozent kamen. 1976 betrug der Anteil der Ärmsten noch 4,8 Prozent, der der einkommensstärksten Gruppe 40,2 Prozent. Die ärmste Gruppe der Beschäftigten verlor mehr als 50 Prozent ihres Anteils an der Gesamtlohnsumme.

... die Reichen werden reicher

Schauen wir uns dagegen die Lage der Begüterten an. Ganze 19 Familien verfügen über 75 Mrd. EUR. In Österreich gibt es 74.000 Millionäre mit einem Vermögen von 230 Mrd. EUR. Insgesamt besitzen Privathaushalte ein Vermögen in Höhe von insgesamt 1.400 Mrd. (davon 880 Mrd. in Immobilien und 440 Mrd. an Geldvermögen). Lediglich ein Siebtel dieser Summe wäre erforderlich, um die Staatsschulden abzuführen. Das Vermögen ist erwartungsgemäß stark in den Händen einer reichen Minderheit konzentriert.

1 Prozent der Bevölkerung besitzt 27 Prozent des gesamten Geldvermögens und 22 Prozent aller Immobilien; 10 Prozent besitzen mehr als 50 Prozent des Geldvermögens und 61 Prozent der Immobilien; während die ärmere Hälfte über 8 Prozent des Geldvermögens und lediglich 2 Prozent aller Häuser, Wohnungen und Grundstücke verfügt.

Ungleichheit und politische Entscheidungen – Hauptursachen der Finanzkrise

Offensichtlich wollen Österreichs Politiker und Spitzenmanager nicht verstehen, dass die ökonomischen Aktivitäten ausgewogen sein müssen, damit jedem ein menschenwürdiger Teil an den erzeugten Gütern und Diensten zukommt. Wenn dieses schlichte Prinzip verletzt wird, gerät die Wirtschaft früher oder später in eine Krise und bricht zusammen. Wie auch Ende der 1920er Jahre zu sehen war, ist die Ursache hierfür wachsende Ungleichheit. Es scheint, dass sich heute in der EU die Konzentration von Vermögen in den Händen einiger weniger dem Niveau in den Vereinigten Staaten kurz vor der Weltwirtschaftskrise annähert.

Anstatt die politische Entscheidung zu treffen, private Banken der Kontrolle einer qualifizierten demokratischen Behörde zu unterstellen, geben die Europäische Kommission und die nationalen Politiker weiterhin Steuergelder in Milliardenhöhe zu deren Rettung aus. Die jüngsten Versuche der Europäischen Kommission, einen Fiskalpakt ohne Einbeziehung der Bürger umzusetzen, ist nur ein weiterer Schritt hin zu einer Rezession in Europa und der Verteilung der Lasten auf die Mehrheit der Menschen.

Widerstand entwickelt sich

Im Januar 2012 rief das österreichische Forum für soziale Gerechtigkeit im Bildungszentrum der Arbeiterkammer Wien die Initiative „Steuergerechtigkeit – jetzt!“ ins Leben, um den Widerstand gegen die oben skizzierten Entwicklungen zu organisieren. Das Forum besteht aus Intellektuellen, Künstlern und politischen Aktivisten, darunter Vertreter von Gewerkschaften und Religionsgemeinschaften. Freda Meissner-Blau, die hochangesehene Gründerin der österreichischen Grünen und ehemalige Kandidatin für das Bundespräsidentenamt, nahm ebenfalls an der Veranstaltung teil.

In einem transparenten und demokratischen Prozess wurde die Initiative „Steuergerechtigkeit – jetzt!“ mit absoluter Mehrheit als eines von drei weiteren Themen für mögliche politische Aktionen ausgewählt. Die anderen Themen waren, erstens, „Verkürzung der Arbeitswoche“, zweitens, „Prekäre Arbeit und Pflegeleistungen“, und drittens, „Bedingungsloses Grundeinkommen.“

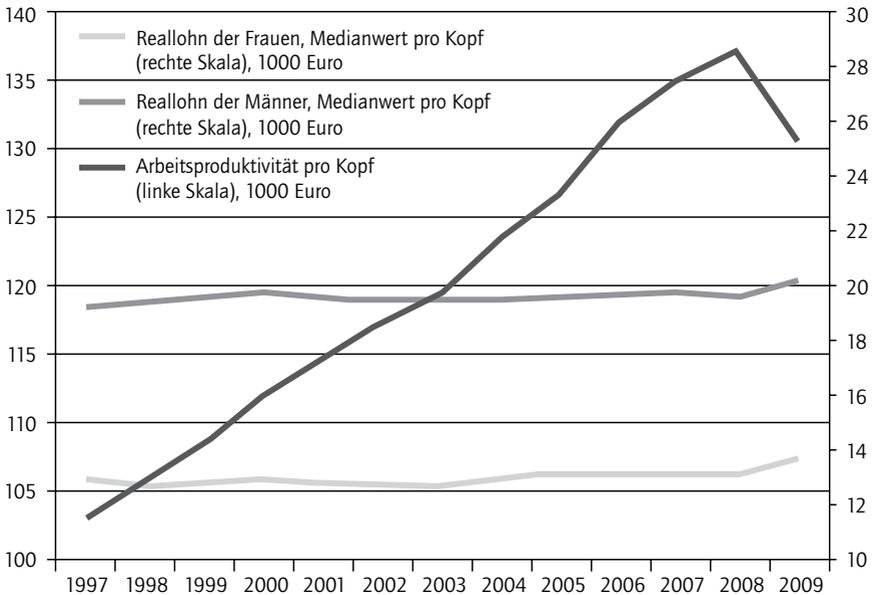
Eine neu erschienene Broschüre stellt der österreichischen Öffentlichkeit die soziale Lage dar und liefert Argumente für eine höhere Besteuerung von Privateigentum, Geldvermögen und sehr hohen Einkommen. Die Broschüre steht auf der Homepage des Forums für soziale Gerechtigkeit (<http://forumfuersozialegerechtigkeit.wordpress.com>) und auf der Homepage von transform!at (<http://transform.or.at>) als Download zur Verfügung.

Das Forum für soziale Gerechtigkeit und transform!at sind nicht die einzigen, die sich für das Thema einsetzen. So initiierte Rudolf Fussi z. B. ein Volksbegehren für Steuergerechtigkeit mit einer ähnlichen Liste von Forderungen. Bereits 2002 hatte er ein erstes Volksbegehren gegen die Beschaffung von Abfangjägern für die österreichischen Luftstreitkräfte organisiert sowie 2006 ein zweites mit Hilfe der Sozialdemokratischen Partei. Vor kurzem hat Fussi die SPÖ unter Protest verlassen. Das Forum für soziale Gerechtigkeit und transform!at werden mit Fussi zusammenarbeiten, um die erforderliche Anzahl Unterschriften zu sammeln. Auch beim Österreichischen Gewerkschaftsbund (ÖGB) gibt es eine Interessengruppe „Steuerinitiative.“ Das Forum für soziale Gerechtigkeit fordert folgende zwölf Maßnahmen zur Einführung eines gerechten Steuersystems:

1. Progressive Vermögensbesteuerung. Immobilien müssen zu Marktpreisen und nicht wie bisher zum viel niedrigeren „Einheitswert“ veranlagt werden. Aktien und Obligationen im Wert von über 700.000 EUR sollten progressiv mit 0,5 bis 1,5 Prozent besteuert werden. (Diese Forderung wurde vom ÖGB aufgestellt und vom Forum übernommen.)
2. (Wieder-)Einführung einer progressiven Erbschaftssteuer (4 bis 20 Prozent) mit einem steuerlichen Freibetrag von 400.000 EUR. (Dieser Vorschlag stammt von der Gewerkschaft Druck und Papier)
3. Anhebung des Spitzensteuersatzes; der Steuersatz für die untersten zu steuernden Einkommen sollte gesenkt werden. Arbeit muss billiger werden.
4. Stärkere Differenzierung der Steuerklassen.
5. Anpassung an die Inflationsrate.
6. Aufhebung der Höchstbeitragsgrundlage in der Sozialversicherung.
7. Einführung einer Wertschöpfungsabgabe (eine Forderung des früheren Sozialministers Alfred Dallinger).
8. Abschaffung der Gruppenbesteuerung, eines Konzernsteuersystems, das es international operierenden Unternehmen ermöglicht, das Land mit dem niedrigsten Steuersatz auszuwählen.
9. Abschaffung nicht gemeinnütziger privater Stiftungen.
10. Kein Geld mehr für private Rentenfonds.
11. Einführung einer Finanztransaktionssteuer zur Eindämmung von Spekulation.
12. Transparenz im Bankenwesen.

Das aus diesen Steuern insgesamt erzielbare Aufkommen würde etwa 11 Mrd. EUR betragen. Das Geld sollte für eine bessere Ausstattung des Sozialstaates und für öffentliche Investitionen in eine ökologisch und sozial gesunde Infrastruktur eingesetzt werden.

Abbildung: Arbeitsproduktivität und Reallöhne in Österreich (1997–2010)



Datenquellen:

Statistik Austria, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 1978–2010, Produktionswert zu Herstellungspreisen nach ÖNACE-Abteilungen, lfd Preise, Tab. 50; Produktionswert zu Herstellungspreisen, verkettete Volumenindizes, Tab. 51; Erwerbstätige (Inlandskonzept, Vollzeitäquivalente) nach Wirtschaftsbereichen, Tab. 11; Nettojahreseinkommen der unselbständig Erwerbstätigen 1997 bis 2010 (online, Abruf am 07.07.2012), Reallöhne mittels harmonisiertem VPI (2005 = 100) berechnet.

Ein *Europäischer New Deal* für das 21. Jahrhundert

Jacques Rigaudiat

Können wir für unsere in der Europäischen Union vereinten Länder, die allesamt von einer bis ins Mark gehenden Krise betroffen sind, einen *New Deal* entwerfen? Vor allem aber – und das ist meiner Ansicht nach die zugrunde liegende und wesentliche Frage: Was wäre der praktische Nutzen eines derartigen *New Deal*? Damit solche Überlegungen mehr sind als eine intellektuelle Spielerei, müssen wir uns fragen, inwiefern im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts für die USA erdachte Maßnahmen uns helfen können, die Krise „von oben her“ – also durch entschlossenes staatliches Handeln – zu überwinden, um unseren Bürgern die Gewissheit einer besseren Zukunft – oder doch zumindest die Aussicht darauf – zu geben.

Ich bin überzeugt, dass wir das schaffen können – und dass es unsere Pflicht ist. Deshalb möchte ich in meinem Vortrag die wesentlichen Merkmale darlegen, die für unsere derzeitige Situation kennzeichnend sind, und begründen, warum wir sie sehr wohl als vergleichbar mit der Lage betrachten dürfen, mit der sich USA-Präsident Franklin D. Roosevelt in den 1930er Jahren konfrontiert sah. Abschließend versuche ich zu umreißen, welche Konsequenzen für unser konkretes politisches Handeln gezogen werden sollten.

Das Risiko, dass Europa auseinanderbricht

Die Situation, in der wir uns heute befinden, hat keine oder fast keine historischen Vorläufer. Die Organe der Europäischen Union sind handlungsunfä-

hig – in Schockstarre, würden manche sagen – angesichts von Ereignissen, die von niemandem in ihrer Führungsriege gestern vorhergesehen wurden und die heute keiner von ihnen zu überwinden weiß. Was die Eurozone anbelangt, so ist sie schlichtweg vom Auseinanderbrechen bedroht. „Heute Abend wird aus dem Stegreif gespielt“ – dieser Titel eines Stücks von Luigi Pirandello aus dem Jahre 1929 könnte leider als Motto für das Improvisationstheater dienen, das die in Schwierigkeiten geratene Europäische Union derzeit zur Aufführung bringt. Fürs Erste wurde erfolgreich auf Zeit gespielt, besonders Ende 2011 und Anfang 2012, mit dem Auflegen von zwei langfristigen Refinanzierungsoperationen (LTRO – insgesamt 1 Billion Euro!) zugunsten der europäischen Banken durch die EZB, im Dezember und dann erneut im Februar; doch nichts wurde repariert, sondern die Probleme wurden lediglich auf die lange Bank geschoben.

Wenn der innerste Kern der Europäischen Union – die Eurozone, d. h. die 17 leistungsstärksten Volkswirtschaften, die sich in einer gemeinsamen Währung zusammengeschlossen haben – in Schwierigkeiten steckt, dann liegt das daran, dass es sich dabei um das schwächste Glied im Konzert der Wirtschaftsmächte bzw. im Währungskrieg handelt, das derzeit auf dem Spielplan steht.

Denn es liegt gar nicht so sehr an der Höhe der Schulden. Die USA weisen bekanntlich einen Verschuldungsgrad von 100 Prozent ihres BIP und ein schwindelerregendes Haushaltsdefizit von 8,5 Prozent auf. Objektiv betrachtet ist das eigentlich eine kritische Situation, die „von den Märkten“ sanktioniert werden müsste – was jedoch nicht geschieht, jedenfalls noch nicht. Ebenso verhält es sich mit Japan, das seit einem Jahrzehnt wirtschaftlich dahinsiecht und inzwischen bei einer Rekordverschuldung von 200 Prozent seines BIP angelangt ist. Ansonsten heißt es „Warten auf den Yuan“, auf die seit Langem prognostizierte Aufwertung der chinesischen Währung sowie allgemein auf den Aufstieg der Währungen der Schwellenländer, vierzig Jahre nach der endgültigen Abschaffung der Goldkonvertibilität des Dollars und des damit einhergehenden Zusammenbruchs des internationalen Währungssystems von Bretton Woods. Doch in der Zwischenzeit bleibt der Dollar, trotz allem, die internationale Referenzwährung, und auch der Yen hält sich als eine starke Referenzgröße.

Wie erklären sich also diese wiederkehrenden Angriffe auf bestimmte Länder der Eurozone? Eben weil es sich dabei um ein schwaches Glied in der Kette handelt. Für die Finanzmärkte springt dabei – man wagt es kaum zu sagen – immer ein Gewinn heraus. Selbst die Schwäche zahlt sich für manche aus; denn die Interventionen sind immer zu wenig und kommen immer zu spät ... Wer die Spekulation nicht im Keim erstickt, ermuntert sie. Das Beispiel Griechenlands belegt dies leider nur allzu deutlich: Zunächst wurde verkündet, nein, es sei nicht nötig, irgendeinen Teil der Schulden zu strei-

chen – die Sparmaßnahmen würden ausreichen, doch dann, ein Jahr später, musste man sich doch in das fügen, was von Anfang an absehbar war. So wurden denn 21 Prozent im Frühsommer 2011 abgeschrieben, und weitere 50 Prozent im September, sodass bei den einschlägigen Papieren schließlich ein Wertverlust von 53,5 Prozent zu verbuchen war ... während das griechische BIP im gleichen Zeitraum um 18 Prozent sank.

Diese Schwäche gehört zu den inhärenten Merkmalen der Eurozone, die Europäische Union hat sie selbst so eingerichtet, nicht zuletzt durch die „steuerliche Abrüstung“, d. h. die steuerliche Abwärtsspirale im Wettbewerb zwischen den Mitgliedsstaaten, wie sie in Europa seit dem Vertrag von Maastricht wütet. Da alle Beschränkungen des Kapitalverkehrs abgeschafft wurden, ist die Eurozone sämtlichen Winden des „freien und unverfälschten Wettbewerbs“ schutzlos ausgeliefert und damit vollständig den Launen der Märkte unterworfen, in einer Art „Schönheitskonkurrenz“, bei der es im Wesentlichen darum geht, möglichst „unternehmensfreundlich“ zu sein, wobei jeglicher Schutz mittlerweile als Handicap im Wettkampf um die „attraktivsten Standorte“ gilt. Das Ergebnis ist, unter anderem, die angesprochene steuerliche Abwärtsspirale, d. h. der freiwillige Verzicht der einzelnen Staaten auf einen erheblichen Teil ihrer Steuereinnahmen, den wir alle seit Ende der 1990er Jahre miterleben: Es handelt sich zum einen um ganz erhebliche Rückgänge bei den Staatseinnahmen, wodurch sich die Defizite der öffentlichen Haushalte und damit die Verschuldung der öffentlichen Hand erhöhen: Man geht davon aus, dass etwas mehr als ein Viertel der französischen Staatsverschuldung auf diese Weise zu erklären ist, d. h. etwas über 20 Prozent des BIP. Zum anderen gibt es einen deutlichen Druck zur Senkung der öffentlichen Ausgaben ... Zugleich zielt eine derartige Steuerpolitik natürlich auf die Schonung der Unternehmen¹ und der höchsten Einkommen ab, kurz ausgedrückt: Es geht in der Steuerpolitik immer weniger um Umverteilung, wodurch sich der rasante Anstieg der Ungleichheit noch weiter verschärft.

Ferner muss man sich stets vor Augen halten, dass die Eurozone zwar dem vermeintlich heilbringenden freien Spiel eines Wettbewerbs ohne Zügel oder Gegengewichte ausgesetzt ist, auf jeden Fall aber einen Wirtschaftsraum mit einem sehr hohen Grad an Integration bildet. Für die Europäer heißt Globalisierung vor allem und im Wesentlichen: Europa. So wickelt etwa Frankreich, wie übrigens auch die Gesamtheit seiner Partner, zwei Drittel seines Außenhandels innerhalb der EU ab: Deutschland ist sein größter Kunde und sein größter Lieferant, und es importiert fast genauso viel aus Belgien oder Italien wie aus China. Diese Zone, die faktisch schon heute wirtschaftlich integriert ist, weist jedoch keine echte Integrationspolitik auf, da das lächerliche Budget der Europäischen Union dies nicht zulässt. Somit bestehen innerhalb der Eurozone nebeneinander Räume mit ganz unterschiedlicher und nicht

aufeinander abgestimmter Politik, was zwangsläufig zu einem Auseinanderdriften führen muss. Bei genauer Betrachtung weist die EU der 27 inzwischen drei ganz unterschiedliche Teilräume auf: einen „Norden“ (Deutschland, Österreich, Niederlande, Belgien, Finnland, Luxemburg) mit wirtschaftlichen Überschüssen, einen „Süden“ (Frankreich, Italien, Spanien, Portugal, Griechenland), mit einem Handelsbilanzdefizit gegenüber der ersten Gruppe² sowie einen „Osten“, der sich bemüht, das Beste aus seinen spezifischen Bedingungen und Trumpfkarten zu machen: Arbeitskräfte mit niedrigen Löhnen und geringe Sozialstandards, wodurch diese Länder versuchen, wenn schon nicht „die Werkstatt der Welt“, dann doch zumindest die von Europa zu werden. All das übt gewiss keine Sogwirkung nach oben aus, sondern kann die Spaltungen nur vertiefen. Über das Auseinanderdriften des Kurses zwischen den einzelnen Ländern und Teilgruppen und über die Verteidigung von eigenen Interessen hinaus zeichnet sich auf diese Weise das Risiko des Auseinanderbrechens der Eurozone und der Europäischen Union ab.

In einer derartigen Konfiguration sind es natürlich die zerbrechlicheren Volkswirtschaften, die von den Märkten angegriffen werden, und die Rolle der „Grille“ spielen müssen, denen die stärkeren Volkswirtschaften – in der bekannten Fabel von Jean de la Fontaine wäre das die Ameise – nun vorhalten, sie seien doch selber an ihrem Los schuld, denn sie hätten im Sommer ja arbeiten können, statt zu singen ... Ende 2011 lautet die triste Bilanz der seit 2008 verordneten Rosskuren jedenfalls: Schrumpfung der Wirtschaft zwischen drastisch (-18 Prozent in Griechenland) und erheblich (-5 Prozent in Spanien, Portugal und Großbritannien) in den besonders betroffenen Ländern, sodass die Eurozone und die gesamte Europäische Union heute ein stagnierender Wirtschaftsraum mit Neigung zur Depression ist (-1,5 Prozent sowohl für die Gesamt-EU als auch für die Eurozone). „Aderlasse und Purganzen (Abführmittel)“ – die ebenso rabiaten wie verfehlten Methoden der Mediziner bei Molière, werden, wenn auch unter anderem Namen, von den Liberalen heute noch immer als Allheilmittel betrachtet. Mit derartigen Heilmitteln werden wir womöglich bei bester Gesundheit sterben!

Auf dem Weg zu einem New Deal für Europa?

Ähnlichkeiten und Unterschiede

Eine Politik mit dem Einheitsraster, das systematisch jedem einzelnen Staat aufgezwungen wird, herausgerissen aus einer global integrierten Gesamtheit, kann nur zu einer Verlängerung und Verschärfung der um sich greifenden allgemeinen Rezession führen. Dieser Multiplikatoreffekt ist bestens bekannt und sogar beziffert. Der Defizitabbau führt zu einem Rückgang des Wirtschaftswachstums: in Frankreich um 0,5 Prozent bis 1,3 Prozent pro BIP-Pro-

zentpunkt Defizitabbau, laut einschlägigen makroökonomischen Modellen. Wenn die Mitgliedsstaaten eine derartige Politik jedoch synchron durchführen, kommt ein Multiplikationsfaktor ins Spiel: von 125 Prozent bis 150 Prozent, laut OECD. Die Krankheit ist also ansteckend!

Gestern noch befeuerte der Konsum der einen das Wachstum der anderen. Morgen dagegen wird das Pendel unausweichlich in die andere Richtung ausschlagen: Die Sparmaßnahmen, die den einen auferlegt werden, führen zum Export ihrer Rezession zu den anderen. Den Europäern – den „Grillen“ ebenso wie den „Ameisen“ – wird es gehen wie den pestkranken Tieren, wiederum bei Jean La Fontaine: „Zwar traf nicht alle Tiere der Tod, doch konnte sich keines der Übriggebliebenen ... mehr seines Lebens freuen.“

Anders formuliert – und dies gilt für die Wirtschaft genauso wie für das Finanzsystem –, das Risiko in Europa hat inzwischen systemische Ausmaße angenommen. Unsere Volkswirtschaften sind eng miteinander verzahnt, sodass es keine Lösung für ein Land allein geben kann. Wenn wir aus dem Schlammassel herauskommen wollen, dann gemeinsam – oder gar nicht. Deshalb brauchen wir ein gemeinsames politisches Projekt für den Weg aus der Krise, einen *New Deal* für das Europa des 21. Jahrhunderts.

Wenn man von den offensichtlichen zeitlichen und räumlichen Unterschieden einmal absieht, welche Ähnlichkeiten, welche Konvergenzen bestehen dann zwischen hier und dort, zwischen heute und vorgestern?

Lassen Sie mich zunächst die wesentlichen Elemente in Erinnerung rufen: Bereits am 4. März 1933, das heißt unmittelbar nach seiner Amtseinführung, verkündet Präsident Roosevelt einen konzertierten Plan für wirtschaftlichen Aufschwung und soziale Gerechtigkeit, der im Zeichen der „3 R“ steht: *Relief, Recovery, Reforms* (Hilfsmaßnahmen, Aufschwung, Reformen). Gestützt auf die Macht der Zentralregierung hält der Schwung dieser Reformen – gegen enorme Widerstände – bis ins Jahr 1938 an.

Wie seinerzeit für Roosevelt so bietet sich auch für uns heute die politische Chance, die Verteilung der Wertschöpfung – bzw. des erwirtschafteten Mehrwerts, um es mit Marx zu sagen – zu verändern – eine Verteilung, bei der es im Laufe der letzten drei Jahrzehnte in sämtlichen Ländern eine erhebliche Verschiebung zugunsten des Kapitals gegeben hat, was die eigentliche Ursache der Krise ist. Europa muss heute der Ort einer „finanziellen Wiederaufrüstung“ sein, eines „Wiederbestückens des Steuerarsenals“, das es erlaubt, sowohl das Gleichgewicht der öffentlichen Finanzen wiederherzustellen als auch den unverzichtbaren wirtschaftlichen Aufschwung zu finanzieren und für mehr soziale Gerechtigkeit zu sorgen. Steuern sind dafür ein unverzichtbares Werkzeug.

Und wie Roosevelt müssen wir auch den Kampf mit dem Finanzwesen aufnehmen. Man vergisst allzu oft, dass der *New Deal* viel mehr war als ein Programm öffentlicher Ausgaben zur Ankurbelung der Wirtschaft im Sinne

von John Maynard Keynes. Es war zugleich – und von Anfang an, da das betreffende Gesetz vom Kongress als Erstes verabschiedet wurde – eine umfassende Neugestaltung des Finanzsystems. Am 9. März 1933 wurde nämlich der *Emergency Banking Act* verkündet, das Gesetz zur Neuordnung des Bankwesens: Abkehr vom unmittelbaren „Goldstandard“, Kontrolle der Kapitalbewegungen. Im Juni folgte der berühmte *Glass-Steagall Act*, mit dem nicht nur eine dichte Brandmauer zwischen Geschäftsbanken und Investmentbanken eingezogen, sondern auch Interessenkonflikten ein Riegel vorgeschoben wurde. Derartige Maßnahmen sind auch heute brennend aktuell und dringend erforderlich!

Doch neben diesen Ähnlichkeiten gibt es natürlich auch Unterschiede, zumal der *New Deal* von der Regierung eines einzigen Landes durchgeführt wurde. Eines Landes, das durch seine politischen Organe zusammengehalten wird, eines Landes mit einem einheitlichen Rechtsrahmen und mit einheitlichem Lohnniveau. Es besteht kein Zweifel daran, dass Europa sich zu einem homogenen sozialen Raum ausgestalten oder zumindest einen Weg der sozialen Harmonisierung beschreiten muss. Doch dies muss erst einmal durchgesetzt werden. Ob es sich nun um die Löhne handelt – Stichwort Festlegung eines Mindestlohns in jedem Land gemäß den jeweiligen Standards sowie Einleitung eines langfristigen Konvergenzprozesses – oder um die Arbeitszeit oder die Sozialstandards – das einzige Bedürfnis, das Europa in dieser Hinsicht zu verspüren scheint, lautet offenbar, sich in derartige Belange nur ja nicht einzumischen!

Was die USA damals hatten, war eine Bundesregierung, die ihren Willen entschlossen durchsetzte. Durch strenge Regeln für die Wirtschaft: *Agricultural Adjustment Act*, *National Industrial Recovery Act* ... Zudem wurden damals *ad hoc* Bundesbehörden, -agenturen und sonstige -organe speziell für die Zwecke des *New Deal* gegründet: die *Federal Emergency Relief Administration* zur Hilfe für die notleidende Bevölkerung, oder die speziellen Behörden für die staatlichen Großprojekte, wie etwa die weltweit bekannt gewordene *Tennessee Valley Authority*. Für all das braucht man natürlich auch finanzielle Mittel, einen Haushalt, der diesen Namen auch verdient, sowie die Bereitschaft, auch ein Defizit in Kauf zu nehmen. Von all dem sind wir im Europa von Maastricht und Lissabon weit entfernt, denn unser Europa erhebt keinerlei eigene Steuern und verfügt im Jahre 2012 mit 132,7 Milliarden Euro-Mitteln für Zahlungen über gerade einmal 1,01 Prozent des Bruttonationaleinkommens des EU-Raums.

Ein derartiges Europa ist zwar eine Wirtschaftsmacht – dem BIP nach sogar die weltweit führende –, doch angesichts ihrer politischen Kastration bleibt diese Macht rein virtuell. Wenn man in Europa einen *New Deal* einführen möchte, dann bedeutet das zwangsläufig, dass man Europa verändern will.

Von der allgemeinen Beurteilung zu konkreten Vorschlägen

Welche Schlüsse können wir – über diese Handvoll Hinweise und Orientierungspunkte hinaus – aus diesem historischen und geografischen Vergleich zwischen dem Europa von heute und den USA des ersten Drittels des vergangenen Jahrhunderts nun ziehen? „Ein paar Initiativen, mit denen sich die Linke den unmittelbaren Herausforderungen stellen kann, mit denen sie sich konfrontiert sieht“, um es auf den Punkt zu bringen.

Zunächst einmal, dass die Unterschiede zwischen den USA von damals und der EU von heute ganz erheblich sind, sodass man zu ihrer Überwindung fürs Erste pragmatisch die ganze Palette der verfügbaren Mittel nutzen muss, nämlich:

- Durch Nutzung von bestehenden Organen, indem beispielsweise mithilfe der Europäischen Investitionsbank EIB eine Politik der Großprojekte der öffentlichen Hand durchgeführt wird;
- Durch Schaffung von *ad-hoc*-Partnerschaften in der durch die europäischen Verträge zulässigen Form, beispielsweise „verstärkte Zusammenarbeit“ zwischen einigen Ländern;
- Schlicht und einfach durch das bewusste Überschreiten der Vertragsgrenzen, was durch den „Luxemburger Kompromiss“ vom 25. Januar 1966 gedeckt ist, sobald „sehr wichtige Interessen eines oder mehrerer Partner auf dem Spiel“ stehen.

Das genannte Vorgehen gilt für eine Übergangszeit. Längerfristig müssen die Verträge hinsichtlich der unverzichtbaren Punkte geändert werden, insbesondere im Hinblick auf die wirtschafts- und finanzpolitische Handlungsfähigkeit der EU:

- Rolle und Aufgaben der EZB;
- die Bedingungen für einen EU-Haushalt, der diesen Namen auch verdient.

Politisch – also jenseits des rein Wirtschaftlichen – ist die Lage allenthalben in Europa gekennzeichnet durch starke – häufig sogar sehr starke – gesellschaftliche und gewerkschaftliche Bewegungen. Darin kommt eine allgemeine Empörung zum Ausdruck, ein Aufbegehren angesichts einer untragbaren Situation, und es ist durchaus möglich, dass sie die herrschenden Kräfte erschüttern oder zuweilen sogar stürzen. Doch trotz ihrer Stärke gelingt es ihnen bisher nicht, den Lauf der Dinge wirklich zu verändern. Überall in Europa machtvolle und zugleich ... ohnmächtige gesellschaftliche Bewegungen: so lautet die zusammenfassende Diagnose.

Dieses Fehlen eines echten politischen Auswegs ist ganz offensichtlich und gilt überall. Die wesentliche Frage ist, wie es gelingen kann, aus diesen Bewegungen politisches Kapital zu ziehen, oder genauer gesagt: wie es gelingen

kann, sie in politische Fragestellungen münden zu lassen, die sie derzeit noch nicht finden. Unter diesen Umständen lautet daher die Aufgabe für uns – als Aktivisten, als Gewerkschafter, als Verbandsmitglieder oder als Intellektuelle –, unseren Beitrag zu leisten, und zwar zunächst beim Formulieren dieser politischen Fragestellungen, die unbedingt für ganz Europa gelten müssen und nicht etwa für jedes Land gesondert, auch wenn sie dann natürlich gemäß der spezifischen Situation des jeweiligen Landes umzusetzen sind; und sodann beim Aufbau der erforderlichen politischen Konvergenzen in Europa. Zu diesem Zweck müssen wir uns meiner Ansicht nach organisieren und ein dauerhaftes Netzwerk einrichten, in dem wir Informationen und Meinungen austauschen und auch einmal unserer Wut Ausdruck verleihen können, um schließlich gemeinsame Antworten auf diese Herausforderung zu finden, mit der wir uns gemeinsam konfrontiert sehen.

Über das vorliegende erste Treffen hinaus ist es meiner Ansicht nach daher unbedingt erforderlich, dass wir uns in kurzen Abständen immer wieder zusammenfinden, um diese Perspektive konkret in die Tat umzusetzen und diesem Ansatz durch den Aufbau eines europäischen Netzes dauerhafte Gestalt zu verleihen, dem wir den ehrgeizigen Namen „Ein *New Deal* für das Europa des 21. Jahrhunderts“ geben könnten.

Als einen Schritt in diese Richtung möchte ich vorschlagen, dass dieses zukünftige Netz zwischen sechs Grundpfeilern aufgespannt wird, mit denen zugleich benannt wird, welche anspruchsvollen Hindernisse wir überwinden müssen, um die von uns angestrebte Transformation herbeizuführen. Nach Dringlichkeit angeordnet (ohne dass damit eine Aussage hinsichtlich der jeweiligen Wichtigkeit getroffen sein soll) lauten diese:

1. **Die Schuldenkrise überwinden.** Die Sparpolitik und die sogenannte „Goldene Regel“ sind Antworten, die weder akzeptabel noch angemessen sind. Sie können nur zu einer allgemeinen Rezession im gesamten EU-Raum und zu einer Verarmung der einzelnen Volkswirtschaften führen. Diese Schulden weisen einen unerträglichen Stand auf. Deshalb sind unserer Ansicht nach überall einzelstaatliche Moratorien erforderlich. Wir möchten die Legitimität der Schulden und des Schuldendienstes einer Überprüfung unterziehen.
2. **Schluss mit einem deregulierten Wirtschafts- und Finanzraum, der sämtlichen Winden des „freien und unverfälschten Wettbewerbs“ schutzlos ausgeliefert ist.** Wir möchten die Kontrolle der Politik über das Finanz- und Bankwesen wiederherstellen, um sie in den Dienst der Realwirtschaft zu stellen, und möchten, allgemeiner formuliert, Schluss machen mit der schrankenlosen Freiheit der Kapitalströme.
3. **Eine neue Verteilung der erwirtschafteten Vermögenswerte, deren zunehmende Ungleichheit die Hauptursache für die derzeitige Krise**

darstellt. Insbesondere möchten wir mit der „steuerlichen Abrüstung“ Schluss machen und stattdessen ein gerechtes Steuerwesen aufbauen, das sowohl ausreichende staatliche Einnahmen als auch angemessene private Einkommen gewährleistet.

4. **Die erforderliche ökologische Umgestaltung unserer Volkswirtschaften einleiten.** Die absolute Herrschaft der Warenwelt führt zur Ausplünderung unseres Planeten in einem nicht mehr tragbaren Ausmaß. Wir müssen Mittel und Wege für eine neue Form der Entwicklung finden.
5. **Förderung von gesellschaftlich verantwortlicher Wirtschaftstätigkeit und Beschäftigung.** Die Wirtschaft muss im Dienste der Deckung der gesellschaftlichen Bedürfnisse stehen. Deshalb fordern wir, dass der Zugang zum Gemeingut allen offensteht, dass Infrastrukturnetze und öffentliche Dienstleistungen ausgebaut werden und dass die zu den historischen Kernanliegen der Arbeiterbewegung zählende Verkürzung der allgemeinen Arbeitszeit weiter vorangetrieben wird.
6. Um die fünf genannten Ziele verfolgen zu können, müssen die Organe der Europäischen Union einer tiefgreifenden Umgestaltung unterzogen werden, damit die von den Bürgern Europas geäußerten Forderungen wirklich zur Geltung kommen. Deshalb wollen wir ein demokratisches Europa und ein Europa der Bürger.

(Beitrag auf dem *Transform!*-Workshop: „The state of the E.U. crisis, the emergency of alternatives“, Brüssel, 8.–9. Dezember 2011.)

Anmerkungen

- 1) Der Rat für Pflichtabgaben (Conseil des prélèvements obligatoires), eine dem Obersten Rechnungshof der Französischen Republik (Cour des comptes) unterstellte Behörde, hat für den Zeitraum 1995 bis 2008 Folgendes ermittelt: „Der durchschnittliche Steuersatz für Unternehmen ist innerhalb der Europäischen Union um 10 Prozent gesenkt worden, von 38,1 Prozent im Jahre 1995 auf 27,4 Prozent im Jahre 2008“, in: Les prélèvements obligatoires des entreprises dans une économie globalisée. La documentation française, Oktober 2009, S. 95.
- 2) So stammt die Hälfte des französischen Handelsbilanzdefizits aus dem Handel mit den anderen EU-Ländern. Der Rest stammt aus dem Handel mit China und aus den Energiekosten.

Eine Antwort des progressiven Europas auf die Krise im Euro-Raum

Trevor Evans

Die Expansion privater internationaler Finanzinstitutionen seit den 1970er Jahren hat die nationalen Regierungen in ihrer Befähigung zur Ausübung demokratischer Kontrolle über die Wirtschaftspolitik stark eingeschränkt. Anschaulich wurde das in den 1980er Jahren vorgeführt, als sich die französische Regierung unter Präsident Mitterand gezwungen sah, ihr Programm progressiver Wirtschaftsreformen aufgrund von Kapitalflucht aufzugeben. Seitdem ist die private Weltfinanzwirtschaft immer stärker geworden und die Zwänge, unter denen besonders kleinere Länder stehen, immer größer.

Eine Stärkung der Europäischen Union und ein gemeinsamer Währungsblock, in der Größe vergleichbar mit den Vereinigten Staaten, könnten eine beträchtliche Verschiebung im Gleichgewicht der Kräfte zwischen den demokratisch gewählten politischen Gremien und den privaten Finanzinstitutionen bewirken. Durch Handeln auf europäischer Ebene wäre es möglich, mehr demokratische Kontrolle in der Wirtschaftspolitik auszuüben, als dies einzelnen europäischen Staaten möglich ist.

Global operierende Großunternehmen können Länder gegeneinander ausspielen, indem sie unter Androhung der Verlagerung von Produktion und Arbeitsplätzen an andere Standorte Zugeständnisse erzwingen. Da aber der europäische Markt insgesamt, so wie der in den USA oder China, zu groß ist, um ihn einfach aufzugeben, könnte auf europäischer Ebene eine stärkere soziale Regulierung von Unternehmen und ihrer Geschäftstätigkeit durchgesetzt werden.

In Wirklichkeit hat sich die EU natürlich für einen anderen Weg entschieden. Insbesondere seit den 1980er Jahren wird die Politik der EU, so wie in den meisten ihrer Mitgliedsstaaten, von einem stark neoliberalen Ansatz geprägt. Anstatt den Versuch zu machen, mehr soziale Kontrolle über das Privatkapital zu erlangen, hat sie sich explizit hinter die Interessen der Privatwirtschaft gestellt und so zu einer wachsenden sozialen Kluft in großen Teilen Europas beigetragen. Die EU hat auch eine stärkere Integration in die Weltmärkte gefördert und unterstützt eine aggressive, merkantilistische Handelspolitik – zum Schaden vieler Entwicklungsländer.

Das ambitionierteste Projekt der EU, die Einführung des Euro 1999, weist große Schwachstellen auf. Es beruht auf einer gemeinsamen Währungspolitik, verzichtet jedoch auf eine gemeinsame Finanzpolitik, ganz zu schweigen von einer gemeinsamen Lohn- oder Industriepolitik. Die gemeinsame Währungspolitik beruht obendrein auf äußerst restriktiven Prinzipien, die für die EU von der deutschen Bundesbank übernommen wurden. Dieser Ansatz war von Vorteil für die deutsche Wirtschaft, solange andere europäische Länder Strategien eines starken Wachstums verfolgten und problemlos mit der höheren Inflation fertig wurden; er erwies sich aber als verhängnisvoll für den Euro-Raum insgesamt und trug schon vor dem Ausbruch der Krise von 2007 zu höheren Arbeitslosenraten bei.

Die EuroMemo-Gruppe (ÖkonomInnen für eine alternative Wirtschaftspolitik in Europa) kritisiert seit ihrer Gründung Mitte der 1990er Jahre regelmäßig die undemokratischen Strukturen der EU und die neoliberale Politik, wie sie sowohl von der EU als auch von ihren Mitgliedsstaaten verfolgt wird. Die ÖkonomInnen argumentieren, dass eine progressive Wirtschaftspolitik am effektivsten auf europäischer Ebene verwirklicht werden kann. Das drängendste Problem laut „EuroMemo Report“ dieses Jahres ist die Notwendigkeit, eine Alternative zur Antwort der EU auf die Krise des Euro-Raumes zu entwickeln. Diese Krise ist das Ergebnis zweier ineinander greifender Faktoren: der internationalen Finanzkrise, die in den USA ihren Anfang nahm, und der beträchtlichen Ungleichgewichte im Euro-Raum.

Die internationale Finanzkrise

Die Finanzkrise begann im August 2007 in den USA – nach Jahren exzessiver Kreditvergabe – und verschärfte sich im September 2008 dramatisch. Europäische Großbanken hatten seit den 1990er Jahren ihre Geschäftstätigkeit in den USA stark ausgebaut, um von den anscheinend höheren Renditen dort zu profitieren. Als die Krise ausbrach, erlitten sowohl die US-amerikanischen als auch die europäischen Banken riesige Verluste. Ein größerer finanzieller Kollaps wurde im Oktober 2008 nur dank gewaltiger Kapitalspritzen der Regierung für viele Großbanken verhindert.

Die Finanzkrise führte zu einer Kreditklemme; im 4. Quartal 2008 und im 1. Quartal 2009 standen die USA und Europa vor der schwersten Rezession seit den 1930er Jahren. Die Produktion in der EU ging um fast 5 Prozent zurück, und es wäre noch schlimmer gekommen, hätten die Regierungen nicht mit Notprogrammen zur Ankurbelung ihrer Wirtschaften reagiert.

Die Rettung der Banken, die Kosten der fiskalischen Notprogramme und ein Einbruch des Steueraufkommens aufgrund der Rezession führten zu einem enormen Anwachsen der Budgetdefizite. Im Euro-Raum explodierte das Defizit von 0,7 Prozent des BIP 2007 auf 6,4 Prozent im Jahre 2009.

Ungleichgewichte im Euro-Raum

Mit einem Beitritt zum Euro-Raum glichen sich die Zinssätze der Neumitglieder den (niedrigeren) deutschen an. Die niedrigeren Zinssätze trugen in Südeuropa zu stärkerem Wirtschaftswachstum und Einkommenssteigerungen bei, obwohl die dortige Inflation, die höher als in Deutschland war, in gewissem Maße die Realeinkommenssteigerung verringerte. Niedrigere Zinssätze befeuerten auch den Immobilienboom in Irland und Spanien.

Im Gegensatz dazu führte die von der rot-grünen Regierung in Deutschland betriebene Politik dazu, dass die Realeinkommen in der Zeit von der Einführung des Euro 1999 bis zum Ausbruch der Krise 2007 nicht wuchsen. Bei stagnierenden Konsumausgaben hing das Wirtschaftswachstum von einer Steigerung der Exporte ab. Dank der Gemeinschaftswährung konnte Deutschland seine Exporte in andere Länder des Euro-Raumes erhöhen, ohne dass der Wert der eigenen Währung stieg (und damit die Exporte verteuerte), wie es ohne den Euro der Fall gewesen wäre.

Das Ergebnis dieser gegenläufigen Entwicklungen war, dass der Handelsüberschuss Deutschlands zwischen 2000 und 2007 von 65 Mrd. auf 195 Mrd. EUR anstieg, was sich deutlich im Außenhandelsdefizit Griechenlands, Portugals und Spaniens widerspiegelte, das von 61 Mrd. auf 160 Mrd. EUR wuchs. Das Defizit in den südeuropäischen Ländern wurde größtenteils durch Kredite finanziert, die Banken in Deutschland und Frankreich vergaben.

Das schwächste Glied in dieser polarisierten Beziehung zwischen Süd- und Nordeuropa war Griechenland. 2007, noch bevor die Krise richtig zuschlug, entsprach das Defizit im Staatshaushalt 5 Prozent des BIP, vor allem aufgrund der Nichtbesteuerung der Begüterten; bis 2009 stieg es auf etwa 15 Prozent (wobei die genaue Zahl in Griechenland umstritten ist). Die Finanzinvestoren begannen, Blut zu riechen, und spekulierten ab Anfang 2010 verstärkt gegen griechische Staatsanleihen. Das Nichtreagieren der EU bis zur Verschärfung der Lage in Mai schwächte den Euro und führte zum Ausbruch der Krise im Euro-Raum.

Sparpolitik der EU

Zwar waren es die Großbanken, die 2007 die Krise verursachten und die nach erfolgter Rettung durch die Regierungen gegen Staatsanleihen im Euro-Raum spekulierten, aber die von der EU ergriffenen Maßnahmen zur Reform des Finanzsektors sind noch milder ausgefallen als die der USA. Anstatt den Finanzsektor grundlegend zu reformieren, konzentrierte sich die EU – unter Federführung Deutschlands – als Antwort auf die Krise darauf, fiskalische Disziplinarmaßnahmen über die Defizitländer zu verhängen. Finanzdefizite sind aber nicht die *Ursache* der Krise, sondern ihre *Folge*. Abgesehen von Griechenland, hatten andere Länder an Europas Peripherie vor der Krise nur geringe Staatsdefizite, wobei Spanien sogar einen Haushaltsüberschuss auswies. In den meisten Ländern waren die Schulden von der Privatwirtschaft angehäuft worden.

Als Griechenland und danach Irland und Portugal gezwungen waren, die EU um Finanzhilfe zu ersuchen, wurde dies von der Umsetzung von Sparprogrammen abhängig gemacht, wozu Kürzungen von Einkommen und Renten sowie anderer öffentlicher Ausgaben gehörten. Die Länder wurden in eine tiefe Rezession getrieben, wodurch zusätzlich zu den schwerwiegenden gesellschaftlichen Erschütterungen die Steuereinnahmen gesunken sind, sodass es für die Regierungen noch schwieriger geworden ist, ihre Schulden zu bedienen. Mit fortschreitender Rezession war Griechenland 2011 gezwungen, sich erneut mit einem Hilfersuchen an die EU zu wenden. Gleichzeitig gerieten Italien und Spanien unter Druck, die öffentlichen Ausgaben zu senken, um die Vorbedingung der Europäischen Zentralbank (EZB) zur Stützung des Staatsanleihenmarktes zu erfüllen. Nun steht zu erwarten, dass der Euro-Raum, einschließlich Deutschlands, das von Exporten in andere Euro-Länder abhängt, 2012 bestenfalls stagnieren wird.

Auf dem EU-Gipfel im März 2011 wurde eine Reihe von Maßnahmen vereinbart, um die Ungleichgewichte im Euro-Raum in den Griff zu bekommen. Allerdings wurde damit die Last der Anpassung auf die Länder verlagert, die mit Defiziten zu kämpfen haben. Länder mit einem Handelsüberschuss, wie z. B. Deutschland, müssen nicht expandieren. Länder, in denen die Einkommen stärker steigen als die Produktivität, wie in Südeuropa, müssen sich anpassen, nicht jedoch Länder, wiederum wie Deutschland, in denen die Einkommen weniger stark steigen als die Produktivität.

Seit dem Ausbruch der Euro-Krise war die Reaktion der EU zu schwach und kam zu spät. Die Politik der EU hat entweder bei der Beseitigung der Ursachen der Krise versagt oder sie sogar verschärft. Das Beharren Deutschlands und anderer Staaten auf einem Forderungsverzicht bei Staatsanleihen durch Privatanleger hat zu Panikverkäufen geführt, die die Krise deutlich verschärft haben. Als die EZB im Dezember die gigantische Summe von 489 Mrd. EUR in Form von

Kreditlinien mit dreijähriger Laufzeit und einem Zinssatz von 1 Prozent an Banken vergab, stellte dies eine Riesensubvention für die Banken dar, und zwar ohne jede Verpflichtung, das Geld für den Ankauf von Staatsanleihen einzusetzen. Aufgrund privater Abverkäufe werden die Zinssätze, die Italien, Spanien und andere Länder zur Refinanzierung der Staatsschulden 2012 zahlen müssen, exorbitant hoch bleiben, und die ernste Gefahr weiterer Panikverkäufe ist nicht gebannt.

Basis für Alternativen

Als Sofortmaßnahme sollte die EZB ankündigen, alles Erforderliche zu tun, um die Preise für Staatsanleihen zu stabilisieren, um die Panikverkäufe zu beenden. Dann sollten Maßnahmen ergriffen werden, um den Finanzsektor radikal zu verkleinern. Anstelle des derzeitigen Komplexes gigantischer, gewinnorientierter Institute und des undurchsichtigen Geflechts komplizierter Wertpapiere sollten genossenschaftliche und öffentlich-rechtliche Geschäftsbanken gefördert werden, die die Finanzierung gesellschaftlich und ökologisch sinnvoller Investitionsvorhaben sicherstellen.

Unhaltbare Staatsschulden wie im Falle Griechenlands sind einem Schulden-Audit zu unterwerfen (so wie es wegweisend in Ekuador gemacht wurde), um festzustellen, welche Schulden legitim sind und welche abgeschrieben werden sollten. Ein Schuldenabbau ist auch über eine Vermögenssteuer für die Superreichen möglich. Sie halten den Großteil des 2011 im Euro-Raum vorhandenen Geldvermögens von 40 Billionen EUR und haben ungeheuer von der neoliberalen Politik der letzten Jahrzehnte profitiert. Um in Zukunft Spekulation gegen schwächere Staaten zu verhindern, sollten die Regierungen des Euro-Raumes die verbliebenen Staatsanleihen gegen gemeinsam ausgegebene Eurobonds eintauschen.

Die gemeinsame Währungspolitik ist zu ergänzen durch eine koordinierte Finanzpolitik im Euro-Raum. Anstelle des derzeit üblichen einseitigen Beharrens auf Fiskaldisziplin sollte das Ziel die Stabilisierung der Wirtschaft und die Förderung von Vollbeschäftigung durch die Schaffung „menschwürdiger Arbeitsplätze“ sein, wie es die Internationale Arbeitsorganisation nennt. Das EU-Budget, das gegenwärtig gerade einmal 1 Prozent des EU-BIP beträgt, muss auf mindestens 5 Prozent angehoben werden, um eine makroökonomische Wirkung zu haben und schwächeren Regionen mehr Unterstützung geben zu können. Deshalb ist der langjährige Trend einer rückläufigen Besteuerung höherer Einkommen umzukehren; Einkommen über 250.000 EUR pro Jahr sollten mit etwa 75 Prozent besteuert werden. Weiterhin sollten Länder mit einem Handelsüberschuss wie Deutschland eine expansionistische Politik verfolgen, um die Nachfrage im Euro-Raum zu stärken und den Druck auf die Defizitländer zu lockern.

Erforderlich ist ein umfangreiches Programm öffentlicher Investitionen, insbesondere in den Peripherieländern, um Produktionskapazitäten zu schaffen, die auf modernen Technologien und qualifizierter Arbeit anstatt Billiglöhnen beruhen. Die erforderlichen Mittel könnten durch die Europäische Investitionsbank bereitgestellt werden, die ja bereits zur Ausgabe von Anleihen berechtigt ist.

Eine im Euro-Raum koordinierte Einkommenspolitik sollte sicherstellen, dass der weitverbreitete Rückgang der Lohnquote beim Sozialprodukt gestoppt und umgekehrt wird und dass die Einkommen in Niedriglohnländern sich denen in Hochlohnländern annähern. Die reguläre Wochenarbeitszeit sollte auf 30 Stunden gesenkt werden, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und eine Gesellschaft aufzubauen, in der das Leben nicht von Lohnarbeit beherrscht wird.

Eine progressive Antwort auf die Krise im Euro-Raum muss sich auch einer weiteren großen Herausforderung stellen: Während die Schuldenkrise in den Ländern an der Peripherie des Euro-Raumes zu ihrer Überwindung Wirtschaftswachstum braucht, erfordert die ökologische Nachhaltigkeit eine massive Senkung des Verbrauchs nichterneuerbarer Ressourcen und der Emission von Treibhausgasen.

Demokratisierung der EU

Die Reaktion der EU auf die Krise ist in höchstem Maße autoritär. Die EU-Kommission verlangt von den Staaten des Euro-Raumes Finanzdisziplin und verhängt automatisch greifende Maßnahmen, wenn nicht der Rat der EU-Finanzminister mit übergroßer Mehrheit für deren Aussetzung stimmt. In Ländern wie Griechenland und Portugal ist die demokratische Kontrolle der Wirtschaftspolitik für die nächste Zukunft aufgehoben.

Die derzeitige Lage im Euro-Raum ist in dieser Form nicht aufrechtzuerhalten. Griechenland und weitere Staaten an der Peripherie stehen vor einer langen Periode strenger Sparsamkeit und massiver Arbeitslosigkeit. Wenn jedoch ein kleines Land wie Griechenland den Euro-Raum verliesse, wäre es enormen wirtschaftlichen Verwerfungen ausgeliefert, was zu einem weiteren starken Absinken des Lebensstandards führen würde.

Die EuroMemo-Gruppe spricht sich für eine koordinierte europäische Reaktion auf die Krise aus. An die Stelle der jetzigen von Deutschland dominierten Achse mit Frankreich sollte eine gestärkte europäische Wirtschaftsregierung treten, die effektiver demokratischer Kontrolle untersteht. Das macht eine signifikante Stärkung der Rolle des Europäischen Parlaments erforderlich. Ebenso wichtig ist aber auch die Unterstützung progressiver politischer Maßnahmen durch die Bürger der EU.

Die Vorschläge der EuroMemo-Gruppe sind in verschiedenen Mitgliedsstaaten von Gewerkschaften, sozialen Bewegungen einschließlich Attac, linken Parteien wie der deutschen Linken und der griechischen Synaspismos, und linken Flügeln einiger sozialdemokratischer und grüner Parteien unterstützt und in unterschiedlichem Umfang übernommen worden. Nunmehr sollten die Vorschläge in einem intensiven Austausch zwischen progressiven ÖkonomInnen und politischen AktivistInnen konkretisiert werden, um europaweit Unterstützung für einen grundlegenden Wandel in der Ausrichtung der EU-Politik zu mobilisieren.

— Anzeige —



Deutsche Euros rollen wieder!

Schwerpunkt: Protektorat statt Euro-parat? Wird in Griechenland bald mehr als nur Deutsch gesprochen?

Dem Einmarsch stellen sich Lukas Oberndorfer und Johannes Jäger entgegen.

Außerdem: Robert Stadlober über kulturindustrielle Arbeitsverhältnisse und das „Rütteln am Zaun.“ Stefanie Gräfe über Biopolitik und Feminismus u. v. m.

Bestellen: www.prager-fruehling-magazin.de

Plädoyer für einen europäischen Mindestlohn

Stephen Bouquin

Europa steuert mit Hochgeschwindigkeit auf die zweite Auflage der Finanzkrise zu. Erneut geht es um die Rettung Griechenlands vor dem „Staatsbankrott“ und erneut ist dieses Vorgehen begleitet von harten Einschnitten und weitreichenden Privatisierungen. Welcher Zusammenhang besteht zwischen der derzeitigen Krise der öffentlichen Finanzen und der Herausbildung „niedriger Arbeitskosten“? Auf den ersten Blick keiner. Nach herrschender Logik ist zur Eindämmung der öffentlichen Verschuldung lediglich eine „fiskalische Konsolidierung“ (*Neusprech* für Sparpolitik) erforderlich. Manche sind jedoch gegenteiliger Ansicht. Als die irische Regierung in Dublin Besuch von der Troika (EZB, IWF und Europäische Kommission) erhielt, um Hilfen im Umfang von 80 Milliarden Euro auszuhandeln, war ihr dieser Zusammenhang jedenfalls sehr deutlich bewusst. Irland konnte sich zwischen einer Finanzhilfe mit hohem Zinssatz – oder aber mit niedrigerem Zinssatz als Gegenleistung für Strukturreformen entscheiden, zu denen die Senkung des Mindestlohns von 8 auf 7 Euro pro Stunde zählte. In den derzeitigen Verhandlungen mit Griechenland wird diese Diskussion in ganz ähnlicher Form geführt: frisches Geld zu einem günstigeren Zinssatz, wenn der Mindestlohn um 100 Euro gesenkt wird (von 680 Euro auf 580 Euro).

Soziale Verwüstung

Gegen das Schuldenproblem wird also per Sparpolitik und mit offenen Angriffen auf den Lebensstandard vorgegangen, beispielsweise durch Verringe-

rung des Mindestlohns. Der gleiche Weg wird übrigens auch in den Ländern der Eurozone beschritten, die eine geringere Verschuldung aufweisen. In Deutschland arbeitet ein immer größerer Anteil der Beschäftigten ohne Mindestlohn, während in zahlreichen anderen Branchen die Löhne stagnieren.¹ Eine derartige Entwicklung kann sich in der gesellschaftlichen Wirklichkeit nur in einer Form niederschlagen: als allgemeine Verarmung der erwerbstätigen Bevölkerung. Die Zahlen sprechen hierzu eine deutliche Sprache: In sämtlichen EU-Ländern ist der Anteil der Lohnempfänger an der Wertschöpfung² während der vergangenen dreißig Jahre von 75 Prozent auf 56 Prozent gesunken. Das Kapital sichert sich also ein immer größeres Stück vom Kuchen (von der „Wertschöpfung“ bzw. vom „Mehrwert“, um mit Marx zu sprechen).³ Betrachtet man sich die Verteilung des Volkseinkommens, so sind die Einkommen aus abhängiger Beschäftigung in den europäischen Ländern um durchschnittlich 12 Prozent gefallen, wohingegen die Einkommen aus Finanzanlagen im gleichen Maß gestiegen sind.⁴ Das zeigt, dass die Verarmung der einen zur Bereicherung der anderen führt.

Die Ursachen für diese Verarmung der abhängig Beschäftigten sind inzwischen bekannt:

1. Die Verhandlungsposition der Gewerkschaften ist sowohl innerhalb der Unternehmen als auch innerhalb der globalisierten Wirtschaft schwächer geworden.
2. Die neuen Regelungen für den Dialog zwischen den Sozialpartnern (wie etwa die Lohnnorm in Belgien) machen das Erzielen von Lohnerhöhungen schwieriger.
3. Die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen dient als Richtschnur zur Ermittlung der Lohnmarge, und die Produktivitätssteigerung bildet die Kennzahl für die Wettbewerbsfähigkeit.

Ungleichheit der Vermögensverteilung

All das bedeutet, dass die Löhne nicht nur stagnieren, sondern dem Wachstum der weltweit erwirtschafteten Vermögenswerte hinterherhinken. Ein Wirtschaftswachstum mit Hinkebein also. Faktisch ist die Lohnsumme inzwischen der einzige von den Regierungen (egal ob rechts oder links) noch verwendete Parameter. Mit dem Europäischen Stabilitätspakt (1992) wurden nämlich sämtliche makroökonomischen Hebel festgezurr: Die Geldpolitik ist festgelegt, das Haushaltsdefizit (die berühmten 3 Prozent) sowie eine niedrige Inflationsrate (± 2 Prozent) sind ebenfalls festgelegt. Die niedrigen Zinssätze sorgen für eine massive Verfügbarkeit von Krediten. Nicht nur zur Finanzierung von Investitionen, sondern auch und vor allem zur Finanzierung der negativen Auswirkungen der Lohnstagnation auf die Schwankun-

gen der „Verbrauchernachfrage“ (die Ausgaben der Familien). Anders formuliert: Lohnstagnation und das Aufdrängen von Krediten sind zwei Seiten einer Medaille.

Dieser Teufelskreis der Lohnsenkungen wird durch die allgemeine Konkurrenz in Europa und weltweit verstärkt. So beträgt beispielsweise innerhalb der EU das Verhältnis zwischen niedrigstem Lohn und höchstem Lohn 1 zu 12 in Geld bzw. 1 zu 6 in Kaufkraftstandards (KKS). Konkret veranschaulicht: Der Mindestlohn in Rumänien beträgt ca. 100 Euro, und ein 30-Tonnen-LKW kann die Strecke Frankreich-Rumänien in weniger als 36 Stunden zurücklegen, mit einem Speditionsvertrag, der für weniger als 2500 Euro zu haben ist. Es ist wohl nicht nötig, noch detaillierter darzulegen, welche Auswirkungen derart erhebliche Unterschiede der Lohnkosten und der Transportkosten auf Produktion und Warenverkehr haben ... Natürlich kommt es zu keiner restlosen Verlagerung der industriellen Fertigung nach Osteuropa, doch allenthalben wird mit der gleichen Erpressung operiert – und das ist mehr als ausreichend, um die Löhne zu drücken.

Rückgang der sozialen Harmonisierung

Damit komme ich zum Kern meiner Argumentation: die alles entscheidende Frage der Sozialstandards und der Bezugsgrößen für ihre Harmonisierung in Europa. Wenn es uns im Laufe der nächsten Jahre nicht gelingt, das Lohngefälle zu verringern – genauer gesagt: ohne eine soziale Konvergenz im oberen Bereich –, wird sich in Europa eine soziale Wüste ausbreiten. Davon werden nicht nur die „Arbeiter im unteren Bereich“ betroffen sein, sondern auch und vor allem die sogenannte „Mittelschicht“.

Die Gewerkschafter wissen ganz genau, warum Mindestlohn, Sozialversicherung und gesetzlich verbrieft Sozialstandards so wichtig sind. Ohne derartige Sozialstandards wäre die Lage heute nämlich deutlich schlechter. Der Mindestlohn zählt zu den tragenden Säulen des „sozialen Bürgersinns“, genau wie die Sozialversicherung, die Arbeitszeitregelungen, das Recht auf bezahlten Urlaub. Heute sind diese tragenden Säulen durch den IWF und die Europäische Kommission bedroht.

Wie kann man diese soziale Abwärtsspirale stoppen? Die Antwort ist ganz einfach: durch einen sozial vertretbaren Mindestlohn. Bis zu einem gewissen Grad existiert dieser Mindestlohn auf einzelstaatlicher Ebene. Doch die fehlende Harmonisierung innerhalb der EU führt dazu, dass diese einzelstaatlichen Sozialstandards zunehmend unter Druck geraten. Die Lohnkonkurrenz untergräbt die Sozialversicherungssysteme, zieht immer mehr Menschen nach unten und vermehrt die Zahl derer, die arm sind, obwohl sie in Arbeit stehen. Nur soziale Rechte und Sozialstandards gewährleisten, dass wir nicht

im Elend versinken. Ohne einen „sozialen Boden“ wird der Preis der Arbeit – und damit die Gesamtheit der abhängig Beschäftigten – immer weiter nach unten gezogen.

Man muss einräumen, dass der Arbeitskräftemangel in bestimmten Bereichen (d.h. bestimmte Funktionen, bestimmte Kompetenzen) die Dynamik der Lohnsenkungen bremsen kann. Und da die demografische Entwicklung zu einem Arbeitskräftemangel in immer mehr Bereichen führen könnte, konzentriert sich die neoliberale Beschäftigungspolitik der einzelnen EU-Mitgliedsstaaten inzwischen – vom Geist des Lissabon-Vertrags inspiriert – auf die Steigerung der Beschäftigungsquote. Wir kennen die Folgen: eine Politik, mit der Arbeitslose (durch Sanktionen) genötigt werden, während älteren Arbeitnehmern ihr Recht auf Vorruhestand „mir nichts dir nichts“ entzogen wird. Je mehr Menschen auf dem Arbeitsmarkt sind, desto stärker ist die Konkurrenz um die verfügbaren Arbeitsplätze – und umso leichter lassen sich die Löhne drücken. Wer – wie Frank Vandenbroucke – erklärt, dass die Steigerung der Beschäftigungsquote ein „soziales“ Ziel sei, sollte sich auch um Lösungen gegen Prekarität und Armut von Menschen kümmern, die Arbeit haben.

Europäischer Mindestlohn

Leider gibt es nur wenige, die sich für die Forderung eines europäischen Mindestlohns starkmachen. Weder die Linke noch der Europäische Gewerkschaftsbund EGB fordern dies nachdrücklich. So hat es der EGB auf seinem letzten Kongress in Athen (April 2011) erneut versäumt, zu dieser Frage Stellung zu beziehen. Aufgrund von Unstimmigkeiten zwischen Befürwortern und Gegnern eines föderalen Europa unter den Verbandsmitgliedern beschränkt sich der EGB nach wie vor auf seine sehr allgemeine Forderung nach einem „sozialen Europa“. Innerhalb der Linken wird das Argument vorgebracht, die Forderung nach einem europäischen Mindestlohn sei unter praktischen Gesichtspunkten sehr schwer umzusetzen. In der Tat kann man sich heute kaum vorstellen, dass eine Mehrheit der 27 EU-Mitgliedsstaaten bereit wäre, eine EU-Richtlinie über einen derartigen Sozialstandard zu erarbeiten und zu verabschieden. Manche behaupten, es gäbe keine Rechtsgrundlage für die Harmonisierung der Löhne, weil es sich dabei bis auf weiteres noch immer um eine nationale Zuständigkeit handeln würde (ebenso wie das Steuerrecht). Doch trotz dieser Vorbehalte lassen sich Kriterien für die soziale Konvergenz erarbeiten. Es gibt Regionen und Branchen mit durchaus vergleichbarer Arbeitsproduktivität, in denen die Lohngleichheit wirtschaftlich gerechtfertigt ist. Eine 1996 durchgeführte Studie hat aufgezeigt, dass der Mindestlohn in elf der damals 15 EU-Mitgliedsstaaten zwischen 50 und

55 Prozent des Durchschnittslohns betrug. Ein guter Ausgangspunkt auf dem Weg zu einer weitergehenden Konvergenz. Natürlich hat die Erweiterung der Europäischen Union auf mittlerweile 27 Mitgliedsstaaten die Aufgabe nicht gerade erleichtert. Doch das Fehlen eines Pakts über die soziale Konvergenz ist noch gravierender. Was den zuletzt genannten Punkt anbelangt, muss man leider sagen, dass die europäischen Sozialdemokraten in den 1990er Jahren praktisch alle diesbezüglichen Chancen verspielt haben. Zu keinem Zeitpunkt wurde irgendeine soziale Harmonisierung umgesetzt, selbst als eine Mehrheit der europäischen Regierungen von Mitte-Links-Parteien gestellt wurde (1998–2002).

Heute ist ein europäischer Mindestlohn jedoch unbedingt erforderlich. Deshalb dürfen wir zu diesem Thema nicht länger schweigen. Es geht auch darum, ein Signal für eine angemessene Festlegung der Löhne zu setzen. Die Löhne können entweder gemäß einem liberalen Ansatz festgelegt werden und sich am Markt orientieren, sodass sich der Preis der Arbeit in Abhängigkeit von Angebot und Nachfrage bildet. In einem solchen Fall wäre es „normal“, wenn man hier in Frankreich schon bald genauso wenig wie in den Niedriglohnländern verdienen würde ... Oder aber der Lohn wird gemäß einer Skala berechnet, welche Ausbildung und Erfahrung berücksichtigt, wobei auf den direkten Lohn ein „sozialer Lohn“ aufgeschlagen wird, mit Rentenansprüchen und sonstigen Rechten, wie etwa Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Invaliditätsrente und Arbeitslosengeld. Dieser zweite Ansatz setzt dem Arbeitsmarkt bestimmte Grenzen und beruht auf dem Einkommen, das erforderlich ist, um ein angemessenes Leben führen zu können. In diesem Fall müssen die Löhne an die Entwicklung der weltweit erwirtschafteten Vermögenswerte geknüpft werden (gemessen als BIP/Einwohner), unter Berücksichtigung von Produktivitätssteigerungen und Preissteigerungen.

Die Linke und die Arbeiterbewegung täten gut daran, den zweiten Ansatz zu ihrer Arbeitsgrundlage zu machen und damit gegen die derzeit auf europäischer Ebene vorherrschende Vorstellung vom Arbeitsmarkt als bloßem Markt anzukämpfen. Die Forderung nach sozialer Konvergenz muss greifbar werden. Bestimmte Meinungen, die insbesondere von der äußerst gemäßigten Robert-Schuman-Stiftung veröffentlicht werden, sprechen sich für einen europäischen Mindestlohn bei 60 Prozent des Median-Einkommens aus, d. h. an der Armutsgrenze⁵. Dieses bezifferte Ziel ist allerdings zu niedrig angesetzt, denn der Mindestlohn sollte mindestens 20 Prozent oberhalb der Armutsgrenze liegen, da die Einkommensersatzleistungen anderenfalls bedenklich nahe an der Armutsgrenze liegen. In Zahlen ausgedrückt bedeutet das einen Mindestlohn von 400 bis 500 KKS (Kaufkraftstandards) statt derzeit 150 bis 200 in den Ländern Osteuropas, ferner von 600 bis 1000 KKS in den

Ländern Südeuropas, sowie von 1300 bis 1500 KKS in den Kernländern der Eurozone. Sobald ein nach oben orientierter Mindestlohn festgelegt ist, wird eine soziale Konvergenz vermittelbarer und realistischer. Wir befinden uns derzeit auf halbem Wege. Ohne klare Ziele verfängt sich jedoch jeder Kampf früher oder später im Dickicht.

Europäische Integration und sozialer Widerstand

Wir haben keine Wahl. Ohne soziale Konvergenz der Löhne und der sozialen Errungenschaften besteht die Gefahr, dass das Sozialmodell Europa weggespült wird – was zugleich erhebliche wirtschaftliche Folgen hätte. Der Umstand, dass es keinerlei klare gesetzliche Grundlage für eine nach oben gerichtete soziale Konvergenz gibt, ist kein Argument. Die Europäische Kommission verfügt über einen Garantiefonds, um Ländern in Schwierigkeiten zu helfen, auch außerhalb des bestehenden Rechtsrahmens. Das beweist, dass die Notwendigkeit ein guter Gesetzgeber sein kann und dass der politische Wille maßgeblich ist.

Ein europäischer Mindestlohn und Kriterien für die soziale Konvergenz sollten einen wesentlichen Bestandteil der Initiativen bilden, die der Europäische Gewerkschaftsbund EGB, die Gewerkschaften der einzelnen Mitgliedsstaaten und die Politik der Linken ergreifen. Ein europäischer Mindestlohn ist zugleich eine konkrete Antwort auf den wachsenden Nationalismus. Es handelt sich um die geeignete Antwort auf die Angriffe des IWF und der Europäischen Kommission – und um die Perspektive für einen grenzübergreifenden Schulterschluss bei sozialen Konflikten. Nur auf der Grundlage konkreter Maßnahmen, die für die sofortige Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Entlohnung von Millionen von Arbeitern sorgen, können die Linke und die Gewerkschaftsbewegung ihre Glaubwürdigkeit wiedererlangen. Schon sehr bald – wenn die Eurokrise das europäische Haus in seinen Grundfesten erschüttert und wenn radikale Reformen drängen – muss die Linke diesen Weg beschreiten, um durch die Konvergenz der Sozialstandards und einen europäischen Mindestlohn der sozialen Harmonisierung Gestalt zu geben. Diejenigen aber, die sich dieser Herausforderung nicht stellen wollen, sollten Europa am besten fluchtartig verlassen.

(Dieser Artikel basiert auf einem Vortrag im Europäischen Parlament, der anlässlich der Konferenz gehalten wurde, die die europäische Linksfraktion GUE-NGL am 31. Mai 2012 in Zusammenarbeit mit 40 Nichtregierungsorganisationen und sozialen Bewegungen ausrichtete.)

Anmerkungen

- 1) Der Mindestlohn in Deutschland ist weder gesetzlich noch landesweit, sondern nur für einzelne Branchen geregelt. Gegenwärtig arbeiten in Deutschland mehr als fünf Millionen Beschäftigte für einen Stundenlohn unter 6 Euro.
- 2) Die „Wertschöpfung“ ist die Summe aus Löhnen und Gewinnen (vor Steuern). Bei der Wertschöpfung handelt es sich somit um das Maß für die Akkumulation von Vermögen durch den Einsatz des Faktors Arbeit.
- 3) Michel Husson, *Un pur capitalisme*, Page Deux 2008.
- 4) T. Crystal, *Good Times, Bad Times: Postwar Labor's Share of National Income in Capitalist Democracies*, *American Sociological Review*, 2010, Nr. 75 (5), S. 729–763.
- 5) Das Median-Einkommen ist das mittlere Niveau der Gesamtheit der Einkommen, wenn diese – von unten nach oben aufsteigend – in zwei gleich große Teilmengen untergliedert werden. Im Gegensatz zum Mittelwert (der erhebliche Nuancen überdecken kann) zeigt der „Median“ deutlicher an, wo sich die unteren und oberen Werte befinden.

Gegen Finanzdiktatur – für Demokratie und soziale Rechte!

Politische Erklärung und koordinierte Aktionen – JSC 2012

Unser Anliegen

Im letzten Jahr stellte die „Joint Social Conference“ (JSC) ihre Diagnose der Krise vor und machte dabei deren systemischen Charakter – in finanzieller, wirtschaftlicher, sozialer, ökologischer und politischer Hinsicht – deutlich. Die Krise offenbart das Scheitern eines Entwicklungsmodells und zweier Jahrzehnte des Neoliberalismus. Die JSC prangerte ebenfalls die neoliberalen Reaktionen der Regierungen an. Mit Demonstrationen in Europa (wie am 29. September 2010) ist es bislang nicht gelungen, die Machtverhältnisse umzukehren. Wir wollen uns weiter mit allen verfügbaren Mitteln und in Koalition mit allen gesellschaftlichen Akteuren – den Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen (NRO), sozialen Bewegungen, Akademikern und Vertretern der Politik – dafür einsetzen, diese Machtverhältnisse umzugestalten. (...)

Wichtigste Aktionen und Kampagnen

Die JSC schlägt den Organisationen folgende Aktionen und Kampagnen vor, wobei von den einzelnen Organisationen natürlich nicht erwartet wird, dass sie alle vorgeschlagenen Ideen umsetzen.

1. In Anbetracht der gravierenden aktuellen Situation ruft die JSC alle europäischen Akteure dazu auf, ihre Kräfte im Kampf zu bündeln. Wir müssen **einen neuen gemeinsamen europäischen Raum schaffen**, denn solange es keine sichtbare Alternative und keinen Raum zur Mobilisierung gibt, ist eine europaweite Mobilisierung schwierig. Der **Alternativgipfel** soll diese Rolle übernehmen. Heute schlagen wir gemeinsam mit mehreren Organisationen

und sozialen Bewegungen, Intellektuellen und Vertretern der europäischen Linken die ersten Schritte für diesen Alternativgipfel in einem Verfahren vor, das allen Kräften offen steht, die die EU tiefgreifend verändern wollen.

2. Wir werden uns aktiv in einer Reihe von **unmittelbaren Aktionen** engagieren, um unsere Ziele voranzubringen. Dabei werden wir uns an folgenden Tagen aktiv beteiligen:

- am 7. April während des Europa-Mittelmeer-Treffens der Kampagnen für **Schulden-Audits der Bürger**;
- am 5.–6. Mai während des CEO-TNI-Treffens in Brüssel;
- am 17.–19. Mai in Frankfurt zum Thema **EZB**;
- zum Globalen Aktionstag am 20. Juni im Zusammenhang mit dem Gipfel Rio+20 der Aktivisten, um Widerstand **gegen grünen Neoliberalismus** zu leisten;
- **auf dem Subversiven Forum in Zagreb am 13.–19. Mai**;
- bei der EGÖD-Kampagne (die offiziell am 4. April beginnt) und den Aktionen zum (paradigmatischen!) Thema **Wasser als Gemeingut**;
- auf dem **Globalen Aktionstag** am 20. Juni im Zusammenhang mit dem Gipfel der Aktivisten auf dem Gipfel Rio+20, um Widerstand gegen „grünen Neoliberalismus“ zu leisten;
- auf dem Treffen im September in Athen;
- bei dem Projekt Firenze 10+10 im November 2012.

3. Wir werden **traditionelle Kampagnen** zu folgenden Themen **entwickeln und unterstützen**:

- **Überprüfung der öffentlichen Verschuldung durch die Bürger**, mit besonderem Augenmerk auf die Auswirkungen der Verschuldung auf Frauen;
- Mobilisierungskampagnen **gegen die Ratifizierung des Vertrags zum „Fiskalpakt“** durch die nationalen Parlamente, mit Volksbefragungen in den europäischen Ländern, wo dies sinnvoll und möglich ist;
- Kampagne für die **Verteilung des Reichtums** (Koordination der Löhne und angemessenes europäisches Mindesteinkommen);
- Umwandlung der Rolle der **EZB**, um Darlehen für europäische Länder zu sehr niedrigen Zinssätzen und unter demokratischer Kontrolle zur Förderung von Beschäftigung und öffentlichen Dienstleistungen, zur Erfüllung von sozialen Belangen und für die Einleitung einer ökologischen Wende zu ermöglichen, sowie Druck auf die EZB, damit sie Schulden auf dem

Sekundärmarkt zurückkauft, soweit diese nicht gelöscht werden;

- Kampagnen für **Steuergerechtigkeit**, verbunden mit einem für 2013 vorgesehenen Aktionstag;
- Kampagne **gegen Korruption** (sowie Prüfung möglicher „Überprüfungsformen“ des Korruptionsausmaßes);
- Kampagne gegen die Freihandelsabkommen und für ein **alternatives Handelsmandat für die EU**;
- Kampagne zum Schutz der öffentlichen und universellen **Gesundheitsfürsorge als soziales Recht**.

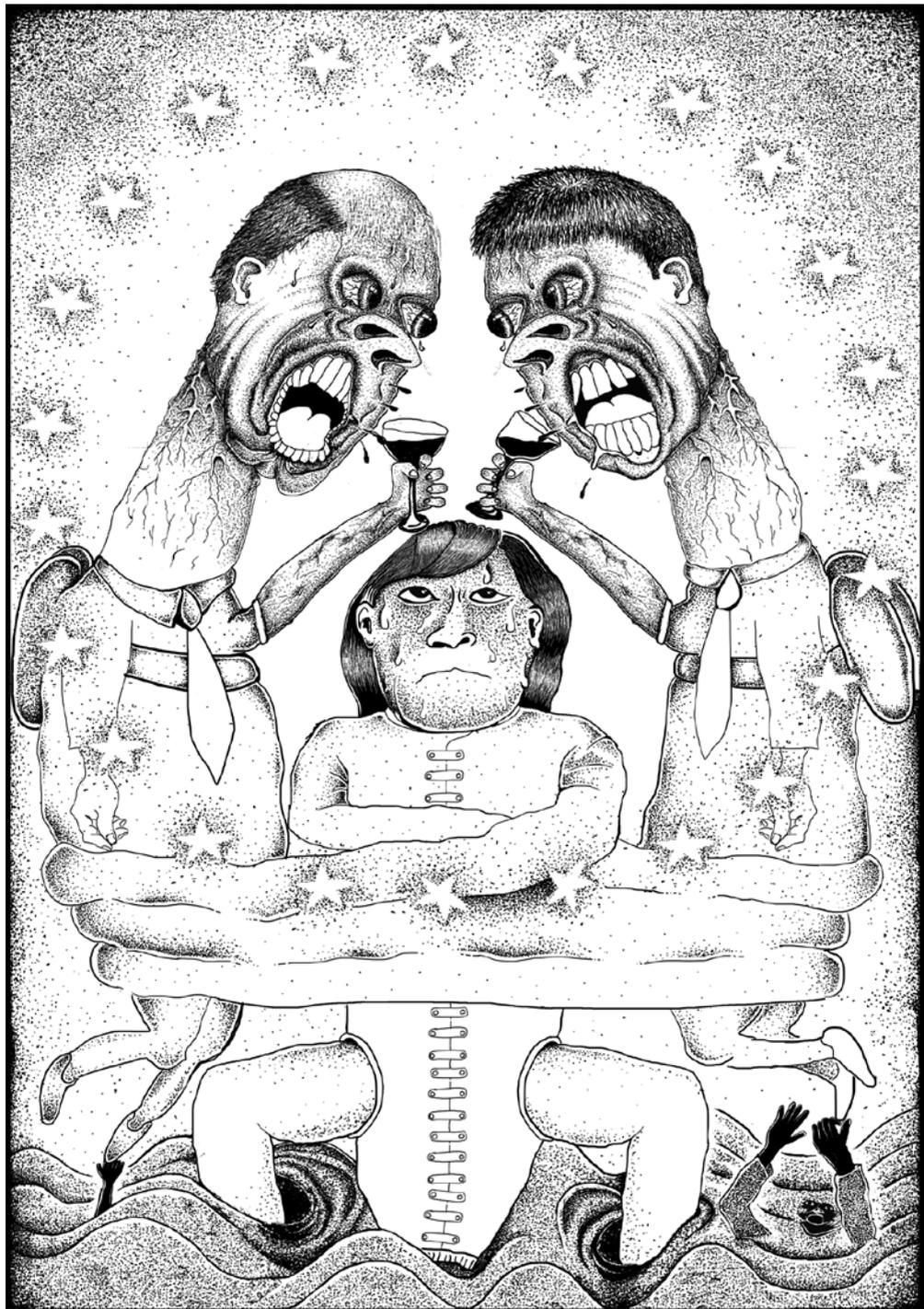
4. Wir schlagen die Einrichtung **einheitlicher Bürgerkomitees** in allen europäischen Städten vor, um Aktivist*innen, Frauen und Jugendbewegungen, Gewerkschaften, NRO, „Indignados“ („Empörte“) und Vertreter der Politik mit dem Ziel zusammenzubringen, den Angriffen der EU zu widerstehen und eine massive Solidaritätsbewegung mit Griechenland und allen Völkern im Kampf gegen die Sparmaßnahmen aufzubauen, ohne die Länder Mittel- und Osteuropas zu vergessen, die als erste die harten Sparmaßnahmen zu spüren bekamen.

5. Wir werden das Recht auf kollektive Aktionen in Europa verteidigen. Deshalb werden wir uns mit der **Entsenderichtlinie** beschäftigen, deren Überprüfung gegenwärtig läuft, und wir werden uns gegen die **vorgeschlagene Monti-II-Verordnung** wenden, die einen frontalen Angriff gegen die sozialen Rechte und das Streikrecht darstellt. Dazu werden wir Sensibilisierungskampagnen bei Mitgliedern des Europaparlaments durchführen sowie geeignete rechtliche Mittel gegen Monti II und andere Angriffe gegen unsere Rechte prüfen.

6. Wir werden ein **Kommunikationsinstrument** zur Vorbereitung des Alternativgipfels einrichten, um Informationen über die von uns veranstalteten oder unterstützten Kampagnen zu verschicken und auf antisoziale und antidemokratische Angriffe in unseren Ländern, u. a. die Abschaffung von Tarifverhandlungen, aufmerksam zu machen.

Zu all diesen Themen wurde eine Reihe von Fragen in den Workshops diskutiert: Es gibt wichtige Ergebnisse und Debatten, die weiter zu vertiefen sind und in einer ergänzenden Veröffentlichung zusammengetragen werden.

(Das vollständige Dokument ist in verschiedenen Sprachen nachlesbar unter: www.jointsocialconference.eu/.)



Die Migration der Roma in der Europäischen Union

Eine ethnische Minderheit als Spielball europäischer Politik

Manuela Kropp, Anna Striethorst

Frankreich schickt Roma nach Rumänien zurück, Roma reisen „freiwillig“ nach Mazedonien aus, Tschechische Roma suchen Asyl in Kanada – die Schlagzeilen der letzten Jahre haben wiederholt den öffentlichen Blick auf die Migration der Roma in Europa gelenkt. Die Debatten, die daraus entstehen, orientieren sich stark am Rechtsstatus der MigrantInnen. So löste die Ausweisung rumänischer und bulgarischer Roma aus Frankreich 2010 eine europäische Debatte zum EU-Recht auf Freizügigkeit aus. Roma aus Mazedonien und Serbien, die seit der Visaliberalisierung 2010 in die EU eingereist sind, wurden hingegen zum Gegenstand einer Debatte um „Asylmissbrauch“. Als Reaktion auf ihre Migration wird in Brüssel intensiv über die Überprüfung von Personen anhand ethnischer Zugehörigkeit (*Ethnic Profiling*) an den Außengrenzen der EU und über eine temporäre Wiedereinführung der Visapflicht für Mazedonien und Serbien debattiert (ESI 2011).

In Deutschland thematisiert die Menschenrechtskampagne „Alle bleiben“ die Lage der Kosovo-Roma, die in den 1990er Jahren in Deutschland Zuflucht fanden, jedoch nie eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung erhielten. Seit der Unterzeichnung eines Rückübernahmeabkommens zwischen Deutschland und dem Kosovo 2009 sind sie akut von Abschiebungen bedroht (Kropp/Striethorst 2010). Weniger öffentliche Aufmerksamkeit erhält die Migration tschechischer und ungarischer Roma nach Kanada. Nach zahlreichen Asylgesuchen von Roma kam es im Sommer 2009 zu einer diplomatischen Aus-

einandersetzung zwischen Kanada und der EU, als Kanada unilateral Visa für alle Einreisenden aus Tschechien einführte (Tóth 2010).

All diese verschiedenen Facetten der Migration der Roma müssten eigentlich parallel betrachtet werden, denn sie haben gemeinsame Ursachen. Roma überschreiten Grenzen, um ähnlichen Erfahrungen von Armut, Diskriminierung und offener Romafeindlichkeit zu entkommen. Gleichzeitig konstruiert die Rhetorik von Regierungen und Medien sie als homogene Gruppe; explizit gegen Roma gerichtete Politiken unterscheiden nicht nach ihrer jeweiligen Nationalität. Die übliche Abgrenzung nach Herkunft und Rechtsstatus verstellt leicht den Blick auf diese unfreiwilligen Gemeinsamkeiten. Obschon dieser Beitrag sich auf die Migration der Roma innerhalb der Europäischen Union beschränkt, sollte deshalb die Roma-Migration aus den Nachbarländern der EU in der Debatte um politische Lösungsansätze bewusst mitgedacht werden.

Infolge ihrer Migration ist die Lage der Roma inzwischen eine Thematik für die meisten Mitgliedsstaaten der Europäischen Union geworden. Dabei steht das Handeln der einzelnen Regierungen in deutlichem Widerspruch zu den selbst proklamierten Werten der Union wie Freiheit, Gleichheit und Wahrung der Menschenrechte. In den Ursprungsländern der Migration werden Roma ausgegrenzt, angefeindet, leben in extremer Armut und dauerhafter Segregation. Den Zielländern fehlt der politische Wille, die Rechte der MigrantInnen zu schützen und sie in ihre Gesellschaften zu integrieren. Die Frage, wie sich die EU zur Roma-Politik ihrer Mitgliedsstaaten verhält, wird somit zum Lackmus-Test eines europäischen „Raums der Sicherheit, der Freiheit und des Rechts“.

Dieser Beitrag geht der Frage nach, was den Anstieg der Migration der Roma innerhalb der EU ausgelöst hat und in welchem politischen und rechtlichen Spannungsfeld sie sich heute gestaltet. In der Auseinandersetzung mit der Politik der westeuropäischen Zielländer soll insbesondere die französische *Affaire des Roms* genauer untersucht werden. Der Fokus des Beitrags liegt auf der Roma-Politik der Europäischen Union: Welche Ziele verfolgt die EU hinsichtlich der Migration der Roma? Was müsste sie tun, um die unionsbürgerschaftlichen Rechte der Roma gegenüber den Mitgliedsstaaten durchzusetzen?

Hintergründe der Roma-Migration

Angesichts des europäischen Rechts auf Freizügigkeit kann zunächst infrage gestellt werden, ob nicht der positiver besetzte Begriff *Mobilität* angemessen für die Migration der Roma innerhalb der EU ist. Sind Roma nicht einfach einige der vielen Millionen EuropäerInnen, die auf der Suche nach Arbeit vor-

übergehend in ein anderes Land der EU ziehen? Jedoch üben viele Roma ihr Recht auf Freizügigkeit „im Kontext gewichtiger Aus- und Einwanderungsgründe“ (FRA 2009, S. 21) aus: In nicht wenigen Fällen machen sich ganze Familien auf den Weg; als Motivation reicht manchmal schon die vage Hoffnung, 40 oder 50 Euro im Monat nach Hause schicken zu können (Ebenda, S. 31). Deshalb soll an dieser Stelle bewusst von Migration gesprochen werden, denn der Begriff Mobilität unterstellt eine Wahlfreiheit, die die meisten Roma angesichts fehlender Perspektiven kaum haben.

Die heute etwa zehn Millionen Roma in der EU leben mehrheitlich in den mittel- und osteuropäischen Ländern, in Bulgarien, Rumänien, der Slowakei und Ungarn. Auch in Spanien und Frankreich stellen Roma traditionell einen vergleichsweise großen Anteil der Bevölkerung. Zusammen mit Italien sind diese Länder Hauptziel der mittel- und osteuropäischen MigrantInnen, denn sie hoffen auf kulturelle und sprachliche Nähe und auf die Unterstützung ansässiger oder zuvor ausgewanderter Roma. Die Migration nach Großbritannien hat dort überhaupt erst eine signifikante Roma-Bevölkerung entstehen lassen. Einige Länder in Mitteleuropa sind gleichzeitig Aus- und Einwanderungsländer für Roma.¹

Die Ursprünge der Migration der Roma reichen in die 1990er Jahre zurück. Nach dem Zusammenbruch des Staatsozialismus verloren viele der meist gering qualifizierten Roma Arbeit und Auskommen in traditionellen Nischen. Sie stürzten in extreme Armut ab und wurden zu den „größten Verlierern der Transformation“ zum Kapitalismus (Soros/Wolfensohn, zitiert nach Sigona, Nidhi 2009, S. 3). Entsprechend die Arbeitslosigkeit männlicher Roma in Ungarn im Jahr 1985 etwa der der Durchschnittsbevölkerung, so liegt sie heute bei mindestens 70 Prozent. Parallel zur Verarmung der Roma führten gesellschaftliche Verteilungskämpfe und eine Neudefinition von Staat und Nation zu einem Aufflammen romafeindlicher Ressentiments in den Ländern Mittel- und Osteuropas (Sigona 2011, S. 3). In der Folge ist es in den vergangenen zwei Jahrzehnten immer wieder zu Brandanschlägen und anderen Gewalttaten gegen Roma gekommen.²

Diese Bedrohungen und die wirtschaftliche Perspektivlosigkeit ließen Roma schon in den 1990er Jahren in westeuropäische EU-Länder und nach Kanada auswandern. Dazu wurden Asylanträge gestellt, die in der Regel mit der Angst vor rassistisch motivierter Gewalt begründet wurden. Die Medien berichteten erstmals über die Thematik, als 1997 tausende tschechische Roma nach Kanada reisten und dort Asyl beantragten. Im Jahr 2001 erhielten mehrere Roma-Familien aus dem ungarischen Dorf Zámoly Asyl in Frankreich.

Die Auffassung der EU und ihrer Mitgliedsstaaten, dass die Migration der Roma vor allem wirtschaftliche Ursachen hatte, rechtfertigte in jenen Jahren eine weitgehend restriktive Aufnahmepolitik. Zu den Maßnahmen der EU-

Mitgliedsstaaten zur Reduzierung der Asylanträge gehörten unter anderem rechtswidrige „Pre-Screenings“ am Flughafen Prag, mit denen im Auftrag Großbritanniens potentielle AsylbewerberInnen identifiziert und abgewiesen wurden (Guglielmo, Waters 2005, S. 773).

Die Furcht der EU-Mitgliedsstaaten vor einem Anstieg der Migration wurde gleichzeitig zu einem entscheidenden Faktor in den Verhandlungen zur EU-Osterweiterung 2004. Dabei erschien es opportun, die wirtschaftliche und rechtliche Position der Roma in den Beitrittsländern zu stärken. Während der Beitrittsverhandlungen sahen auch Roma-Organisationen eine Chance, Minderheitenrechte auf die politische Agenda zu setzen – nicht nur in den Beitrittsländern, sondern auch in der EU selbst. Ihre gemeinsame Erklärung aus dem Jahr 2003 prangerte die Diskriminierung der Roma an und forderte insbesondere Maßnahmen zur sozialen Integration und zur politischen Partizipation (Ebenda, S. 775).

Es ist umstritten, inwieweit die verstärkte Aufmerksamkeit während der Beitrittsverhandlungen tatsächlich zu einer Verbesserung der Lebensverhältnisse der Roma geführt hat. In jedem Fall veränderte sich mit der EU-Erweiterung schlagartig ihr Status: *„Mit dem Beitritt ließ eine Union, deren Mitglieder zuvor massive Anstrengungen zur Begrenzung der Roma-Migration unternommen hatten, an einem einzigen Tag über eine Million Roma zu – Menschen, die damit zugleich BürgerInnen der Union und Mitglieder ihrer größten Minderheit wurden.“* (Ebenda, S. 777)

Seither besitzen Roma wie alle anderen EU-BürgerInnen die Unionsbürgerschaft nach Art. 20 AEUV. Zu den Rechten, die ihnen aus der Unionsbürgerschaft entstehen, gehören insbesondere das Diskriminierungsverbot gemäß Art. 18 AEUV, und das Recht auf Freizügigkeit gemäß Art. 21 AEUV und Art. 45 der Charta der Grundrechte. Demnach haben EU-BürgerInnen und ihre Familienangehörigen das Recht, sich im Hoheitsgebiet der EU frei zu bewegen und aufzuhalten. Im Jahr 2004 gaben die Europäischen Institutionen diesem Recht mit der Verabschiedung der so genannten Freizügigkeits-Richtlinie 2004/38/EG eine konkrete Ausformung.

Abwehr statt Integration – die Politik der Zielländer

Die Erfahrungen, die Roma im Zuge der innereuropäischen Migration machen, unterscheiden sich stark voneinander. So erfahren manche eine erhebliche Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Situation, und ihnen schlägt im Alltag weniger Rassismus als in ihren Ursprungsländern entgegen. Insbesondere der Zugang zum Arbeitsmarkt ist wesentlich für eine positive Migrationserfahrung: Wenn sich Roma eine Beschäftigung im formellen Sektor sichern können, fällt ihnen der Zugang zu anderen Diensten wie z. B. dem Wohnungswesen

sen leichter (FRA 2009, S. 7). Andere müssen nach ihrer Ankunft feststellen, dass ihre Erwartungen zu optimistisch waren. Sie finden keine Arbeit, haben Probleme, sich im Behördendschungel zu orientieren, und in nicht wenigen Fällen stellt sich ihre Lage am Ende noch auswegloser dar als die, wegen der sie ihr Land verlassen haben (Ebenda, S. 41 ff).

In vielen Mitgliedsstaaten verhindern hohe bürokratische Hürden bei der Anmeldung des Wohnsitzes den Zugang zu Sozialleistungen, Schulbesuch und öffentlichen Diensten. Es kommt zu einem Dominoeffekt zu Ungunsten der Betroffenen, die in der Ausübung grundlegender politischer, wirtschaftlicher und sozialer Rechte behindert werden (Ebenda, S. 8 ff). Vielerorts kommt es zu einer falschen Anwendung der Freizügigkeitsrichtlinie durch die nationalen Behörden, da es ihnen an Wissen, geeigneten Verfahren und Erfahrungen im Umgang mit ausländischen Minderheitenangehörigen fehlt.³ Informationskampagnen und Schulungen finden aber bisher fast ausschließlich auf zivilgesellschaftlicher Ebene statt (z. B. European Dialogue 2009).

Das Behördenhandeln ist immer auch von politischen Entscheidungen abhängig, und diese fallen oft zu Ungunsten der Roma aus. Den nationalen und lokalen Entscheidungsträgern ist gemein, dass sie die Migration der Roma bisher nicht als selbstverständliche Erscheinung eines vereinten Europas, sondern als Problem oder sogar Bedrohung wahrnehmen. Ein im Auftrag von OSZE und Europarat erstellter Bericht beschreibt die rechtswidrige Überwachung der MigrantInnen und die damit einhergehende Verletzung ihrer Privatsphäre, den fehlenden Schutz der persönlichen Sicherheit der Roma und *Ethnic Profiling* durch die Polizei⁴ (Cahn, Guild 2010, S. 6 f).

Mit den Maßnahmen gegen Roma geht eine massiv populistische Rhetorik der politischen Akteure einher. Damit reagieren diese einerseits auf die Horrorszenerien der Medien, andererseits treiben sie den rassistischen Diskurs selbst voran. Die Migration der Roma wird systematisch kriminalisiert, indem Verbindungen zu Menschenhandel und Bandenkriminalität gezogen werden. Kriminalitätsbekämpfung hat den europäischen Regierungen in den letzten Jahren mehrfach als Vorwand gedient: Sie hielt sowohl dafür her, die Siedlungen der Roma als vermeintliche „Kriminalitätsherde“ zu zerstören (FRA 2009, Amnesty International 2010) als auch EU-BürgerInnen auf Grundlage ihrer ethnischen Zugehörigkeit auszuwählen und auszuweisen. Fast ohne Medienecho haben in den letzten Jahren kollektive Ausweisungen von Roma in Dänemark, Schweden, Belgien und Italien stattgefunden.

In einigen Zielländern – allen voran Italien – besteht die bedenkliche Tendenz, eine allgemeine „Antwort auf die Roma-Frage“ zu entwickeln. Eigene StaatsbürgerInnen mit Roma-Hintergrund und ausländische Roma werden zusammengefasst und in Ghettos weit außerhalb der Städte gedrängt. Auf diese Weise werden passgenaue Integrationsstrategien für Roma aus anderen Mitgliedsstaaten

verhindert (FRA 2009, S. 9). Im Jahre 2008 gab es einen öffentlichen Aufschrei, als die italienische Regierung eine biometrische Datenbank einführte, in der die Fingerabdrücke aller in Italien lebenden Roma registriert wurden (ERRC u. a. 2008, Amnesty International 2008). Die italienische Roma-Politik und zahlreiche rassistische Gewalttaten gegen Roma in Italien und anderen westlichen EU-Staaten lenkten schlagartig die Aufmerksamkeit auf die gesamteuropäische Dimension der Lage der Roma: *„Die Folgen sowohl der EU-Erweiterung als auch der Ausgrenzung der Roma stellten gemeinsam nicht nur eine Bedrohung für die Beziehungen zwischen zwei Mitgliedsstaaten dar, sondern auch für das Grundrecht der Freizügigkeit innerhalb der EU. [...] Die beunruhigenden Ereignisse betonten die oft übersehene Tatsache, dass systemische Diskriminierung und sporadische Gewalt in Westeuropa verbreitet sind und sich nicht auf die ehemals kommunistischen Staaten beschränken.“* (Guy 2009, S. 25)

Die französische *Affaire des Roms* als Testfall für die europäische Freizügigkeit

Im Sommer 2010 wies die französische Regierung unter Verwendung massiver hetzerischer Rhetorik knapp 1.000 Roma aus Frankreich aus.⁵ Parallel ließ sie allein im August 2010 mehr als vierzig „nicht-genehmigte“ Roma-Siedlungen räumen. Zahlreiche Menschenrechtsorganisationen protestierten gegen die Maßnahmen und wiesen darauf hin, dass Frankreich vielmehr verpflichtet wäre, mehr Halteplätze für fahrende Roma zur Verfügung zu stellen und das Recht auf angemessenen Wohnraum zu garantieren (Kropp 2010).

Das Vorgehen der französischen Behörden verstieß zugleich gegen mehrere europäische Rechtsnormen, allen voran gegen die europäische Freizügigkeit: Die Begrenzung der Freizügigkeit von UnionsbürgerInnen ist auf Gründe der öffentlichen Ordnung, Sicherheit oder Gesundheit beschränkt; das Nicht-Vorhandensein finanzieller Mittel ist kein hinreichender Grund für eine Ausweisung. Des Weiteren hätte die französische Regierung den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit wahren und eine Einzelfallprüfung vornehmen müssen. Sowohl nach Art. 27 der Freizügigkeits-Richtlinie als auch nach Art. 19 der Charta der Grundrechte sind Kollektivabschiebungen unzulässig – ausschlaggebend darf ausschließlich das persönliche Verhalten der Betroffenen sein.

Eine Besonderheit lag darin, dass die französische Regierung entgegen ihrer Beteuerung explizit die Roma ins Visier nahm und sie damit auf Grundlage ihrer ethnischen Zugehörigkeit für die Ausweisung auswählte. So wurde nachträglich ein Rundschreiben vom 5. August 2010 bekannt, wonach die französischen Behörden die Abschiebemaßnahmen auf die *Gruppe der Roma* konzentrieren sollen. Damit verstieß Frankreich überdies gegen europäische Rechtsinstrumente, die Diskriminierung aus Gründen der Rasse und der ethnischen Zugehörigkeit verbieten (Carrera, Faure Atger 2010, S. 5).

Die Reaktion des Europäischen Parlaments fiel resolut aus: In seiner Entschließung vom 9. September 2010 betonte das Europäische Parlament, dass kollektive Ausweisungen durch die Charta der Grundrechte und die Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten untersagt sind. Sie brandmarkten die Maßnahmen als Diskriminierung und Verstoß gegen die Freizügigkeits-Richtlinie und sahen die Europäischen Verträge verletzt (Europäisches Parlament 2010). Der französische Minister für Integration, Eric Besson, reagierte darauf lediglich mit der Verlautbarung: „Frankreich wird weiterhin EU-BürgerInnen, die sich irregulär auf französischem Boden aufhalten, zurückschicken“ (zit. nach Carrera/Faure Atger 2010, S. 1).

Die europäische Justizkommissarin Viviane Reding äußerte sich zunächst dahingehend, dass die französische Regierung ihr versichert habe, dass die Praktiken mit EU-Recht übereinstimmen und nicht explizit gegen die Roma zielten. Die Position der Kommission blieb bis Mitte September ambivalent; dann jedoch kündigte Reding an, sie werde ein Vertragsverletzungsverfahren wegen diskriminierender Anwendung der Freizügigkeitsrichtlinie gegen Frankreich einleiten.⁶ Ausschlaggebend war dafür das Rundschreiben vom 5. August. In der Folge wurde das Rundschreiben durch die französischen Behörden geändert und der explizite Bezug zur *Gruppe der Roma* entfernt. Die Kommission leitete letztlich kein Vertragsverletzungsverfahren gegen Frankreich ein (Ebenda 2010, S. 12).

Ein Jahr später nannte Reding die *Affaire des Roms* einen „Weckruf für Europa“ und betonte, die Europäische Kommission werde „nicht zögern ihre Stimme zu erheben, wenn Mitgliedsstaaten... Garantien, die die EU-Bürger vor willkürlicher und unverhältnismäßiger Ausweisung schützen sollen, nicht ordnungsgemäß anwenden“ (Europäische Kommission 2011b, S. 2). Die Praxis, Roma-Siedlungen zu räumen und ausländische Roma auszuweisen, hält derweil in Frankreich und Italien weiter an.

Das Vorgehen der französischen Behörden gegen Roma, die lediglich ihr Recht auf Freizügigkeit wahrnahmen, zeigt, wie verletzbar die größte ethnische Minderheit in der EU ist. Es zeigt auch, wie viel auf Seiten der Mitgliedsstaaten zu tun bleibt, um das Recht der innereuropäischen Migration für Roma Realität werden zu lassen. Die nicht ordnungsgemäße Anwendung der Freizügigkeits-Richtlinie durch nationale Behörden führt regelmäßig zur Aberkennung von Rechten und Ansprüchen, vor allem bei Sozialleistungen, beim Zugang zum Arbeitsmarkt und bei der Anmeldung des Wohnsitzes. Die Europäische Union muss gegenüber den Mitgliedsstaaten durchsetzen, dass alle Maßnahmen, die sich direkt oder indirekt auf UnionsbürgerInnen mit Roma-Hintergrund auswirken, den in der Grundrechtecharta festgelegten Grundsätzen und der Antidiskriminierungsrichtlinie entsprechen.

In der *Affaire des Roms* demonstrierte die französische Regierung, dass sie die Berechtigung der Europäischen Institutionen, die Umsetzung von EU-Gesetzgebung zu überwachen, in Zweifel zieht. Es bleibt unverständlich, warum die Europäische Kommission als „Hüterin der Verträge“ kein Vertragsverletzungsverfahren gegen Frankreich einleitete. Auch wenn ein Verfahren die bereits durchgeführten Ausweisungen nicht ungeschehen gemacht hätte, so wäre doch dieses Vorgehen beendet und ein klares Signal an Frankreich und andere Mitgliedsstaaten gesandt worden.

Um zukünftig die Position der Europäischen Kommission gegenüber den Mitgliedsstaaten zu stärken, sollte über die Einrichtung eines *präventiven* Durchsetzungsmechanismus für das Europarecht nachgedacht werden. Anders als beim bisherigen Vertragsverletzungsverfahren würde auf diese Weise ein sofortiges „Einfrieren“ von Praktiken, die europarechtliche Grundsätze verletzen, ermöglicht⁷ (Carrera/Faure Atger 2010, S. 17).

Die Migration der Roma und die europäische Politik

Roma-Politik ist spätestens seit der Osterweiterung zu einem wichtigen Wirkungsfeld für die Europäischen Institutionen geworden. Davon zeugen zahlreiche Initiativen und Berichte, die auch die Migration der Roma behandeln (z. B. Aradau u. a. 2010, FRA 2009). Das Handeln der europäischen Institutionen basiert heute weitgehend auf der Überzeugung, dass die Lage der Roma in Europa nicht mit den Werten der Europäischen Union in Einklang steht, und dass die EU dazu verpflichtet ist, ihre Rechte als UnionsbürgerInnen gegenüber den Mitgliedsstaaten zu verteidigen.

Eine Vorreiterrolle beim Schutz der Roma spielt das Europäische Parlament: Es hat die Mitgliedsstaaten und die Europäische Kommission in der Vergangenheit mehrfach in Entschlüssen aufgefordert, die soziale Lage der Roma zu verbessern, sie in den EU-Strukturfonds-Programmen mit zu bedenken, Rassismus und Segregation zu bekämpfen und das Bewusstsein für die Geschichte des Holocaust, dem 500.000 Roma zum Opfer fielen, zu schärfen. Die Herangehensweise der Europäischen Kommission konzentriert sich darauf, die soziale Situation der Roma in ihren mittel- und osteuropäischen Mitgliedsstaaten zu verbessern. Zu den bekanntesten Maßnahmen der Kommission zählen das PHARE-Programm zur Unterstützung der MOE-Länder sowie Projekte im Rahmen der so genannten *Roma-Dekade*. Hierzu gehören der *Roma Education Fund* zur Integration der Roma in die nationalen Bildungssysteme sowie zahlreiche Kampagnen gegen die Diskriminierung der Roma.

All diese Maßnahmen zielen implizit auch darauf ab, Migration zu reduzieren. Migration gilt in erster Linie als unerwünschte Folge extremer Armut,

und Verbesserungen in den Heimatländern sollen die Motivation zur Emigration senken. In den Programmen und öffentlichen Verlautbarungen der Kommission spielt die Migration der Roma insgesamt jedoch eine untergeordnete Rolle. Vor allem die Lage der Roma-MigrantInnen in den westlichen Mitgliedsstaaten wird eher vom Europäischen Parlament thematisiert.

Im April 2011 legte die Kommission nach vielfachen Aufforderungen durch das Europäische Parlament einen einheitlichen „EU-Rahmen für nationale Strategien zur Integration der Roma bis 2020“ vor (Europäisches Parlament 2008, Europäische Kommission 2011a). Diese *Europäische Rahmenstrategie* soll der Idee nach für mehr Kohärenz sorgen und die Mitgliedsstaaten zum Schutz der Roma verpflichten. Sie enthält jedoch keinerlei verbindliche Vorgaben und Sanktionen bei Nichtbeachtung. Kontroverse Themen wie der Schutz der Roma als nationale Minderheit in allen Ländern der Union und ihre strukturelle Partizipation blieben unbeachtet (Romani Rose 2011, S. 4). Insbesondere das Thema Romafeindlichkeit wurde explizit ausgeklammert. Dabei ist es gerade sie, die hinter zahlreichen Fällen von Diskriminierung und Repression der Roma sowohl in den Ursprungsländern als auch den Zielländern der Migration steckt.

Jenseits der konkreten Auswirkungen der Rahmenstrategie verdeutlichen die oben genannten Auslassungen wieder einen bestimmten Blick auf die Migration der Roma. Gemeinhin gilt sie als unpolitisches Handeln, als „Ansturm der Ärmsten der Armen“. Die Frage, inwieweit die Migration der Roma einen bürgerschaftlichen Akt gegen die Vorenthaltung demokratischer Teilhabe darstellen könnte, stellt sich den Europäischen Institutionen bisher nicht: *„Die Roma... werden nicht mit demokratischer Praxis in Verbindung gebracht. Die Mobilität der Roma... bleibt weitgehend apolitisch in dem Sinn, dass sie nicht dabei gesehen werden, wie sie bewusst versuchen, durch ihre Mobilität Strukturen von Macht und Autorität neu zu verhandeln. Die Roma, die in Armut leben und die Diskriminierung und Rassismus erfahren,... werden oft als ungeordnete Masse von Individuen dargestellt, die von ihren Lebensbedingungen frustriert sind.“* (Aradau, Huysmans 2009, S. 6)

Weder die Finanzierungsinstrumente der Kommission noch die europäische Gesetzgebung gegen Diskriminierung, sei es in Form der Antidiskriminierungsrichtlinie 2000/43/EC oder des Rahmenbeschlusses zur Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (2008/913/JI), haben die Ursachen der Migration der Roma überwinden können. Die Bedeutung der Antidiskriminierungsrichtlinie für den Kampf gegen Ausgrenzung und Diskriminierung sollte zwar nicht unterschätzt werden, doch sie reicht nicht aus, um die strukturelle Ausgrenzung der Roma und den Teufelskreis aus miserablen Wohnverhältnissen, schlechten Bildungschancen, Arbeitslosigkeit und Armut zu durchbrechen (De Schutter 2005). Um diese Probleme anzugehen, bräuchte die EU eine sozialpolitische Kompetenz, die ihr bisher fehlt.

Dass sie die Ursachen der Migration der Roma nicht kurzfristig überwinden kann, entbindet die Europäische Union indes von nicht der Pflicht, die Lage der MigrantInnen in den Zielländern zu verbessern. Die Europäische Union muss die Einhaltung existierender europäischer Standards durchsetzen und ihre Spielräume zugunsten der Roma nutzen. Insbesondere der konsequenten Durchsetzung der europäischen Freizügigkeit und der Ausweitung der Rechte durch die Unionsbürgerschaft kommt zentrale Bedeutung für eine aktive europäische Roma-Politik zu.

Die Frage, wie die Europäische Union mit der Migration der Roma umgeht, wird zukünftig weiter an Relevanz gewinnen. In der Politik gegenüber den Beitrittskandidaten im ehemaligen Jugoslawien wiederholen sich die Debatten, die im Vorfeld der bisherigen EU-Osterweiterung bereits stattfanden. Vielfach werden die Lebensbedingungen der Roma in den Diskussionen um laufende oder mögliche Beitritts-Verhandlungen thematisiert (z. B. Europäische Kommission 2010b); und ihre Migration stellt die schon erfolgte Visaliberalisierung gegenüber Mazedonien und Serbien infrage.

In der Union selbst stehen die Europäischen Institutionen den Verletzungen der Grundrechte der Roma weitgehend machtlos gegenüber. Nationalismus und Romafeindlichkeit wachsen weiter an, und die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise werden die Armut der Roma in den nächsten Jahren weiter verschärfen. Will die Europäische Union ihre Werte von Freiheit und Gleichheit nicht nur auf dem Papier verteidigen, braucht es eine überarbeitete Roma-Rahmenstrategie. Diese muss die bisher ausgelassenen Fragen mit einbeziehen und *alle* Mitgliedsstaaten, auch die westeuropäischen, mit verbindlichen Regelungen in die Pflicht nehmen.

Quellen

- Richtlinie 2004/38/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 über das Recht der Unionsbürger und ihrer Familienangehörigen, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten frei zu bewegen und aufzuhalten.
- Europäische Kommission: Roma in Europe. The Implementation of European Union Instruments and Policies for Roma Inclusion – Progress Report 2008–2010, Brussels 7. April 2010 (Europäische Kommission 2010a).
- Europäische Kommission: Croatia 2010 Progress Report accompanying the Communication from the Commission to the European Parliament and the Council. Enlargement Strategy and Main Challenges 2010–2011, Brussels 9. November 2010 (Europäische Kommission 2010b).
- Europäische Kommission: An EU Framework for National Roma Integration Strategies up to 2020, Brussels 5. April 2011 (Europäische Kommission 2011a).
- Europäische Kommission: Freier Personenverkehr: Entschlossenes Handeln der Kommission ermöglicht Schließung von 90 Prozent der offenen Dossiers. Pressemitteilung, Brüssel, 25. August 2011 (Europäische Kommission 2011b).
- Europäisches Parlament: Entschließung zu einer europäischen Strategie für die Roma, 23. Januar 2008.
- Europäisches Parlament: Entschließung zur Lage der Roma und zur Freizügigkeit in der Europäischen Union, 9. September 2010.

Literatur

- Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA): Die Situation von Roma-EU-Bürgern, die sich in anderen EU-Mitgliedsstaaten niederlassen. Vergleichender Bericht, November 2009, Veröffentlichung im Internet.
- Amnesty International: The Wrong Answer. Italy's Nomad Plan violates the housing rights of Roma in Rome, January 2010.
- Amnesty International: Italy. The Witch-Hunt against Roma People must end, July 2008.
- Aradau, Claudia / Huysmans, Jef: Mobilising European Democracy. Mobility and Citizenship between Universal Rights and the 'Mob', Research Project ENACT Enacting European Citizenship, January 2009, Internet Publication.
- Aradau, Claudia u. a.: Paradoxes of Citizenship. The Roma, mobility and Europe, Research Project ENACT Enacting European Citizenship, June 2010, Internet Publication.
- Cahn, Claude / Guild, Elspeth: Recent Migration of Roma in Europe, December 2008, Internet Publication.
- Cahn, Claude / Guild, Elspeth: Recent Migration of Roma in Europe, 2nd edition, October 2010, Internet Publication,
- Carrera, Sergio / Faure Atger, Anaïs: Implementation of Directive 2004/38 in the context of EU Enlargement. A proliferation of different forms of citizenship? CEPS Special Report/April 2009, Internet Publication.
- Carrera, Sergio / Faure Atger, Anaïs: L'affaire des Roms. A Challenge to the EU's Area of Freedom, Security and Justice, CEPS September 2010, Internet Publication.
- De Schutter, Oliveir / Verstichel, Annelies: The Role of the Union in Integrating the Roma: Present and Possible Future, European Diversity and Autonomy Papers, EDAP 2/2005.
- Eurocities: Task Force Roma Inclusion. Overview city situations and policies, unveröffentlichtes Manuskript, September 2011.

- European Dialogue: The Situation of Roma from New Member States of the European Union and the Role of Local Authorities in their Settlement and Inclusion. A Strategic Guide for Directors and Senior Management, Autumn 2009, Brochure.
- European Network against Racism (ENAR): The situation of the Roma in Europe: challenges and ways forward, ENARgy February 2010.
- European Roma Information Office (ERIO): Survey on Ethnic Data Collection. Risk or Opportunity? 2009, Brochure.
- European Roma Rights Centre (ERRC) u. a.: Security a la Italiana: Fingerprinting, Extreme Violence and Harassment of Roma in Italy, Report, July 2008, Internet Publication.
- European Stability Initiative (ESI): Advancing Freedom of Movement in a Populist Age. How the Western Balkans asylum seekers' affair can be resolved, Brussels, 9 July 2011, Internet Publication.
- European Union Agency for Fundamental Rights (FRA): Housing conditions of Roma and Travellers in the European Union, Comparative Report, October 2009, Brochure.
- Guglielmo, Rachel / Waters, Timothy William: Migrating Towards Minority Status. Shifting European Policy Towards Roma, *Journal of Common Market Studies*, Vol. 43, No. 4, pp. 763–785, November 2005.
- Guy, Will: EU Initiatives on Roma: Limitations and Ways Forward, in: Sigona, Nando / Trehan, Nidhi: *Romani Politics in Contemporary Europe. Poverty, Ethnic Mobilization, and the Neoliberal Order*, Palgrave Macmillan 2009, S. 23–50.
- Kropp, Manuela / Striethorst, Anna: Ein kalter Empfang – 10.000 in Deutschland lebende Roma werden in das Kosovo abgeschoben, März 2010, Veröffentlichung im Internet.
- Kropp, Manuela: Abschiebungen von Roma innerhalb und außerhalb der EU, in: *Delegation der Linken in der GUE/NGL (Hrsg.): Roma, Es ist Zeit zu handeln*, Dezember 2010, Broschüre.
- Rose, Romani: Neue EU-Strategie zur Verbesserung der Lage von Roma und Sinti in Europa muss Aufbau nachhaltiger Strukturen verfolgen, *Forum Migration* Juni 2011.
- Sigona, Nando / Trehan, Nidhi: Introduction. Romani Politics in Neoliberal Europe, in: *Romani Politics in Contemporary Europe. Poverty, Ethnic Mobilization, and the Neoliberal Order*, Palgrave Macmillan 2009, S. 1–22.
- Sigona, Nando / Trehan, Nidhi: Néolibéralisme et antitsiganisme: le suspens du rêve européen, *Revue Lignes* Nr. 34, Februar 2011.
- Sigona, Nando: Die Europäische Gemeinschaft und die Roma: Armut, Romafeindlichkeit und Steuerung der Mobilität? Unveröffentlichtes Manuskript, September 2011.
- Tóth, Judith: The Incomprehensible Flow of Roma Asylum-Seekers from the Czech Republic and Hungary to Canada, November 2010, Internet Publication.

Anmerkungen

- 1) Exakte Daten darüber, wie viele Roma derzeit von ihrem Recht auf Freizügigkeit innerhalb der EU Gebrauch machen, liegen bisher allerdings nicht vor. Für Schätzungen zur Präsenz von Roma-MigrantInnen in ausgewählten Großstädten vgl. Eurocities 2011. Zur sensiblen Frage der Datenerfassung nach ethnischen Kriterien ausführlich ERIO 2009.
- 2) Insbesondere in Ungarn hat es in der Vergangenheit stets ein hohes Niveau romafeindlicher Gewalttaten gegeben, und in den letzten Jahren ist ein weiterer Anstieg der Gewalt zu verzeichnen. Zuletzt starben 2008 und 2009 acht Menschen bei einer Mordserie. Auch in Tschechien finden immer wieder Übergriffe auf Siedlungen der Roma statt. Im September 2011 kam es zu „Aufmärschen“ vor Roma-Unterkünften, die von der Polizei mühsam im Zaum gehalten wurden. Zur ansteigenden Gewalt gegen Roma ausführlich Amnesty International: Report Ungarn 2010; Amnesty International: Report Tschechien 2010; ENAR 2010.

- 3) Zu Erfahrungen und Lösungsansätzen der Behörden in ausgewählten Großstädten vgl. Eucrocities 2011. Eine Herausforderung für viele Behörden ist insbesondere die Diskrepanz zwischen dem Rechtsstatus der Unionsbürgerschaft und der extremen Armut der Roma; dies zeigt das Beispiel der Stadt Berlin: Als im Sommer 2009 mehrere rumänische Großfamilien in einem Berliner Park ihre Zelte aufschlugen, wurden diese wochenlang zwischen verschiedenen Ämtern hin und her geschoben und erhielten schließlich ein Handgeld für ihre „freiwillige“ Ausreise nach Rumänien. Als Nicht-Deutsche hatten sie keinen Anspruch auf soziale Unterstützung; und als EU-BürgerInnen konnten sie kein Asyl in Deutschland beantragen und auf diese Weise Unterstützung erhalten.
- 4) Der Bericht nennt eine Reihe an Empfehlungen zur Verbesserung der Situation der Roma. Für die Mitgliedsstaaten werden Schulungen zur Umsetzung des Europarechts und die effektive Implementierung der europäischen Antidiskriminierung-Vorschriften gefordert. Die Europäische Union wird angewiesen, eine Roma-Abteilung in der Europäischen Kommission einzurichten, ihr *Monitoring* zur Situation der Roma auszuweiten und europäische Politiken dahingehend zu überprüfen, inwieweit sie MigrantInnen beim Abschluss von Krankenversicherungen unterstützen (Cahn/Guild 2010, S. 83 f).
- 5) Frankreich nimmt wie andere europäische Länder schon seit 2007 „humanitäre“ Ausweisungen vor, oft mit einer finanziellen Vergeltung von 300 Euro pro Person und 100 Euro für Minderjährige. Anschließend werden die biometrischen Daten der Ausgewiesenen in der Datenbank OSCAR erfasst, um einen „Missbrauch“ der finanziellen Vergeltung zu verhindern (Carrera/Faure Atger 2010, S. 5). Die Zahlen gehen in die Tausende; allein in der ersten Jahreshälfte 2010 wurden über 8000 rumänische und bulgarische Roma aus Frankreich ausgewiesen. Dennoch erfolgte der öffentliche Protest erst, als Nicolas Sarkozy die Massenausweisungen als Teil seines populistischen „Krieges gegen Kriminelle“ inszenierte.
- 6) In den entsprechenden Pressekonferenzen brachte Reding ihre Verärgerung über die irreführenden Angaben der französischen Regierung zum Ausdruck und zog hinsichtlich der Ausweisungen Parallelen zum Zweiten Weltkrieg: „I personally have been appalled by a situation which gave the impression that people are being removed from a member state of the European Union just because they belong to a certain ethnic minority. This is a situation I had thought Europe would not have to witness again after the Second World War.“ (zit. nach Carrera/Faure Atger 2010, S. 11) Auch während des Treffens der Staats- und Regierungschefs am 16. September 2010 gab es deutliche Meinungsverschiedenheiten in der Frage der Freizügigkeit der Roma. Das französische Vorgehen wurde aber letztlich nicht formal verurteilt.
- 7) Die Relevanz für einen solchen Mechanismus zeigt sich in der anhaltenden Nicht-Umsetzung der Freizügigkeits-Richtlinie in vielen anderen europäischen Ländern. Nach Vertragsverletzungsverfahren im Frühjahr 2011 passten mehrerer Mitgliedsstaaten ihre Vorschriften an europäisches Recht an, doch die Europäische Kommission muss weiterhin Mängel in drei Bereichen feststellen: „Einreise und Aufenthalt von Familienangehörigen, einschließlich Lebenspartnern, Ausstellung von Visa und Aufenthaltskarten für Familienangehörige aus Drittstaaten und Garantien gegen Ausweisung.“ (Europäische Kommission 2011b, S. 3; ausführlich Carrera/Faure Atger 2009)

Migration ist schlecht, Migration ist gut, Migration IST

Ein humanes Drama in drei Akten und ein paar Ideen

Ulrike Kruh

Prolog

Migration ist schlecht, posaunen die Propagandisten populistischer Politik hinaus, ihre Primitivmedien stoßen gerne ins gleiche Horn. Auf Migranten werden die sozialen und ökonomischen Probleme unseres Wirtschaftssystems projiziert und diese noch unwissenden „Fremden“ können sich nur schlecht dagegen wehren.

Migration ist gut, meinen die Linken, Grünen und NGOs. Sie verweisen auf die Menschenrechte oder berufen sich auf die Erkenntnisse europäischer Demografen, die wissen, dass unser Kontinent Migranten braucht, um eine konkurrenzichernde Bevölkerungsentwicklung halten zu können.

Ich teile die menschenrechtlichen Anliegen und die sozio-ökonomische Analyse der zweiten Position, füge aber eine dritte und grundlegendere hinzu: Migration IST. Migration ist DAS Humanum, denn nur durch Migration konnte sich die Menschheit von ihren Entstehungsorten in Ostafrika über den ganzen Erdball ausbreiten. Nur dessen eingedenk können wir mit dem Phänomen Migration richtig umgehen und eine menschengerechte Migrationspolitik entwickeln.

1. Akt: Migration ist schlecht

Amir Kassaei, einer der erfolgreichsten Manager der Werbebranche weltweit, sprach sich vor kurzem im Fernsehen dafür aus, dass die Werbebranche sich

in der Weltwirtschaftskrise ihrer sozialen und politischen Verantwortung und ihres möglichen Mitverschuldens bewusst sein müsse.

Was hat ein Vertreter eines eindeutig dem Kapitalismus dienenden Wirtschaftszweiges in einer linken Zeitschrift zu suchen?

Kassaei, so erzählte er auf Befragen, ist Migrant. Er musste ab seinem 12. Lebensjahr als Kindersoldat im iranischen-irakischen Krieg dienen, hat wahrscheinlich Leute erschossen, sah als Kind, wie sein bester Freund neben ihm starb. Kassaei kommt aus einer wohlhabenden iranischen Familie, die alles daran setzte ihren Sohn zu retten, er konnte über die türkische Grenze geschmuggelt werden, gelangte dann zu Verwandten nach Wien, wo er Erstaufnahme fand, sich kurze Zeit später – noch in der Schule – jedoch selbst durchbringen musste. Der Bürgersohn lernte Wien so von weit unten kennen. Dass er seinen Schulabschluss machte, war für ihn selbstverständlich. Danach setzte er ein Ökonomie-Studium in Fontainebleau drauf, erste Jobs als Controller bei Werbeagenturen führten wieder nach Österreich. Der inzwischen österreichische Staatsbürger zog nach Berlin um, nach anderen Stellen hatte er sich bis in die internationale Werbeagentur DDB gekämpft. Die übernahmen ihn jetzt in die New Yorker Zentrale, er soll einer der drei wichtigsten Leute der Werbebranche überhaupt sein. Eine Ausnahme, gewiss. Oder doch nicht?

In der Freitagabend Talkshow des SWR vor wenigen Wochen erntete Kassaei allgemeine Bewunderung für seine Geschichte. Nur sein (winziger – und ich weiß das, denn ich bin Österreicherin) etwas weicherer und natürlich aus Wien stammender Tonfall in seinem perfekten Hochdeutsch wurde vom Talkmaster lächelnd bekrittelt. Irgendetwas an diesem erfolgreichen Menschen musste doch anders und irgendwie fremd sein.

Weshalb stehen Medien und die öffentliche Meinung Migranten wie Kassaei positiv gegenüber, fallen aber über Migranten im allgemeinen unbarmherzig her? Dazu werden Katastrophen- und Kriegsvokablen benutzt. Fluten würden uns überschwemmen, gegen die Dämme und Mauern gebaut werden müssten, die Festung Europa müsse sich abschotten. Noch schlimmere sprachliche Vergleiche kommen aus dem Tierreich oder der Medizin. Wir und sie, wir die Guten und sie die Schlechten, wir hier drinnen und sie die Feinde draußen vor dem Schutzwall, dieses Gedankenbild muss eingehämmert und verfestigt werden. „Otherring“ nennen das die Anthropologen und tausende ihrer Studien belegen, dass dieses Phänomen in vielen Gesellschaften und Kulturen existiert.

Sebastian Kurz ist 24 und Student der Rechten. Mehr als mit seinem Studium hat er sich sicher mit seiner politischen Funktion als Vorsitzender der konservativen Parteijugend Wiens beschäftigt. Vor den letzten Gemeinderatswahlen versuchte er Stimmen zu angeln, indem er mit einem Riesenvehikel durch die Stadt fuhr, auf dem „Schwarz ist geil!“ stand. Dieser wirklich fesche, aber

offenbar gern auch geile Typ wurde vom Vizekanzler zum Staatssekretär für Integration gemacht und sitzt seit wenigen Monaten hochdotiert im österreichischen Innenministerium.

Die Nominierung von Kurz wurde wegen dessen Unerfahrenheit scharf kritisiert, Kurz musste also gegensteuern. Er erfand eine Art „Kassaei-Kampagne“. Mit von Steuergeld bezahlter PR soll die Öffentlichkeit auf die Nützlichkeit von Migranten hingewiesen werden, besonders erfolgreich Integrierte dienen als Vorzeigebispiele. In diesem Zusammenhang kommt immer wieder der internationale Catering-Unternehmer Attila Dogudan vor, der die Identitätsdebatte geschickt zur Werbung für sein eigenes Unternehmen nützt und dabei stets auf seine türkischen Wurzeln und die guten österreichischen Möglichkeiten verweist. In der Öffentlichkeit erwähnt er weniger, dass er vom Vater das Geld für seine erste Unternehmensgründung vorgestreckt bekam.

Womit wir beim politischen Kern der Sache wären. Sogenannte Erfolgreiche, also die, die sich dem Kapitalismus völlig verschrieben haben, sind selbstverständlich kein Problem für das Wirtschaftssystem und werden in der Konsequenz von Öffentlichkeit und Medien auch niemals als solches bezeichnet.

Ein „Problem“ sind die andern, die sogenannten „Integrationsunwilligen“, die in den vielkritisierten „Parallelgesellschaften“ leben, diese mit Kopftuch und Moscheebesuch sogar verteidigen, zu wenig und zu schlecht Deutsch sprechen, und angeblich mit „uns“, der Mehrheitsgesellschaft, nichts zu tun haben wollen. Der Vater war jahrzehntelang Arbeiter. Die Mutter kochte zu Hause ausgezeichnet und mühte sich damit ab, die viel zu kleine Wohnung hygienisch zu halten. Nach ihrer Ankunft hier im Norden war sie mit Arbeit und Kindererziehung beschäftigt. Jedes Geldstück musste anfangs umgedreht werden, ein von der Familie selbst bezahlter Deutsch-Kurs war für die Frau da nicht drin.

Zwischen ihnen und den Erfolgreichen wie Kassaei und Dogudan gibt es einen entscheidenden soziologischen Unterschied, ihre schichtspezifische Herkunft. Sie kommen nicht aus der Mittel- oder Oberschicht, sondern sind zumeist Kinder von Bauern aus den weniger entwickelten Regionen Ex-Jugoslawiens oder der asiatischen Türkei.

Jetzt werden diese Menschen, die mit ihrer günstigen Arbeitskraft das zentraleuropäische Wirtschaftswunder des 20. Jahrhunderts mit-ermöglicht haben, genau WEGEN ihrer damaligen Leistung gebrandmarkt. Mehr als 30 Jahre betrieb die österreichische Industriellenvereinigung in Ex-Jugoslawien und der Türkei Anwerbebüros für „Gastarbeiter“. Mit dem Versprechen, sich schnell eine gute Existenz für sich und ihre Familie aufbauen zu können, wurden diese Anatolier oder Serben regelrecht nach Österreich gelockt.

Von Integrationsmaßnahmen, die auch dem damaligen sozialwissenschaftlichen Forschungsstand entsprochen hätten, war keine Rede, wahrscheinlich war das zu teuer. Die Folgen dieser menschenrechtlichen Ungeheuerlich-

keit nutzen Rechte wie Sarrazin (und er ist selbstverständlich ein Rechter, SPD-Mitgliedschaft hin oder her); der FPÖ-Politiker Strache schwingt auf der Wiener Ringstraße ein großes christliches Holzkreuz und plakatiert stolz „Daham statt Islam“ (hochdeutsch: Daheim statt Islam).

Der vorwurfsvoll gemeinte Terminus „Parallelgesellschaft“ ist besonders perfide. Was hat ein österreichischer Unternehmer, der gerne Mitglied im Lions Club ist, mit einem österreichischen Arbeiter, der Fan des Fussball-Clubs Rapid ist, gemeinsam? Beide sind in Clubs, kleinen „Parallelgesellschaften“, engagiert. Was eine Linzer alleinerziehende Mutter von zwei Kindern, die im Elternverein der Schule aktiv ist, mit einer FPÖ-Politikerin, die einen Kärntner Chor organisiert? Rund um uns herum, auch unter den „österreichischen Österreichern“ gibt es nur „Parallelgesellschaften“, ausschließlich. Wieso also sollte das bei Menschen, die von anderswo hierher gekommen sind, anders sein? Und warum macht man es nur diesen Menschen zum Vorwurf?

Die sogenannte „Ausländer-Frage“ oder die – bereits etwas politisch korrekter genannte – „Integrationsfrage“ ist die gute, alte Klassenfrage. Wohlhabendere, aus dem Bürgertum stammende und sich schnell mit Verhältnissen und Wirtschaftssystem arrangierende Migranten sind gut, aus armen Schichten stammende, die hier Arbeiter wurden, sind schlecht. Ihre Kultur wird als rückständig bezeichnet und es wird vergessen, dass sich lange Zeit keine einzige Instanz des Ziellandes kulturell um sie gekümmert hat. Es wird verdrängt, dass die bürgerlichen Migranten sogar in ihrer Migrationssituation in der Regel auf viel mehr soziale Unterstützung zählen können als ihre viel ärmeren, im Herkunftsland wenig gebildeten Landsleute, die späteren Gastarbeiter.

Diese Diskriminierung ehemaliger Arbeiter und ihrer anderen Kultur verfolgt ein klares politisches Ziel, sie kann als „Schuss vor den Bug“ der inländischen ArbeitnehmerInnen interpretiert werden, hält diese durch Angstmache ruhig und schreckt sie davor ab, ihre berechtigten Forderungen zu stellen.

Außerdem wird so ein Keil in die Arbeiterschaft getrieben. Wenn es uns, den hiesigen ArbeitnehmerInnen so schlecht geht, dann muss doch einer schuld sein, und das sind – wenn ich wenig politisch gebildet bin – dann nicht die Verhältnisse (die verändert werden müssen), sondern Savo, mein serbischer Kollege oder Mesud, der Türke am Gabelstapler. Die Taktik erfüllt also einen doppelten Zweck, ist wirklich schlau und geradezu teuflisch-genial.

Seit in der Öffentlichkeit nicht mehr offen über Klassenkonflikte gesprochen wird, hat sich der Diskurs also verschoben, jetzt haben wir es mit der Ethnisierung und Kulturalisierung der sozialen Folgen des ökonomischen Ungleichgewichts, wie es für den Kapitalismus strukturell bestimmend ist, zu tun.

Psychisch unverarbeitete Migrationsprozesse führen dazu, dass die Probleme unbewusst von einer Generation auf die nächste übertragen werden. Die Tatsache, dass der Gastarbeitervater verachtet wurde und die Mutter be-

schimpft, bewirkt vielleicht das Ausagieren des Sohnes, das schrille Verhalten der Tochter der Zweiten Generation. Die Unruhen in den Pariser Banlieus vor sechs Jahren und die von Tottenham ausgehenden britischen Revolten 2011 zeigen das tiefe „Unbehagen in der Kultur“ vieler MigrantInnen auf. Die Abschottungspolitik der vergangenen Jahrzehnte hat nichts Positives gebracht, sondern zu einem zusätzlichen und riesigen Problem für Alle geführt.

Leider hat die postmoderne Mode in der sozial- und kulturwissenschaftlichen Forschung diesen Trend unterstützt bzw. mitbegründet. Die klassische soziologische Betrachtung sprach von Phänomenen wie chain migration (Migranten gehen in Länder, wo es schon andere Migranten ihres Herkunftslandes gibt, sodass sich eine Kette um die Welt spannt. Sie bekommen in ihrer Diaspora verstärkte Unterstützung in der schwierigen ersten Zeit des Fußfassens), orientierte sich am Push-pull-Modell (push-Faktoren sind die Negative, die zur Migration zwingen; pull-Faktoren die attraktiven Eigenschaften des neuen Landes, die anziehend wirken), berücksichtigte Migranten in der Bevölkerungsentwicklung (die Gedanken des genialen Malthus fortführend), unterschied scharf zwischen Arbeitsmigration und Flucht.

Postmoderne Theorien hingegen kommen ohne sozioökonomische Begründung sozialer Probleme aus, versuchen die Welt in turns zu erklären, so gab es einen linguistic turn, einen cultural turn, einen anthropological turn, sogar einen iconic turn u.v.m. Diese Erklärungsversuche konzentrieren sich auf die Oberfläche der Phänomene und verwenden dazu gerne auch von Marxisten Geschriebenes, weiden es wie eine Kuh aus, der Kern der (für sie: früheren) Sache, die Erklärung der sozioökonomischen Verhältnisse und die Analyse des Systems, ist aber verpönt. Das wäre altmodisch, unnötig und nicht kulturwissenschaftlich.

Alle mit Migration verbundenen kulturellen und sozialen Phänomene werden mit Vorliebe von diesen „Kultur“-Wissenschaftlern untersucht. Mit diesem Kult der Verschiedenheit und Buntheit wird diese Verschiedenheit regelrecht einzementiert, die Migranten werden auf eine starre Rolle festgelegt, ihre unterlegene Position der Benachteiligung in der Gesellschaft wird im negativsten Fall wissenschaftlich verfestigt.

Die Wissenschaft hat somit ihren emanzipatorischen Anspruch aufgegeben, auf den Unis hat sich ein postmoderner Mainstream etabliert, Migranten sind seine beliebten Forschungsobjekte. Dass sie längst Subjekte in unserer Gesellschaft sind, damit setzt sich diese Geistesrichtung wenig auseinander.

2. Akt: Migration ist gut

Angeichts des strukturellen Ungleichgewichts und dessen menschenrechtlichen Folgen unter denen die meisten Zuwanderer zu leiden haben, verteidigen die Linken, die Grünen und viele NGOs in der Regel die Sache der Migranten.

Viele echt Gläubige und Linke, viele Menschenrechtsbewegte haben sich in der Caritas, bei Amnesty International, der Asylkoordination, IOM, Zara, u. a. dieser Aufgabe verschrieben. Viele ihrer Anliegen werden von der UNHCR, der Flüchtlingsorganisation der Vereinten Nationen, unterstützt. Die Tapfersten unter ihnen haben sich auf das mühsame Geschiebe mit den Innenministerien eingelassen, lesen die immer wieder neuen Gesetze und ihre Novellierungen, verfassen Kommentare dazu. Durch diese strukturelle Ungerechtigkeit musste eine ganz neue Branche entstehen, sogar Studienzweige wurden adaptiert. Die gesetzliche Lage ist so kompliziert geworden, dass heute nur wenige AnwältInnen von sich behaupten können, sich im Dschungel des „Fremdenrechts“ wirklich auszukennen.

Nur mehr die krassesten menschenrechtlich bedenklichen Fälle schaffen es bis in die Öffentlichkeit. Als im Herbst 2010 zwei achtjährige blonde Zwillingmädchen aus dem Kosovo mithilfe eines bewaffneten Spezialkräfte-Einsatzes frühmorgens außer Landes geschafft werden sollten, ging ein Aufschrei durch Österreich, 100.000 Engagierte unterschrieben dagegen. Der Druck war sogar der sehr resoluten damaligen Innenministerin Fekter zu groß geworden, unter Anwendung von zig juristischen Finten musste sie die Wiedereinreise der kosovarischen Familie Komani erlauben.

Die positive Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit gehört also den menschenrechtlichen Extremfällen, negative Aufmerksamkeit wird hingegen der Mehrheit der MigrantInnen zuteil, den schon länger ansässigen ArbeitsmigrantInnen.

In welchem Rahmen bewegen wir uns hier: Das Europa der 27 hat 491 Millionen Einwohner, davon sind 41 Millionen (8,4 Prozent) Zuwanderer. 1,3 Millionen der 8,4 Millionen Einwohner Österreichs kamen im Ausland zur Welt (ca. 15 Prozent der Bevölkerung), davon sind 760.000 ausländische StaatsbürgerInnen (ca. 9 Prozent der Bewohner Österreichs). Die Zahl der Einbürgerungen ist durch den Einfluss der schwarz-blauen Periode (die rechtskonservative Koalition der „christlich“-demokratischen ÖVP mit der freiheitlichen FPÖ von 2000 bis 2006) drastisch gesunken, damals wurden diese Gesetze verschärft, sodass im Jahr 2010 nur 6.135 Menschen eingebürgert werden konnten, die meisten davon im gesellschaftlich liberaleren Wien.

400.000 Beschäftigte des österreichischen Arbeitsmarktes sind „Ausländer“, das ist ein Anteil von zwölf Prozent. Sie stammen nicht aus der Türkei, sondern überwiegend aus Deutschland und dem ehemaligen Jugoslawien, die türkischen Bewohner Österreichs (darunter viele Kurden) kommen erst an dritter Stelle.

In den politischen Diskussionen über Migration wird ein Faktum immer ausgelassen. Es gibt auch EuropäerInnen, die die Nase voll von Europa haben, ÖsterreicherInnen, die auswandern. Sie empfinden dieses überalterte Land als zu verkrustet, halten es hier einfach nicht mehr aus. Die Politiker erwähnen diese Gruppe wohlweislich nicht, da sie sich sonst eine selbstkritische

Frage stellen müssten: „Womit haben wir diese Leute vertrieben, was haben wir falsch gemacht?“ Sie müssten ihren eigenen Anteil an der österreichischen Politik überdenken, ein hoher Grad an Selbstreflektion, der nur von Ausnahmepolitikern zu erwarten ist.

3. Akt: Migration IST

Halten wir einmal inne: Wie konnte sich die Menschheit von ihrem Entstehungsort in Ostafrika über den ganzen Erdball verbreiten? Wie schafften „wir“ die Entwicklung vom Australopithecus afariensis (der berühmten Lucy) bis in die Wolkenkratzer von Shanghai und New York? Durch Migration.

Die Gattung homo spaltete sich von den Australopithecines vor ca. 2,4 Millionen Jahren ab, die Entwicklung zum homo sapiens war erst vor ca. 250.000 Jahren abgeschlossen, erdzeitgeschichtlich eine sehr kurze Zeitspanne. Nach der Southern Dispersal Theory begann die „große Migration“ des homo sapiens über den Erdball erst vor ca. 70.000 Jahren vom Horn von Afrika aus und erfolgte in mehreren Schüben.

In Europa traf homo sapiens auf seinen früher aufgebrochenen genetischen Cousin, den Neandertaler, und vermischte sich teilweise mit ihm. Als letzte große Humanbesiedelung gilt die amerikanische nach der Überquerung der damals trockenen Bering-Straße von Sibirien nach Alaska, „der Mensch“ befindet sich nach der Erkenntnis einiger Forscher erst seit ca. 15.000 Jahren auf den amerikanischen Kontinenten.

Migration ist also DAS Humanum schlechthin, der Begriff „Menschheit“ und der Begriff „menschliche Migration“ sind in Wirklichkeit Synonyme. Der zu Anfang des 19. Jahrhunderts entstandene nationalstaatliche Gedanke widerspricht dieser Erkenntnis auf einer politischen Ebene. In diesem idealen Nationalstaat würde EIN Volk mit EINER Sprache, mit gemeinsamen Traditionen, Volkstänzen und sogar Gewändern (Trachten) leben. Dieser – in Wirklichkeit so nie existente – Nationalstaat wäre eine Art Riesenfamilie, in dem diese angeblich Gleichen miteinander in Frieden leben könnten. Jeder „von außen“ Kommende wäre demnach eine potentielle Bedrohung dieses angenommenen Friedens, ein Fremder und in der Konsequenz sogar ein Feind.

Abgesehen davon, dass die Familie eine äußerst krisenanfällige soziale Zelle ist (schließlich geschehen die meisten Morde im Familienverband), kann das Familienmodell schon wegen der Größenverhältnisse nicht von einer winzigen Gruppe auf mehrere Millionen Menschen übertragen werden. Soziologen wissen das, rechte Politiker, die den Unterschied zwischen Gesellschaft und Gemeinschaft nicht wahrnehmen, wollen das nicht wissen.

Die Rechten, die so gerne mit den Vor-Rechten der „angestammten“ Bevölkerung argumentieren und in Zentraleuropa damit die Abfolge Kelten,

Römer, Germanen, Slawen, Bayern meinen, müssen auf den größeren, historischen Bogen verwiesen werden. Ihre Argumente sind im wahrsten Sinne des Wortes zu kurz gegriffen.

Im Englischen wird die Verleihung der Staatsbürgerschaft als „naturalization“ bezeichnet, der Migrant bekommt dadurch einen natürlicheren Status. Das stimmt insofern, als dass er/sie sich als StaatsbürgerIn des neuen Landes endlich normal bewegen, niederlassen, eine Arbeit annehmen und wählen kann. Schon 1993 haben die ungarischen Soziologen Agnés Heller und Ferenc Féher darauf hingewiesen, dass der Begriff ergänzt werden muss, es darf nicht nur um naturalization, es muss auch um culturalization gehen. Und Kultur meint hier nicht die deutsche Kultur oder die französische, sie meint die humane, etwas Übergeordnetes, das uns allen kulturell gemeinsam ist, die Möglichkeit der Teilhabe.

Identitätspolitik wird erst betrieben, wenn Identitäten angeblich gefährdet sind. Wer nicht genau weiß, wer er ist, muss sich seiner Identität(en) versichern. Wir müssen also zu einem Umgang mit Migration finden, die Identitäten nicht gefährdet, sondern unterstützt.

Epilog: Was wäre vernünftig?

Man könnte z. B. die Idee der Denizens weiterentwickeln, die der Jurist und Migrationsforscher Rainer Bauböck vom European University Institute/Florenz so engagiert vertreten hat. Denizens sind Bürger eines Ortes. Sie kommen von woanders und besitzen noch ihre „alte“ Staatsbürgerschaft. Sie stehen zwischen Fremden und Staatsbürgern und haben Niederlassungsfreiheit. Schon im Römischen Reich und im frühen englischen Common Law gab es einen ähnlichen juristischen Status.

Ich kann mir vorstellen, die Denizens-Bürgerschaft nicht UNTER die Staatsbürgerschaft zu stellen und ihr nicht nachzuordnen, sondern sie ausdrücklich ÜBER sie zu stellen. Man wäre somit nicht Europäer, weil man Franzose ist, sondern man wäre Franzose, weil man Europäer ist. Das de Gaulle'sche Europa der Regionen würde von dem Gedanken der – in erster Linie – EUROPÄISCHEN Region ersetzt. Das ist keine unnötige Wortklauberei, sondern macht menschenrechtlich einen gewichtigen Unterschied.

Jeder hätte so einen zweigeteilten Pass: Teil 1 – ähnlich einem UNO-Pass – würde ihm den Aufenthalt und die Zugehörigkeit zum großen Ganzen, Europa, die Niederlassungsfreiheit und das Recht auf Arbeit und Besitz am Ort seines Aufenthaltes zusichern; Teil 2 die Zugehörigkeit zu einer europäischen Nation garantieren, die ihn/sie auch verpflichtet, die Gesetze und Regeln dieses Landes einzuhalten, ihm/ihr aber auch ermöglicht, an Kultur und Sprache des gewählten Landes teilzuhaben. Teil 2 würde sich im Falle der Migration verändern, Teil 1 aber kann ihm/ihr niemand wegnehmen.

Die einzelnen Nationalstaaten würden vom Betonen des politischen Assimilationsdrucks und der Notwendigkeit des Abschottungsdiskurses befreit, da sie selbstverständlich und viel ruhiger bei ihren eigenen Regeln und Bräuchen bleiben und sie nach eigenem Gutdünken weiterentwickeln könnten. Die von deutschen Fernseh-Journalisten an Migranten immer gestellte Interviewfrage „Und als was fühlen sie sich jetzt, als X oder als Deutscher?“ und ihre Diskriminierungsabsicht würden an Schwere verlieren. (Diese Idee bezieht sich auf die europäische Migration, sie berücksichtigt die Zuwanderung aus anderen Kontinenten nicht.)

Vernünftig und problemlösungsorientiert würden sich die Gewerkschaften verhalten, wenn sie einsehen könnten, dass die Migranten für ALLE ArbeitnehmerInnen stehen, dass sie eine Art Avantgarde der ArbeitnehmerInnen sind und zwar in dem Sinne, dass an ihnen seit Jahrzehnten ein Exempel statuiert wird. An ihnen wird gezeigt, wie die Klassenauseinandersetzung verschoben und kulturalisiert, also neutralisiert wird, sodass die sozio-ökonomische Auseinandersetzung von ArbeitnehmerInnen-Seite nur mehr erschwert geführt werden kann. Eine breite gewerkschaftliche Vertretung dieser ArbeitnehmerInnen – und nicht nur ein paar Beratungsstellen wie heutzutage – nähme diesen notwendigen Konflikt konstruktiv und politisch auf.

Vernünftig und politisch langfristiger gedacht wäre auch, wenn die Linken und Grünen in den Beratungsstellen, die vielen Menschenrechtsbewegten sich immer wieder vor Augen führten, was sie politisch eigentlich tun. Unterstützen sie die Kulturalisierung eines sozio-ökonomischen Gegensatzes und perpetuieren ihn dadurch oder wissen sie, dass sie mit ihrem Engagement jetzt einigen Menschen helfen (und das ist selbstverständlich richtig und notwendig), es aber um eine noch größere Auseinandersetzung geht?

Die Experten streiten sich darum, was Freud wirklich gesagt hat: „Die Stimme der Vernunft ist leise“, sagen die Einen. Nein, „Die Stimme des Intellekts ist leise“, die Anderen. Fakt ist, dass sich die Ratio nur schwer durchsetzt. Überall und schon immer und erst recht in der Migrationsdebatte. Wir hoffen also.

(Frauen sind bei allen Bezeichnungen und männlichen Ausdrücken ausdrücklich mitgemeint.)

Quellen

- Rainer Münz: Migration in Europa und Österreich. Wien 2007.
 Ferenc Féher, Agnés Heller: Naturalization or “Culturalization“, Paper presented at the Workshop on: “From Aliens to Citizens“, Wien 1993.

Die europäische Migrationspolitik

Zuviel vom immer Gleichen

Cornelia Ernst, Lorenz Krämer

Wird in einem europäischen Kontext über Migration gesprochen, dauert es meist nicht lange bis der Name FRONTEX fällt. Migration steht meist zusammen mit „illegal“, und „illegale Migration“; der Begriff lässt keinen Zweifel, muss bekämpft werden. Das ist der Punkt, an dem FRONTEX, die Grenzschutzagentur der EU, ins Spiel kommt. Dies ist paradigmatisch für die restriktive Haltung der europäischen Politik, wenn es um Einwanderung geht.

Dabei kann sich die Migrations- und Asylpolitik der EU, zumindest auf den ersten Blick, sehen lassen. So verfügt die EU über eine ganze Reihe von Fördertöpfen in dem Bereich, wie den Flüchtlingsfonds, den Integrationsfonds und nicht zuletzt das Förderprogramm Solidarität und Steuerung der Migrationsströme (SOLID).¹ Allerdings werden die Gelder aus diesen sehr vielfältig verwendet, so dass praktisch auch Stacheldraht für Grenzanlagen damit finanziert werden kann. Daneben gibt es zum Beispiel mit der Blue Card² eine europäische Regelung, mit der Arbeitskräfte aus Ländern außerhalb der EU angestellt werden können, weitere Gesetze zur legalen Einwanderung sind in Planung oder befinden sich im legislativen Verfahren, irgendwo zwischen Parlament und Rat in erster oder in zweiter Lesung. Gleiches gilt für den Bereich der Asylpolitik. Zwischen 2002 und 2005 sind europäische Mindestregelungen für die einzelnen Asylsysteme geschaffen worden, zudem bestehen Ansätze, wie die Notfall-Richtlinie für temporären Schutz,³ mit der man asylpolitisch auf den Krieg im Kosovo 1999 reagierte

oder ein Neuansiedlungsprojekt, mit dem Menschen, die absehbar dauerhaft nicht mehr in ihre Heimat zurückkehren können, in der EU endgültig wohnen bleiben können.

Dagegen kann man kritisch einwenden, dass von einer gemeinsamen Migrationspolitik keine Rede sein könne, geschweige denn von einer europäischen Asylpolitik. Zwar existieren einzelne Instrumente, sie sind aber in ihrer Reichweite zu eingeschränkt, schließen sich gegenseitig aus, verpflichten die Mitgliedsstaaten zu nichts und bilden so lediglich ein Stückwerk, das mal hier, mal da etwas regelt oder versucht, Abhilfe zu schaffen. Den Namen einer gemeinsamen europäischen Politik oder eines europäischen Systems, wird man dann argumentieren, hat dieser Flickenteppich in keinem Fall verdient. Einige Beispiele: die Blue Card gilt nur für „Hochqualifizierte“ und ausdrücklich nicht für Menschen, die Asyl in EU-Europa beantragt haben oder schon genießen. Die genannte Richtlinie für temporären Schutz hat es bisher noch zu keiner einzigen Anwendung geschafft, wohl auch weil der zuständige Ministerrat einen Beschluss fassen muss, dass ein „massenhafter Zustrom“ vorliegt. Erst dann können die Flüchtlinge auf verschiedene Staaten verteilt werden. Die Minimalbedingungen für Asylsysteme in Europa, aufgeteilt auf drei Richtlinien⁴, werden derzeit überarbeitet. Der offizielle Grund in allen drei Fällen: die Richtlinien enthalten viele Formulierungen, die schlechterdings zu vage und zu zweideutig sind, daher den Mitgliedsstaaten zuviel Spielraum bei der Umsetzung lassen. Anders ausgedrückt: die Mitgliedsstaaten werden letztlich genau nicht auf einen bestimmten Mindeststandard festgelegt.

Diese unklare Situation resultiert aus dem restriktiven Paradigma, dem die europäische Grenz-, Asyl- und Migrationspolitik folgt. Die „Abwehr“ von Migration ist in allen bestimmenden Faktoren der Einwanderungspolitik präsent. In den vertraglichen Grundlagen ist sie verankert, und zieht sich wie ein roter Faden durch die inhaltlichen Grundlinien europäischer Migrationspolitik.

Grenzkontrollen, Asyl, Einwanderung – der Lissabon-Vertrag

Ein Blick in die Verträge, in das Primärrecht der EU, zeigt die Zuständigkeit der EU in bestimmten Fragen, zeigt aber auch die Grenzen auf. Im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV)⁵, wie der frühere EG-Vertrag heißt, seitdem der Lissabon-Vertrag in Kraft getreten ist, sind die Politikbereiche festgelegt, in denen die EU Kompetenzen besitzt, wie weit diese reichen und nach welchem Verfahren Gesetze beschlossen werden können. Maßgeblich sind hier die Artikel 77 bis 80 des AEUV. Diese betreffen die Bereiche Grenzkontrollen (Art. 77), Asyl (Art. 78), Einwanderung (Art. 79) und verpflichten die EU zu Solidarität und gerechter Aufteilung der Verantwortlichkeit in diesem Bereich (Art. 80). Die restriktive Haltung der EU gegenüber

Einwanderung wird schon an diesen Artikeln deutlich – Migration und Asyl sind zuallererst Fragen des Grenzregimes, so die Botschaft.

Artikel 77 verpflichtet die EU auf das Ziel eines gemeinsamen Managements der Außengrenzen und die Abschaffung der Grenzkontrollen innerhalb der EU. Dieser Artikel bildet einerseits die Rechtsgrundlage für die Abschaffung der Grenzkontrollen in 22 der 27 Mitgliedsstaaten, den sogenannten Schengen *acquis*, andererseits für die Grenzschutzagentur FRONTEX, eines der Symbole der „Festung Europa“ schlechthin. Zählt man die aktuelle Reform des FRONTEX-Mandats mit, ist offensichtlich, dass so gut wie alle Anforderungen dieses Artikels umgesetzt oder auf dem Weg sind.

Anders sieht die Lage bei Artikel 78 aus. Danach muss die EU ein gemeinsames Asylsystem entwickeln, das einen einheitlichen, europaweit gültigen Asylstatus enthält. Das „europäische Asylsystem“, das bisher auf Grundlage dieses Artikels geschaffen wurde, besteht aus den drei Richtlinien für Mindestnormen im Umgang mit Asylbewerbern, der umstrittenen Dublin-Regelung⁶, die festlegt, welcher Staat für die Bearbeitung eines Asylantrags zuständig ist, und der Richtlinie für temporären Schutz. Die Bilanz im Vergleich zu Artikel 77 ist damit ziemlich schwach: drei unzureichende Gesetze, deren Überarbeitung sich wegen Schwierigkeiten hinzieht, dazu die bei den südlichen Mitgliedsländern verhasste und bei den Regierungen in Deutschland und anderen nördlichen Ländern hoch gelobte Dublin-Verordnung sowie eine Notfall-Regelung, die keine konkreten Kriterien für ihre Anwendung enthält, sind das Resultat europäischer Asylkompetenz. Bis zu einem einheitlichen europäischen Asylstatus ist der Weg noch sehr weit.

Nur eine Klausel des Artikels 78 ist im Rahmen der europäischen Politik von einiger Relevanz. Zur besseren „Steuerung des Zustroms von Personen, die Asyl ... beantragen“, ist nach Absatz 2g die Kooperation mit Nicht-EU-Ländern möglich. Damit soll verhindert werden, dass Menschen, die auf der Flucht sind, bis nach Europa gelangen, um Asyl zu beantragen. Stattdessen sollen die Menschen schon einmal vorsortiert werden und ihre Anträge gleich vor Ort stellen. So können auch Grenzanlagen sowie Ausbildung und Ausrüstung von Grenzbeamten in Drittstaaten finanziert werden, was in der Regel über Fördertöpfe wie den Flüchtlingsfonds oder SOLID geschieht.

Alle weiteren Kompetenzen der EU in der Migrationspolitik ergeben sich aus Artikel 79. Das Ziel europäischer Einwanderungspolitik ist demnach die „wirksame Steuerung der Migrationsströme“ „in allen Phasen“, sowie die „verstärkte Bekämpfung von illegaler Einwanderung und Menschenhandel“. Weiter steht dort, dass die EU zuständig ist für Einreisebedingungen, die Rechte von Menschen, die sich rechtmäßig in der EU aufhalten, „illegale Einwanderung ... einschließlich Abschiebung“ sowie die Bekämpfung von Menschenhandel. Für die Einwanderungspolitik entscheidend ist hier jedoch, was die EU nicht darf: nach

Absatz 5 bleibt jedem Mitgliedstaat die Entscheidung vorbehalten, wie viele Menschen von außerhalb der EU dort die Erlaubnis zu arbeiten erhalten. Die europäischen Länder behalten daher in jedem Fall das letzte Wort, wenn es um den Zugang zum Arbeitsmarkt geht. Es ist folglich keine europäische Regelung möglich, die verpflichtend den Weg auf den Arbeitsmarkt eines Mitgliedstaates ebnet. Alle europäischen Gesetze sind an dieser Stelle darauf beschränkt, den Mitgliedsstaaten einen rechtlichen Rahmen bereit zu stellen – ob die Staaten diesen dann nutzen oder nicht, steht ihnen frei.

Migration als Bedrohung

Wie ein roter Faden zieht sich die Vorstellung durch die Dokumente der EU, dass Migration, allgemein und grundsätzlich, ein Risiko, eine Gefahr für unsere Gesellschaft, für die öffentliche Ordnung oder Gesundheit darstellt. Entsprechend dominiert ein Sicherheitsdenken.

Daher ist das erste Ziel die sogenannte Abwehr von Migration. Einwanderung ist im Großen und Ganzen unerwünscht, das ist die Grundhaltung der europäischen Migrations-Politik. Aus humanitären Gründen muss eine Ausnahme für Flüchtlinge zugestanden werden und aus ökonomischen Gründen sind Ausnahmen für bestimmte Gruppen von Arbeitskräften denkbar. Auffällig ist, dass so gut wie alle europäischen Instrumente, die die Aufnahme von Menschen zum Ziel haben, kurzfristig ausgelegt sind. Egal ob es sich um temporären Schutz, Saisonarbeit oder Blue Card handelt, in allen diesen Richtlinien ist ein Prinzip der Art „so lange wie nötig, so kurz wie möglich“ verankert. Das geht soweit, dass Saisonarbeiter mit mehrjährigen Erlaubnissen ausgestattet werden können oder im Folgejahr bevorzugt behandelt werden, wenn sie nur die EU pünktlich wieder verlassen. Auch hier ist die Nachricht klar: Kommen, unter Umständen – ja, bleiben – nein.

Wirklich langfristig ausgelegt ist nur das noch geplante Instrument zur Neuansiedlung. Es richtet sich an Flüchtlinge, bei denen absehbar ist, dass sie nie wieder in ihr Land werden zurückkehren können. Sie erhalten einen permanenten Aufenthaltsstatus und normalerweise die Aussicht auf die Staatsbürgerschaft ihrer neuen Heimat. Es ist bezeichnend, dass ausgerechnet dieses EU-Neuansiedlungsprogramm im Rat, also von den Vertretern der Mitgliedsstaaten, seit über einem Jahr blockiert wird.

Aus dem Abwehrgedanken einerseits und den befristeten Ausnahmen andererseits entsteht ein politisches Spannungsfeld. Dem Problem, Migration gleichzeitig bekämpfen und befördern zu müssen, versucht der EU-Gesetzgeber zumeist so gerecht zu werden, dass er das Prinzip „teile und herrsche“ anwendet. Das Resultat ist ein eigener rechtlicher Rahmen, eigene Regeln für jede einzelne Gruppe von Einwanderern. Die auffälligste Unterscheidung ist

die in Flüchtlinge und übrige Zuwanderer. Diese Unterscheidung wird nicht nur in Gesetzestexten säuberlich durchgehalten. In der EU ankommende Flüchtlinge werden von FRONTEX auf genau diese Unterscheidung hin untersucht. Nur wer vor gezielter staatlicher Verfolgung in seiner Heimat flieht, ist ein legitimer Flüchtling, wer „nur“ ökonomischer Perspektivlosigkeit und Armut zu entfliehen versucht, dem fehlt diese Legitimität.

Wie schwer sich diese Unterscheidung letztlich durchhalten lässt, war seit Anfang 2011 im Mittelmeer zu sehen. Als wir im Mai 2011 die italienische Insel Lampedusa besuchten, konnten wir die Landung von 1700 Flüchtlingen verfolgen. Die Mehrzahl der Menschen war aus Libyen geflohen und stammte aus verschiedenen afrikanischen oder asiatischen Ländern. Sie hatten zuvor einige Jahre in Libyen gelebt und gearbeitet und befanden sich nun auf der Flucht vor einem Bürgerkrieg, mit dem sie nichts zu tun hatten. Wohnung und Anstellung hatten sie verloren und kamen mit dem allernötigsten – manche hatten einen kleinen Rucksack bei sich, andere nicht. Waren diese Menschen nun legitime Asylsuchende, oder nicht? Schließlich waren so gut wie keine libyschen Staatsbürger darunter, viele könnten also bedenkenlos in ihre Heimatländer abgeschoben werden. Im Gegensatz zu den Tunesiern, die gleichzeitig ankamen und gewissermaßen auch „nur“ vor der wirtschaftlichen Perspektivlosigkeit in ihrer Heimat geflohen waren, hatten sie aber Glück und konnten vorerst bleiben.

Es werden aber auch weitere Unterscheidungen zwischen verschiedenen Gruppen von Einwanderern gemacht. Mit der Blue Card werden höher qualifizierte Fachkräfte mit einer Arbeitserlaubnis in der EU ausgestattet. Bald werden eigene Regelungen für Saisonarbeiter folgen und für Arbeiter und Angestellte, die innerhalb eines multinationalen Konzerns von außerhalb in die EU entsandt werden. Alle drei Instrumente werden dann eigene Regelungen über die Dauer der Erlaubnis, Besuchsrechte, Familiennachzug etc. haben. Während also europaweit harmonisiert wird, werden die Einwanderer in kleine Gruppen aufgeteilt und mit unterschiedlichen Rechten ausgestattet.

Alle diese Regelungen haben gemeinsam, dass sie sich gegenseitig ausschließen. Wer etwa einen Asylantrag gestellt oder bewilligt bekommen hat, kann sich nicht auf die Blue Card bewerben. Wer aus einem Drittstaat stammt und Ehepartner eines EU-Bürgers ist, ist ebenfalls ausgeschlossen, obwohl mit der Ehepartnerschaft eine Arbeitserlaubnis nicht garantiert ist.

Zirkuläre Migration

Was nun die Möglichkeit angeht, in die EU zu kommen um hier zu arbeiten, setzt die EU auf das nicht gerade neue Konzept der zirkulären Migration. Zwar sollen Menschen, wenn sie die passenden Bedingungen erfüllen, her-

kommen dürfen und arbeiten, sie sollen aber nach ein paar Jahren wieder gehen. Sowohl die Blue Card als auch die geplanten Richtlinien für Saisonarbeiter und firmenintern Entsandte bekennen sich ausdrücklich dazu und sehen Zeitspannen zwischen drei und fünf Jahren vor.

Die EU verfolgt diese Politik, obwohl das Konzept der zirkulären Migration gescheitert ist. Dies legen Erfahrungen in vielen europäischen Ländern, darunter auch Deutschland, nahe. Der Grund ist relativ einfach: Viele Menschen kehren eben nicht zurück. Dieses Problem ist wohlgermerkt auch der EU-Kommission bekannt. Daher sollen in Zukunft Saisonarbeiter aus Drittstaaten mit einer Erlaubnis auch für die nächsten beiden Jahre animiert werden, pünktlich die EU wieder zu verlassen. Ansonsten werden sie damit rechnen müssen, später nicht wieder zugelassen zu werden oder kein Visum mehr zu bekommen. Die zirkuläre Migration ist auch deshalb als Konzept verfehlt, weil die Annahme, die zugewanderten Menschen blieben nur für kurze Zeit, in der Regel als Entschuldigung gedient hat, um keinen Aufwand für die Integration von Einwanderern betreiben zu müssen. Wer ohnehin nur eine begrenzte Zeit bleibt, braucht schließlich auch keine verstärkten Anstrengungen, damit er in seinem neuen Land heimisch wird.

Es ist ein gravierender Fehler, die europäischen Instrumente der legalen Migration an diesem Ideal auszurichten. Wie bereits in der Vergangenheit, wird dies als Vorwand für fehlende Integrationsbemühungen dienen und die rechtliche Gleichstellung der Einwanderer mit den EU-Bürgern behindern. Ein weiterer Punkt: Besteht eine Pflicht zur Ausreise, wird das auch kontrolliert werden müssen. Die Kosten solcher Kontrollen sind hoch – und nicht nur in finanzieller Hinsicht. Bereits jetzt schlägt der Betrieb der einzelnen Datenbanken wie SIS, VIS und EURODAC, mit deren Hilfe die Visavergabe, illegale Grenzübertritte und Asylanträge europaweit überwacht werden, mit vielen Millionen Euro jährlich zu Buche, hinzu kommt die langwierige Entwicklung des Schengen-Informationssystems der zweiten Generation (SIS II), die seit Jahren immer teurer wird. Für solche Kontrollen werden auch Polizisten und Grenzbeamte notwendig sein. Entweder müssen dementsprechend die Ausgaben für die Sicherheitsorgane steigen, oder die Beamten werden an anderen Stellen fehlen. Die Kosten betreffen letztlich aber auch unsere Freiheit. Sind SIS II und ähnliche Systeme erst einmal im Einsatz, kann damit auch mühelos das Ein- und Ausreiseverhalten der EU-Bürger überwacht werden. Wer diese Furcht für überzogen hält, sei daran erinnert, dass noch vor einigen Jahren niemand in Europa auf die Idee kam, die Daten aller Passagiere aller Flüge in der EU zu sammeln und auszuwerten. Ein entsprechender Vorschlag wurde im Europaparlament diskutiert. Das nur als Hinweis, dass Datensammlungen, die heute noch als zu aufwändig oder nicht sinnvoll erscheinen, in einigen Jahren schon Realität sein können.

Alternative Perspektiven

Migration als Bedrohung, rechtliche Diskriminierung von Zuwanderern, zirkuläre Migration – hier muss eine Linke, die die Menschenrechte verteidigt und gegen Fremdenhass, Islamfeindlichkeit und Rassismus kämpft, als erstes ansetzen. Es kann nicht oft genug wiederholt werden: Migration stellt für unsere Gesellschaft keine Bedrohung, sondern eine Bereicherung dar. Ein Asylrecht, das nur staatlich organisierte Verfolgung und Krieg als Grund anerkennt, ignoriert die häufigsten Fluchtgründe. Es ist von äußerster Bedeutung, gegen jede rechtliche Diskriminierung von Einwanderern vorzugehen und der Methode, für jedes kleine Grüppchen einen eigenen Rechtsrahmen zu schaffen, einen inklusiven Ansatz entgegen zu halten.

Es ist eben nicht ersichtlich, warum Menschen, die nach EU-Europa kommen, nicht die Kategorie wechseln können. Warum eigentlich sollten wir Menschen, die temporären Schutz in Deutschland genießen, rechtliche Hürden in den Weg legen, zum Beispiel als Hochqualifizierter eine langfristige Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis zu erhalten, die in jedem Fall besser wäre? Ein solcher Schritt würde schließlich nicht nur die finanzielle Situation des Betroffenen verbessern und die Staatskasse entlasten, sondern ihm auch mehr Rechte einräumen. Dasselbe gilt im Endeffekt für alle „Illegalen“. Will man die Probleme, die im Zusammenhang damit auftreten, ernsthaft bekämpfen, muss der erste Schritt die Legalisierung des Aufenthalts sein, so werden auch die Betroffenen in die Lage versetzt, ihre Interessen selbst zu vertreten.

Normalerweise wird als Grund, warum die Kategorien nicht durchlässig sind, der drohende Missbrauch der Asylsysteme genannt. Dies ist auch der Grund, warum die europäischen Instrumente zur legalen Einwanderung nur aus dem Herkunftsland beantragt werden können. Dadurch soll der Versuch unterbunden werden, mit einem Asylantrag ein vorläufiges Aufenthaltsrecht zu erlangen und dann in der Illegalität Fuß zu fassen. Aus unserer Sicht ist vor allem diese Illegalität ein Problem, mit Folgen nicht nur für die direkt Betroffenen, sondern für die gesamte Gesellschaft. Im Vergleich zu den Schäden, die die Ausbeutung von Migranten und das Fehlen des sozialen Netzes anrichten, ist der Verweis auf die Ausbeutung der Asylsysteme zynisch.

Auch die angeblich hohen Kosten von Asylsystemen sind kein Grund. Die teuersten Faktoren dabei sind meistens die Unterbringung in Lagern oder sogar die Inhaftierung. Teuer sind auch die Polizeikontrollen, die notwendig sind, um Einschränkungen der Bewegungsfreiheit, wie die Residenzpflicht in Deutschland, durchzusetzen. Unter dieser Perspektive ist es einfach am sinnvollsten, die Asylsysteme so zu gestalten, dass die Flüchtlinge eingeladen sind, sich einfach in ihr neues Land und den Arbeitsmarkt integrieren zu können. Ein Ansatz dazu auf europäischer Ebene existiert bereits und soll ausgewei-

tet werden. Das Neuansiedlungsprogramm, gestartet als Pilotprojekt, soll als langfristig angelegtes, beständiges Programm etabliert werden. Das Europaparlament hat den Gesetzesvorschlag allerdings schon im Mai 2010 beschlossen, seither liegt der Entwurf beim Rat. Widerstand bei einigen Mitgliedsstaaten verhindert den Beschluss.

Die Stellung von Migranten auf dem Arbeitsmarkt bietet sich als Handlungsfeld für die Linke in der Migrationsdebatte an. Das Ziel muss eine vollständige Gleichstellung der nicht-europäischen Arbeitskräfte mit ihren einheimischen Kollegen sein. Nur so kann verhindert werden, dass zugewanderte Arbeitnehmer in unfairen Wettbewerb mit den einheimischen gestellt werden. Die Gleichstellung ist in jeder Hinsicht entscheidend. Nur wenn zugewanderte Arbeitskräfte auf das gleiche Gehalt Anspruch haben, die selben Arbeitszeiten haben und nicht durch ihren illegalen Status erpresst werden können, kann unterbunden werden, dass die Menschen gegeneinander ausgespielt werden. Nur so können Migranten nicht benutzt werden, um die Löhne zu drücken oder Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Die Gleichstellung am Arbeitsplatz ist daher eine Vorbedingung für ein im positiven Sinne liberales Einwanderungsrecht – auf europäischer wie auf nationaler Ebene. Tatsächlich muss das Engagement für ein offenes Europa, das sich nicht hinter Stacheldraht und FRONTEX verschanzt, auf allen Ebenen stattfinden.

Anmerkungen

- 1) Die Webseiten der Kommission, unter http://ec.europa.eu/home-affairs/funding/intro/funding_intro_en.htm, in Englisch, geben einen Überblick über die Fonds.
- 2) Richtlinie 2009/50/EG des Rates vom 25. Mai 2009 über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zur Ausübung einer hochqualifizierten Beschäftigung.
- 3) Richtlinie 2001/55/EG des Rates vom 20. Juli 2001 über Mindestnormen für die Gewährung vorübergehenden Schutzes im Falle eines Massenzustroms von Vertriebenen und Maßnahmen zur Förderung einer ausgewogenen Verteilung der Belastungen, die mit der Aufnahme dieser Personen und den Folgen dieser Aufnahme verbunden sind, auf die Mitgliedsstaaten.
- 4) Die Richtlinien sind: Richtlinie 2004/83/EG des Rates vom 29. April 2004 über Mindestnormen für die Anerkennung und den Status von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen als Flüchtlinge oder als Personen, die anderweitig internationalen Schutz benötigen, und über den Inhalt des zu gewährenden Schutzes; Richtlinie 2003/9/EG des Rates vom 27. Januar 2003 zur Festlegung von Mindestnormen für die Aufnahme von Asylbewerbern in den Mitgliedsstaaten; Richtlinie 2005/85/EG des Rates vom 1. Dezember 2005 über Mindestnormen für Verfahren in den Mitgliedsstaaten zur Zuerkennung und Aberkennung der Flüchtlingseigenschaft.
- 5) Amtsblatt der Europäischen Union C 115 vom 9.5.2008, S. 47 ff.
- 6) Verordnung (EG) Nr. 343/2003 des Rates vom 18. Februar 2003 zur Festlegung der Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines von einem Drittstaatsangehörigen in einem Mitgliedstaat gestellten Asylantrags zuständig ist.

Einwanderungspolitik in Italien

Rechte, Bewegungen und Inhaftierungen

Dario Stefano Dell'Aquila

In der folgenden kurzen Abhandlung sollen drei Themen diskutiert werden: 1. Darstellung der wichtigsten Merkmale der italienischen Einwanderungspolitik; 2. Einschätzung der Folgen dieser Politik und 3. Skizzierung der gegenwärtigen politischen Entscheidungslage sowie Ausblick auf mögliche Entwicklungen.

Einwanderungszahlen und Haftzentren

Bis 1990 gab es in Italien keine gesetzliche Regulierung der Einwanderung.¹ Erst 1998 wurde ein Einwanderungsgesetz angenommen (Gesetz Nr. 40/1998, bekannt als Turco-Napolitano-Gesetz), das einen bedeutenden Wendepunkt in der italienischen Einwanderungspolitik darstellt. Dieses Gesetz, mit dem die Situation von Ausländern in Italien erstmals verfassungsrechtlich reguliert wurde, folgte acht Jahre nach Verabschiedung des Martelli-Gesetzes (Mit dem erstmals versucht wurde, eine rechtliche Regelung für Flüchtlinge, Asylverfahren und den Status von Asylbewerbern zu schaffen. *Die Red.*) bildet in seiner bereits 2002 modifizierten Version den Rahmen für die aktuelle Gesetzgebung zu Einwanderungsfragen.

Das neue Gesetz beruht auf zwei Eckpfeilern: Erstens der Einführung des Kriteriums von Einwanderungsquoten zur Bewilligung von Aufenthaltserlaubnissen, und zweitens der Einführung von Verwaltungshaft für Einwanderer, die keine Aufenthaltserlaubnis haben und abgeschoben werden sollen, sowie der Einrichtung von Haftzentren zu diesem Zweck.

Mit der Einführung von Quoten wurde de facto das Prinzip sanktioniert, die Einwanderung von Ausländern in Italien an den Bedarf an Arbeitnehmern und Saisonkräften zu binden. Demzufolge werden die Einwanderungsströme in Abhängigkeit vom Bedarf an Arbeitskräften (abgesehen von Asylbewerbern und Flüchtlingen) festgelegt. Diesbezüglich ist der Gesetzestext sehr eindeutig und legt (in Artikel 21) fest, dass bei den Jahresquoten die Informationen des Ministeriums für Arbeit über die Beschäftigungszahlen und die Arbeitslosenquoten auf nationaler und regionaler Ebene zu berücksichtigen sind.

Der zweite Punkt – die Verwaltungshaft für Einwanderer – hat zur Einrichtung von „Provisorischen Aufenthaltszentren“ (Centri di permanenza temporanea – CPT) geführt, die einer näheren Erläuterung bedürfen.² Die CPT wurden per Gesetz Nr. 40/1998, Paragraph 12, eingeführt, das die Durchführung von Abschiebungen regelt. Ist die sofortige Ausweisung von Ausländern (aufgrund nicht ermittelter Identität oder nicht verfügbarer Transportmittel) nicht möglich, so muss die „Questura“ (das dem Innenministerium unterstellte und für die Polizeikräfte verantwortliche Polizeipräsidium) laut Gesetz dafür sorgen, dass Ausländer über den kürzesten erforderlichen Zeitraum in einem CPT festgehalten werden. Der „Questore“ stellt einen Haftantrag beim Richter, den dieser innerhalb von 48 Stunden bestätigen muss. 1998 durfte ein Aufenthalt in einem CPT 30 Tage nicht überschreiten. Aufgabe des Questore ist es weiterhin, mittels Einsatz der Polizei dafür zu sorgen, dass Ausländer sich nicht zu weit vom CPT entfernen, und er muss sicherstellen, dass die Maßnahmen im Falle von Zuwiderhandlungen unverzüglich wieder durchgesetzt werden. Es ist anzumerken, dass die normale Gefängnishaft in Italien genauso wie in den anderen europäischen Ländern üblicherweise im Zuständigkeitsbereich des Justizministeriums liegt und die Polizeikräfte lediglich das Wachpersonal stellen. Im speziellen Fall der CPT unterstehen diese jedoch den Polizeiabteilungen, die für die Kontrolle bei öffentlichen Demonstrationen zuständig sind.

Im ersten Jahr nach Inkrafttreten des Gesetzes wurden 11 CPT eröffnet, in denen einige Tausend Einwanderer festgehalten wurden. Mit dem als Bossi-Fini-Gesetz 189/2002 (benannt nach dem Sekretär der rassistischen Lega Nord, Umberto Bossi, und dem Sekretär der rechtsgerichteten Partei Alleanza Nazionale, Gianfranco Fini) wurde die Haft auch für politische Asylbewerber eingeführt und der Aufenthalt in den CPT auf bis zu 60 Tagen erweitert.

Im Zuge des als „Sicherheitspaket“ bekannten Gesetzes Nr. 125/2008, das als eine der ersten Amtshandlungen der vierten Berlusconi-Regierung erlassen worden war, wurden die CPT umbenannt in „Centri di identificazione ed espulsione – CIE“ (Zentren für Identitätsermittlung und Ausweisung) und einige Monate später wurde dann durch Gesetz Nr. 94 /2009 festgelegt, dass die maximale Haftdauer für Ausländer in diesen Zentren 180 Tage beträgt.

Am 16. Juni 2011 kündigte Innenminister Roberto Maroni die Annahme eines Gesetzes an, mit dem die Haftzeit auf 18 Monate verlängert wurde. Es sei angemerkt, dass sich im Zeitraum 1998–2011 Regierungen der Mitte-Links-Mehrheit (1996–2001 und 2006–2008) mit denen einer Mitte-Rechts-Mehrheit (2001–2006 und 2008 bis 2011 bzw. bis dato) abwechselten, ohne dass dies zu grundlegenden Änderungen in der Einwanderungsgesetzgebung geführt hätte. Hinzu kommt, dass das Einwanderungsgesetz 1998 von einer Mehrheit der Mitte-Links-Regierung beschlossen worden war, zu deren Koalition diverse linke Parteien gehörten, wie zum Beispiel die Partei der Kommunistischen Neugründung (Rifondazione Comunista), auf die damals etwa acht Prozent der Stimmen entfielen. Das Gesetz selbst wurde damals von zwei Regierungsvertretern, der Ministerin für Solidarität, Livia Turco, und dem Minister für Inneres, Giorgio Napolitano, von der führenden Partei der Koalition, der Demokratischen Partei der Linken (DS), vorgeschlagen, die der Asche der Italienischen Kommunistischen Partei entstiegen war. Die Einrichtung von Haftzentren wurde damals durch das Schengener Abkommen bedingt als notwendig gerechtfertigt und die Bestätigung ging leicht über die Bühne, obwohl verschiedene Aspekte potenziell als nicht verfassungskonform galten. Es ist hinzuzufügen, dass die einzigen Präzedenzfälle für die Eröffnung von Verwaltungshaftzentren in der Zuständigkeit des Innenministeriums die Internierungslager in der Zeit des Faschismus waren.

Anzumerken ist zudem, dass die institutionalisierten linken Parteien für die Einrichtung der Zentren stimmten, während sich der Eröffnung dieser Zentren von Beginn an ein breites Bündnis aus Bewegungen und Vereinigungen, auch aus dem katholischen Lager entgegenstellte.

Wer sind die Inhaftierten – Geister oder heimliche Einwanderer?

Seit der Einführung von Einwanderungsquoten in Italien sind Hunderttausende Einwanderer in den Status „illegaler“ Einwanderer gedrängt worden. Die Zahl der offiziellen Einwanderungsgenehmigungen blieb weit unter der Anzahl der Anträge von 2011 zurück und betrug etwas weniger als 100.000³, wobei spezielle Einschränkungen je nach Herkunftsland galten. Bürokratische Verfahren, die hohen Kosten für die Beantragung der Aufenthaltsgenehmigung, die Forderung, zum Zeitpunkt der Antragsbearbeitung einen Arbeitsvertrag vorzuweisen, sowie zahlreiche andere Auflagen haben es immer schwieriger gemacht, eine Aufenthaltsberechtigung zu erlangen. Oftmals betragen die Wartezeiten bis zur Bekanntgabe der Ergebnisse länger als ein Jahr, und so müssen selbst Einwanderer, die einen Antrag gestellt haben und Anspruch auf eine Aufenthaltserlaubnis haben, unter halblegalen Bedingungen leben. Diese gesetzlichen Umstände und die langwierige, bürokratische Bear-

beitung der Anträge waren Anlass für Hunderte von Betrugsfällen, denen die Einwanderer zum Opfer fielen. In vielen Fällen mussten sie Geld bezahlen, um „Arbeitsverträge“ zu erhalten, die sich dann als falsch und damit nutzlos für die Beantragung der Aufenthaltserlaubnis erwiesen.

Aus diesen Gründen war eine der ersten Forderungen der Antirassismus-Bewegungen und der von den Einwanderern selbst gebildeten Komitees die Forderung nach einer „Amnestie“ der Regierung, mit der die Regularisierung der Situation der Einwanderer möglich wäre, die bereits seit Jahren in Italien leben, aber zur Illegalität gezwungen sind. Im Laufe der Jahre erreichten die Einwanderer selbst einen hohen Stand der Organisation und Unabhängigkeit von den traditionellen linken Vereinigungen und Gewerkschaften. Überall in Italien wurden Erfahrungen mit von den Einwanderern selbst gegründeten Basiskomitees gemacht. Ein breites Netzwerk kleiner Ausschüsse, Vereinigungen und Basisgewerkschaften führte zur Bildung des „Einwanderungskomitees in Italien“.⁴ Das 2002 gegründete Komitee gehörte zu den Initiatoren und Organisatoren einer Demonstration am 17. Oktober 2009 in Rom, an der sich mehr als 100.000 Menschen beteiligten. In den beiden letzten Jahren ist der 1. März zum Streiktag der Immigrant*innen erklärt worden, an dem Tausende irreguläre Einwanderer in ganz Italien teilnahmen. Charakteristisch für die von den Einwanderern selbst organisierten Aktionen sind die zunehmende Radikalisierung der Forderungen und die Unabhängigkeit von den Mitte-Links-Mehrheitsregierungen sowie von Gewerkschaften und Vereinigungen, die mit dem politischen Parteiensystem verbunden sind. Trotz der großen Beteiligung an diesen Aktionen und dem sogar in den Massenmedien erzielten Widerhall ist festzustellen, dass wir von den beabsichtigten Zielen noch weit entfernt sind. Mittlerweile sind mehrere Jahre vergangen, ohne dass eine Amnestie erfolgte, mit der der Status der vielen irregulären Einwanderer hätte geregelt werden können. Eine Ausnahme bilden lediglich die im Haushalts- und Pflegebereich beschäftigten Einwanderer. Obendrein kommt es vor, dass neue Fristen für die Einreichung neuer Anträge eröffnet werden, ohne dass die Bearbeitung der vorherigen Aufenthaltsanträge abgeschlossen wurde.

In dieser Situation der Ungewissheit reichen die Einwanderer einen neuen Antrag ein und zahlen erneut die Beantragungskosten. Schätzungen zufolge erzielte die italienische Regierung bei dem letzten Regularisierungsverfahren Einnahmen von rund 300 Millionen Euro.

Der andere stark umstrittene Punkt, gegen den sich auch einige der Parteien stellen, die für das Einwanderungsgesetz gestimmt hatten, sind die Haftzentren für Einwanderer. Von Beginn an bis zum heutigen Tag waren diese Zentren Gegenstand zahlreicher Anzeigen, strafrechtlicher Ermittlungen und journalistischer Reportagen. Fälle von Missbrauch und Gewalt seitens der Ordnungskräfte sind dokumentiert worden. Das im Frühjahr 2011 von der

italienischen Regierung eröffnete Zentrum wurde geschlossen, nachdem die Einwanderer Rechtsmittel eingelegt und die Richter nach gerade einmal zwei Monaten schon zahlreiche Rechtsverletzungen festgestellt hatten. Dennoch untersagte das Innenministerium per Rundschreiben vom 1. April 2011 Journalisten und Parlamentariern den Zugang zu den Zentren und schottete diese damit gegen Inspektionen und die Öffentlichkeit ab.

Die Geschichte dieser Einrichtungen ist wirklich traurig. Bereits 1999 prangerte das Zentrum der Kulturen in Mailand, eine Vereinigung für den Schutz der Rechte, die Missstände an: Die skandalösen hygienischen Bedingungen, fehlende Übersetzungen und rechtliche Informationen über den Status der Einwanderer, zahlreiche Selbstmordversuche, sexuelle Belästigungen von Frauen, die zusammen mit den Männern inhaftiert sind, und Gewalt seitens der Ordnungskräfte. Die Vorwürfe wurden durch die Berichte des Journalisten Fabrizio Gatti bestätigt, der sich als Einwanderer ausgab und so Zugang zu einem Zentrum erlangt hatte.

Im August 2002 beklagten die Parlamentarier Graziella Mascia und Francesco Forgione nach einem Besuch des Zentrums in Lampedusa, dass „die inhaftierten Ausländer in Zelten und Containern schlafen, wo Temperaturen bis zu 70 Grad Celsius herrschen. Es gibt keinen Speiseraum, weil der für diesen Zweck vorgesehene Container als Schlafräum genutzt wird. Somit sind die Menschen gezwungen, in der Sonne auf dem Hof zu essen und in Anbetracht der Raumsituation und der unmöglichen logistischen Verhältnisse lässt man sie in einer Reihe stehen und bis zu zehn Mal am Tag zählen. Es ist zwar Wasser vorhanden, aber keine Seife. Es gibt keine Wechselwäsche, SIM-Karten oder Zigaretten, weshalb es oft zu Spannungen und Protesten kommt. Am schlimmsten sind die hygienischen Bedingungen, welche Epidemien hervorrufen können und bereits von Ärzten angeprangert wurden: Überall ist es schmutzig, für 200 Menschen gibt es sieben Toiletten, von denen lediglich zwei funktionierten.“

2004 veröffentlichte „Ärzte ohne Grenzen“ den ersten unabhängigen Bericht über die Zentren. In dem Bericht wird auf die Unzulänglichkeit der gesundheitlichen Bedingungen und der Behandlung, der rechtlichen Unterstützung, der Verwaltung der Zentren und der weit verbreiteten Menschenrechtsverletzungen, einschließlich gravierender Verletzungen des Asylrechts, verwiesen. Der Bericht fordert „angesichts der absoluten und unbestreitbaren Unangemessenheit die unverzügliche Schließung“ der Zentren in Turin, Lamezia Terme und Trapani. Er zeigt paradoxe Fälle von Einwanderern auf, die bis zu sieben Mal in das Zentrum hinein- und wieder rausgekommen sind und damit die gesetzlich festgelegten 60 Aufenthaltstage überschritten haben.

Als Nächstes wurde 2006 ein Weißbuch im Vorfeld eines Besuchs einer Arbeitsgruppe veröffentlicht, die sich aus Abgeordneten der Grünen und der

Rifondazione Comunista zusammensetzte. Zum Abschluss ihrer Inspektionen verwies die Arbeitsgruppe auf die „systematische Verletzung von Bestimmungen des Einwanderungsgesetzes durch die Behörden, die eigentlich dazu da sind, die Umsetzung des Gesetzes zu gewährleisten“ und verwies auf eine „peinliche Verletzung festgefüger Rechte und der Menschenrechte von Ausländern“ sowie auf die „nahezu vollständige Aufweichung des Asylrechts in unserem Land“.

2007 legte das Innenministerium der Mitte-Links-Regierung die Ergebnisse eines Untersuchungsausschusses vor, der von der Regierung eingerichtet worden war, nachdem es zu Anzeigen und Gerichtsprozessen aufgrund von Misshandlungen gekommen war, bei denen u. a. Leiter der Zentren angeklagt worden waren. Den Vorsitz dieses Untersuchungsausschusses führte Staffan De Mistura, ein angesehener Beamter der UNO. Dieser De-Mistura-Bericht wurde in Gegenwart des Innenministers vorgestellt. Die Kommission (in der drei der zehn Mitglieder dem Ministerium unterstanden) forderte nicht die Schließung der Zentren, empfahl jedoch eine „schrittweise Entlassung“ aus den Zentren im Rahmen einer allgemeinen Umgestaltung des gesamten Systems. Im Bericht steht, dass die Kommission „den Eindruck hat, dass das gegenwärtige Haftsystem 1) keine Lösung der komplexen Probleme dieses Phänomens bietet, 2) keine effektive Verwaltung der irregulären Einwanderung ermöglicht, 3) verschiedene Verbesserungen hinsichtlich der Rechte der Einwanderer erfordert, 4) ernsthafte Schwierigkeiten für die Ordnungskräfte, ganz abgesehen von den Schwierigkeiten für die Inhaftierten, birgt und 5) mit hohen Kosten verbunden ist, die in keinem Verhältnis zu den Ergebnissen stehen“. Die Kommission verwies weiterhin auf die fehlende Trennung von Asylbewerbern und von auf ihre Abschiebung wartenden Einwanderern in den Haftzentren und fordert die italienische Regierung zu angemessenen Vorkehrungen auf.

Die Empfehlungen stießen auf taube Ohren und die Bedingungen in den Zentren haben sich nicht verbessert, was so weit ging, dass es zu einer langen Folge von Aufruhr und Protesten wie denen von 2011 kam, die zur Schließung der Zentren von Santa Maria Capua Vetere (Caserta) lediglich zwei Monate nach deren Eröffnung führten. Angesichts der wiederholten Anzeige von Menschenrechtsverletzungen war die einzige Maßnahme des Innenministers, den Journalisten und regionalen Abgeordneten den Zugang zu den Zentren zu untersagen.⁵

Wie wird es weitergehen?

Die diskriminierende Politik gegenüber den Einwanderern hat deren Anwesenheit in Italien nicht verhindert. Laut offiziellen Schätzungen gibt es in Ita-

lien rund 4.200.000 Einwanderer mit regulärem Aufenthaltsstatus.⁶ Gemäß Schätzungen von NRO, darunter Caritas, gibt es mindestens 700.000 Einwanderer ohne Aufenthaltserlaubnis. Obwohl ihre Präsenz eine Tatsache und für die Wirtschaft eine Notwendigkeit ist, fordern die rechtsgerichteten Parteien, allen voran die Lega Nord, weiterhin eine Politik der Abschiebung und Zurückweisung an den Grenzen, einschließlich der Asylbewerber. Angesichts der auf der Insel Lampedusa infolge des Libyen-Konfliktes und der Umstürze in Tunesien und Ägypten eintreffenden Neuankömmlinge eröffnete die italienische Regierung lediglich ein neues Zentrum und verlängerte die Haftzeiten. Der Mangel an Integration und geeigneten Aufnahmemaßnahmen hat in vielen Teilen des Landes zu ernsthaften sozialen Belastungen geführt. Am 18. September 2008 wurden bei Castelvoturno (Caserta) sechs Einwanderer aus rassistischen Motiven von Mördern der Camorra umgebracht, die sich als Polizisten verkleidet hatten. Am Tag darauf rebellierten Hunderte Einwanderer aus Verzweiflung über Armut und Vernachlässigung. Im Januar 2010 kam es in Rosarno (Kalabrien) zu einem Aufstand Hunderter Einwanderer, die gezwungen waren, in einer verlassenen Fabrik unter menschenunwürdigen Bedingungen zu hausen, nachdem einige durch Gewehrschüsse verwundet worden waren. 2011 kletterten in Brescia einige Einwanderer für mehrere Tage auf einen circa 9 Meter hohen Kran, um ihrer Forderung nach einer Aufenthaltsgenehmigung Ausdruck zu verleihen. Ihr Protest wurde durch einen Polizeieinsatz beendet.

Keiner dieser Vorfälle scheint eine Änderung der Haltung der Regierungen zur Einwanderungspolitik zu bewirken. Der Minister für Reformen, Roberto Calderoli, und der stellvertretende Minister Castelli von der Lega Nord (Beide Mitglieder der bis November 2011 im Amt befindlichen Berlusconi-Regierung. *Die Red.*) hatten noch 2011 aggressive Äußerungen gegen Einwanderer abgegeben und sich beklagt, dass die Gesetze es nicht gestatten, an den Grenzen auf Einwanderer zu schießen. Die Ausländerfeindlichkeit der Lega Nord, der zweitwichtigsten Partei jener Regierungskoalition, ist so extrem, dass der Europaabgeordnete Mario Borghezio sagte, er verstehe die Gründe, die Anders Behring Breivik zum Massaker von Oslo brachten und dass eine „multirassische Gesellschaft widerlich ist“.⁷

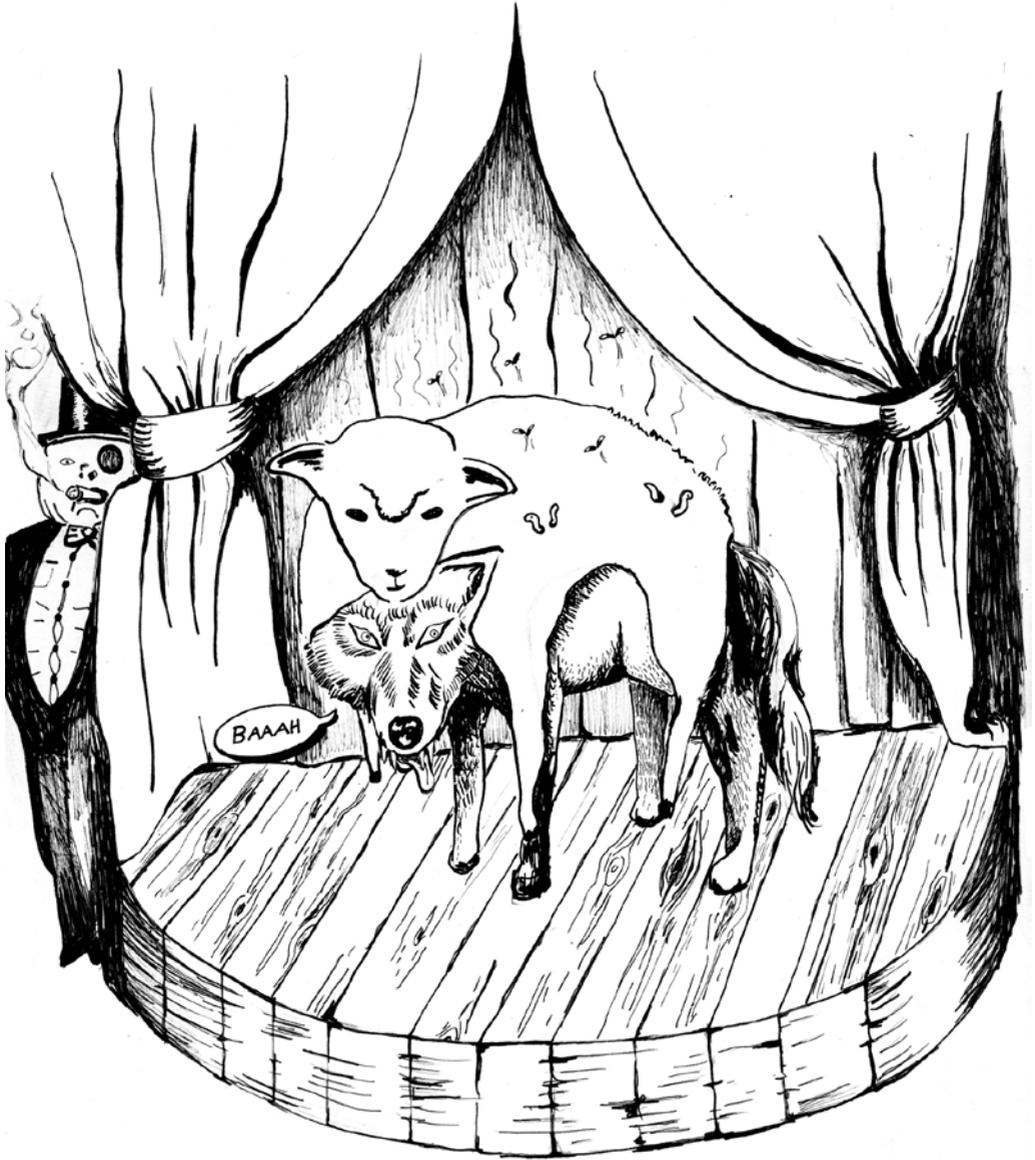
Angesichts solch ausländerfeindlicher Einstellungen verhalten sich die Mitte-Links-Parteien äußerst zurückhaltend. Livia Turco, Mitglied der Demokratischen Partei und Unterzeichnerin des Einwanderungsgesetzes, mit dem die Haftzentren eingeführt wurden, kritisierte zwar den Missbrauch und die Gewalt, verwies jedoch mehrfach auf die Verdienste ihres Gesetzes und die Notwendigkeit von Verwaltungshaftzentren. Stärker links orientierte Parteien, die radikalere Ansichten hinsichtlich der Einwanderung vertreten, waren von der parlamentarischen Vertretung ausgeschlossen, weil sie an der Fünf-

Prozent-Hürde gescheitert waren. In der öffentlichen Meinung dominieren im Zusammenhang mit der Einwanderung starke Angstgefühle, die durch vorurteilsbelastete Informationen und weit verbreitete Ignoranz gegenüber der islamischen Kultur genährt werden. Dieses Vorurteil spiegelt sich auch in der Anwendung der Strafgesetzgebung wider, wenn man bedenkt, dass in Italien ca. 30 Prozent der inhaftierten Personen Einwanderer sind, während diese lediglich sieben Prozent der Bevölkerung ausmachen.

In diesem gewiss nicht gerade ermutigenden Szenario können wir auf positive Entwicklungen verweisen, wie die starke Dynamik des breiten Netzwerkes antirassistischer Vereinigungen und das ausgeprägte politische Bewusstsein der Einwanderungsbewegungen, die nachhaltig das Recht auf einen bürgerlichen Aufenthaltsstatus einfordern. Ihr aktives Engagement zeigt, dass trotz ausländerfeindlicher und rassistischer Politik sowie der willkürlichen Inhaftierungen ein realer Integrationsprozess im Gange ist, der sich nicht aufhalten lässt.

Anmerkungen

- 1) Einen Überblick bietet die Website des Innenministeriums unter: <http://www.interno.it/mininterno/export/sites/default/it/temi/immigrazione/>.
- 2) Siehe A. Esposito, L. Melillo (Hrsg.): *A distanza d'offesa*. Ad est dell'equatore, 2010.
- 3) Daten des Innenministeriums unter: www.interno.it.
- 4) www.comitatoimmigrati.blogspot.com.
- 5) Die Entscheidung, den Journalisten den Zugang zu verweigern, stieß auch auf Kritik der Journalistengewerkschaft: www.fnsi.it.
- 6) Siehe den Bericht der Caritas: *Migrantes, Immigrazione. Dossier Statistico 2010*.
- 7) <http://www.dirittodicritica.com/2011/07/26/borghesio-oslo-societa-multirazziale-14336/>.



Keine Revolution, aber weiterhin Farbe

Die Oppositionsbewegung in Russland nimmt nach Putins Sieg neue Formen an

Tiina Fahrni, Wladimir Fomenko

Neu-Alt-Präsident und Ex-Premier Putins medial inszeniertes Interesse an der Wahlbeobachtung und der Ahndung von Wahlfälschungen nach der Präsidentschaftswahl im März griff die zentrale Forderung der Opposition nach ehrlichen Wahlen gekonnt auf. Die Proteste haben indessen gezeigt, dass sich Bürgerinnen und Bürger organisieren, diskutieren, ihre Rechte einfordern. Inwiefern Putin, der sechs Jahre Zeit hat, seine Wahlversprechen einzulösen, und die Duma, die von einer Mehrheit der Machtpartei *Edinaja Rossija* (Einiges Russland) beherrscht wird, sich wie angekündigt tatsächlich auf einen Dialog mit Opposition und Zivilgesellschaft einlassen, wird sich zeigen. Weder die Verschärfung der Strafen für Fehlverhalten bei Kundgebungen noch die angekündigten schärferen Kontrollen von Nichtregierungsorganisationen, die mit ausländischem Mitteln finanziert werden, sprechen dafür. Doch der Habitus des Präsidenten hat sich gewandelt: Er spricht von Dialog, gibt sich umsichtig und an sozialen Fragen interessiert. Auch die erhebliche Senkung der Hürden bei der Registrierung von Parteien erscheint auf den ersten Blick wie ein Angebot für mehr politischen Pluralismus – mehrheitlich wird es jedoch als Mittel gewertet, um eine Fragmentierung der Opposition zu befördern.

Gemessen an den guten Ergebnissen für die Kommunisten (KPRF) und das in der Nähe der Sozialdemokratie anzusiedelnde *Spravedlivaja Rossija* (Gerechtes Russland) bei der Wahl zur Staatsduma im Dezember 2011 fielen die Präsidentschaftskandidaten dieser Parteien im letzten März deutlich

ab. Am deutlichsten ist diese Erscheinung bei den „Gerechten Russen“ zu erkennen, deren Spitzenkandidat Sergej Mironov nur 3,8 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen konnte, nachdem seine Partei bei den Duma-Wahlen mit 13,2 Prozent wesentlich besser abgeschnitten hatte. Protestwählerstimmen gingen sowohl an Gennadij Sjuganov (KPRF) als auch an den Milliardär Michail Prochorov, der nach der Wahl kundtat, nun so richtig mit der Einrichtung einer politischen Partei „für die aktiven und denkenden Menschen“ zu beginnen. Davon ist allerdings seither wenig zu hören, abgesehen von zeitweiligen Auskünften auf Nachfrage: Diejenigen Personen, die die Neugründung angehe, wüssten schon Bescheid. Offen, transparent und bürgerfreundlich scheint das nicht.

Die Zeit der Präsidentschaftskandidaten vom März scheint überhaupt abgelaufen zu sein: Um Mironov wird es immer stiller; Sjuganov wirkt spätestens seit seinem anfangs geheimnisumwobenen Krankenhausaufenthalt (und seinem 68. Geburtstag, zu dem ihm Premier Medwedjev per Handy gratuliert hat) angeschlagen; Schirinovskij hampelt weiter marginal-effektheisend durch Talkshow-Kulissen.

Aber auch das heterogene Oppositionsbündnis ist nicht tragfähig. Über die Ablehnung Putins herausgehende gemeinsame Positionen der vier Blöcke – Bürgerbewegungen, Liberale, Nationalisten und Linke – werden nicht formuliert. Von den Galionsfiguren der Proteste ist eine Handvoll geblieben, darunter Sergej Udalзов, selbsternannter Koordinator der Bewegung *Levyj Front* (Linke Front), der jedoch die meiste Zeit nach Übergriffen bei Demonstrationen hinter Gittern verbringt.

Ausnahmsweise nicht verhaftet wurde Udalзов nach dem „Marsch der Millionen“ am 12. Juni 2012, dem jüngsten Höhepunkt der Protestbewegung, an dem zwischen 15.000 (offizielle Angabe) und 100.000 Menschen teilnahmen. Das *Meeting* am Unabhängigkeitstag – so der zusammenfassende Sprachgebrauch für Demonstrationen, Kundgebungen und ähnliche Veranstaltungen – war mit Spannung erwartet worden, denn Präsident Putin hatte buchstäblich am Vortag ein Gesetz „Über Meetings“ unterschrieben, welches das Strafmaß für Fehlverhalten wie Widersetzung gegen Befehle der Polizei, Überschreitung der angemeldeten Teilnehmerzahl, Mitführen von Alkohol oder Sachbeschädigung um ein Vielfaches erhöht. Das Gesetz war im Eiltempo durch die Instanzen gegangen. Anwendung fand es am 12. Juni keine, Protestierende und Polizei hielten sich zurück, so dass im Anschluss sogar das Gerücht Gehör finden konnte, der Platzregen sei vielmehr auf die berühmten Moskauer Wettermacher als auf natürliche Wolkenbildung zurückzuführen. Für Aufsehen sorgte hingegen, dass Exponenten der Opposition wie Linksrabauke Udalзов, National-Blogger und Korruptionsbekämpfer (und seit neustem Mitglied des Aeroflot-Verwaltungsrats) Aleksej Navalnyj, aber auch (Po-)

lit-Girl Ksenija Sobtschak während des Meetings Hausdurchsuchungsbefehle erhielten oder gleich durchsucht wurden. In Sobtschaks Wohnung wurden bei der Gelegenheit über eine Million Euro in bar gefunden – nicht versteuerte Honorare, so wird vermutet.

Dem Meeting vom 12. Juni waren verschiedene Straßenaktionen vorausgegangen, abgesehen von Moskau auch in St. Petersburg, Novosibirsk und Ufa, von Autoren- und Künstlerspaziergängen bis hin zur russischen Variante von Occupy: OccupyAbaj – nach einem Denkmal zu Ehren des kasachischen Poeten Abaj Kunanbaev auf dem besetzten Platz –, das von der Polizei gerade so lange in Ruhe gelassen wurde, bis sich bei den Anwohnern genug medial vervielfachter Ärger bilden konnte, um die öffentliche Meinung wirksam gegen die „Okkupanten“ zu richten, die mit Vorliebe als arbeitsfaule apolitische Nichtsnutze dargestellt wurden.

Nichtsdestoweniger ist eine Tendenz zur Aneignung des öffentlichen Raums zu erkennen: offene Lesungen, kleine öffentliche Kundgebungen bis zu Ein-Mann-Demos sowie die *Meetings* als ständig präsent Gesprächsthema scheinen auf das Bewusstsein einzuwirken, zumindest bei Bewohnerinnen und Bewohnern der Metropolen. Der Anteil dieser sich wandelnden Mittel- oder, wie sie neuerdings genannt wird, „kreativen Klasse“ an der Gesamtbevölkerung ist jedoch klein. Außerhalb der größeren Städte ist wenig bis keine Regimekritik zu spüren. Dies erstaunt wenig, da sich die Opposition immer noch keine gesamtgesellschaftlichen Themen auf die Fahnen geschrieben hat. Auch den zersplitterten Linken will mit ihrer Kritik an Sozial- und Wirtschaftspolitik sowie am politischen System an sich kein Durchbruch gelingen. Ob die massiven Erhöhungen von Heiz- und Stromkosten sowie Bußen für Fehlverhalten im Straßenverkehr zum 1. Juli – wer z. B. seinen Wagen in Moskau und Petersburg, parkplatzarmen Städten, falsch parkt, muss mit einer Strafe von siebzig Euro anstatt wie bisher einem Zehntel davon rechnen – zu sozialen Unruhen und größerer Empfänglichkeit für linke Themen führen, bleibt abzuwarten.

Gleichzeitig werden am laufenden Band neue Parteien registriert. Die Herabsetzung der für die Registrierung notwendigen Mitgliederzahl von 40.000 auf 500 hat zu einer Welle von Anträgen beim Justizministerium geführt, wo über hundert Parteien auf Registrierung warten. Rund ein Dutzend neue Parteien sind bereits registriert, darunter eine kommunistische, eine grüne, eine nationale Frauen- und eine Netzpartei.

Wassilij Jakemenko, Ex-Jugend-Minister und Ideengeber des regierungsnahen Nachwuchsverbandes *Naschi*, bastelt an einer „Partei der Macht“, die die oben genannte „kreative Klasse“ zum Kampf gegen „übersättigte Feudale“ mobilisieren soll. Das Projekt wirbt nun um Sympathien in den Provinzen. „Menschen sollen an die Macht gehievt werden“, „Menschen der

Zukunft werden die Macht bei Wahlen übernehmen“, so wie der Oppositionelle Jewgenij Uralaschow, der um das Amt des Oberbürgermeisters von Jaroslawl kandidierte und eine ganze Stadt gewann. Mit Dmitrij Medwedew sei die Frage noch offen, gesteht Jakemenko: „Er hat ein gutes Gefühl für Tendenzen, und sollte er sehen, dass die Tendenz bei uns drin ist, wird er uns beitreten“.

Es bleibt abzuwarten, ob die Registrierung neuer Parteien im Rahmen der durch die Proteste initiierten Reform die politische Landschaft in Russland tatsächlich verändern wird. Die im Parlament vertretenen Parteien, ob links oder populistisch, sind besorgt: die neuen Parteien würden den realen politischen Prozessen im Land nicht entsprechen. Auch viele Experten sehen hinter der um sich greifenden Parteienvielfalt die Absicht der Regierenden, im politischen System gelenktes Chaos herbeizuführen und damit die Proteststimmung zu verwässern.

Wie geht es weiter? Es ist nicht gelungen, Putin auszutreiben, und auch eine „Revolution“ blieb aus. Trotzdem wäre es falsch, über ein Ende der Protestbewegung in Russland zu lamentieren. Das Hauptereignis der Saison war sicherlich nicht ein Krieg zwischen der Opposition und dem Kreml, sondern das Erwachen des Bürgerbewusstseins und Engagements diverser Gruppen, die ihre Fähigkeit zur Selbstorganisation und Kommunikation unter Beweis gestellt haben. Der zivile Protest widerstehe noch der Versuchung einer Radikalisierung, schreibt die einflussreiche Gazeta.ru, und das selbstherrliche, oft skrupellos gewaltsame Getue der Herrschenden erscheine vor einem solchen Hintergrund zunehmend haltlos. Die politische Situation hat sich verändert, doch sie bleibt besorgniserregend: weder die Machthaber noch die Opposition zeigen Bereitschaft zu einer bewussten und möglichst konfliktarmen Lösung herangereifter politischer und gesellschaftlicher Probleme durch Dialog und Weiterentwicklung.

Eine der zahlreichen Parteien, die einer Registrierung entgegensegeln, ist die russische Piratenpartei. Auf einem „Vorregistrierungs-Parteitag“ hat sie ihr Parteiprogramm verabschiedet – in Gedichtform! Der Dichter und Künstler Aleksandr Delfinov, ganz à la Majakovskij, hat auf mehrere Seiten gereimt, was teilweise auch Linke auswendig lernen könnten:

Transparenz

Der zweite Grundsatz in der Tat
Ist Transparenz im Staatsapparat.
Dass der feige Bürokrat
Mit Willkür den Finanzetat
Nicht überflüssig strapaziert
Gehört politisch kontrolliert.
Uns können Sie dahingehend vertrauen
Und in die offene Buchhaltung schauen.
(...)

Metapolitik

(...)
Der vierte Grundsatz – Metapolitik
Um konkrete Lösungen zu erreichen
Mit Menschenverstand, Pragmatismus, Logik
Gemeinsam mit Bewegten aus anderen Bereichen.
(...)

Ziele und Aufgaben

Offenheit, Gleichberechtigung, Entwicklung
Sind nicht Utopie, sondern Realität
Russland braucht eine Politik
Jenseits von Status und Nationalität.¹

Anmerkungen

1) <http://pirate-party.ru/>; Nachdichtung T.F.

transform! 10-2012

Front de gauche im Spiegel von Syriza

Philippe Marlière

Die Wahlergebnisse der Mitgliedsparteien der Europäischen Linken waren in den vergangenen Jahren von unterschiedlichen Entwicklungstendenzen gekennzeichnet. Angesichts der tiefgreifenden Krise des Kapitalismus und des Scheiterns der sozialdemokratischen Parteien in Regierungsverantwortung errangen diese Parteien vielversprechende, wenn auch bisher meist kurzzeitige Erfolge. Seit etwa zehn Jahren schaffen einige linke Parteien (im Sinne von: links der Sozialdemokratie) bei nationalen oder europäischen Wahlen die 10-Prozent-Hürde. Dies gilt vor allem für *Die Linke* in Deutschland, die *Izquierda Unida* in Spanien, den *Bloco de Esquerda* in Portugal und die *Socialistische Partij* in den Niederlanden. Nach einem vielversprechenden Aufschwung in den Jahren 2005 bis 2010 stehen diese Parteien heute an einem Scheidepunkt, auch wenn sie nach wie vor über fünf Prozent der Stimmen erhalten, was bedeutet, dass sie auf der politischen Bühne ihres Landes eine nicht zu vernachlässigende Kraft darstellen. Vor kurzem jedoch erzielten zwei Parteien bemerkenswerte Wahlerfolge: der Zusammenschluss linker Parteien *Front de gauche* in Frankreich mit 11,1 Prozent der Stimmen bei den Präsidentschaftswahlen 2012 und das Bündnis *Syriza* in Griechenland, dessen Stimmenanteil von 4,9 Prozent im Jahr 2009 auf 26,9 Prozent im Juni 2012 anstieg.

Generell fallen die Wahlergebnisse, wenn man die jeweiligen nationalen Rahmenbedingungen vergleicht, unterschiedlich aus und weisen Schwankungen auf. Die Zyklen des Auf- und Abschwungs dieser Parteien bei den

Wahlen verlaufen nicht synchron. Der Fall der *Syriza*-Partei unterscheidet sich dabei von allen anderen linken Parteien. Es fehlte nicht viel und sie wäre bei den Parlamentswahlen im Juni 2012 als Siegerin hervorgegangen. Man muss die Gründe für diesen historischen Durchbruch analysieren. Wichtig ist es auch, die unterschiedlichen Ergebnisse der *Front de gauche* zu untersuchen: Fiel ihr Wahlergebnis bei den Präsidentschaftswahlen erfreulich aus, war es bei den Parlamentswahlen eher enttäuschend.

Gegenläufige Zyklen des Auf und Ab der Wahlergebnisse

Die Parteien der europäischen Linken stehen vor weitgehend ähnlichen politischen Herausforderungen. Alle befinden sich in der Opposition zu den neoliberal-rechtskonservativen Kräften, die in den meisten Ländern der Europäischen Union an der Regierung sind. Sie stehen in kritischer Distanz zu den sozialdemokratischen Parteien, unabhängig davon, ob diese an der Regierung sind oder nicht. Übrigens schließt eine solche Opposition Wahlabsprachen oder sogar Regierungsvereinbarungen auf lokaler oder regionaler Ebene nicht aus. Seit der mit fatalen Konsequenzen einhergehenden Beteiligung der italienischen *Rifondazione Comunista* an der Regierung Prodi (2006–2008) hat keine der Linksparteien Europas auf gesamtstaatlicher Ebene je wieder mit Sozialdemokraten zusammen regiert. Die Sozialdemokratie, die während ihrer Regierungszeit beispielsweise in Großbritannien, Spanien, Portugal und Deutschland neoliberale Reformen und Sparmaßnahmen durchsetzte, musste empfindliche Niederlagen hinnehmen. Die Wahl von François Hollande und der Sieg der Linken bei den Parlamentswahlen in Frankreich deuten auf einen ersten Richtungswechsel nach links in einer nach wie vor weitgehend von den Konservativen beherrschten europäischen Landschaft hin.

Es bleibt festzuhalten, dass das Scheitern der sozialdemokratischen Regierungen den radikalen Linken im Allgemeinen wenig genützt hat. Was fälschlicherweise als „nützliche Stimmabgabe“ bezeichnet wird, hat im ersten und zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen weitgehend zum Erfolg von François Hollande beigetragen. Ein Teil der Wähler, die vom Programm der *Front de gauche* angezogen wurden, da sie es als „linker“ und „sozialer“ als das des Kandidaten der *Parti socialiste* (PS) empfanden, entschieden sich dennoch für einen Kandidaten, dem sie nur mäßig vertrauten, obwohl François Hollande nicht das Programm vertrat, dem sich diese Wähler am stärksten verbunden fühlten. Dennoch übertraf er im ersten Wahlgang deutlich den Kandidaten der *Front de gauche*, Jean-Luc Mélenchon, dessen Wahlkampf die Volksmassen mobilisiert und politisiert hatte.

Generell muss festgestellt werden, dass die Zugewinne bzw. Verluste der links von der Sozialdemokratie stehenden Parteien nicht synchron verlaufen.

Genau genommen bestehen über nationale Grenzen hinausgehende Übereinstimmungen im Stimmverhalten zugunsten der linken Parteien nicht. Gelingt einer Partei in einem europäischen Land der Durchbruch, bleibt dieser Erfolg häufig isoliert und geht nicht automatisch mit ähnlichen Siegen in anderen Ländern einher. *Rifondazione Comunista* verzeichnete 2006 im Zusammenhang mit dem Sieg der italienischen Linken (im weiteren Sinne) und der Abwahl der Regierung Berlusconi einen bedeutenden Aufschwung. Zwei Jahre nach ihrem Eintritt in die Regierung Prodi implodierte die Partei und verlor alle ihre Abgeordnetenmandate im Parlament. Erfolge der Partei *Die Linke*, der *Izquierda Unida* und des *Bloco Esquerda* kamen erst zu einem späteren Zeitpunkt hinzu und waren eher auf die Regierungsführung der sozialdemokratischen Linken zurückzuführen, die aufgrund ihrer äußerst unpopulären neoliberalen Politik in diesen drei Ländern in Misskredit geraten war. Nach zunächst ermutigenden Ergebnissen verloren diese Parteien viele Stimmen und einen Teil des gewonnenen Einflusses wieder, während die sozialdemokratischen Parteien, vor allem in Deutschland, einen Teil des verlorenen Terrains zurückeroberten.

Welche Schlussfolgerungen lassen sich aus diesen Pendelbewegungen ziehen? Einerseits kann man feststellen, dass der Abwärtstrend der Sozialdemokratie bei Wahlen bisher niemals einen Punkt erreicht hat, von dem aus es kein Zurück mehr gab (außer vielleicht derzeit bei der griechischen PASOK, aber auch dieser Trend bedarf erst der Bestätigung künftiger Wahlen). Andererseits kommt es nur selten vor, dass die Pendelbewegungen bei Wahlen synchron verlaufen. Sind sie tatsächlich synchron – wie im Falle Frankreichs und Griechenlands –, lässt sich das auf interne Probleme der einzelnen Länder zurückführen, nicht auf Trends in Europa. Die Entwicklung der Wahlergebnisse der Linksparteien hängt vor allem mit den im jeweiligen Land herrschenden Kräfteverhältnissen und dem politischen „Klima“ zusammen. Der europäische Verfassungsvertrag stieß 2005 nur in Frankreich und in den Niederlanden auf eine starke Ablehnung (die niederländische SP war aktiv in die Kampagne gegen diesen Vertrag involviert), während die anderen Linksparteien diesbezüglich eine gewisse Gleichgültigkeit an den Tag legten. Manche Länder sind empfänglicher für linke Thesen als andere, die Ursachen sind in den jeweiligen nationalen Gegebenheiten begründet (Wahlssystem, bestehender oder fehlender Wettstreit der Linken, regierende oder nicht regierende Sozialdemokratie, ausgeprägte soziale Bewegungen, nationale politische Kultur usw.).

Lehren aus den Wahlen in Griechenland

Auf der politischen Ebene stehen Frankreich und Griechenland unbestreitbar an der Spitze des europäischen Widerstands gegen die neoliberale Sparpoli-

tik. Beide Länder haben eine lange Tradition radikaler Bewegungen, und sie hatten bedeutende und seit über 15 Jahren quasi kontinuierlich anhaltende soziale Bewegungen erlebt. Daher war der Boden für eine solche Entwicklung günstig, und es bedurfte lediglich des Anstoßes durch außerordentliche Umstände, damit *Syriza* die bereits angeschlagene *PASOK* besiegen und mit der von der Wählerschaft ebenfalls weitgehend abgelehnten *Neo Democratia* (ND) gleichziehen konnte.

Und doch sind beide Situationen nicht identisch. In Griechenland ist *Syriza* nach dem Scheitern der *PASOK*, die neoliberale Politikkonzepte verfolgt, das Diktat der Troika kampflos akzeptiert und damit die Interessen der einfachen Bevölkerung verraten hat, zur stärksten Linkspartei geworden. Der fulminante Aufschwung von *Syriza* lässt sich anhand von drei miteinander im Zusammenhang stehenden Faktoren erklären:

a) Unter den Bedingungen einer seit mehreren Jahrzehnten in Europa einmaligen wirtschaftlichen und sozialen Krise haben die Griechen die *PASOK* abgestraft. Diese Partei wird mit dem Memorandum in Verbindung gebracht, das Griechenland seit drei Jahren in eine beispiellose soziale und wirtschaftliche Krise führt. Ein Ereignis, das in Frankreich die gleiche Bedeutung wie der Absturz der *PASOK* hätte, wäre eine durch einen Sieg der *Front de gauche* unterlegene *Parti socialiste* (PS);

b) Zum Erfolg von *Syriza* kam es nach einer vier Jahre währenden Rezession und den vom IWF, der EU und der EZB verordneten Sparprogrammen. Das Land befindet sich buchstäblich am Rande der Zahlungsunfähigkeit. Insofern handelt es sich um eine Ausnahmesituation in jeder Hinsicht, die nicht mit der Frankreichs vergleichbar ist;

c) *Syrizas* Wahlkampf war mustergültig: Einerseits traten die griechischen Linken durchweg geschlossen auf, und andererseits vermochte es *Syriza*, der griechischen Bevölkerung eindeutige Lösungsansätze zu unterbreiten, die radikal und realistisch zugleich waren.

Als ausschlaggebend erwies sich der Beschluss von *Syriza*, die Angriffe auf das Memorandum zu konzentrieren, wobei die Partei vor allem dessen Aufkündigung sowie die Neuverhandlung der Schulden Griechenlands im Rahmen der EU versprach. Dieses Engagement schreckte die Wähler nicht nur nicht ab, für *Syriza* zu stimmen, sondern brachte ihr auch die Stimmen der gemäßigten Schichten ein, die von der neoliberalen Schocktherapie betroffen sind und sich von der *PASOK* verraten fühlten. *Syriza* beschloss, das Memorandum in den Wochen vor der Wahl am 6. Mai aufzukündigen – unabhängig von den Folgen, die daraus erwachsen würden. Diese Verpflichtung löste eine politische Dynamik aus, die sich in bedeutenden Stimmengewinnen niederschlug. *Syriza* erschien als die einzige linke Partei, die sich eindeutig und zielgerichtet gegen die Sparmaßnahmen von *PASOK* und *Neo Democratia* rich-

tete. Sie trug die Welle der Unzufriedenheit der Bevölkerung Griechenlands, indem sie sich in die gegen die Sparpläne gerichteten sozialen Bewegungen einbrachte. Hingegen stießen diese sozialen Bewegungen bei der kommunistischen Partei Griechenlands (KKE) auf Kritik, sie war der Meinung, diese würden von „kleinbürgerlichen Elementen“ manipuliert. Die KKE lehnte auch ein Treffen mit Syriza ab, nachdem diese nach der Wahl vom 6. Mai mit der Regierungsbildung beauftragt worden war. Syriza forderte eine „Linksregierung gegen die Sparpolitik, und zwar jetzt“, während sich die KKE auf eine sektiererische Linie zurückzog und damit von den Kämpfen und Sorgen der Griechen weit entfernt war. Folgerichtig musste die KKE den Preis für ihr Sektierertum zahlen, sie hatte keinerlei politische Lösung anzubieten. Im Zeitraum Mai bis Juni 2012 sank ihr Stimmenanteil von 8,5 Prozent auf 4,49 Prozent. Das geschlossene Vorgehen der Linken und der Wille, der Krise mit konkreten Maßnahmen beizukommen, waren der Schlüssel zum Erfolg von Syriza in Griechenland.

Strategische Erwägungen der *Front de gauche*

Jean-Luc Mélenchons Wahlergebnis bei den Präsidentschaftswahlen ist unter mehreren Gesichtspunkten außergewöhnlich. Sein Wahlkampf war dynamisch, fröhlich und politisch. Seine öffentlichen Wahlveranstaltungen zogen ein Massenpublikum an. Die wichtigsten Maßnahmen des Programms der *Front de gauche* wurden der Öffentlichkeit weit über den Rahmen der traditionellen linken Kreise hinaus vorgestellt. Jean-Luc Mélenchon besiegte Marine Le Pen im Wahlkampf-Rededuell und machte allen deutlich, dass das Programm der *Front National* (FN) wieder einmal dem klassischen rechts-extremen Muster folgte. Er zeigte sich als talentierter und überzeugender Verfechter des besten Programms, das die Linke bei Präsidentschaftswahlen während der Fünften Republik je vorgelegt hat. Und dennoch blieb das Wahlergebnis des Kandidaten der *Front de gauche* hinter den von den Umfragen geweckten Erwartungen zurück: Sie hatten für ihn 15 Prozent der Wahlabsichten prognostiziert. Ist das Glas nun halb voll oder halb leer? Man kann das Ergebnis auf zweierlei Art betrachten. Es handelt sich in der Tat um ein ausgezeichnetes Ergebnis, das die *Front de gauche* als zweite linke Kraft in Frankreich positionierte. Doch leider wurde dieses politische Kapital teilweise bei den anschließenden Parlamentswahlen verspielt. Was ist passiert? Welche Schlussfolgerungen kann man aus diesen beiden aufeinanderfolgenden Wahlen ziehen?

Rein wahltechnisch stellten die Parlamentswahlen einen Fortschritt für die *Front de gauche* dar: 2007 hatten die Kandidaten der kommunistischen Partei *Parti communiste français* (PCF) im ersten Wahlgang 4,5 Prozent der

Stimmen erzielt, 19 kommunistische bzw. ihnen nahestehende Abgeordnete wurden gewählt; 2012 waren es 6,9 Prozent und zehn gewählte Abgeordnete (bei fast 700.000 Stimmen mehr als 2007). Der Grund für diesen paradoxen Rückgang war der starke Stimmenzuwachs für die PS, dem sie zusammen mit ihren Verbündeten *Mouvement républicain et citoyen* (MDC) und *Parti radical de gauche* (PRG) die absolute Mehrheit in der Nationalversammlung verdankt. Nur 44 Prozent der Wähler Jean-Luc Mélenchons stimmten für die Kandidaten der *Front de gauche*, 38 Prozent gaben ihre Stimme der PS (umgekehrt stimmten 5 Prozent der Wähler François Hollandes für die Kandidaten der *Front de gauche*).

Die Wahl François Hollandes und der PS ist durch zwei wesentliche Merkmale gekennzeichnet: Einerseits ging es um die Abwahl des Sarkozy-Regimes, sie war nicht unbedingt ein Bekenntnis zur gemäßigten Sozialdemokratie Hollandes. Andererseits zielte sie auf die Verteidigung des Sozialstaates (Daseinsvorsorge, Lohnerhöhungen, Arbeitsplätze). François Hollande und die PS konnten mit einer bedeutenden Unterstützung durch die unteren Schichten, durch Arbeiter und Angestellte, rechnen. Das in diesem Teil der Bevölkerung erzielte Wahlergebnis der *Front de gauche* ist zwar beachtlich, wurde aber weitgehend von der PS übertroffen, obwohl das Programm der *Front de gauche* besser als das der PS geeignet war, die Interessen der einfachen Leute zu vertreten. Doch in diesen Schichten war man mehrheitlich der Ansicht, dass es am wirksamsten sei, für Hollande und für die PS zu stimmen, um Sarkozy und die Konservativen abzulösen, auch wenn das bedeutete, sich für die abgeschwächteste Version des Linksprogramms zu entscheiden. Die unteren Schichten der Bevölkerung hielten es also für besser, für die Partei zu stimmen, mit der man mit größerer Wahrscheinlichkeit das Sarkozy-Regime an der Wahlurne besiegen konnte. Sich über den Sozialliberalismus der PS zu beschweren ist ja gut und schön, das heißt jedoch nicht, dass man nicht die Möglichkeit von Wahlen nutzt, um das Sarkozy-Regime als die größere und unmittelbare Gefahr zu besiegen. Sehr ausgeprägt waren auch die Einheitsbestrebungen in der linken Wählerschaft. Alles, was die Linke hätte spalten können (einschließlich persönlicher Angriffe auf den Kandidaten der PS), wurde kritisch betrachtet; aus Sicht der linken Wähler sollten Zielscheibe aller Angriffe vor allem Sarkozy und sein System sein.

Jean-Luc Mélenchon und die *Front de gauche* haben möglicherweise dieses Verlangen nach Geschlossenheit und den Wunsch unterschätzt, die übermächtigen Konservativen zu besiegen. Marine Le Pen anzugreifen war angesichts der Annäherung zwischen der konservativen Partei *Union pour un Mouvement populaire* (UMP) und der *Front National* (FN) sicherlich nützlich. Dennoch war den Wählern vor allem daran gelegen, dem Sarkozy-Regime und seinem „neokonservativen Modell à la française“ ein Ende zu

bereiten. Mélenchons Wahlkampf in Hénin-Beaumont war insofern bemerkenswert, als er die Linke als eine kämpferische und volksnahe echte Linke inmitten einer von Korruption und von zunehmendem Einfluss der *Front national* verdorbenen Hochburg der Sozialisten in Szene setzte. Doch diese Beschränkung auf einen Wahlbezirk, in dem PS und FN fest verwurzelt sind, war angesichts der Wählererwartungen ein riskantes und nicht zweckdienliches Unterfangen. In dieser Region, in der jahrzehntelang immer wieder ein sozialistischer Kandidat gewählt worden war, schaffte es Jean-Luc Mélenchon trotz des gelungenen Wahlkampfes nicht, den Kandidaten der PS zu schlagen.

Die (Re)-Politisierung der Massen des einfachen Volkes ist ein notwendiger und grundlegender Prozess. Der Bevölkerung muss bewusst werden, dass die Wahrung ihrer ureigensten Interessen damit beginnt, nicht mehr die PS-Kandidaten zu wählen und der *Front national* eine Abfuhr zu erteilen. Allerdings ist nicht zu erwarten, dass dieses Ziel im Laufe von nur einer Wahlkampagne erreicht werden kann. Das ist eine langfristige Aufgabe, die es erfordert, die gewählten Vertreter und politisch Aktiven vor Ort einzubeziehen. Jean-Luc Mélenchon hat einen antifaschistischen Diskurs entwickelt, der auf einer Klassenkritik der *Front national* beruht. Das ist eine grundsätzliche Frage, auch wenn sie eher den bereits politisierten Teil der Wählerschaft mobilisiert hat.

Die Angriffe sollten zunächst und vor allem gezielt gegen Sarkozys UMP und erst in zweiter Linie gegen die *Front national* gerichtet werden. Denn erst nach dem erfolgreichen Kampf gegen Sarkozy und sein Regime wäre die Kritik am Programm der PS voll wirksam und in den Augen der gemäßigten linken Wählerschaft noch glaubwürdiger. Außerdem hätten die Auswirkungen des bonapartistischen Systems der Fünften Republik stärker berücksichtigt werden müssen, das die Debatten bis zum Äußersten personalisiert und Konflikte auf eine Konfrontation zwischen PS und UMP reduziert hat, so dass die *Front de gauche* angesichts des derzeitigen Kräfteverhältnisses im linken Lager marginalisiert blieb. Es hätte stärkerer Anstrengungen bedurft, um zu erreichen, dass das Bündnis der PS mit den Grünen, *Parti Socialiste/Europe Écologie les Verts* (PS/EELV), keine Gegenkandidaten zu den Kandidaten der *Front de gauche* aufstellt, was 2007 die unabdingbare Voraussetzung dafür war, die Stärke der Parlamentsfraktion zu erhalten bzw. auszubauen. Da es jedoch keine Absprachen gab, wurden die Kandidaten der *Front de gauche* auch in den Wahlkreisen, in denen sie traditionell stark vertreten war (vor allem in der Pariser Region), von der rosa Welle hinweggeschwemmt. Nun ist es vielleicht nicht das politische Ziel der *Front de gauche*, möglichst viele Sitze zu erhalten. Doch werden Stärke und politischer Einfluss einer politischen Bewegung sehr wohl an der Zahl ihrer gewählten Vertreter gemessen, außer man zöge einen gewaltsamen Machtwechsel in Betracht oder glaubte an den Mythos der „Rettung von links“.

Wie man sieht, befindet sich die Linke, die für sozialen Wandel in Europa steht, in verschiedenen Entwicklungsstadien. Die unterschiedlichen Situationen erklären sich aus den jeweils heterogenen nationalen Gegebenheiten. *Syriza* in Griechenland ist derzeit die stärkste Linkspartei, doch waren außergewöhnliche Bedingungen für diesen erst vor kurzem errungenen Sieg ausschlaggebend. In anderen Ländern ist die Linke schwach oder nur punktuell stark. Frankreich stellt einen Sonderfall dar. Die Franzosen sind das europäische Volk, das der neoliberalen Offensive am besten standgehalten hat. Beweis dafür waren in letzter Zeit der massive Widerstand gegen die Rentenreform sowie die Wahlniederlage Sarkozys. Die *Front de gauche* wird nur dann auf Dauer zu einer bedeutenden Linkskraft werden, wenn sie sich eine entsprechende Strategie gibt. In diesem Sinne hat die Einheit der Linkskräfte gegen die Konservativen und die extreme Rechte Vorrang, denn alles, was die Linke spaltet, wird von der linken Wählerschaft abgelehnt. Jede „linksextreme“ rhetorische Zuspitzung und jedes Sektiererertum wird von der linken Wählerschaft streng geahndet, wie es der Fall der *Nouveau Parti anticapitaliste* (NPA) gezeigt hat. Geschlossenheit schließt weder ein eigenes Programm und eine eigene Strategie der *Front de gauche*, noch die kritische Auseinandersetzung mit der PS aus, ganz im Gegenteil. Alles Weitere ist Sache der Menschen, im linken Spektrum den Weg zu wählen, der ihnen am glaubwürdigsten erscheint. Erst wenn diese Voraussetzungen erfüllt sind, wird die *Front de gauche* nicht mehr gezwungen sein, den Antreiber für die PS zu spielen, sondern könnte in der Linken einen zentralen Platz einnehmen.

Was ist zu tun? Die föderale Struktur der *Front de gauche* muss gestärkt und offiziell festgeschrieben werden, damit sich Tausende von Menschen und vor allem die Jugendlichen, die keiner der Formationen dieses Bündnisses beitreten wollen, weiterhin im Rahmen einer Struktur engagieren und politisch aktiv sein können. Außerdem müsste sich die *Front de gauche* auf Fragen mit klar „sozialem“ Inhalt konzentrieren: Kampf gegen den Sparkurs in Europa, für eine Politik im Interesse von Beschäftigung und Daseinsfürsorge, für eine echte Anhebung des garantierten Mindestlohns, für eine ehrgeizige Steuerreform, für einen öffentlichen Finanzpool usw. Darüber hinaus muss Überzeugungsarbeit geleistet werden, damit die Menschen erkennen, dass die bonapartistischen Institutionen der Fünften Republik abgeschafft werden müssen. Außerdem sollte der Gedanke der ökologischen Planung vertieft werden. All diese Maßnahmen würden es der *Front de gauche* erlauben, sich von der Präsidentschaft Hollandes, die sich bereits jetzt auf wesentlichen Feldern als Enttäuschung erweist, abzugrenzen.

Präsidentschaftswahlen in Ägypten

Mamdouh Habashi

In Ägypten brachte im Mai 2012 die erste Runde der ersten Präsidentschaftswahlen nach der Revolution, bei der nur ca. 43,4 Prozent der wahlberechtigten Ägypter zur Wahl gegangen waren, einige Überraschungen. Amr Moussa, der ehemalige Präsident der Arabischen Liga, war nicht wie erwartet unter den Favoriten, sondern landete auf dem vierten Platz, und der als gemäßigt geltende Islamist Abol Fotouh lag in der Wählergunst nur an fünfter Stelle. Viele hatten in ihm einen vielversprechenden Präsidentschaftskandidaten gesehen, da er Unterstützung genoss sowohl in christlichen und säkular ausgerichteten Kreisen, die von ihm als Unabhängigen eine vernünftige Kooperation erwarteten, als auch von islamistisch ausgerichteten Kreisen, die in ihm als ehemaligem Führungsmitglied der Muslimbrüder eine Respektsperson sahen.

Überraschende Ergebnisse

Recht unerwartet war statt dessen der vom SCAF (Supreme Council of Armed Forces/Militärrat) favorisierte Kandidat Ahmed Shafik an zweiter Stelle gelandet. 25 Prozent der Wähler hatten sich für ihn entschieden, obwohl es ein anhängiges Verfahren wegen Korruption gegen ihn gab, und er als der Repräsentant des alten Regimes galt, das im letzten Jahr durch die Revolution abgesetzt worden war. Kaum jemand hatte damit gerechnet, wie stark sich manche Wähler „stabile Verhältnisse“ zurückwünschen, auch auf Kosten der persönlichen und politischen Freiheit.

In den Monaten nach der Revolution hatten konterrevolutionäre Boykottmaßnahmen dazu geführt, dass die steigende Unsicherheit auf allen Ebenen innerhalb der Bevölkerung zu dem Ruf nach einem starken Mann führte. So konnte der SCAF am Ende ohne großen öffentlichen Widerstand den Angeklagten Ahmed Shafik rehabilitieren und als Präsidentschaftskandidaten lancieren.

Nur einen Prozentpunkt mehr erreichte der Kandidat der Muslimbrüder, Mohamed Mursi, wobei dessen „Mehrheitssieg“ durchaus zu erwarten gewesen war angesichts der sehr großen Verbreitung der Muslimbrüder innerhalb der Bevölkerung. Sie verfügten zudem über eine dermaßen erprobte Struktur des Gehorsams, dass sie „auch einen toten Hund zum Präsidenten machen könnten“, wie es der Parlamentsvorsitzende Mohamed Al Katatni einmal formulierte.

Der als blass und uncharismatisch geltende Mursi war von den Muslimbrüdern erst in letzter Minute aufgestellt worden, nachdem ihr ursprünglicher Kandidat Khairat Shater im Laufe des Wahlkampfes disqualifiziert worden war, da er noch eine Bewährungsstrafe verbüßte. Von ihrem Versprechen, gar keinen Präsidentschaftskandidaten zu stellen, da sie bereits die Mehrheit im Parlament stellten, hatten die Muslimbrüder wenige Wochen vor den Wahlen Abstand genommen und damit unverhüllt nach der Macht gegriffen.

Die größte Überraschung dieser Wahl war jedoch, dass Hamdin Sabbahi durch den unerwartet großen Zuspruch der Wähler an dritter Stelle kam. Ohne Rückendeckung durch eine versierte Werbemaschinerie oder unendliche Millionen an Unterstützungsgeldern hatte dieser als säkular und gemäßigt links geltende Nasserist viele Wähler überzeugt, die in ihm die einzige Möglichkeit sahen, die Ziele der Revolution am Ende durchzusetzen. Anscheinend war er von vielen einfachen und unpolitischen Menschen in der Bevölkerung gewählt worden, die während des Wahlkampfes erkannt hatten, dass sowohl die Muslimbrüder als auch die Unterstützer des Wunschkandidaten des Militärrates nicht davor zurückschreckten, Stimmen zu kaufen oder die Wähler durch Gefälligkeiten zu beeinflussen, und die in Sabbahi einen „sauberen Mann“ sahen.

Die Kräfte des revolutionären Lagers hätten sich im Vorfeld der Wahlen auf Hamdin Sabbahi als einzigen Kandidaten einigen müssen, um ihn zu stützen, doch die Stimmen der Linken und progressiven Kräfte waren auf insgesamt vier Kandidaten aufgesplittert worden. So wurden ihre Stimmen auf die verschiedenen revolutionären Strömungen zerstreut und fehlten am Ende Sabbahi für den letzten, entscheidenden Prozentpunkt.

Viele hatten ihm keine wirkliche Chance zugetraut und hatten ihre Stimme strategisch für einen Kandidaten einer anderen politischen Richtung eingesetzt. So hatte beispielsweise Abol Fotoh Stimmen von Teilen des revolutio-

nären Lagers erhalten, da sie in ihm einen erfolgversprechenden Gegenspieler zu Mursi, den sie unter allen Umständen verhindern wollten, gesehen hatten. Diese Fehleinschätzung der Linken kostete Sabahi wertvolle Stimmen, die ihn in die zweite Runde hätten bringen können.

Viele Wähler wurden durch das in der Öffentlichkeit geschürte Bild irreführt, bei dieser Wahl ginge es um die Wahl zwischen einem säkularen oder einem religiösen Staat. Dabei wurden das Regime und die Islamisten als zwei Pole gesehen, deren stärkste Repräsentanten vorsichtshalber als „sicherere“ Kandidaten gewählt wurden. Daher wählten viele Christen und Säkulare Shafiq aus Angst vor den Islamisten. Viele Revolutionäre wählten Abol Fotoh als das kleinere Übel, da sie sicher waren, dass sowieso ein islamistischer Kandidat das Rennen machen würde.

Am Ende zeigte sich jedoch, dass in der Bevölkerung durchaus das Bewusstsein geherrscht hatte, dass es bei dieser Wahl um eine Wahl zwischen dem etablierten Regime und den revolutionären Forderungen ging, nicht anders ist der Erfolg Sabahis zu erklären. Leider kam diese Erkenntnis für viele Linke zu spät, die ihn bei besseren Erfolgchancen durchaus ebenfalls gewählt hätten.

Die Stichwahl

Mit der für Mitte Juni angesetzten Stichwahl zwischen den Kandidaten Ahmed Shafik und Mohamed Mursi wurden die Hoffnungen der Revolution nun endgültig enttäuscht. Viele bezeichneten sie als eine Wahl „des Besseren unter den Schlimmsten“.

Die Unterscheidung der beiden Spitzenkandidaten in eine Wahl zwischen säkularen und religiösen Kräften bezieht sich nur auf eine Äußerlichkeit. Beide Kandidaten vertreten die Rückkehr bzw. Fortführung des alten Systems. Die persönliche Ausrichtung der Kandidaten zeigt nur eine Art Flügelkampf innerhalb der herrschenden Klasse. Viele Bürger wollten es sich nicht antun, diese Situation auch noch durch ihre Stimmabgabe zu würdigen. Sie zeigten durch Nichtbeteiligung an der Wahl ihre Enttäuschung. Dennoch gab die Wahlkommission die Wahlbeteiligung mit 51 Prozent an, was daran gelegen haben könnte, dass beide Lager ihre Anhänger mobilisiert hatten.

Der Ausgang der Wahl zeigte ein Kopf-an-Kopf-Rennen der beiden Kandidaten. Obwohl die Muslimbrüder von Anfang an mit Bestimmtheit ihre Mehrheit erklärten, hielten Shafiks Unterstützer zunächst mit anderen Zahlen dagegen. Die Wahlkommission ließ sich eine Woche lang Zeit, den Sieger zu erklären. Zunächst wurden über 400 Beschwerden wegen Wahlvergehen vor dem Obersten Gerichtshof geprüft, und erst nach langen Tagen des Wartens, in denen sich das Land in einer Art Lähmungszustand befand, wurde Mursi zum Sieger erklärt.

Seine Anhänger gingen auf die Straßen und feierten den „Sieg“ frenetisch, trotz des offensichtlich geringen Rückhaltes in der Gesamtbevölkerung. Schließlich würden sie in den nächsten Jahren die Politik Ägyptens maßgeblich mitbestimmen.

Die eingefrorene Revolution

Die Führungsrolle des SCAF wurde durch die Wahlen in keinem Falle gefährdet. Im Laufe des Jahres nach der Revolution war den Ägyptern schnell klar geworden, dass der Militärrat in jeder Hinsicht im Hintergrund die Entscheidungen trifft und auch weiterhin zu treffen beabsichtigt.

Dass der SCAF nach der Revolution ohne Weiteres die Regierung übernommen hatte, war anfangs mangels repräsentativer Führungsalternativen von der Bevölkerung kaum infrage gestellt worden. Erst im Laufe der Monate hatte sich herauskristallisiert, dass der SCAF die Ziele der Revolution klar zu verhindern suchte und durch entsprechende Gesetzeserlasse die freie Entwicklung demokratischer Kräfte regelmäßig blockierte.

So war es auch kein „Staatsstreich“, als am Tage unmittelbar vor der Stichwahl die richterliche Entscheidung des obersten Gerichtes verkündet wurde, die Anklage gegen Shafik fallenzulassen, dagegen aber den Klagen gegen die Rechtmäßigkeit des Parlamentes stattzugeben und ein Drittel des Parlamentes aufzulösen und vorläufig wieder die Legislative zu übernehmen. Dies war nur die konsequente Fortsetzung der bisherigen Politik des Militärrates, der seit der Machtübernahme keinen Zweifel daran gelassen hatte, dass er auch in der Zukunft entscheidend an der Macht in Ägypten beteiligt zu sein beabsichtigte.

Die präventive Lähmung der Macht der Muslimbrüder im Parlament war angesichts der zu erwartenden Mehrheit bei der Präsidentschaftswahl für Mursi nichts anderes als die Sicherung der Vormachtstellung des Militärrates. Die Unregelmäßigkeiten bei der Parlamentswahl boten sich da nur als willkommener Vorwand, da der SCAF bei dieser willkürlichen Maßnahme sogar vorgeben konnte, hierdurch die Demokratie wahren zu wollen.

Von Demokratie kann im neuen Ägypten jedoch sowieso nicht die Rede sein, solange den demokratischen Prozessen nicht eine neue Verfassung zugrunde liegt. Zurzeit gilt die Erweiterung der vorläufigen Verfassungserklärung des Militärrates, die die Verfassung von 1971 im Sinne des SCAF modifiziert.

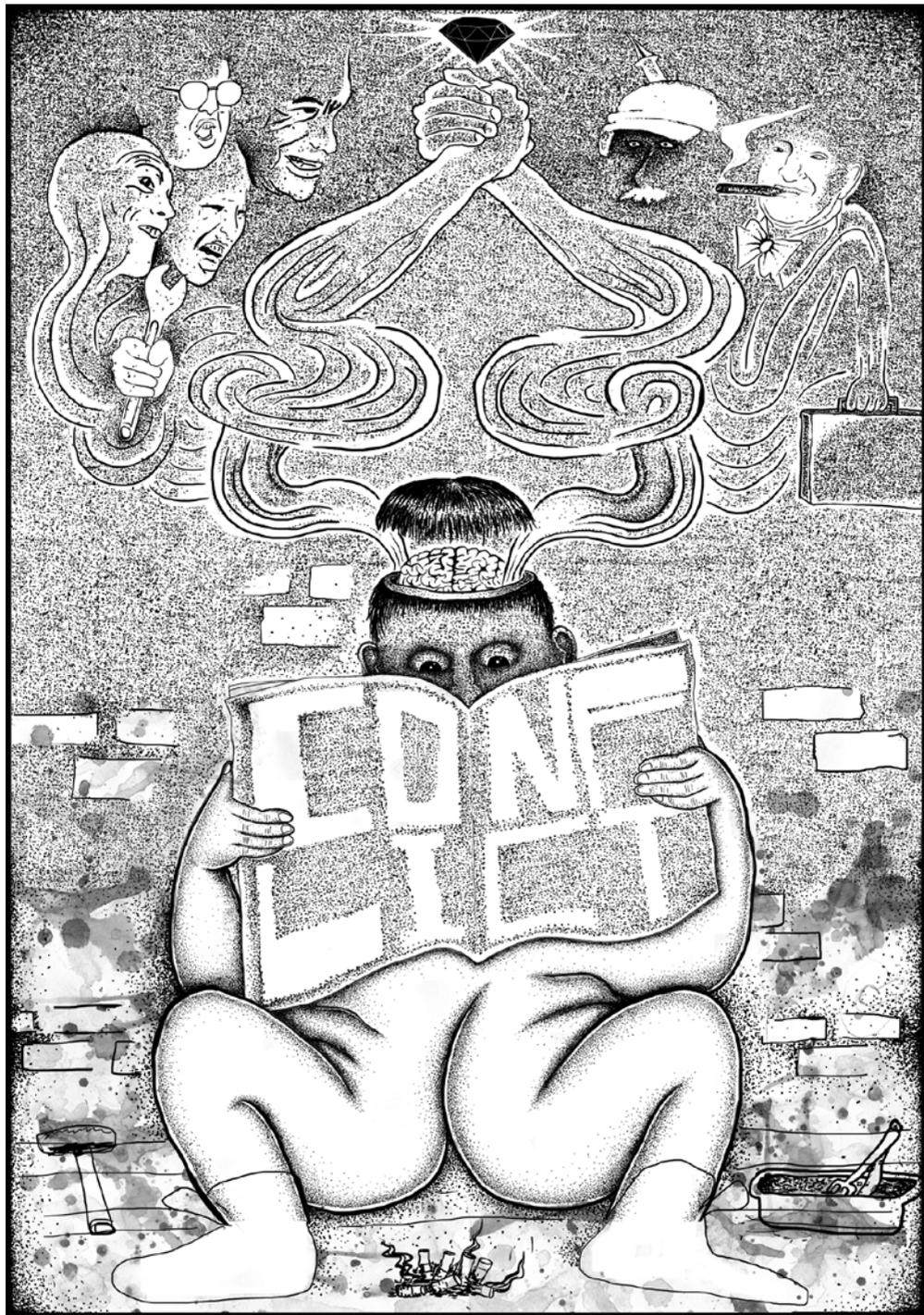
Mehrere Versuche, eine Verfassungskommission zusammenzustellen, die die heterogenen Interessen im Volk repräsentiert, sind bislang gescheitert. So kam es bisher zu keinem neuen Verfassungsentwurf und der SCAF plant, nunmehr die Verfassungskommission selbst zu ernennen. Es wird sich noch

zeigen, ob das Volk die Versuche der derzeitigen Machthaber, alle demokratischen Reformen auszuhebeln, und dies durch die von ihnen dominierte Neuschreibung der Verfassung festzuschreiben, klaglos hinnehmen oder durch entschiedenen Widerstand vereitelt wird.

Auch wenn die Revolution vorläufig verloren ist, hat sich doch gegenüber früheren Zeiten etwas geändert: Die Ägypter haben ihre Angst verloren und angefangen, es als ihr Recht zu betrachten, die Stimme zu erheben. Die nächsten Jahre werden in Ägypten einen erbitterten Kampf der progressiven und revolutionären Kräfte zeigen, sich trotz des Wiedererstarkens des etablierten Systems, der Macht der Militärs und der islamistischen Ausrichtung der Politik zu behaupten. Es sind unruhige Zeiten zu erwarten.

Trotz ihrer unterschiedlichen Ausrichtungen müssen sich die einzelnen Fraktionen und Parteien der Linken in den kommenden Jahren zu einer ernstzunehmenden Front vereinigen, die eine klare politische Alternative bietet. Die dringenden Probleme des Landes werden weder durch die Herrschaft der Islamisten noch durch die Einflussnahme des Militärrates oder durch die Fortführung des alten Systems gelöst werden. Wenn die Linken ihnen eine andere Perspektive bieten, werden die Bürger bei der nächsten Wahl dann anders entscheiden können.

(Manuskriptabschluss: 25. Juni 2012.)



Sparpolitik in Ungarn

Tamás Morva

In jüngster Zeit erscheint Ungarn in den westlichen Medien häufiger als zuvor. In der Regel handelt es sich um kritische Artikel, in denen es um den Ministerpräsidenten Viktor Orbán, die Regierungstätigkeit und die vom Parlament verabschiedeten Gesetze geht. Hintergrund sind die drastischen Veränderungen in der ungarischen Politik und der dramatische Zustand der Wirtschaft des Landes.

Im April 2010 gewann die Partei von Orbán („Junge Demokraten“, FIDESZ) die Parlamentswahlen mit 53 Prozent der wahlberechtigten Stimmen infolge der geringen Wahlbeteiligung und eines dramatischen Umschwungs in der Stimmung der Wähler, die sich gegen die sozialistisch-liberale Regierung des Landes wandten. Mit diesem Stimmenanteil errang FIDESZ mehr als zwei Drittel der Parlamentssitze, während die Liberalen abgewählt wurden, die Sozialistische Partei lediglich auf 17 Prozent kam und die extreme Rechte („Jobbik“) fast mit dem gleichen Stimmenanteil wie die Sozialisten ins Parlament einzog. Das Parlament und die Regierung führten eine Umstrukturierung der politischen Institutionen und Regeln in einem antidemokratischen Geist durch, bei der die direkte Kontrolle der Regierung über das gesamte Leben des Landes verstärkt wurde. Die wichtigsten Veränderungen sind u. a. die Einrichtung einer Medienaufsichtsbehörde; das Inkrafttreten einer neuen Verfassung am 1. Januar 2012, die von altem nationalistischen und religiösen (katholischen) Gedankengut inspiriert ist; die Einführung einer pauschalen Einkommenssteuer, wodurch die Steuersätze der Spitzenverdiener gesenkt wurden („Flat Tax“ von 16 Prozent. *Die Red.*); die Einstellung des dreiseitigen Entscheidungsprozesses im Bereich der Arbeitsgesetzgebung – stattdes-

sen übernehmen die von reichen Firmenbesitzern geleiteten Kammern der Industriebranchen in Verhandlungen hinter verschlossenen Türen immer mehr die Rolle der Gewerkschaften; die Bildungs- und Gesundheitssysteme wurden umstrukturiert und erhalten immer weniger staatliche Unterstützung, wogegen die Rolle des Privatsektors und der Kirchen verstärkt wurde.

Die Orbán-Regierung und ihre Parlamentsfraktion haben ein doppeltes Gesicht. Einerseits stützen sie sich auf eine Reihe großer Kapitalbesitzer, die sich während des Systemwechsels und danach etabliert haben, und streben die Unterstützung der oberen Mittelschicht an. Andererseits nutzen sie nationalistische Demagogie, antikommunistische Slogans, geben Korruptionsbekämpfung vor, unternehmen jedoch rechtliche Schritte mit oder ohne Grund gegen Sozialisten oder deren Sympathisanten. Im Westen verstehen viele Leute und auch viele Politiker die Gründe für diese so ungünstige Wende und die wachsende Abneigung gegenüber der EU in Ungarn nicht. Der Fall Ungarn ist nur ein Beispiel für die Länder Osteuropas, die unterschiedliche Merkmale aufweisen, aber letztendlich ähnlichen Schwierigkeiten gegenüberstehen.

Der Systemwechsel

Es gibt einen engen Zusammenhang zwischen dem IWF, der Weltbank und der EU-Mitgliedschaft Ungarns einerseits und dem Übergang von einem sozialistischen zu einem kapitalistischen Land und der Geschichte der Verschuldung andererseits. Die Verbindungen zum IWF und der WB begannen nach dem zweiten Ölpreisschock, als sich die Ölpreise 1979/80 verdoppelten. Aufgrund ihrer starken Energieabhängigkeit und vorherigen Verschuldung stand die ungarische Wirtschaft 1981 am Rande des Abgrunds. Um einen Bankrott zu vermeiden, wurde auf höchster Entscheidungsebene der Vorschlag unterbreitet, der Weltbank und dem IWF beizutreten, was schließlich auch von der Führung der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei unterstützt wurde.

Der offizielle Beitritt zum IWF und zur WB erfolgte im Mai 1982. Ungarn wurde als erstes osteuropäisches Land, das beiden Institutionen beitrug, mit herzlichen Worten empfangen. Das Land erhielt Bereitschaftskreditvereinbarungen des IWF und eine Reihe von Darlehen der WB, die das Land über Wasser hielten. Die Kontakte zu Experten der WB und des IWF wurden intensiver und hatten einen zunehmenden Einfluss auf Ökonomen und Politiker. 1987 knüpfte der IWF harte Bedingungen an die Unterzeichnung einer neuen Vereinbarung und die Regierung machte entsprechende Zugeständnisse. Zu diesem Zeitpunkt war der Systemwechsel in Ungarn *de facto* eingeleitet, obwohl die endgültige politische Amtshandlung erst 1990 erfolgte.

Die Empfehlungen des IWF und der Weltbank liefen auf die Übernahme der neoliberalen Theorie hinaus, die im Wesentlichen besagt: Die Regierung

gen sollten direkte staatliche wirtschaftliche Interventionen einstellen und den Weg für die privaten Märkte zur effizienten Verteilung der wirtschaftlichen Ressourcen freimachen; dadurch würde ein Wirtschaftswachstum in Gang kommen, von dem alle Mitglieder der Gesellschaft profitieren. Im Geiste des „Konsenses von Washington“ empfahlen der IWF und die Weltbank Maßnahmen zur Dezentralisierung, Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung.

Im Zeitraum 1982 bis 1990 eröffnete der IWF als Ansporn des Kampfes für einen Systemwechsel vier Bereitschaftskreditvereinbarungen in einem Wert von insgesamt 1.324 Millionen SZR (Sonderziehungsrechte). Nach den (Fünfparteien-) Wahlen zum Parlament 1990 erzielte die neu gebildete konservative Regierung 1991 eine erweiterte Vereinbarung über 1.114 Millionen SZR, gefolgt von einer Vereinbarung über 340 Millionen SZR 1993. Bei den Wahlen 1994 gewann die sozialistische Regierung 72 Prozent der Parlamentssitze, bildete jedoch die Regierung zusammen mit der liberalen Partei der Freien Demokraten.

Unter dem Druck des IWF führte die Regierung 1995 ein Stabilisierungspaket ein und verkaufte in Fortführung der Privatisierungspolitik der Vorgängerregierung das ungarische Handels- und Kreditbankensystem an große ausländische Banken. Damit war das System vollendet und über mehr als ein Jahrzehnt bestand kein Bedarf mehr an Unterstützung durch den IWF.

Ungarn hatte im Zeitraum 1982 bis 1998 ebenfalls enge Kontakte zur Weltbank, als das Land 40 Darlehen in Höhe von insgesamt 3,4 Mrd. US-Dollar erhielt, von denen fast die Hälfte Kredite für Strukturanpassungsmaßnahmen und Reformprogramme waren. Die Gesamtsumme der 2,8 Mrd. SZR vom IWF und der 3,4 Mrd. US-Dollar von der WB zielten auf eine direkte und indirekte Unterstützung des Systemwechsels ab. Das Land war darüber hinaus nicht zu WB-Darlehen berechtigt und es bestand innerhalb und außerhalb des Landes die allgemeine Annahme, dass Ungarn aufgrund der zügigen Vorbereitungen für den Beitritt zur Europäischen Union zukünftig keine IWF-Zahlungen mehr benötige.

Die finanzielle Unterstützung des IWF und der WB reichte bei weitem nicht aus, um die verheerenden wirtschaftlichen Auswirkungen der Liberalisierung und Privatisierung auszugleichen, die eine tiefe wirtschaftliche Regression auslösten, die später als „Transformationskrise“ bezeichnet wurde. Die Folgen des Systemwechsels waren die vollständige Öffnung des Binnenmarktes für westliche Waren und Kapital, eine zerstörte Industrie- und Landwirtschaftsstruktur, ein Verlust an nationalem Reichtum, der als höher als im Zweiten Weltkrieg eingeschätzt wurde, und eine starke Abhängigkeit von ausländischem Kapital.

Die Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum

Schlüsselfaktor des Systemwechsels war die zügige Privatisierung der staatlichen Unternehmen und Genossenschaften. Die logische Konsequenz war ein Chaos im Produktionsbereich, ein drastischer Rückgang der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion und des BIP. An ihrem Tiefpunkt 1993 betrug die Industrieproduktion lediglich 82 Prozent des Niveaus von 1989 und die landwirtschaftliche Produktion 65 Prozent. Das Gesamt-BIP fiel auf 82 Prozent, also auf den gleichen Stand wie die Industrie, was durch ein überdurchschnittlich gutes Abschneiden des Handels, des Finanzbereichs und anderer Dienstleistungen erklärt wurde. Aufgrund der eher ausgeglichenen Gehälter während der Jahre des Sozialismus konnten sich nur wenige Menschen im Inland an der Privatisierung beteiligen. Die Gewinner waren entweder ehemalige Führungskräfte oder ausländische Kapitalisten. Viele kleine Geschäfte wurden gleich nach dem Wandel eröffnet.

Das reale Wachstum in der Industrie verbesserte sich und erreichte 1996/97 wieder den früheren Stand; die Industrie wurde allmählich wieder zum Wachstumsmotor. Die Transformation ebnete den Weg für einen dynamischen Anstieg ausländischer Direktinvestitionen. Auch der einheimische Privatsektor befand sich im Aufschwung, wenngleich mit Zeitverzögerung und in geringerem Ausmaß. Innerhalb der Industrie wurde die in ausländischem Besitz befindliche Autoindustrie (Audi, General Motors, Suzuki, Hankook Tire, neuerdings Mercedes) zum führenden Sektor, zusammen mit einer Reihe ausgelagerter Arbeitskräfte und Unternehmen. Die einheimischen Verflechtungen zwischen Unternehmen und Branchen waren jedoch zerstört und alle Branchen sind von ausländischen Investitionen, Aufträgen und Lieferungen – und zum großen Teil staatlicher Hilfe – abhängig.

Die Landwirtschaft wurde härter und länger durch den Systemwechsel in Mitleidenschaft gezogen als die Industrie. Ihre Produktionsleistung variierte zwischen dem Tiefstand (siehe oben) und 90 Prozent. Die Lebensmittelindustrie war ein Zielsektor ausländischer Anleger, die oft Unternehmen für einen kurzen Zeitraum zu einem niedrigen Preis aufkauften, um sie entweder als Konkurrenz loszuwerden oder deren Maschinen auszuverkaufen. Die Mitarbeiter wurden dabei ohne Vorwarnung entlassen. Durch den allgemeinen Rückgang der Lebensmittelindustrie und den Wegfall einiger Lebensmittelbereiche verringerte sich der Markt für verschiedene landwirtschaftliche Erzeugnisse, der Volkswirtschaft gingen wichtige Exportgüter verloren und für den einheimischen Verbrauch waren zusätzliche Importe erforderlich. Die großen staatlichen Landwirtschaftsbetriebe, die die Landwirte mit Saatgetreide und Zuchttieren versorgt hatten, wurden geschlossen und fast alle Produktionsgenossenschaften stellten ihre Tätigkeit ein.

Ein Großteil ihres Reichtums, das Vieh und die Technik verschwanden und die Gebäude verfielen. Das erforderliche Gleichgewicht zwischen Ackerbau und Viehzucht veränderte sich rasant, wobei sich die Kluft zum Nachteil der Viehwirtschaft hauptsächlich infolge der Vorschriften und Subventionen der EU vergrößerte. Gegenwärtig liegt der Viehbestand lediglich bei einem Drittel im Vergleich zu früher und in guten landwirtschaftlichen Jahren kommt es zur Überproduktion an Getreide mit hohen staatlichen Subventionen.

In der Vergangenheit hatten Mitglieder der Genossenschaften und oft auch Mitarbeiter der staatlichen Landwirtschafts- oder Industriebetriebe einen Garten vor dem Haus oder in der Nähe der Dörfer. Heutzutage sind die Möglichkeiten eines Gartens oder von Tierhaltung in kleinerem Maßstab begrenzt, da die Preise für die Ausgangsprodukte zu hoch sind, der Absatz von überschüssigen Produkten auf dem Markt schwierig ist und Anreize und Kenntnisse unter den jungen Menschen fehlen.

Das reale BIP-Wachstum ging 2000 über den Stand von 1989 hinaus und erreichte aufgrund eines schnellen Wachstums des Industrie- und Finanzbereichs 2008 einen Höchstwert mit 35 Prozent über dem Stand von 1989. Infolge der schweren Auswirkungen der weltweiten Krise und der schleppenden Konjunkturerholung fiel es 2011 jedoch auf 30 Prozent. Wenn wir uns die durchschnittliche Wachstumsrate der letzten zweiundzwanzig Jahre ansehen, beträgt diese Zahl lediglich 1,2 Prozent gegenüber 5,2 Prozent in den 1960er-Jahren und 5,1 Prozent in den 1970er-Jahren.

Arbeitslosigkeit, Verbraucherpreisinflation, Löhne und Renten

Eine Folge des Produktionsrückgangs war der starke Rückgang der Beschäftigungsquoten und die zunehmende Arbeitslosigkeit. Im Zeitraum von 1989 bis 1994 sank die Zahl der Beschäftigten um fast 30 Prozent von 5,3 auf 3,8 Millionen und sie stieg nicht einmal während der Konjunkturerholung. Die Beschäftigung erreichte 2006 einen Höchststand von 3,93 Millionen. Dann bewirkte die Krise einen erneuten Rückgang auf unter 3,8 Millionen. Während die durchschnittliche Beschäftigungsquote der Altersgruppe 15–64 in der EU-27 von 60,7 Prozent (1997) auf 64,2 Prozent (2010) stieg, lagen die entsprechenden Zahlen in Ungarn bei 52,4 Prozent (1997) bzw. 55,4 Prozent (2010).

In den ersten Jahren nach dem Systemwechsel wurde mit Unterstützung der WB und erfahrener internationaler Organisationen ein System zur Abmilderung der Folgen der Arbeitslosigkeit eingeführt. Da sich jedoch die Langzeitarbeitslosigkeit erhöhte und zunehmend die jüngeren Generationen betroffen waren, wurden die Mittel zwecks Senkung des Haushaltsdefizits mehrmals gekürzt, bis sie einen menschenunwürdigen Stand erreichten. In

den letzten Jahren tritt Massenarmut nicht nur in den ländlichen Regionen und Dörfern auf, wo 70 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung keine Arbeit haben, sondern auch in den großen Städten und der Hauptstadt.

Die Inflation spielte bei der Zunahme der Armut ebenfalls eine wichtige Rolle. Die sozialistische Verbraucherpreispolitik hielt die Preise für Waren und Dienstleistungen für den allgemeinen Lebensunterhalt durch geringere Besteuerung und über Subventionen niedrig. Im Zuge der Reformpolitik der 1980er-Jahre näherten sich die Preisverhältnisse durch Inflation an westliche Standards an. Zu Beginn der 1990er-Jahre stieg die Inflation zunächst drastisch an, dann flachte die jährliche Preissteigerungsrate allmählich ab.

Es kam jedoch nicht nur zu einer Erhöhung der durchschnittlichen Verbraucherpreise und zu einem Kaufkraftverlust der Währung, sondern auch zu einer Entwicklung der Preisverhältnisse, die den einfachen Lebensunterhalt viel schwieriger macht. Das 13-mal höhere durchschnittliche Verbraucherpreisniveau bedeutete auch eine allmähliche Erhöhung der Preise für langlebige Gebrauchsgüter und Bekleidung, durchschnittlich nahezu gleichbleibende Erhöhungen der Preise für Lebensmittel, Alkohol- und Tabakwaren und enorme Haushaltskosten für Energie, die 42-mal höher sind als 1989.

In der ersten Zeit entwickelten sich die Reallöhne und der reale Wert der Renten etwas günstiger als das BIP. Der Systemwechsel war politisch nicht einfach zu bewerkstelligen, denn ein reibungsloser Übergang ließ sich nur durch die Aussicht auf eine Annäherung an westliche Lebensstandards realisieren. Später hatten die nationalen Wahlen in bestimmten Jahren einen Einfluss auf die Veränderungen bei den Gehältern und Löhnen und den Renten, da die Stimmen der Rentner einen entscheidenden Faktor bei den Wahlergebnissen darstellten.

Die absolute und relative Situation der aktiven Arbeitnehmer verschlechterte sich abrupt nach 1994. Der Wert der Löhne verringerte sich 1996 um 26 Prozent im Vergleich zu 1989. Während das BIP im Jahre 2010 im Vergleich zu 1989 bei 128 lag, betrug die gleiche Zahl für die Renten 119 und für die Löhne 115. Daher können hohe Löhne und Renten nicht für die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, insbesondere die erhöhte Verschuldung, verantwortlich gemacht werden.

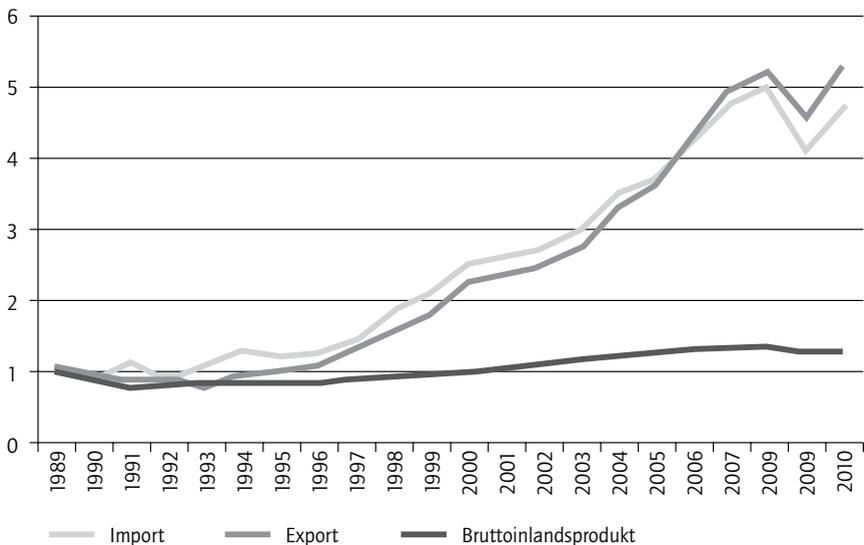
Ein weiterer wichtiger Faktor war die radikale Veränderung in der Einkommensverteilung. Innerhalb kurzer Zeit entstand eine reiche Schicht und das Land brachte seine eigenen Milliardäre hervor. Im Allgemeinen gehören die Angehörigen der oberen Mittelschicht auch zu den Gewinnern, aber die Zahl der Gewinner dürfte nicht mehr als ein Drittel der Bevölkerung umfassen, und mittlerweile gehen die Vorteile für einige bereits wieder verloren. Auf der

anderen Seite wird die Zahl der Verlierer des Systems auf mehr als ein Drittel der Bevölkerung geschätzt, von denen mehr als eine Million an Hunger leiden, einschließlich 250.000 bis 300.000 Kinder, die nur durch die Schulspeisung ernährt werden können. In der letzten Zeit hat sich auch die Zahl der Obdachlosen dramatisch erhöht.

Außenhandel

Ungarn hat eine offene Wirtschaft, weshalb die Außenhandelsbilanz vor dem Zweiten Weltkrieg und auch danach ein sensibler Faktor für die wirtschaftliche Entwicklung und Wirtschaftspolitik war. Durch den Verkauf von akkumulierten Waren- und Mittelbeständen wurde 1990 eine aktive Außenhandelsbilanz erzielt. Diese Zahl fiel 1992 gering aus und danach folgten bis 2005 Jahre mit einem Defizit, das zeitweise beträchtliche Ausmaße annahm. Dieser negative Trend begann sich 2006 zu ändern und seitdem hat die Wirtschaftstätigkeit zu einem immer größeren Überschuss der Exporte gegenüber den Importen geführt (siehe Diagramm). 2010 erreichte der Überschuss 5,5 Mrd. Euro, was angesichts der Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Krise eine beträchtliche Summe für das Land darstellt.

Import/Export und BIP (Volumenindex)



Source of data: Central Statistical Office, Budapest, Yearbooks and Survey 1989–2009.

Das Diagramm zeigt die hohen Import- und Exportquoten im Vergleich zum BIP-Wachstum. Wenn wir die 21 Jahre insgesamt betrachten, dann führt 1 Prozent Wachstum zusammen mit 6,5 Prozent mehr Importen (hauptsächlich aus den letzten Jahren) zu einem Anstieg der Exporte um 7 Prozent. Das Land öffnete sich radikal, aber das ist kein Beweis für die neoliberale Doktrin, dass die Öffnung des Marktes effizient sei.

Die vorgenommenen Strukturveränderungen führten zu höheren Importen von Produktions- und Konsumgütern, aber diese Tendenz lag oft nicht an dem Bemühen um höhere Effizienz, sondern war einem fehlenden einheimischen Angebot geschuldet. Dieser Faktor allein bietet jedoch noch keine Erklärung für die Dynamik des Außenhandels. Die extrem schnelle Zunahme an Importen und Exporten zwischen 1996 und 2006 lag hauptsächlich an ausländischen Direktinvestitionen, die nur in einem sehr geringen Zusammenhang mit der Entwicklung der einheimischen Wirtschaft stehen. Ausländische Direktinvestitionen und Kapitalanlagen entwickelten sich dynamisch und führten zum Aufbau einiger großer Betriebsstätten im Land, die Rohstoffe und Vorprodukte importieren und Industrierzeugnisse exportieren. Dabei handelt es sich um eine interne Zirkulation zwischen Unternehmen mit den gleichen Eigentümern. Rund 70 Prozent der Exporte von Industrierzeugnissen werden von ausländischen Unternehmen produziert, die mit rund der Hälfte der Wertschöpfung der Industrie zum BIP beitragen und nur ein Drittel der Industriearbeiter beschäftigen.

Nach dem Rückgang der einheimischen Industrie und Landwirtschaft entstand eine starke Nachfrage nach ausländischen Investitionen, und da zum gleichen Zeitpunkt ähnliche Probleme in den anderen osteuropäischen Ländern herrschten, entwickelte sich ein gewisser Wettbewerb zwischen ihnen. Die Regierungen versuchten, durch Fördermittel und zusätzliche Investitionen, Steuererleichterungen und andere Vergünstigungen Unternehmen anzulocken. Bei 3- bis 4-mal geringerem Lohnniveau können die Tochterfirmen in ihr Ursprungsland viel höhere Profite zurückschicken. Außerdem haben sie den Vorteil, dass sie interne Preise bilden und die Wechselkursunterschiede ausnutzen können. Bei der Planung neuer Investitionen können sie mit der Regierung Neuverhandlungen aufnehmen und erhalten in der Regel neue Konzessionen.

Verschuldung

In der Einleitung behandelten wir die so wichtige wirtschaftliche und politische Bedeutung der Verschuldung hinsichtlich der Einbeziehung des IWF und der WB sowie deren späterer Rolle beim Systemwechsel. Dadurch stellt sich die Frage, ob die Transformation die erwartete Lösung des Schuldenproblems gebracht hat.

Aus den Daten ergibt sich eine negative Antwort auf diese Frage. Die *Gesamtschulden* betragen am 1. Januar 1990 21,3 Mrd. US-Dollar und am 1. Juli 2011 110,9 Mrd. Euro. Die entsprechende *Nettoverschuldung* lag bei 11,9 Mrd. US-Dollar (Januar 1990) und 53,0 Mrd. Euro (Juli 2011). Es gab diverse Veränderungen in den Methoden der Erfassung und Veröffentlichung der Schuldendaten. Die Zahlen der Gesamt- und Nettoverschuldung werden von Schwankungen der Wechselkurse und der Inflationsrate beeinflusst. Die Differenz ist jedoch so extrem, dass es bezüglich der Beantwortung der Frage keinen Zweifel gibt. 2010 stieg die Gesamtverschuldung auf 108,7 Prozent des BIP und auf den Schuldendienst einschließlich der Ratenzahlungen entfielen 19 Prozent des BIP.

Wir können schlussfolgern, dass die Öffnung des Marktes, der Rückgang der Wachstumsrate und des Lebensstandards, die Verschlechterung der sozialen Situation und die zunehmende Armut die Schuldsituation des Landes nicht verbessert haben. Die Verschuldung ist im Gegenteil sogar zu einer noch stärkeren Belastung für die Wirtschaft und letztlich für die Menschen geworden, als dies vorher der Fall war. Die Aussicht auf ein besseres Leben ist für die Mehrheit der Bevölkerung in weite Ferne gerückt.

Ungarn im europäischen Kontext

Die Entwicklung in Ungarn ist mehr oder weniger typisch für alle osteuropäischen Länder. Zu Beginn der 1990er Jahre machten sie eine länger oder kürzer dauernde Übergangskrise durch, hatten eine mehr oder weniger gute Entwicklungsperiode und wurden dann in unterschiedlichem Ausmaß von der weltweiten Krise in Mitleidenschaft gezogen. Die Tabelle bietet einen Überblick über die Entwicklung der drei großen Gruppen der EU-Mitgliedsländer.

Realwachstum des BIP nach EU-Ländergruppen

	1994 1990=100	2000 1994=100	2007 2000=100	2010 2007=100	2010/1990 Jahressatz
Norden-Westen	106.1	118.1	114.4	98.5	1.77
Süden 5+1	105.5	128.1	125.6	96.2	2.50
Italien	103.6	113.0	108.2	94.7	1.01
Osten (9)	83.5	112.7	146.9	97.0	1.49
Polen	104.1	139.2	132.0	110.8	3.84

Quelle: UN Statistics Department National Account Database (BIP in konstanten Preisen, US-Dollar 2005) und eigene Berechnungen auf der Grundlage gewichteter Durchschnitte der Länderdaten per 1. Januar 2010.

West + Nord: Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Schweden.

Süden 5 + 1: Griechenland, Irland, Malta, Portugal, Spanien, Zypern; als siebentes Land des Südens: Italien.

Osten der 9 (die ehemals sozialistischen Länder): Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn; als zehntes Land: Polen.

Die Ländergruppen wurden anhand der geografischen Lage, aber auch unter Berücksichtigung ähnlicher Entwicklungsaspekte ausgewählt. Das Wachstum in Irland als einem Land der westlichen Peripherie zeigt mehr Ähnlichkeiten mit den Mittelmeerländern als mit den Industrieländern im Westen und Norden. Die südlichen Länder und Irland erlebten zwischen 1994 und 2008 eine Aufholphase. Diese Entwicklung brach infolge der weltweiten Krise und der hohen Staatsverschuldung ab. Es stellt sich die Frage, ob diese Länder einen Teil ihres relativen Entwicklungsschubs beibehalten können oder in naher Zukunft wieder zurückfallen. Italien verzeichnete ein langsames Wachstum als die Gruppe der westlichen und nördlichen sowie auch die Gruppe der anderen südlichen Länder. Sein Gewicht in der südlichen Gruppe ist so stark, dass das langsamere Wachstum in Italien die durchschnittliche Entwicklung der südlichen Länder verzerren würde.

Während des Systemwechsels erlebten die osteuropäischen Länder eine tiefe Krise, wobei 1994 für die meisten Länder das schlimmste Jahr war. Diese Zeit der Übergangskrise wird oft vergessen und nur als Rückkehr zur parlamentarischen Demokratie und Freiheit erwähnt. Die folgenden Jahre der Konjunkturerholung und Entwicklung zeigen einen zügigen Aufschwung. Wenn wir uns jedoch die 20 Jahre insgesamt betrachten, dann blieb ihr Wachstum etwas hinter dem westlichen und nördlichen Durchschnitt zurück, und viele Länder dieser Gruppe konnten den anfänglichen starken Schock und wirtschaftlichen Zusammenbruch sowie die heftigen Auswirkungen der weltweiten Krise nicht ausgleichen. Polen bildet eine klare Ausnahme. Es ist das größte Land in dieser Gruppe und musste deshalb getrennt dargestellt werden, um nicht die durchschnittlichen Daten zu verzerren. Lediglich über Polen lässt sich sagen, dass der Systemwandel von der engen wirtschaftlichen Perspektive des BIP-Wachstums aus betrachtet vorteilhaft war. Zu den vielen Gründen für den Erfolg gehören seine geopolitische Bedeutung in den Beziehungen zwischen Westeuropa und Russland, der Erlass eines Großteils seiner Schulden zu Beginn der Transformation und auch die Tatsache, dass die land-

wirtschaftlichen Familienbetriebe die Jahre der sozialistischen Entwicklung überlebt hatten.

Ungarn verzeichnete unter den osteuropäischen Volkswirtschaften eine schwächere Leistung. Ein wichtiger Grund dafür war die hohe Verschuldung zu Beginn, während verschiedene osteuropäische Länder (Tschechoslowakei, Rumänien, Slowenien, die baltischen Staaten) 1990 keine oder nur sehr geringe Schulden aufwiesen. Die Mehrheit der ungarischen Bevölkerung erwartete Verbesserungen gegenüber den Mängeln und der Starrheit des sozialistischen Systems und war über die Öffnung zu den westlichen Ländern erfreut. Sie sahen jedoch die Folgen des Übergangs zur Marktwirtschaft nicht voraus. Lediglich ein kleiner Teil der Bevölkerung versuchte sich als Privatunternehmer und nur eine Minderheit war dem starken Wettbewerb des ausländischen Kapitals gewachsen.

Schlussfolgerungen

Der Hintergrund der politischen Situation in Ungarn ist in seiner wirtschaftlichen Entwicklung zu suchen. In der Wirtschaft steht die Regierung einer enormen Verschuldung, der Abhängigkeit von ausländischer Finanzierung und den entgegengesetzten Interessen zwischen den ausländischen Banken und Tochterunternehmen multinationaler Konzerne als den reichsten und einflussreichsten Akteuren der Wirtschaft einerseits und den größeren und kleineren einheimischen Unternehmern andererseits gegenüber, wobei letztere versuchen, in der Krise zu überleben und ihre Position auszubauen. Die zunehmende Last der Wirtschaftskrise und der Miswirtschaft drängt den Großteil der Bevölkerung in eine immer tiefere Verarmung. Ihr Problem ist, dass sie keine wirkliche Unterstützung durch Gewerkschaften oder eine politische Vertretung haben. Es kommt zu spontanen Protestbewegungen, bei denen verschiedene Schichten der Bevölkerung den Rücktritt der Regierung, ein Ende der Sparpolitik und reale demokratische politische Veränderungen fordern.

Die Wirtschaftskrise hat eine Reihe verborgener Widersprüche in der Wirtschaftspolitik der EU offenbart, deren Ursprünge auf Maastricht zurückgehen. In Kenntnis der großen Unterschiede im Entwicklungsstand der Mitgliedsstaaten und der Kraft der nationalen Traditionen war das Ziel der Einführung einer gemeinsamen Währung verfrüht. Die Schaffung des Kohäsionsfonds hätte das Problem mildern können, jedoch wurde keine wirkliche Politik der wirtschaftlichen Integration der weniger entwickelten Länder durchgeführt und der Fonds spielte nur eine geringe Rolle. Die Situation verschlimmerte sich infolge der gleichzeitigen Aufnahme der Beitrittsverhandlungen mit einigen Ländern Osteuropas. Durch die Erweiterungen erhöhte

sich die Anzahl der Länder und der Bürger in der EU, die weit unter dem EU-Durchschnitt leben.

Die gegenwärtige intensive Arbeit am Europäischen Stabilitätsmechanismus und einem Pakt zur Haushaltsdisziplin, mit denen die Finanzen verbessert und der Bankensektor durch fortlaufende Sparmaßnahmen gerettet werden sollen, wird lediglich zu einer Vertiefung der Wirtschafts- und Finanzkrise und zur Spaltung zwischen den verschiedenen Gruppen der Mitgliedstaaten führen. Die in den zurückliegenden Jahrzehnten der EWG und der EG in bestimmten Fällen erfolgreiche Politik, die aktuellen Probleme durch einen Sprung nach vorn zu lösen, wird in der jetzigen Lage, die durch eine klare Überbewertung von Handlungsfreiräumen und vorzeitige Entscheidungen gekennzeichnet ist, nicht funktionieren. Eine Fortsetzung derselben Politik, die die Probleme hervorgebracht hat, bedroht die Existenz des Euroraums und der EU selbst.

transform! 10-2012

Welche Demokratie?

Das neue Ägypten wieder im alten Trott?

Gabriele Habashi

In den Tagen und Wochen unmittelbar nach der Revolution war Ägypten ein Land voller Hoffnung. Von nun an würde Demokratie herrschen in diesem von 60 Jahren Militärherrschaft geschundenen Land. Die Menschen hatten es geschafft, das Regime zu stürzen – zumindest dachten sie das.

Immerhin war Mubarak zurückgetreten, und der Oberste Rat der Streitkräfte (Supreme Council of the Armed Forces – SCAF), der die Macht übernommen hatte, hatte versprochen, sie binnen sechs Monaten an eine zivile Regierung zu übergeben.

Mit Begeisterung und Enthusiasmus machten sich die ÄgypterInnen daran, neue Parteien zu gründen. Allerdings mussten sie lange warten, bis der Militärrat das neue Parteiengesetz erließ. Als es schließlich verabschiedet war, enthielt es eine Menge Hürden, die Parteigründungen massiv erschwerten – jedenfalls solange die Partei über keinerlei umfangreiche Finanzvermögen verfügt. Nach der Erfahrung der erfolgreichen Revolution fühlten sie die Menschen auch ermutigt, ihre Anliegen vorzubringen und von ihrem Demonstrationsrecht Gebrauch zu machen. Sie gingen aus den unterschiedlichsten Gründen auf die Straße: für bessere Arbeitsbedingungen, höhere Löhne, politischen Wandel – was immer gerade anstand.

Alte Kräfte, neue Gewalt

Von der „Interims“-Regierung wurden diese Aktivitäten keineswegs gutgeheißen. Es dauerte nicht lang, bis der Militärrat ein neues Gesetz erließ, das

Demonstrationen, Streiks und andere Proteste untersagte. Doch die Menschen demonstrierten weiter. Sie forderten, dass die Repräsentanten des alten Regimes vor Gericht gestellt werden. Sie erwarteten Veränderungen in der Regierung und verlangten, dass korrupte Minister ihren Platz räumen und der Premierminister ausgewechselt werden solle. Viele dieser Dinge hatte der Militärrat nach seiner Machtübernahme selbst vorgeschlagen. Trotzdem schien er nun erst dann zu handeln, wenn er öffentlich unter Druck geriet.

Währenddessen starteten die Staatsmedien eine Verleumdungskampagne gegen die DemonstrantInnen, so dass sich die öffentliche Meinung gegen sie drehte. Nach den traumatischen Wochen der Revolution und dem anschließenden Einbruch der Wirtschaft sehnten sich viele Leute nach einer Rückkehr zur „Normalität“. Sie glaubten gern den Worten der Militärs, die die DemonstrantInnen als (Haupt-)Ursache aller Verzögerungen präsentierten. Ein Riss ging durch die Gesellschaft, die in der Revolution noch vereint gewesen war.

Einige Monate nach der Revolution gab es die ersten Zusammenstöße zwischen einigen DemonstrantInnen und der Polizei. Weil sich die öffentliche Meinung gegen die DemonstrantInnen gewendet hatte, fühlte sich der Militärrat sicher genug, einen harten Kurs gegenüber all denen einzuschlagen, die es wagten zu protestieren. Einige Beispiele:

- Eine Demonstration der Familien der Märtyrer der Revolution, die versprochene Entschädigungszahlungen einforderten, verwandelte sich in einen blutigen Kampf, der schließlich in eine Besetzung des Tahrir-Platzes mündete.
- Nachdem es zu mehreren gewalttätigen Angriffen fanatischer Muslime auf ChristInnen gekommen war, wurde eine Demonstration mit mehrheitlich christlichen TeilnehmerInnen brutal gestoppt und wurden viele Menschen getötet.
- Im Anschluss an eine Demonstration mehrerer tausend Menschen auf dem Tahrir-Platz, die den Rücktritt des Militärrats und die Absetzung des Premierministers gefordert hatten, blieb eine kleine Gruppe auf dem Platz und führte eine stille Besetzung durch. Es handelte sich um die Angehörigen derjenigen, die in den vorangegangenen Zusammenstößen getötet worden waren, sowie einige jugendliche UnterstützerInnen von der anderen Besetzung auf dem Tahrir-Platz. Am nächsten Morgen wurden sie brutal angegriffen, geschlagen und vertrieben. Sofort strömten zahlreiche Menschen auf den Platz, um vor dem Innenministerium gegen die Aktion zu protestieren. Auch sie wurden geschlagen, es wurde wahllos in die Menge geschossen, auch Tränengas und Nervengas kamen zum Einsatz. Im November hatten sich die Zusammenstöße zur „zweiten Revolution“ ausgeweitet, einem erbitterten Krieg zwischen DemonstrantInnen und den Streitkräften.

Bereitschaftspolizei und zivile Schläger im Dienste des Innenministeriums, aber auch Einheiten der Militärpolizei waren an diesen Auseinandersetzungen

gen beteiligt. Der anfängliche Schock, dass die Armee Gewalt gegen die Bevölkerung einsetzt, verflog schnell. Schließlich kannten die Menschen staatliche Gewalt und Brutalität noch gut aus früheren Zeiten. In gewisser Weise war all das nur eine Rückkehr zur „Normalität“. Die Normalität zu Mubaraks Zeiten bestand darin, dass der Staat sich gegen die Bevölkerung stellte. Nun stellte er sich also gegen die DemonstrantInnen.

Auch wenn viele von der Brutalität, mit der der Militärtrat vorging, schockiert waren (und sich wieder auf dem Tahrir-Platz versammelten, um ihre Solidarität zu demonstrieren), standen nicht alle Leute auf der Seite der DemonstrantInnen. Bei einigen hatte die Propaganda der Staatsmedien gegen die Proteste Wirkung gezeigt. Andere hatten einfach kein Interesse an „mehr Revolution“, sie wollten Ruhe und Frieden, auch wenn der Preis dafür erneute politische Unterdrückung war. Manche litten auch unter dem Einbruch der Wirtschaft. All diejenigen, die sich Sorgen machen mussten, ob am Abend etwas zu Essen auf dem Tisch stand, kümmerten sich nicht mehr um politische Reformen.

Trägheitsmomente und Machtkämpfe

Manchen war es unter dem alten Regime gut gegangen, sie wollten ihre alten Privilegien wiederherstellen. Das alte Regime, das waren ja nicht nur Mubarak und sein Clan. Es bestand aus einem großen Netzwerk an Machtpositionen. Und diese machten immer noch das politische Gewebe des Landes aus, selbst wenn manche seiner Bestandteile außer Betrieb gesetzt worden waren oder eine Zeitlang den Ball flach halten mussten. Doch alles in allem funktionierten die alten Strukturen und Seilschaften noch.

Der Militärtrat zum Beispiel besteht aus Günstlingen Mubaraks. Sie alle haben in der Armeeführung dem alten Präsidenten treu gedient. Die politischen EntscheidungsträgerInnen in den Ministerien sind nach wie vor in Amt und Würden; die Lücken, die der eine oder andere überstürzte Rücktritt gerissen hat, wurden von anderen Anhängern der alten Ordnung gefüllt. Premierminister Al-Ganzouri etwa, ein Mann des Militärtrats, war unter Mubarak Minister für Planung und auch Premierminister gewesen. Die Ministerin für internationale Zusammenarbeit, Fayza Aboul Naga, ist noch immer im Kabinett, obwohl sie aus Mubaraks Garde stammt.

Natürlich sind auch einige Newcomer, die sich wirklich für Demokratie und eine faire Regierung einsetzen, in politische Ämter gekommen. Doch manche von ihnen haben bereits aufgegeben, so der Minister für Kultur, der nach den blutigen Zusammenstößen zwischen DemonstrantInnen und Militärtrat im Oktober von seinem Posten zurückgetreten ist, weil er einem solchen Regime nicht länger dienen wollte. Auch der Präsidentschaftsbewerber El Baradei hat seine Kandidatur mit einer ähnlichen Begründung zurückgezogen. Solange

die künftige Rolle des Militärrats nicht klar definiert sei, sehe er keine Chancen für wirklich demokratische Strukturen in Ägypten.

Um zu demonstrieren, dass er beabsichtigt, Ägypten in Richtung Demokratie zu führen, hatte der Militärrat für Ende 2011 Parlamentswahlen angesetzt. Allerdings haben das Parteiengesetz, die Reorganisation der Wahlkreise und die kurze Vorbereitungszeit naturgemäß dazu geführt, eine ganze Reihe der neuen Parteien von den Wahlen auszuschließen. Ganz besonders betrifft das jene Parteien, die die Interessen der Armen vertreten.

Im Untergrund hatten bereits zuvor zahlreiche politische Gruppierungen gearbeitet; nach der Revolution war daher eine starke Ausdifferenzierung der politischen Standpunkte zu beobachten. Das schlug sich nun in einer verwirrenden Zersplitterung der politischen Landschaft nieder. Von weit links bis ganz rechts sprossen die Parteien aus dem Boden, aber nur die, die schon zuvor gut organisiert und finanziell gut ausgestattet waren, schafften es, ihre Parteien rechtzeitig zu den Wahlen zu legalisieren.

Den Islamisten – Muslimbrüdern und Salafisten – gelang es, sich rechtzeitig zu formieren und einen flächendeckenden Wahlkampf mit Kandidaten in den meisten Wahlkreisen zu führen. Dagegen schafften es nur zwei linke Parteien, sich zur Wahl aufzustellen (eine neu gegründete Partei und eine alte, die eher linksliberal als links zu verorten ist). Doch viele KandidatInnen konnte die Linke nicht präsentieren.

Ein Drittel der Sitze im Parlament ging an DirektkandidatInnen, die anderen zwei Drittel an KandidatInnen von den Listen. Die Muslimbrüder, die nach der absoluten Mehrheit streben, haben allen anderen Parteien gemeinsame Listen angeboten, um auf diese Weise noch mehr Stimmen zu erhalten. Auf diesen Deal hat sich nur die alte, etablierte linke Partei eingelassen, womit sie bei den neuen linken Parteien einiges von ihrer Glaubwürdigkeit verloren hat. Alle anderen linken Parteien sind ein Wahlbündnis eingegangen, um KandidatInnen auf den Listen zu platzieren und ihre Chancen auf Sitze im neuen Parlament zu erhöhen.

Die Parlamentswahlen lockten eine Menge ÄgypterInnen an die Urnen. Allerdings kamen nicht alle, um ihre demokratischen Rechte wahrzunehmen. Der Militärrat hatte vor der Wahl erklärt, dass ein Fernbleiben hohe Bußen nach sich ziehen würde. Viele gingen daher nur aus Angst zur Wahl, anderenfalls eine Strafe zahlen zu müssen. Das allgemeine Interesse an den Wahlen war bereits geschwunden. Das ägyptische Wahlsystem ist zudem sehr kompliziert. Die Medien hatten zwar vor den Wahlen alles getan, um das System detailliert zu erklären, trotzdem verstanden die meisten WählerInnen es allenfalls oberflächlich. Für die allgegenwärtigen Muslimbrüder war das eine günstige Gelegenheit: Sie halfen den WählerInnen dabei, „ihre“ KandidatInnen auf den Wahlzetteln zu finden. Völlig frei waren diese freien Wahlen also nicht – auch nicht völlig frei von Wahlbetrug.

Dennoch: Nach den Wahlen begannen die Debatten im neuen Parlament, und bei vielen Menschen wuchs die Hoffnung, dass es in ihrem Sinne arbeiten würde. Die Parlamentsdebatten wurden live im Fernsehen übertragen und trafen auf großes Interesse. Viele ÄgypterInnen haben ein ausgeprägtes politisches Bewusstsein entwickelt. Manche haben versucht, die Aufmerksamkeit des Parlaments auf ihre speziellen Anliegen zu lenken, indem sie regelmäßig Demonstrationen von allen möglichen Orten in Kairo zum Parlament organisierten. Doch diese Märsche trafen auf keinerlei Gegenliebe. Immer wieder kam es zu Zusammenstößen zwischen der Armee (manchmal unterstützt von den Muslimbrüdern) und DemonstrantInnen.

In manchen Fällen endeten die Demonstrationen und Proteste mit schockierender Gewalt; die Streitkräfte setzten Waffen gegen unbewaffnete ZivilistInnen ein. Das Bild der Frau im blauen BH, die von Soldaten geschlagen und getreten wurde, ging um die Welt. Die Unzufriedenheit mit dem Militärtrat wuchs. Am 25. Januar, dem Jahrestag der Revolution, gingen wieder Millionen auf die Straße. Sie marschierten zum Tahrir-Platz und skandierten „Nieder mit dem Militärtrat“.

Drei Tage später erschütterte das Massaker im Fußballstadion von Port Said das Land, dort waren angeblich verfeindete Fußball-Ultras übereinander hergefallen. Das Ergebnis: mehr als einhundert Tote. Doch schon wenig später wurde bekannt, dass das Innenministerium die Krawalle angeheizt hatte, indem es bewaffnete Schläger in die Menge eingeschleust hatte. Das war der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte. Mit dieser Tat verspielte der Militärtrat jedes Recht zu regieren. Die Öffentlichkeit war empört und verlangte den Rücktritt der Militärs. Wie nach jedem der blutigen Ereignisse des letzten Jahres stritt der Militärtrat auch dieses Mal seine Beteiligung ab und behauptete, eine ominöse „dritte Kraft“ sei verantwortlich für die Ereignisse. Doch niemand in Ägypten glaubt noch, dass die obersten Machtzirkel so blind und hilflos sind, wie sie sich in diesen Fällen stets darstellen.

Von nun an war klar, dass der Militärtrat zu allen legalen und illegalen Mitteln greifen würde, um an der Macht zu bleiben, dass er sowohl demokratische Methoden als auch blanke Repression einsetzen würde, um seine Ziele zu erreichen. Auf die eine oder andere Art sind die Dinge also wie vor der Revolution. Die Bevölkerung wird von einer autoritären Führung mit unbeschränkter Macht regiert. Der Militärtrat hat noch nichts über seine künftige Rolle gesagt, insbesondere für die Zeit nach der Wahl eines neuen Präsidenten. Auch die Frage einer neuen Verfassung wurde noch nicht geklärt.

Über all diese Themen gibt es eine breite öffentliche Debatte. Doch am Ende wird es der Militärtrat sein, der entscheidet. Die Muslimbrüder zeigen im Parlament die Tendenz, in allen wichtigen Fragen mit dem Militär zu kooperieren, beide Seiten profitieren von dieser Zusammenarbeit. An den Problemen des täglichen Lebens in Ägypten hat sich wenig geändert. Die Armen sind weiterhin arm

und werden jeden Tag ärmer; die Reichen sind nach wie vor reich und halten Macht und Wohlstand in ihren Händen. Die Netzwerke, die diesen Status quo absichern, sind intakt, und in der Politik sieht man viele der alten Gesichter wieder.

Was bleibt?

Die ersten Erfahrungen mit der Demokratie – freie Wahlen – haben den Menschen keine große Veränderung gebracht. Das Einzige, was sich wirklich grundsätzlich geändert hat, ist dass die Menschen nun glauben, dass sie das Recht haben, ihre Stimme zu erheben. Sie haben politisches Bewusstsein gewonnen. Blanke Unterdrückung werden sie nicht mehr dulden. Es mag sein, dass sie dem Druck unterliegen, doch am Ende werden sie Freiheit und demokratische Rechte einfordern.

Und noch etwas hat sich geändert: Die Menschen glauben jetzt an ihre gemeinsame Kraft. Man sieht es daran, dass es auf allen Ebenen der Gesellschaft Versuche gibt, demokratische Mitbestimmung einzuführen.

Es gibt zum Beispiel Initiativen, Unternehmen oder andere Institutionen mit Hilfe von Arbeiter- oder AngestelltenvertreterInnen zu reorganisieren, es gibt Dutzende neu gegründete Gewerkschaften, die nun mit den etablierten Gewerkschaften konkurrieren. Und es gibt Basisbewegungen hauptsächlich idealistischer junger Menschen, die den Versuch unternehmen, ihre Gesellschaft zu reformieren, indem sie faire Distributionsverfahren für Brot oder Benzin einführen oder politische Aktivitäten in den Kommunen überwachen.

In diesen Prozessen liegen die Chance und auch die Herausforderung für die neuen linken Parteien, die sich auf die erste Legislaturperiode vorbereitet hatten. Es ist zu hoffen, dass sie sich bis zur nächsten Wahl zusammengeschlossen und die Linke zu einer ernstzunehmenden Alternative in der politischen Landschaft gemacht haben.

Für's erste hat das Volk die Islamisten gewählt. Doch wenn diese es nicht schaffen, die verschiedenen Schichten der extrem ungleichen ägyptischen Gesellschaft zu integrieren und soziale Gerechtigkeit herzustellen, könnte die Linke den Menschen eine klarere Vision präsentieren und alternative sozio-ökonomische und politische Lösungen anbieten.

Die „Revolution“ ist geschehen, weil die ÄgypterInnen genug hatten von Unterdrückung, Korruption und Hoffnungslosigkeit. Die sozialen Stellungen der Menschen wurden bisher jedoch nicht revolutioniert, und auch die politische Lage ist beinahe dieselbe wie zuvor, nur dass sie sich nun in der Gestalt der Demokratie präsentiert. „Brot, Freiheit und soziale Gerechtigkeit“, eine Parole der Revolution, bleibt ein uneingelöstes Versprechen.

China: Neue Perspektiven nach den großen Streiks des Jahres 2010

Dominique Bari

Das zu einem maßgeblichen Akteur der Globalisierung aufgestiegene China steht an einem entscheidenden Wendepunkt seiner Entwicklung. Die Umstrukturierung der chinesischen Wirtschaft hat im Vergleich zur Mao-Zeit zu einer tief greifenden Umgestaltung der Arbeitsbeziehungen geführt. Seit den 1980er und 1990er Jahren werden die sozialen Konflikte immer zahlreicher. Insbesondere die Streiks des Jahres 2010 bei Honda und Foxconn gehören in einen neuen Kontext, der durch eine stärkere, bewusstere und kollektivere Mobilisierung der Arbeiterschaft gekennzeichnet ist. Ist das ein Zeichen für den Beginn einer neuen Ära in der chinesischen Arbeiterbewegung? Das war eines der Hauptthemen bei der auf Initiative von Transform vom 22. bis 24. September 2011 in Wien ausgerichteten Konferenz „Workers’ Struggles from East to West: New Perspectives on Labour Disputes in Globalised China“ (Kämpfe der Arbeiter von Ost bis West: Neue Perspektiven auf Arbeitskonflikte im globalisierten China).

Im Laufe dieser drei Tage tauschten Teilnehmer mit ganz unterschiedlichem Hintergrund – chinesische Forscher von den Universitäten in Peking und Hongkong sowie von Forschungszentren in China, ferner europäische, amerikanische und australische Sinologen sowie NGO-Aktivisten – ihre Erfahrungen aus und führten fundierte Diskussionen, die durch die häufig sehr verschiedenen Ansätze bereichert wurden. Eines wurde jedoch einhellig festgestellt: Die Arbeitskämpfe haben aufgezeigt, dass die im Allchinesischen Gewerkschaftsbund (ACFTU – *All-China Federation of Trade Unions*) zu-

sammengeschlossenen offiziellen chinesischen Gewerkschaften nicht in der Lage sind, die ihnen zukommende Rolle bei der Verteidigung der Arbeiterinteressen wahrzunehmen.

Es bilden sich andere Organisationsformen heraus. Die Grenzen haben sich verschoben. Seit im Januar 2008 das „Gesetz über den Arbeitsvertrag“ in Kraft getreten ist, hat sich – obwohl das Gesetz bisher nur teilweise Anwendung findet – eine Schärfung des Bewusstseins im Hinblick auf die Notwendigkeit kollektiver Forderungen vollzogen, wie Wang Kann (Chinesisches Institut für Arbeitsbeziehungen) und Mary Callagher (Universität Michigan) anmerken. Vor Ort überschneiden sich zwei ganz unterschiedliche Arten von Bewegungen: solche, die von den offiziellen Gewerkschaften getragen werden – und solche, die aus spontanen Aktionen hervorgehen. „Die Forderungen der Arbeiterschaft haben das Kernproblem zutage gefördert: Die erforderliche Umgestaltung des ACFTU“, betont Chang Kai von der Renmin-Universität Peking, Spezialist für chinesisches Arbeitsrecht und Berater der Streikenden während des Konflikts bei Honda. Er stellt klar, dass sich derzeit ein neues Klassenbewusstsein herausbildet, und betont: „Die Gewerkschaften müssen sich von Grund auf wandeln und echte Fähigkeiten zur Vertretung der Arbeitnehmer entwickeln. Das ist das Kernproblem, von dem die Zukunft der sozialen Bewegung in China abhängt“, fasst er zusammen und hebt hervor, dass unbedingt ein neues Verteilungsmodell zugunsten der Arbeiter gefunden werden muss.

Die Lage ist je nach Provinz und Betrieb unterschiedlich, wie die zahlreichen Untersuchungen gezeigt haben, die von den Forschern in den bestreikten Betrieben im Anschluss an die mehrere Wochen anhaltende Welle sozialer Konflikte in den Werken des japanischen Unternehmens in der Provinz Guangdong durchgeführt wurden. Die Streikwelle legte die Fertigung an sämtlichen Bändern von Honda in China lahm. Eine von Cao Xuebing (Universität Keele) und Roger Seifert (Universität Wolverhampton) durchgeführte Untersuchung über die Streiks bei Honda (zwischen Mai und Juli 2010) hebt die Mobilisierung der Arbeiterschaft und die Beilegung der Konflikte durch Kollektivverhandlungen hervor: Ereignisse, die im heutigen China bisher noch selten zu beobachten sind. Pun Ngai (Peking-Universität und Polytechnische Universität Hongkong), unter deren Leitung das Forschungszentrum für Arbeitsbeziehungen steht, unterstreicht die Wichtigkeit des Zusammenwirkens zwischen Studenten der technologischen und beruflichen Gymnasien und Streikenden. Sie schildert Erfolgsbeispiele, wie etwa die Arbeitsrechtsorganisation SACOM (*Students & Scholars Against Corporate Misbehaviour* – Studenten und Dozenten gegen Fehlverhalten von Konzernen) arbeitet.

Lu Huilin (Peking-Universität) zeichnete ein äußerst düsteres Bild von der Realität der Arbeitsbeziehungen im Baugewerbe, in dem 10 Prozent des chi-

nesischen BIP erwirtschaftet und erhebliche Reichtümer angehäuft werden. Im Jahr 2009 hatten von zwölf auf einer Liste der Milliardäre Chinas aufgeführten Personen acht ihr Vermögen in der Baubranche gemacht, durch eine unsägliche Ausbeutung von Wanderarbeitern. Ca. 95 Millionen Menschen, die überwiegend aus den ländlichen Regionen stammen, gehören heute diesem Sektor des chinesischen Arbeitsmarkts an, einem unregulierten Wirtschaftsbereich, in dem die Bestimmungen des Arbeitsrechts häufig übergangen werden. So sind etwa Rückstände bei der Lohnzahlung an der Tagesordnung. Die Schwere dieses sozialen Missstands ist zum Großteil darauf zurückzuführen, dass die Anwerbung der Bauarbeiter durch Arbeitgeber erfolgt, die ihrerseits lediglich Subunternehmer für große Bauunternehmen sind.

Nach Einschätzung von Huang Jisu, Forscher an der Akademie für Sozialwissenschaften, Koordinator der Zeitschrift *International Critical Thought* und Mitverfasser des Buches *Unglückliches China*, hat die Arbeiterklasse bisher noch nie im Mittelpunkt der chinesischen Politik gestanden, und er wirft die Frage auf, wie sich die Arbeiterklasse im heutigen China überhaupt definieren lässt: Besteht sie wirklich aus verstäderten Arbeitern in der neuzeitlichen Industrie, wie Marx sie vor Augen hatte? Die Antwort lautet „Ja und Nein“. Somit ist eine flexiblere und offenere Neudefinition erforderlich, die den Realitäten des heutigen Chinas Rechnung trägt, in dem ein Großteil der Industriearbeiter Bauern sind, die ihren Heimatort verlassen haben, um ihren Lebensunterhalt als Míngōng (Wanderarbeiter) zu verdienen. Laut Huang Jisu ist kaum zu bestreiten, dass China zu den Gewinnern des derzeitigen globalen kapitalistischen Systems zählt. Doch der eingeschlagene Weg stößt an seine Grenzen, weil die sozialen und menschlichen Kosten zu hoch sind: Die Ungleichheit der Einkommen ist schockierend, die Gesellschaft zersplittert – und überall im Lande schwelen soziale Brandherde. Es ist höchste Zeit, so betont er, sich eine andere Zukunft zu überlegen.

Tim Pringle (Universität Warwick) befindet, dass zahlreiche Kommentatoren es sich zur Gewohnheit gemacht haben, die chinesische Arbeiterklasse stets als Oper der Reform zu schildern, statt als Triebfeder der Veränderung. Die Situation ist jedoch keineswegs statisch. Er ruft in Erinnerung, dass im Zuge der Ausarbeitung des im Jahre 2008 in Kraft getretenen Gesetzes über den Arbeitsvertrag eine umfassende Konsultation der Öffentlichkeit stattfand, bei der sich Arbeitgeber, Arbeitnehmer, ausländische Handelskammern sowie Zehntausende von NGO-Aktivisten und einfachen Bürgern zu diesem Themenkreis äußern konnten. Dank dieser Konsultation konnten die chinesischen Arbeiter – insbesondere die qualifiziertesten und erfahrensten in der Privatwirtschaft – die erforderliche kritische Masse an Kenntnissen über das weltweite industrielle System und über ihre gesetzlich verbrieften Rechte ansammeln. Trotzdem lasten nach wie vor erhebliche Einschränkungen auf der

Entwicklung einer Arbeiterbewegung in China – insbesondere das gesetzliche Verbot neuer derartiger Bewegungen, da es in China keine Vereinsfreiheit gibt.

Carlos Polenus (IGB, Brüssel) ruft dazu auf, den Bereich der Zusammenarbeit auszuweiten, im Kontext der Globalisierung und der Krise des Kapitalismus sowie angesichts der Schärfung des Bewusstseins der Arbeiterschaft, auf welche die chinesischen Gewerkschaften reagieren müssen. Die Frage, ob Solidarność ein Modell für China sein könne, verneint er unter Verweis auf die derzeitigen Arbeitsbedingungen in Polen.

Wolfgang Greif, Internationaler Sekretär der GPA-DJP, Österreich (Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier), fordert China auf, sämtliche arbeitsrechtlichen Grundnormen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO (International Labour Organisation) zu ratifizieren, insbesondere die Übereinkommen zur Vereinsfreiheit und zum Recht auf Kollektivverhandlungen. Die Nachfrage seitens der chinesischen Gewerkschaften nach internationaler Zusammenarbeit sei jedenfalls sehr wichtig.

„Ziel dieser Konferenz ist auch, Kenntnisbausteine zu liefern und ein chinesisch-europäisches Netzwerk zu Arbeitsfragen einzurichten“, ruft Josef Baum von Transform Österreich in Erinnerung und wirft die Frage auf, welche Formen der Zusammenarbeit zwischen den Arbeiterbewegungen gewählt werden sollten. Dazu gab es Wortmeldungen von mehreren Gewerkschaftern und NGO-Aktivist*innen hinsichtlich der Perspektiven für den Austausch zwischen den internationalen und den chinesischen Gewerkschaften sowie zwischen den verschiedenen nichtstaatlichen Organisationen (NGO).

China – die soziale und die ökologische Herausforderung

Beim internationalen Forum zum Thema „Klimawandel und Vergleiche zwischen den sozioökonomischen Bewegungen in China und Europa“, das im November 2011 in Peking auf Initiative der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der juristischen Fakultät der Renmin-Universität Peking abgehalten wurde, konnten die ökologischen Herausforderungen herausgearbeitet werden, denen sich China stellen muss. Bei dieser Konferenz handelte es sich um eine Premiere, erklärte Lutz Pohle, Leiter des Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Peking, insofern als europäische Forscher sowie in den sozialen und ökologischen Bewegungen engagierte Akteure mit chinesischen Hochschuldozenten, Parlamentariern, hochrangigen Beamten und Vertretern von NGO zusammentrafen. Die Vielfalt der chinesischen Mitwirkenden veranschaulichte die unterschiedlichen Formen des Engagements und die je spezifische Dynamik der Mobilisierung, die von diesen Akteuren getragen wird. So wurde auf originelle Weise deutlich, wie China nach dreißig Jahren Wirtschaftswachstum seine Umweltprobleme angeht. Die Herausforderungen

sind immens: Das bevölkerungsreichste Land der Erde zählt heute auch zu den Ländern mit den größten Umweltbelastungen. „Wir produzieren billig, die ganze Welt profitiert davon – aber wir bezahlen den Preis dafür“, unterstreicht Yu Jie, Leiter der NGO *The Nature Conservancy*. Die kritische Lage hat die chinesischen Behörden inzwischen dazu bewegt, ihr Wachstumsmodell zu revidieren und vermehrt auf Qualität statt auf Quantität zu setzen. Zhou Ke, Dekan der juristischen Fakultät der Renmin-Universität, merkt an, dass das Wirtschaftswachstum durch eine Umwelthypothek belastet wird, da die Umweltschäden sich auf über drei Prozent des BIP belaufen. Zudem werden durch Umweltprobleme immer auch politische und gesellschaftliche Fragen aufgeworfen, in China vielleicht sogar noch stärker als anderenorts: Die Demonstrationen der Bevölkerung wegen Umweltskandalen bilden inzwischen eine Konstante in der chinesischen Politik.

Zhai Yong, Abgeordneter im chinesischen Parlament, dem Nationalen Volkskongress, beschreibt, wie China im Laufe der letzten drei Jahrzehnte parallel zur wirtschaftlichen Expansion einen Rechtsrahmen buchstäblich von Null aufbauen musste. Bereits 1979 brachte die Regierung einen Gesetzesvorschlag zum Umweltschutz ein, der seit 1989 zu den Verfassungszielen gehört. Seitdem hat die Zentralregierung eine Unzahl von Verordnungen zum Umweltschutz erlassen, insbesondere Texte zum Schutz von Luft und Gewässern, zu festen Abfällen, zur Beurteilung der Umweltauswirkungen, zur umweltgerechten Fertigung, zum Energiesparen sowie zu erneuerbaren Energien. Doch Papier ist geduldig: Wie ein ganz erheblicher Teil der chinesischen Gesetzgebung sieht es auch bei diesem eigentlich erstaunlich umfassenden und modernen Umweltrecht äußerst problematisch mit der Umsetzung aus, denn die regionalen Behörden haben weitaus mehr Interesse am Wirtschaftswachstum in ihrem jeweiligen Gebiet als am Umweltschutz.

Doch inzwischen ist das Ziel der nachhaltigen Entwicklung – statt einer nur an möglichst raschem Wachstum orientierten Entwicklung – auf der Agenda weit nach oben gerückt. Um es mit den Worten von Huan Qinzhi, Professor an der Fakultät für Marxismus der Peking-Universität (*Beida*) zu sagen: Es gibt keinen Gegensatz zwischen einer „grünen Wirtschaft“ und einer „roten Wirtschaft“. Die Bestrebungen der gesellschaftlichen Bewegungen (für eine „grüne Gesellschaft“) fließen zusammen mit den Bestrebungen der traditionellen Arbeiterbewegungen (für eine „rote Gesellschaft“). Soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit können Hand in Hand gehen, sofern das grundlegende Ziel des Wirtschaftswachstums angemessen festgelegt wird. Sprich: Das Wirtschaftswachstum muss der Deckung der grundlegenden Bedürfnisse der Menschen dienen und darf nicht dem Gesetz der Profitmaximierung für das Kapital unterworfen sein. „In einer im Wachstum begriffenen Volkswirtschaft wie der chinesischen“, erläutert er, „ist Wachstum schlichtweg

eine notwendige – und damit zeitweilige – Voraussetzung, innerhalb eines bestimmten Stadiums der langfristigen Entwicklung, die zur umfassenden Deckung der Bedürfnisse der Bürger führen wird. Der Kern der ökologischen Bedrohung liegt in der Abhängigkeit der Chinesen von rein ökonomischen Kriterien.“ Der Wirtschaftswissenschaftler Maxime Combes von der Bewegung Attac-Frankreich ruft in Erinnerung, dass das Scheitern der Konferenz von Kopenhagen zur Herausbildung neuer Bürgerinitiativen geführt hat, die sich an der Dringlichkeit der Klimagerechtigkeit und der sozialen Gerechtigkeit orientieren. „Die Klimakrise ist mit sozialen Dimensionen und mit Ungleichheiten sowohl für die Verursacher als auch für die Leidtragenden des Klimawandels verbunden.“ Er beschreibt den Einsatz dieser Bewegungen für eine echte Energiewende, welche wirkungsvolle internationale Regelungen und eine jeweilige nationale Politik erfordert, die es nicht bei einigen punktuellen und teilweisen Anpassungen belassen darf, sondern einen Bruch vollziehen muss, damit die Staaten der Welt gemeinsam auf die klimatischen, ökologischen und sozialen Herausforderungen eingehen können.

Aber, so stellt Josef Baum (Transform Österreich) bedauernd fest, die Finanz- und Wirtschaftskrise hat in Europa bei den Politikern und in der öffentlichen Meinung die Klimakrise in die zweite Reihe zurückgedrängt, als ob beide nichts miteinander zu tun hätten. Er befindet, dass die derzeitige Krise für die Chinesen zugleich eine Herausforderung und eine Chance darstellt, die genutzt werden sollte, um die erforderlichen grundlegenden Änderungen vorzunehmen, sodass gesunde und nachhaltige Wirtschaftsstrukturen geschaffen und fossile Brennstoffe eingespart werden können.

Eva Steinfeld geht auf die Frage der Energiewende in China ein. Dabei betont sie, dass eine derartige Wende mit erheblichen Schwierigkeiten behaftet sein wird, da das Land sehr stark von Kohle abhängig ist (70 Prozent des Verbrauchs an Primärenergie), auch wenn der zwölfte Fünfjahresplan (2011–2015) der Bekämpfung der Umweltverschmutzung und der Entwicklung einer umweltfreundlichen Wirtschaft einen prominenten Platz einräumt. Zu den Planvorgaben zählen insbesondere die Steigerung des Anteils der erneuerbaren Energien beim Primärenergieverbrauch von 8 Prozent auf 11,4 Prozent, ferner die Verringerung der Treibhausgasemissionen, eine Verringerung der Emissionen der Hauptschadstoffe um 8 Prozent bis 10 Prozent, eine Ausweitung der bewaldeten Flächen usw. Im Jahr 2010 wurden laut dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen UNPD (*United Nations Development Programme*) 177 Milliarden Euro in saubere Energien investiert, d. h. 30 Prozent mehr als im Vorjahr.

Zahlreiche Beiträge stimmten dahingehend überein, dass die allgemeine Herausbildung eines Bewusstseins für die Umweltproblematik in den 1990er Jahren ihren Anfang genommen hat, d. h. in den Jahren, die durch eine ra-

send schnelle Industrialisierung geprägt waren. Dieses Umweltbewusstsein schrieben sich schon bald Hunderte NGO auf die Fahnen: inzwischen gibt es mehr als 3.200 nichtstaatliche Umweltorganisationen. Doch, so bedauert Yu Jie, „die Transparenz und die Offenheit der Informationen sind begrenzt“.

Wang Quandian (Landwirtschaftliche Universität Kanton) geht auf die grundlegenden Prioritäten beim Wandel des Wirtschaftsmodells ein, welche mit einer Entwicklung unter Einbeziehung der gesellschaftlichen Kräfte einhergehen müssen. „Anders formuliert“, sagt er, „müssen wir die Demokratie vertiefen, die Mitwirkung der Öffentlichkeit ausweiten und die Rechtsstaatlichkeit als oberstes Prinzip durchsetzen. Nur auf diesem Wege kann die gesellschaftliche Verankerung der Umweltpolitik gelingen.“ Er beschreibt, wie in den letzten Jahren die Bevölkerung an zahlreichen Demonstrationen und Aktionen mitgewirkt hat, um gegen unverantwortliche Unternehmen zu protestieren oder die Schließung von gefährlichen Standorten zu verlangen. Dabei hat sich jedes Mal das Internet als wichtiger Transmissionsriemen für die Protestierenden erwiesen. Näher erläutert er dies am Beispiel der Stadt Xiamen in der Provinz Fujian. Einem über das Mobilfunknetz verbreiteten SMS-Aufruf folgend, gingen im Frühjahr 2007 Tausende von Bürgern, vor allem aus der Mittelschicht, auf die Straße, um gegen das Vorhaben zum Bau einer riesigen Chemiefabrik zu protestieren, in der Paraxylool erzeugt werden sollte, ein aromatischer Kohlenwasserstoff für die Polyesterherstellung.

Abschließend ruft Lutz Pohle in Erinnerung, dass sich in China inzwischen eine Vielzahl heterogener Akteure zu einem gemeinsamen und kohärenten ökologischen und sozialen Diskurs gebündelt haben, wobei man jedoch nicht aus dem Auge verlieren darf, dass das jeweilige Engagement in ganz anderen Kontexten und Stadien der wirtschaftlichen Entwicklung als in den großen kapitalistischen Ländern steht. Jenseits dieser Differenzen konnte jedoch bereits eine ganze Reihe von globalen Konvergenzen festgestellt werden.

Besprechung

Asbjørn Wahl über Aufstieg und Fall des Wohlfahrtsstaates

Lutz Brangsch

Zu reden ist über ein Buch, das in einem guten Sinne Kampfschrift ist. Asbjørn Wahl ist bereits für seine Untersuchungen zu sozialpolitischen und gewerkschaftspolitischen Fragen bekannt. Nun legt er eine Untersuchung vor, die sich mit Grundfragen des Sozialen im Kapitalismus befasst. Es erschien erstmals 2009 in Norwegen und wurde 2011 weitreichend überarbeitet, übersetzt und in London auf Englisch verlegt.

Wahl stellt sich eine anspruchsvolle Aufgabe: Er möchte die „konventionelle Interpretation des Wohlfahrtsstaates“ herausfordern. Dazu befasst er sich mit dem politischen Druck, der auf die Schwächung des Wohlfahrtsstaates hinwirkt. Er stellt sich die Frage, warum und wie dieser Druck ausgeübt wird. Um diese Frage beantworten zu können müsse, so Wahl, näher betrachtet werden, was der Wohlfahrtsstaat eigentlich ist, wie er sich herausgebildet hat, was sein Inhalt, seine Entwicklung und seine heutige Situation ausmacht. Schwerpunkt ist das „nordische Modell“, wobei bei allen Differenzierungen in den verschiedenen Teilen der Welt eine Reihe grundlegender Gemeinsamkeiten bestehe. Die entscheidende sei, dass es sich immer um die Konfiguration von Machtverhältnissen handele. Dementsprechend verbindet der Autor die Analyse der sozialen Entwicklung, des Sozialen und der Arbeitswelt mit der der fundamentalen Kräfteverhältnisse in der Gesellschaft. Die bewusste Thematisierung dieser Zusammenhänge und ihre Politisierung in den Gewerkschaften und anderen Organisationen der Arbeitenden sieht er als das entscheidende Moment der Entwicklung des Sozialstaates. Die Argumenta-

tionen sind mit zahlreichen Fakten und statistischen Daten belegt. Wissenschaftlicher und publizistischer Anspruch halten sich in lesenswerter Weise die Waage; Kennern die Diskussionen wie auch allgemein politisch Interessierten liefert der Autor eine Fülle von Anregungen.

Die Struktur des Buches folgt dem hier skizzierten Ansatz. Es beginnt mit einer Untersuchung des historischen Hintergrundes und setzt dann mit der Analyse des Wendepunktes der Entwicklung des Sozialstaates und der damit verbundenen Schwächung der Position der Gewerkschaften und der Lohnabhängigen generell fort. In den folgenden zwei Kapiteln untersucht der Autor die Angriffe auf verschiedene Bereiche sozialer Sicherung und die „Brutalisierung der Arbeit“. Er hebt die Privatisierung sozialer Sicherung, vor allem der Alterssicherung, die wachsende Einkommensungleichheit, die Exklusionsorientiertheit und das *workfare*-Regime (statt Recht auf *welfare* Zwang zur *workfare*: Pflicht zu schlechtbezahlter Arbeit als Bedingung für staatliche Unterstützung) als wichtige Faktoren bzw. Seiten des Wandels des Wohlfahrtsstaates hervor. In den abschließenden beiden Kapiteln geht Wahl auf die Herausforderungen und Alternativen zu dem von ihm skizzierten Pfad ein. Ausgangspunkt ist für ihn der enge Zusammenhang von *workfare* und Armut. Da dieser Zusammenhang heute globaler Natur ist, ist es konsequent, dass er den Widerstand dagegen auch als globalen Widerstand fasst. Die Aktivitäten auf der lokalen und auf der globalen Ebene betrachtet er als Einheit. Die Biografie des Autors legt es nahe, dass die Gewerkschaften bei der Untersuchung von Alternativen im Mittelpunkt stehen. Dabei spart er nicht mit Kritik an den Gewerkschaften, die sich durch Bürokratisierung, sozialpartnerschaftliche Bindungen und anderes selbst geschwächt hätten.

Vor allem aber geht es ihm um das Neue in den gegenwärtigen Auseinandersetzungen. In den gewerkschaftlichen Kämpfen und den im Widerstand gegen Privatisierung und Kommerzialisierung des Sozialen entstandenen Allianzen gehe es nicht nur um die Verteidigung des Status quo. Es gehe auch um Demokratisierung, Entbürokratisierung und eine höhere Orientierung an den Bedürfnissen der Nutzer sozialer Leistungen. Wahl hebt in diesem Sinne das Modell des partizipativen Haushaltes in Porto Alegre sowie kommunale Projekte in Norwegen und Großbritannien als neue Formen gesellschaftlichen Widerstandes hervor. Breiten Raum nimmt dann die Reflexion der Entwicklung der tatsächlich globalen Formen des Widerstandes ein. Nach der Darstellung der Entwicklungen seit den Protesten gegen das MAI-Abkommen und denen in Seattle 1999 wendet er sich der Sozialforumsbewegung und ihrer Krise zu. Der Autor vertritt die Auffassung, dass das Forum zwar als Reaktion auf die ideologische und politische Krise der traditionellen Linken entstand, aber nicht in der Lage war, deren Schwächen zu überwinden. Die enorme Machtverschiebung selbst und das Fehlen tatsächlich starker

Bewegungen beeinflussten den Weg des Sozialforums in hohem Maße. Bei allem Enthusiasmus und aller guten Absicht sei der Prozess durch einen Mangel an theoretischer und politischer Klarheit und Einheit, einen Mangel an Verständnis der Klassenbeziehungen, der sozialen Konflikte sowie der Frage der gesellschaftlichen Macht gekennzeichnet. Wahl bewegt vor allem die Frage, wie die verschiedenen traditionellen und neuen Stränge gesellschaftlichen Widerstandes zueinander finden.

Er macht hier zwei Barrieren für die sozialen Kämpfe aus: die institutionelle Verfasstheit der Europäischen Union und innere politisch-ideologische Begrenztheiten. Vor allem der Abschnitt zu den internen politisch-ideologischen Barrieren fordert dazu heraus, weiter zu diskutieren. Der Autor konzentriert sich auf die Gewerkschaftsbewegungen. Er fordert sie auf, eine zentralere, unabhängigere und offensivere politische Rolle in den Auseinandersetzungen zu spielen. Soweit seien sie zwar noch nicht, hätten aber ein wichtiges Potenzial, da sie diejenigen organisieren, die den gesellschaftlichen Reichtum durch ihre Arbeit schaffen. Als Beispiele für die von ihm geforderte Politisierung und Revitalisierung führt Wahl das Wirken eines Teils der Gewerkschaftsbewegung in Norwegen an, aber auch auf europäischer Ebene sieht er positive Tendenzen. Allerdings wären seine Überlegungen zum Sozialforumsprozess auch auf andere Teile der widerständigen Bewegungen zu erweitern. Es wäre verdienstvoll, mit dem von Wahl gewählten breiten Ansatz die Rolle anderer Akteure zu untersuchen, die neue Schichten der Lohnabhängigen erfassen und aus diesen Schichten selbstorganisiert hervorgehen. Das gilt ebenso für die große Masse der Unorganisierten oder in den verschiedenen Organisationen lediglich passiv Erfassten. Aus Sicht des Rezensenten entstehen daraus neue Anforderungen an die Organisationsweise, die Stellung der Gewerkschaften in einem Spektrum sozialen Widerstandes und damit auch an ihr Selbstverständnis.

Angesichts der von Wahl erwarteten beständigen Angriffe fordert er einen „neuen Kurs“ von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen bei der Verteidigung des Wohlfahrtsstaates, gewerkschaftlicher und sozialer Rechte. Es seien radikalere Antworten als bisher nötig. Der Autor hebt folgende Punkte hervor: Stopp der „spekulativen Ökonomie“, Verteidigung der Fortschritte des Wohlfahrtsstaates, Bekämpfung der Armut und der sozialen Ungleichheit, Beendigung der *workfare*-Politik, Stärkung der Gewerkschaften, Verteidigung der gewerkschaftlichen Rechte, Mobilisierung von unten sowie schließlich die Verteidigung und den Ausbau von Freiheit und Demokratie.

Asbjørn Wahl schließt sein Buch mit einem kurzen Kapitel, dessen Überschrift nicht unbedingt zu erwarten ist – mit einem Kapitel zur Freiheit. Er fordert, die „Freiheitstradition“ (freedom tradition) in der Arbeiterbewegung wieder aufzugreifen. Für ihn bedeutet dies u. a. eine fundamentalere System-

kritik, eine Fokussierung auf Machtfragen und auf die Frage des Eigentums an den Produktionsmitteln. Es gehe um eine Politik für eine erweiterte Freiheit für den Einzelnen durch kollektive Aktion. Demokratie und Wohlfahrt seien in der Geschichte immer nur in harten Kämpfen durchzusetzen gewesen. Gerade in Zeiten der Krise müssten die, die den Wohlfahrtsstaat verteidigen wollen, offensiv und nicht defensiv handeln.

Das Buch liefert viele Ansatzpunkte zur Selbstverständigung und Selbstkritik in den linken Bewegungen. Zugleich macht es darauf aufmerksam, wo weitergedacht werden muss. Vielleicht sind es zwei Punkte, die dabei besonders ins Auge fallen. Der Fokus auf die Gewerkschaften ist ein Vorzug des Buches, aber auch eine Grenze. Diese Konzentration erlaubt dem Autor eine stringente Problementwicklung, führt aber dazu, dass das aktive Moment „von unten“, das er in seinen Ausführungen zum „neuen Kurs“ hervorhebt, etwas unklar bleibt. Weitgehend ausgeblendet bleiben weiter die Anforderungen, die aus globalen Krisenprozessen erwachsen. Hunger, Klimakrise usw. bilden einen nicht zu unterschätzenden Faktor, der Art und Richtungen der Kämpfe auch in Europa bestimmen müssen, wenn der Widerstand nicht durch einen erweiterten Standortnationalismus verdrängt werden soll. Das Problem ist, dass die von Wahl angeführten notwendigen Selbstveränderungsprozesse, die zum Teil ein grundlegendes Umsteuern im Handeln von Gewerkschaften und Bewegungen bedeuten, mit diesen völlig neuen Anforderungen zusammenreffen. Der von ihm angeführte Grundsatz der Arbeiterbewegung, dass die freie Entwicklung des Einzelnen die Bedingung der freien Entwicklung aller ist, erhält damit eine nicht zu überschätzende Brisanz.

Die Leserinnen und Leser sind aufgefordert, das Werden sozialer und politischer Konstellationen im Blick zu haben, daraus selbst Konsequenzen zu ziehen und zu handeln. Die Barrieren für das Handeln sind nicht nur die von anderen aufgetürmten, sondern liegen auch in den Bewegungen selbst. Ohne den Mut, über den eigenen Schatten zu springen, und dies zeigt Wahl an vielen Stellen, wird sich nichts ändern. Diese Offenheit und dieser Anspruch an die Leserinnen und Leser, die Kombination von Analyse, Kritik, Selbstreflexion und Selbstkritik machen das Buch zu einer glücklichen Synthese von Kampfschrift und Lehrbuch.

AutorInnenverzeichnis

Walter Baier ist Ökonom in Wien und Koordinator des Europäischen *Transform!*-Netzwerkes.

Dominique Bari arbeitet als Journalist in Frankreich.

Joachim Bischoff ist Ökonom, Mitherausgeber der Zeitschrift Sozialismus (Hamburg) und Abgeordneter der Hamburgischen Bürgerschaft für DIE LINKE.

Stephen Bouquin ist Professor für Arbeitssoziologie, Université d'Evry, Paris.

Lutz Brangsch ist Ökonom, wissenschaftlicher Referent im Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Dario Stefano Dell'Aquila ist Ökonom und Journalist, Italien.

Richard Detje ist Mitglied der Wissenschaftlichen Vereinigung für die Analyse des Kapitalismus und Sozialpolitik WISSENTransfer.

Rena Dourou ist als Mitglied des Politischen Sekretariats von SYNASPISMOS verantwortlich für Europapolitik

Cornelia Ernst ist Mitglied des Europäischen Parlaments (DIE LINKE, GUE/NGL).

Trevor Evans ist Professor für Geldtheorie, Geldpolitik und internationale Währungsbeziehungen an der Hochschule für Wirtschaft und Recht, Berlin.

Tiina Fahrni leitet das Büro Moskau der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Wladimir Fomenko ist Projektleiter im Büro Moskau der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Elisabeth Gauthier ist Direktorin von Espaces Marx (Frankreich), Vorstandsmitglied von *Transform! Europe* und Mitglied des Nationalen Komitees der Französischen Kommunistischen Partei.

Janine Guespin-Michel ist Prof. em. für Biologie der Universität Rouen (Frankreich), Mitglied der Arbeitsgruppe Wissenschaft und Demokratie von Espaces Marx.

Gabriele Habashi arbeitet als Journalistin in Kairo.

Mamdou Habashi ist Vizepräsident des World Forum for Alternatives und Mitbegründer der Sozialistischen Partei Ägyptens.

Lutz Holzinger arbeitet als Journalist in Wien.

Bob Jessop ist Professor für Soziologie an der Universität Lancaster (Großbritannien).

Hervé Kempf ist Buchautor und Publizist, Frankreich.

Lorenz Krämer ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Europa-Abgeordneten Cornelia Ernst (DIE LINKE, GUE/NGL).

Manuela Kropp ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Europa-Abgeordneten Cornelia Ernst (DIE LINKE, GUE/NGL).

Ulrike Kruh hat für die UNO und an der Universität Wien gearbeitet; lebt als Journalistin in Wien.

Francisco Louçã ist Mitbegründer und Vorsitzender des *Bloco de Esquerda* (Linksblock) in Portugal, Mitglied des portugiesischen Parlaments.

Philippe Marlière ist Professor für Politikwissenschaft am University College, London.

Christiane Marty ist Ingenieurin, globalisierungskritische und feministische Aktivistin, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirates von Attac-Frankreich.

Tamás Morva war Direktor des Nationalen Planungsinstituts in Ungarn (1975-1983) und Programmdirektor der UNO-Wirtschaftskommission für Europa – ECE (1983-1988), lebt als Ökonom in Ungarn.

Christian Pilichowski ist Internationaler Sekretär des CGT-Metallarbeiterverbandes, Frankreich.

Jacques Rigaudiat arbeitet als Ökonom in Frankreich, Fondation Copernic.

Franco Russo war Parlamentsabgeordneter in Italien und ist Aktivist im Europäischen Sozialforum, Mitglied von *Transform! Italien*.

Anna Striethorst ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Büro Brüssel der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Constantinos Tsoukalas ist Professor für Soziologie an der Universität Athen.



Heft 6/2012

Den »Sozialismus« jeden Monat neu:
das gibt es nur bei uns!
Dazu für AbonentInnen jeden zweiten
Monat ein Supplement inklusive (auch
separat bestellbar).

Abo: 11 Hefte + 6 Supplements
für 62,- €/Jahr (für Arbeitslose und
Studenten: 44,- €);
zum Kennenlernen: 3 Hefte zum
Probeabo-Preis von 10,- €



Heft 7-8/2012



Supplement 3/2012

Unsere Themen:

- aktuelle Kommentare zur politischen & sozialen Lage
- ökonomische Alphabetisierung
- Kapitalismuskritik & -analyse
- Gewerkschaftlicher Widerstand
- Perspektiven der LINKEN



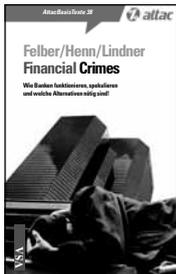
Supplement 7-8/2012

Zum Reinschnuppern:

www.Sozialismus.de

Bestellen: Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Tel. 040/28 09 52 77-20, info@sozialismus.de

VSA: Gegen den Neoliberalismus andenken



Christian Felber
Markus Henn
Stephan Lindner
Financial Crimes
Wie Banken funktionieren, spekulieren und welche Alternativen nötig sind!
96 Seiten; € 7,00
ISBN 978-3-89965-454-7



Joachim Bischoff
Die Herrschaft der Finanzmärkte
Politische Ökonomie der Schuldenkrise
232 Seiten; € 16,80
ISBN 978-3-89965-486-8
Wie ist der Kapitalismus in die Falle der Schulden- und Kreditökonomie hineingeraten?



karl heinz roth
griechenland: was tun?
eine flugschrift
96 Seiten; € 8,80
ISBN 978-3-89965-524-7
Die Griechenland-Krise ist weit mehr als Brüssel, Merkozy, IWF, Troika oder financial haircut.



david harvey
kapitalismuskritik
die urbanen wurzeln der finanzkrise und die antikapitalistischen (ökonomischen) gegenströmungen
96 Seiten; € 8,80
ISBN 978-3-89965-527-8



Pierre Bourdieu
Unverbesserlicher Optimist
Schriften zu Politik & Kultur 5
152 Seiten; € 15,80
ISBN 978-3-89965-479-0
Eine Neu- und Wiederbegegnung mit Bourdieu – in Gesprächen über sein wissenschaftliches und politisches Engagement.



Elmar Altvater
Marx neu entdecken
Das hellblaue Bändchen zur Einführung in die Kritik der Politischen Ökonomie
144 Seiten; € 9,00
ISBN 978-3-89965-499-8



Klaus Ernst/
Thomas Händel/
Katja Zimmermann
(Hrsg.)
Was war? Was bleibt?
Wege in die WASG,
Wege in DIE LINKE
208 Seiten; € 12,80
ISBN 978-3-89965-522-3



Steffen Lehndorff
(Hrsg.)
Ein Triumph gescheiterter Ideen
Warum Europa tief in der Krise steckt – zehn Länder-Fallstudien
288 Seiten; € 19,80
ISBN 978-3-89965-511-7

www.vsa-verlag.de

Europa?



Wir stellen soziale Projekte und multinationale Netzwerke vor, beleuchten politische Machtverhältnisse in Europa und laden dazu ein, sich aktiv in das europäische Geschehen einzumischen. Denn Veränderung braucht Wissen.

Das Angebot der **Rosa-Luxemburg-Stiftung** für eine kritische Auseinandersetzung mit der EU:

EUROPA-LINKS.eu
Mit links verstehen, von unten verändern.

Bestellschein

Die Zeitschrift *transform!* Europäische Zeitschrift für kritisches Denken und politischen Dialog (deutsche Ausgabe) erscheint zweimal pro Jahr. Ihre Artikel reflektieren ein breites Spektrum linker Positionen zu relevanten politischen Fragen.

Ein Einzelheft kann zum Preis von 15 Euro bestellt werden. Im Abonnement kosten zwei Hefte pro Jahr 25 Euro (inkl. Versand).

Bitte richten Sie Ihre Bestellung an:

transform! Europäische Zeitschrift für kritisches Denken und politischen Dialog

c/o VSA-Verlag

St. Georgs Kirchhof 6

D-20099 Hamburg

e-mail: info@vsa-verlag

- Hiermit bestelle ich die nächste Ausgabe von *transform!*
- Ich bestelle ein Abonnement der Zeitschrift *transform!*

Deutsche Ausgabe

Englische Ausgabe

Französische Ausgabe

Spanische Ausgabe

Portugiesische Ausgabe

Italienische Ausgabe

Griechische Ausgabe

Name: _____

Adresse: _____

E-Mail: _____

Datum/Unterschrift: _____



transform! Europäisches Netzwerk für kritisches Denken und politischen Dialog
Gußhausstraße 14/3, 1040 Wien, Österreich

www.transform-network.org e-mail: office@transform.or.at

Austria	www.transform.or.at e-mail: fleissner@arrakis.es	Italy	Transform! italia www.transform.it e-mail: info@transform.it
Belgium	Cultural Association Joseph Jacquemotte www.acjj.be e-mail: acjj@skynet.be		Cultural Association Punto Rosso* www.puntorosso.it e-mail: riolo@puntorosso.it and info@puntorosso.it
Czech Republic	Society for European Dialogue e-mail: malek_j@cbox.cz	Luxembourg	Transform! Luxembourg www.transform.lu e-mail: info@transform.lu
Finland	Left Forum www.vasemmistofoorumi.fi e-mail: ruurik.holm@vasemmistofoorumi.fi	Moldova	Transform! Moldova* e-mail: transformoldova@gmail.com
	Democratic Civil Association* www.desili.fi e-mail: dsl@kolumbus.fi	Norway	Manifesto Foundation* www.stiftelsenmanifest.no e-mail: manifest@stiftelsenmanifest.no
France	Espaces Marx www.espaces-marx.net e-mail: espaces_marx@internatif.org	Portugal	Cultures of Labour and Socialism www.cultra.pt e-mail: info@cultra.pt
	Foundation Copernic* www.fondation-copernic.org e-mail: foundation.copernic@ras.eu.org	Romania	Association for the development of the Romanian Social Forum* e-mail: pedroxma@yahoo.com
	Foundation Gabriel Péri* www.gabrielperi.fr e-mail: fondation@gabrielperi.fr	Spain	Foundation for Marxist Studies www.fim.org.es e-mail: fim@nodo50.org
Germany	Journal Sozialismus www.sozialismus.de e-mail: redaktion@sozialismus.de	Sweden	Center for Marxist Social Studies www.cmsmarx.org e-mail: cms@cmsmarx.org
	Rosa-Luxemburg-Stiftung www.rosalux.de e-mail: info@rosalux.de	Turkey	Social Investigations and Cultural Development Foundation* www.taksav.org e-mail: sulenecef@yahoo.com
	Institute for Social, Ecological and Economic Studies* www.isw-muenchen.de e-mail: isw_muenchen@t-online.de		
Greece	Nicos Poulantzas Institute www.poulantzas.gr e-mail: info@poulantzas.gr		

* observers

102012

Walter Baier ■ Dominique Bari ■ Joachim Bischoff ■
Stephen Bouquin ■ Lutz Brangsch ■ Dario Stefano
Dell'Aquila ■ Richard Detje ■ Rena Dourou ■
Cornelia Ernst ■ Trevor Evans ■ Tiina Fahrni ■
Wladimir Fomenko ■ Elisabeth Gauthier ■ Janine
Guespin-Michel ■ Gabriele Habashi ■ Mamdou
Habashi ■ Lutz Holzinger ■ Bob Jessop ■ Hervé Kempf
Lorenz Krämer ■ Manuela Kropp ■ Ulrike Kruh ■
Francisco Louçã ■ Philippe Marlière ■ Christiane
Marty ■ Tamás Morva ■ Christian Pilichowski ■
Jacques Rigaudiat ■ Franco Russo ■ Anna Striethorst
■ Constantinos Tsoukalas